

DFG Schwerpunktprogramm 1023

Regieren in der Europäischen Union

Abschlussbericht

Beate Kohler-Koch
Koordinatorin des Schwerpunktprogramms



Allegorie der guten Regierung

Inhalt:

- 1. Allgemeine Ergebnisse des Schwerpunktprogramms**
- 2. Verlauf und gemeinsame Aktivitäten**
- 3. Verzeichnis der Forschungsprojekte**
- 4. Ergebnisse der einzelnen Forschungsprojekte**

Prof. Dr. Beate Kohler-Koch, MZES, Universität Mannheim
A5, 6, 68131 Mannheim, Tel.: 06 21-181 2844, E-Mail: Beate.Kohler@mzes.uni-mannheim.de

Ambrogio, Lorenzetti, Allegorie der guten Regierung, Sala dei Nove im Palazzo Pubblico: Siena

1. Allgemeine Ergebnisse des Schwerpunktprogramms

Im Mai 1996 richtete die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) ein interdisziplinäres Schwerpunktprogramm mit dem Titel "Regieren in der Europäischen Union" ein. Rückblickend kann festgestellt werden, dass das Schwerpunktprogramm wesentlich zum „governance turn“ (Kohler-Koch/Rittberger 2006)¹ in der Europaforschung beigetragen hat.

Forschungsprogramm

Die Antragsteller selbst hatten im Vergleich dazu viel bescheidenere Intentionen. Es ging nicht um einen Paradigmenwechsel in der Europaforschung, sondern um die möglichst präzise Erfassung der Strukturen und Prozesse europäischer Politikgestaltung und der daraus resultierenden Folgen für staatliche Handlungsfähigkeit und demokratische Verantwortung. Das Programm zielte darauf ab, durch theoriegeleitete empirische Forschung das tatsächliche Funktionieren der Europäischen Union offen zu legen, ein besseres Verständnis über die Besonderheiten des Regierens jenseits des Nationalstaates zu erlangen und mögliche Rückwirkungen auf die Effizienz und demokratische Qualität nationalen Regierens zu erfassen. Konzeptueller Ausgangspunkt des Forschungsprogramms war die Betrachtung der EU als ein Mehrebenensystem unter Einschluss der politischen Systeme der Mitgliedstaaten, um die Interdependenz der Veränderungen über alle Ebenen hinweg nachzuvollziehen. Folglich sollte die Forschung nicht auf das politische System der EU im engeren Sinne bzw. die Herausarbeitung der besonderen Strukturmerkmale und Handlungslogiken der europäischen Organe begrenzt sein. Vielmehr sollten gerade auch die damit einhergehenden Veränderungen des Regierens auf nationaler und sub-nationaler Ebene untersucht werden. Ergänzend sollte zusätzlich die Interdependenz bzw. Indifferenz des europäischen Regierens im Kontext von „global governance“ herausgearbeitet werden.

Das Schwerpunktprogramm zielte mit dieser inhaltlichen Ausrichtung darauf ab, die etwas erlahmte Integrationsforschung zu beflügeln und gleichzeitig die Europaforschung aus ihrem Nischendasein herausführen und enger mit der theoretischen und methodologischen Entwicklung der jeweiligen Fächer zu verzahnen. Außerdem war beabsichtigt, die interdisziplinäre Zusammenarbeit zu stärken. An der Erarbeitung des Programms waren Vertreter der Politik-, Rechts- und Wirtschaftswissenschaft sowie der Soziologie beteiligt.

¹ Beate Kohler-Koch, Berthold Rittberger (2006), *Review Article: The ‚Governance Turn‘ in EU Studies*, in: JCMS, Vol. 44/2006, Annual Review, S. 27-49.

Somit war das Ziel des Programms zum einen inhaltlich definiert: die Forschung sollte einen Beitrag zum Verständnis und zur Beurteilung der Veränderungen der politischen, rechtlichen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Ordnung Europas leisten. Zum anderen ging es um die Qualitätssteigerung der Forschung, die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses, die Intensivierung der die Disziplinen übergreifenden wissenschaftlichen Kommunikation und nicht zuletzt auch die bessere internationale Sichtbarkeit der deutschen Europaforschung.

In der Phase der Vorbereitung des Forschungsprogramms bestand zwischen den beteiligten Disziplinen keineswegs Einigkeit darüber, dass bezogen auf die Europäische Union wirklich von „Regieren“ gesprochen werden könne (so einige Vertreter der Rechtswissenschaften) bzw. dass ein Ausbau der europäischen Regulierung der Märkte normativ wünschenswert und damit ein lohnenswerter Forschungsgegenstand sei (so die Kritik aus den Reihen der Wirtschaftswissenschaften). Weder die Soziologie, noch die Geschichtswissenschaften fühlten sich, von Ausnahmen abgesehen, durch das Thema angesprochen. Konsens konnte schließlich darüber erzielt werden, dass in der EU auch in Abwesenheit einer Regierung für die Allgemeinheit verbindliche Entscheidungen fallen und diese über ordnungspolitische Festlegungen hinaus zunehmend korrigierend und kompensierend in die Märkte eingreifen. Mit anderen Worten, auch ohne Regierung findet Regieren im Sinne der bewussten Setzung von allgemein verbindlichen Handlungszielen und der Durchführung von Maßnahmen zu ihrer Realisierung statt. Mit der EU ist ein politisches Ordnungssystem entstanden, das Handlungskompetenz zuweist und Entscheidungsverfahren festlegt, ohne dass ein Staat gegründet wurde. Da davon ausgegangen wurde, dass sich die EU in einem überschaubaren Zeitraum nicht zu einem Staat entwickeln werde und das gegenwärtige System vielfältig verschachtelter und überlappender Institutionen erhalten bleibe, drängte sich mit Nachdruck die Frage nach der Organisation von effektivem und demokratisch verantwortlichem Regieren auf. Hierbei konnte der Blick auf die gesellschaftlichen Voraussetzungen nicht ausgespart werden.

Das Schwerpunktprogramm rückte drei Fragen in den Mittelpunkt der Forschung (Kohler-Koch/Jachtenfuchs 1996)²:

1. Welche Besonderheiten struktureller Art kristallisieren sich in diesem neuen "Regierungssystem" heraus? Wie steht es um die Dynamik und Steuerbarkeit der Entwicklung

² Beate Kohler-Koch, Markus Jachtenfuchs (1996), *Regieren in der Europäischen Union - Fragestellungen für eine interdisziplinäre Forschung*, in: Politische Vierteljahresschrift, 37. Jg., Heft 3, S. 537-556.

der Systemstrukturen sowie der Ausweitung oder Schrumpfung der ihm zur Behandlung übertragenen politischen Aufgaben? (*Strukturdimension*).

2. Wie verändert sich der Prozess des Regierens sowohl bezogen auf die als effektiv und legitim erachteten Verfahren der Willensbildung, Entscheidungsfindung und Implementation als auch bezogen auf die Einbindung oder den Ausschluss der sie tragenden Akteure? Wie sind die viel beklagten Defizite an Handlungsfähigkeit und demokratischer Verantwortlichkeit in unterschiedlichen Handlungskontexten zu beurteilen und gegebenenfalls zu revidieren? (*Prozessdimension*)

3. Welche Veränderungen inhaltlicher Art sind mit den neuen Bedingungen des Regierens verknüpft? Treten mit der Verlagerung von Handlungskompetenzen "Problemverarbeitungslücken" auf; gibt es systematisch andere Verteilungswirkungen; erfolgt eine Neustrukturierung individueller Lebenschancen? (*inhaltliche Dimension*)

Ertrag der Forschung

Gemessen an formalen Indikatoren war der Forschungsschwerpunkt ausgesprochen erfolgreich. In jeder Antragsrunde wurde eine vergleichsweise hohe Anzahl an Projektanträgen eingereicht, von denen insgesamt 62 Anträge bewilligt wurden.³ Um eine möglichst intensive Kommunikation zwischen den Forschern zu erreichen, wurde in jeder Bewilligungsrunde ein „DFG-Kolloquium“ durchgeführt. Zusätzlich wurden zentral, d. h. unter der Verantwortung der Koordinatorin, Arbeitstagungen und Konferenzen zu ausgewählten Themen durchgeführt. Im Vordergrund stand der Erkenntnisgewinn, der durch den wissenschaftlichen Austausch und die Zusammenarbeit zwischen thematisch verwandten Projekten erreicht werden sollte. Gleichzeitig ging es aber auch darum, die Vernetzung unter den Nachwuchswissenschaftlern zu erleichtern; was nach Aussagen der Beteiligten überdurchschnittlich gut gelungen ist. Internationale Konferenzen dienten vor allem der Präsentation der Forschungsergebnisse vor einem sachkundigen, kritischen Publikum. Einschließlich der „DFG-Kolloquien“ wurden insgesamt 16 Veranstaltungen zentral durchgeführt; ihre Ergebnisse sind in 8 Sammelbänden bzw. einschlägigen Fachzeitschriften veröffentlicht und haben damit die Sichtbarkeit des Schwerpunktes deutlich erhöht (vgl. Abschnitt 2). Der Forschungsschwerpunkt hat zusätzlich dadurch Profil gewonnen, dass eine

³ Die Zahl schließt die Folge- und Verlängerungsanträge ein. Durchschnittlich überstiegen die beantragten Mittel das Doppelte der zur Verfügung stehenden Mittel der DFG. Im internationalen Vergleich mag das Verhältnis 1:2 gering erscheinen. Für das britische Vergleichsprojekt „*One Europe or Several?*“ war das Verhältnis 241:40 Anträgen; der Unterschied erklärt sich daraus, dass beim britischen „call for research project“ keine voll ausgearbeiteten Untersuchungsprogramme eingereicht werden müssen.

Schriftenreihe beim Nomos Verlag eingerichtet wurde, die vor allem für die Veröffentlichung von herausragenden Qualifikationsarbeiten gedacht war.

Zusätzlich zu den zentralen Aktivitäten wurden auch von den einzelnen Forschungsprojekten Arbeitstagen und internationale Konferenzen durchgeführt. Beeindruckend ist sowohl die Gesamtzahl der Veröffentlichungen als auch ihre Platzierung in führenden Fachzeitschriften und bei angesehenen Fachverlagen (vgl. Abschnitt 4).

Die Bedeutung des Forschungsschwerpunktes für die nationale und internationale wissenschaftliche Debatte ließe sich sicherlich durch eine Auswertung der Zitathäufigkeiten empirisch untermauern. Da hierfür Aufwand und Ertrag in keinem vernünftigen Verhältnis stehen, sollen andere Indikatoren und subjektive Erfahrungen herangezogen werden. So hat der DFG-Schwerpunkt mit seiner Konzentration auf die Europaforschung und insbesondere auf die Thematik „Regieren“ die Ausrichtung nationaler Forschungsprogramme in anderen europäischen Staaten beeinflusst. Von der Koordinatorin des DFG-Schwerpunktprogramms wurde später dann die Initiative gestartet, die verschiedenen nationalen Programme zu vernetzen („GENET“)⁴. Ein Antrag auf finanzielle Unterstützung bei der EU Kommission scheiterte zwar⁵, doch diese Initiative trug dazu bei, die Aufmerksamkeit auf das Thema „Regieren“ zu lenken, das dann auf der Agenda des 6. Forschungsrahmenprogramms der EU eine prominente Stelle einnahm. Der Erfolg des DFG-Forschungsschwerpunktes lässt sich nicht zuletzt daran ablesen, dass das erste im 6. Rahmenprogramm von der EU geförderte sozialwissenschaftliche „Exzellenznetzwerk“ dem Thema „Regieren“ gewidmet ist („Network of Excellence“ *CONNEX* über *Efficient and Democratic Governance in a Multi-Level Europe*). Dieser neue Forschungsverbund wurde von der Koordinatorin des DFG Schwerpunktes beantragt und geleitet; in ihm ist die deutsche Sozialwissenschaft sehr gut vertreten und zahlreiche Forscher, die bereits im DFG Verbund eine aktive Rolle gespielt haben, wirken auch in *CONNEX* mit. Besonders erfreulich ist, dass dies vor allem auch für die Nachwuchswissenschaftler gilt. Darüber hinaus sind Forscher aus dem DFG Verbund auch zahlreich und prominent (in Leitungsfunktionen) in anderen thematisch einschlägigen Forschungsprogrammen der EU eingebunden (so v. a. im „Integrated Project“ *NEWGOV*; zu nennen sind auch *CIDEL* oder *RTN Dynamics and Obstacles of European Governance*).

⁴ In die Koordination einbezogen waren One Europe or Several? (ESRC, UK), Advanced Research on the Europeanization of the Nation-State (ARENA, Norwegen), Swedish Network for European Studies, Programme d'identité européenne en question (CNRS, Frankreich), Netherlands Institute of Governance (interuniversitärer Forschungsverbund), Institutioneller Wandel und europäische Integration (Akademie der Wissenschaften, Österreich).

⁵ Die Ablehnung wurde damit begründet, dass es sich hier um ohnehin bereits hoch leistungsfähige Forschungsverbünde handele, die keiner weiteren Unterstützung bedürften.

Zu den Schwachpunkten des Forschungsprogramms zählen die geringe disziplinäre Vernetzung und das Ungleichgewicht der Disziplinen⁶. Nur in wenigen Fällen haben Forscher mit unterschiedlichem disziplinärem Hintergrund in einem Projekt zusammengearbeitet. Dagegen ist es bei den thematisch ausgerichteten Tagungen und Konferenzen regelmäßig gelungen, Kollegen verschiedener Disziplinen zusammenzuführen. Die Politikwissenschaft hat sich im Verlauf des Schwerpunktprogramms zunehmend als „Leitwissenschaft“ für europäisches Regieren etabliert. Diese Entwicklung ist auch in den Programmen anderer Nationen festzustellen und gilt ebenso für die von der EU geförderten Großprojekte und Netzwerke (Kohler-Koch/Larat 2007, i. E.)⁷. Insgesamt ist zu beobachten, dass die Politikwissenschaft der Rechtswissenschaft, die lange Zeit gerade im deutschen Sprachraum als „Königdisziplin“ der Europa-Forschung galt, den Rang abgelaufen hat. Hatte die Rechtswissenschaft im Europarecht von Anfang an „einen konstitutiven Gegenstand (...), den sie nicht erst noch schaffen muss“ (Kreis 2003: 6)⁸, so rückte die EU zum genuinen Forschungsgegenstand für die Politikwissenschaft in dem Moment auf, in dem diese mit guten Gründen als „a fully functioning political system“ (Hix 2005: 406)⁹ definiert werden konnte. Dies erklärt die rasche Expansion der politikwissenschaftlichen Forschung in den letzten zwei Jahrzehnten und ihr besonderes Augenmerk auf die Frage des Regierens. In diesem Punkt unterscheidet sich die Politikwissenschaft deutlich von der Soziologie und der Wirtschaftswissenschaft. Während die Soziologie selbst von eigenen Fachvertretern ermahnt wird, dass sie dringend den Stand einer „container theory“ überwinden solle (Beck 2000: 79)¹⁰, zeigt die Wirtschaftswissenschaft grundsätzlich wenig Interesse am Forschungsgegenstand Europa, weil ihr Blick sich vornehmlich auf die Entwicklung *universal* geltender Theorien richtet.

Besonderheiten in der Auswahl der Untersuchungsgegenstände und Fragestellungen werden erst im internationalen Vergleich deutlich (Wallace 2003).¹¹ Zunächst ist auffällig, dass in den deutschen Projekten die Binnenanalyse der EU im Mittelpunkt steht. Projekte aus

⁶ In der ersten Antragsrunde entfielen 9 Projekte auf die Politikwissenschaft, 6 auf die Wirtschaftswissenschaften, 3 auf die Soziologie und 2 auf die Rechtswissenschaften.

⁷ Beate Kohler-Koch, Fabrice Larat (2007; i. E.), *A Decade of Research on EU Multilevel Governance*, Aldershot: Edward Elgar. Vgl. auch die Einträge der Forschungsprojekte aus den Jahren 1994-2005 zum europäischen Regieren in der Datenbank GOVDATA: <http://www.connex-network.org/govdata>.

⁸ Georg Kreis, *Europa – ein besonderes Objekt*, in: Uni Nova, Wissenschaftsmagazin der Universität Basel, 94, Juni 2003, S. 6-7.

⁹ Simon Hix (2005), *The Political System of the European Union*, London: Palgrave, 2. Aufl.

¹⁰ Ulrich Beck (2000), *The cosmopolitan perspective: sociology of the second age of modernity*, in: British Journal of Sociology Vol. 51/1, S. 79-105.

¹¹ Helen Wallace, *Contrasting images of European governance*, in: Beate Kohler-Koch (Hrsg.) (2003): *Linking EU and National Governance* (Hrsg.), Oxford: Oxford University Press, S. 1-9.

dem Bereich Internationale Beziehungen wurden nur vereinzelt und spät eingereicht. Obwohl die „Governance-Forschung“ stark von den theoretischen Reflexionen zu „global governance“ beeinflusst wurde, bedurfte es besonderer Anstrengungen (d. h. der Organisation von Arbeitstagen), um diese Diskussion im Forschungsschwerpunkt in Gang zu bringen. Der Niederschlag in Projekten blieb trotzdem bescheiden, was als Indiz für die fortbestehende Abschottung der beiden Forschergemeinschaften gedeutet werden kann. Hinzu kommt, dass die deutsche Europaforschung traditionsgemäß auf die EU fixiert ist. Die vergleichende Analyse oder auch die Gesamtbetrachtung der europäischen Kooperation unter Einbeziehung anderer regionaler Organisationen ist deutlich unterentwickelt. Im Vergleich mit dem britischen Forschungsprogramm ist zudem auffällig, dass im DFG Forschungsschwerpunkt das Interesse überwiegend etablierten Politikfeldern und Verfahrensroutinen der ersten Säule galt.¹² Es wurde nur selten danach gefragt, welche Folgen die Veränderungen im System bzw. des Systems durch die sukzessiven Erweiterungsrunden und stetige Kompetenzerweiterung für effizientes und legitimes Regieren in Europa haben werden. Während die normative Dimension in der britischen Europaforschung erst mit der Verfassungsdebatte offensiv aufgegriffen wurde (Bulmer 2007)¹³, waren die normativen Implikationen im deutschen Forschungsprogramm von Anfang an explizit Gegenstand der Forschung. In dem Interesse an normativen Fragen, an theoretischen Überlegungen zu alternativen Formen der Organisation von Demokratie und der Herstellung von Öffentlichkeit gab es viele Gemeinsamkeiten mit der Forschung im norwegischen ARENA Programm (Sverdrup 2007).¹⁴ ARENA hat ein vergleichsweise einheitliches Forschungsprofil entwickelt, was durch die institutionelle Konzentration und die Überschaubarkeit der Zahl der Projekte gefördert wurde. Der intellektuelle Einfluss von Johan Olsen, dem Initiator und Leiter von ARENA, zeigte sich im Überwiegen neo-institutionalistischer (später auch konstruktivistischer) Ansätze und dem Bemühen, über den konkreten Forschungsgegenstand hinaus zu sozialwissenschaftlichen Grundsatzfragen vorzustoßen. Die strukturellen Eigenheiten eines DFG-Schwerpunktprogramms sorgen für sehr viel mehr Heterogenität.¹⁵ Die Konzentration auf ein Rahmenthema kann nicht die zentrifugalen Kräfte aufheben, die aus dezentraler

¹² Allerdings war das *One Europe or Several?* Programm mit dem Untertitel *The dynamics of change across contemporary Europe* bereits „deliberatively encouraging a more speculative approach“ (Wallace 2003: 7).

¹³ Simon Bulmer, United Kingdom and Ireland, in: Beate Kohler-Koch, Fabrice Larat (Hrsg.) (2007; i. E.), *A Decade of Research on EU Multi-Level Governance*, Aldershot: Edward Elgar.

¹⁴ Ulf Sverdrup, Jacques Thomassen, Norway and the Netherlands: Small countries Strong in Governance Research, in: Beate Kohler-Koch, Fabrice Larat (Hrsg.) (2007; i. E.), *A Decade of Research on EU Multi-Level Governance*, Aldershot: Edward Elgar.

¹⁵ Diese Bemerkung bezieht sich verständlicher Weise nur auf die Sozialwissenschaften.

institutioneller Verankerung, unterschiedlicher disziplinärer und theoretisch-methodologischer Verortung herrühren. Trotz intensiver Koordinationsanstrengungen gelang es nur in einigen thematischen Teilbereichen projektübergreifende Forschungsfragen zu entwickeln, die in gemeinsamen Konferenzen und Veröffentlichungen behandelt wurden. Trotzdem schneidet das deutsche Programm beispielsweise zum französischen Forschungsschwerpunkt *Programme d'identité européenne en question*¹⁶ nicht schlecht ab. Dieses hatte von vorne herein zwar einen engen thematischen Fokus, umfasste aber sehr disparate Themen, so dass die internationale Ausstrahlung des Programms beschränkt blieb. Das niederländische *Shifts in Governance* Programm¹⁷ war mit den beiden Schwerpunkten „multi-level governance“ und „cultures of governance“ sehr viel anschlussfähiger, setzte aber erst 2002, d.h. nach der letzten Bewilligungsrunde für das DFG-Programm ein.

Die überwiegende Mehrzahl der Untersuchungen im DFG-Forschungsschwerpunkt ist vergleichend angelegt. Deutschland ist der häufigste Bezugspunkt, doch die Spannbreite der Vergleichsländer ist groß. Großbritannien steht zwar an erster Stelle, wird aber dicht gefolgt von Frankreich und den Niederlanden. Insgesamt sind die kleineren Mitgliedstaaten der damaligen EU der 15 (Dänemark, Finnland, Portugal, Österreich, Schweden) gut vertreten.

Die Kommunikation im Schwerpunkt wurde dadurch erleichtert, dass alle Forscher den Institutionen eine wichtige Bedeutung zumaßen. Der Neo-Institutionalismus in seinen verschiedenen Ausprägungen war für viele Projekte leitend, doch insgesamt zeichnete sich der Schwerpunkte durch eine breite Theorievielfalt aus. Sie reichte von der Neuen Politischen Ökonomie, Theorien der Public Choice, Spieltheorien und rationalistischen Ansätzen der Institutionentheorie zu soziologischen institutionalistischen Ansätzen, Konstruktivismus und der Theorie kommunikativen Handelns und umfasste auch Neo-Gramscianische Ansätze.

Inhaltliche Forschungsergebnisse

Eingangs wurde festgestellt, dass der DFG-Schwerpunkt wesentlich zum „governance turn“ in der EU Forschung beigetragen hat. Seit Beginn der 1990er Jahren ist zu beobachten, dass nicht mehr die Erklärung des europäischen Integrationsprozesses im Mittelpunkt des Erkenntnisinteresses steht, sondern die Frage nach den Besonderheiten des bereits bestehenden EU Systems. Dieser Perspektivenwechsel wurde gleichermaßen durch

¹⁶ Das vom *Centre National de la Recherche Scientifique* initiierte Programm hatte eine Laufzeit von drei Jahre (1998-2000) und war stark multidisziplinär ausgerichtet. Das Thema „Regieren“ fand nur in einem der drei Schwerpunkte Eingang, nämlich in Bezug auf die Frage: „Gibt es einen öffentlichen und soziopolitischen Raum in Europa?“.

¹⁷ Netherlands Organisation for Scientific Research (NWO), *Shifts in Governance - Problems of Legitimacy and Accountability*.

innerwissenschaftliche und politische Entwicklungen angestoßen. Vor allem in der Politikwissenschaft erlebte die Europaforschung durch den Import der „Policy-Analyse“ eine konzeptuelle Wende. Mit ihr rückte die Komplexität der mehrstufigen Entscheidungsprozesse und politikfeldspezifischen Systeme der Interessenvermittlung in den Vordergrund. Diese Forschungsrichtung wurde vor allem durch die sprunghafte Ausweitung der regulativen Zuständigkeiten der EG beflügelt, während die erweiterten Kompetenzen im Feld der Außenpolitik und der inneren Sicherheit keine besondere Aufmerksamkeit erfuhren. Teilweise damit verknüpft, teilweise parallel dazu wurden Erkenntnisse der Steuerungstheorie in die Europaforschung hineingetragen. Der von der Steuerungstheorie hervorgehobene „Formwandel staatlicher Machtausübung“ (Mayntz 1995: 163)¹⁸ zeigte sich augenfällig auch in der europäischen Politik. Hier wie dort wurde eine Ausdifferenzierung von Regelungsformen und eine Zunahme der Verknüpfung von Elementen der Selbstregulierung mit staatlicher politischer Steuerung, aber auch eine intensiviertere Einbindung privater Akteure in den Prozess der Politikformulierung festgestellt. Die Wahl einer neuen Perspektive wurde zusätzlich durch Debatten in den Internationalen Beziehungen angestoßen. Die Diskussion um „global governance“, die von der Weltbank vor allem unter dem Gesichtspunkt der Effizienzsicherung der Entwicklungspolitik lanciert worden war, hat in der Wissenschaft eine grundsätzliche Debatte um die Legitimität des Regierens jenseits des Nationalstaates ausgelöst. Die Prozesse von „Entgrenzung“ und „Entstaatlichung“, die man als charakteristische Folgen der Globalisierung ausgemacht hatte, sind ganz offenkundig auch ein Phänomen der europäischen Integration. Folglich rückte die Frage nach der Sicherung von effizientem und demokratischem „Regieren in entgrenzten Räumen“¹⁹ auch auf die Tagesordnung der Europaforschung.

Die europäische „governance“ Forschung wurde durch die Aufnahme dieser unterschiedlichen Forschungstraditionen bereichert. Es wurden nicht nur sehr unterschiedliche Forschungsfragen, sondern auch ein breiteres Repertoire an Theorien und Methoden eingebracht. Allerdings hatte diese Vielfalt auch zur Folge, dass für den DFG-Forschungsschwerpunkt kein einheitliches Konzept entwickelt werden konnte, welches als Forschungsleitlinie hätte dienen können. Abgesehen davon, dass die Struktur eines Schwerpunktprogramms solchen Ambitionen ohnehin abträglich ist, wäre jeder Versuch zur

¹⁸ Renate Mayntz (1995), Politische Steuerung: Aufstieg, Niedergang und Transformation einer Theorie. In: Klaus von Beyme, Claus Offe (Hrsg.), *Politische Theorien in der Ära der Transformation*. Politische Vierteljahresschrift, Sonderheft 26/1995, S. 148-168.

¹⁹ So der Titel des ersten thematischen Kolloquiums des DFG-Schwerpunktes; vgl. auch Beate Kohler-Koch (Hrsg.) (1998): *Regieren in entgrenzten Räumen*, PVS-Sonderheft 29/1998, Opladen: Westdeutscher Verlag.

Entwicklung einer übergreifenden Forschungsfrage an den divergierenden Auffassungen zur Natur des Untersuchungsgegenstandes und damit des eigenen genuinen Forschungsanliegens gescheitert.

Drei unterschiedliche Sichtweisen trafen aufeinander:

(1) Die *sui generis* Position: Für einige Autoren konstituiert die EU ein System *sui generis*, das aufgrund seiner Systemmerkmale nach neuen Formen des Regierens verlangt und bei dem die im Nationalstaat erprobten Verfahren demokratischer Legitimität nicht mehr greifen. Während die frühere Charakterisierung als *sui generis* die Einmaligkeit der europäischen Gemeinschaftsbildung hervorhob²⁰ wird heute mit *sui generis* ausgedrückt, dass die EU ein Laboratorium zur Untersuchung allgemeiner, an anderen Stellen noch nicht so deutlich erkennbarer politisch-gesellschaftlicher Veränderungen ist. Die EU wird als attraktiver Forschungsgegenstand betrachtet, weil an ihr beispielhaft die Herausbildung alternativer Ordnungsstrukturen und neuer Formen des Regierens studiert werden könne.

(2) Der *generalistische Ansatz*: Für eine andere Gruppe von Autoren ist und bleibt die EU ein Untersuchungsfeld wie jedes andere. Wie immer gilt, dass die jeweiligen Kontextfaktoren zu berücksichtigen sind, aber es wird in Abrede gestellt, dass diese so spezifisch seien, dass durch sie die allgemein gültigen Handlungslogiken aufgehoben würden.

(3) Der *moderate Kontextansatz*: Die Mehrzahl der Arbeiten ist zwischen diesen beiden Positionen angesiedelt. Sie zielen darauf ab, die Eigentümlichkeiten der EU herauszuarbeiten und die Bedingungen des Regierens in diesem spezifischen Mehrebenensystem zu eruieren. Für dieses Forschungsanliegen ist der Vergleich besonders wichtig. Zum einen geht es um die Herausarbeitung von Ähnlichkeiten und Unterschieden in der Organisation der gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Koordinationsprozesse im EU-System im Vergleich zu denen im Nationalstaat bzw. im internationalen System. Zum anderen dient der Vergleich dazu, die Bedingungen und Chancen der Verbindung von nationalstaatlicher Vielfalt und europäischer Vergemeinschaftung zu ergründen.

²⁰ Der von der deutschen Rechtswissenschaft bereits früh verwandte Terminus diente dazu die europäischen Gemeinschaften zwischen Bundesstaat und Internationaler Organisation zu verorten.

*Erkenntnisse aus den Projekten*²¹

Aus der *sui generis* Perspektive heraus wurde vor allem die problematische demokratische Legitimität der EU thematisiert und nach alternativen Wegen einer effektiven und gleichberechtigten Partizipation der europäischen Bürger gesucht. So wurde das Demokratisierungspotential einer aus vielen „europäischen Demoi“ zusammengesetzten Union theoretisch reflektiert und ein auf sektorale Vetorechte gestütztes Demokratiemodell entwickelt (Abromeit). Da dem Recht eine Schlüsselfunktion für soziale Kooperation und demokratische Kontrolle von Herrschaftsmacht zugemessen wird, ist die diskursive Generierung von Recht von besonderem Interesse. Diese Hypothese wurde nicht nur theoretisch plausibel gemacht, sondern auch empirisch mit Hilfe eines Analyseinstrumentarium geprüft, das „die Struktur und Gestaltung der Semantiken sowie ihren prozessualen Charakter“ erfasst (Abromeit/Schalz-Bruns). Ein besonderes Augenmerk galt zudem der Beschaffenheit und den Entwicklungsmöglichkeiten einer europäischen Öffentlichkeit. In Analogie zu den „multiplen Demoi“ wurde das Konzept sektoraler Öffentlichkeit und dessen Verknüpfung mit einer transnationalen politischen Öffentlichkeit entwickelt. Empirisch konnte anhand von gemeinsamen Themenbezügen in nationalen Mediendiskursen die Existenz mehrerer europäischer Öffentlichkeiten nachgewiesen werden (Eder I). Allerdings zeigte die vergleichende Untersuchung der Europaberichterstattung in der Qualitätspresse, dass trotz zunehmender Aufmerksamkeit für „Europa“ das Themenspektrum im nationalen Vergleich breit streut und die Deutungsmuster differenzieren (Eder II). Die Identitätsvoraussetzungen einer europäischen Bürgerschaft sind nach allgemeiner Auffassung nicht mit einer europäisch ausgeweiteten nationalen Identität gleichzusetzen, sondern erfordern eine soziale Identität, welche die vielfältigen nationalen Identitäten „überwölbt und bewahrt“. Mit dem Instrument der lexikalen Korrespondenzanalyse konnte der Reichtum des Diskurses um Europa und Europäer/Europäerinnen gezeigt und auch in diachronischer Analyse die Konzentration auf bestimmte Repräsentationen offen gelegt werden (Frankenberg).

Der *sui generis* Charakter der EU wird aber auch darin gesehen, dass durch institutionelle und rechtliche Integration die Mitgliedstaaten „tief in ein Mehrebenensystem des Regierens eingewoben“ sind, was einen – im Vergleich zur nationalen und internationalen Ebene - überraschend hohen Grad an Regelungsbefolgung sichert (Joerges/Zürn). Die Frage, durch welche „Kohärenzmechanismen“ Konsens über politische Korrekturen hergestellt und

²¹ Die Auswertung lehnt sich eng an die Kurzdarstellungen an; das kann auch zu wörtlichen Übereinstimmungen in einigen Formulierungen führen, die bei einzelnen Satzteilen nicht immer kenntlich gemacht wurden.

durchgesetzt werden können, beschäftigte die Forscher auch in anderen Projekten. Neben der „losen Koppelung“ (Heinelt/Naschold/Reissert) wurden verschiedene „weiche Steuerungsinstrumente“ untersucht, mit denen das erwünschte Problemlösungsverhalten der Akteure erreicht werden soll. Kennzeichen für die Besonderheit der EU ist die Entwicklung von „parallelen Kooperationsbeziehungen“, die aus der von der Kommission initiierten und koordinierten direkten europäisch-lokalen Zusammenarbeit resultieren (Schmid II). Insgesamt wird die Gleichzeitigkeit von tiefen Eingriffen der EU, wenn auch mit weichen Instrumenten wie „benchmarking“, bei Achtung der formalen Zuständigkeit der Nationalstaaten als typisch für die europäische Mehrebenenregulierung betrachtet (Deppe I).

Im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik wird die EU weitgehend als Sonderfall betrachtet, bei dem zu allererst die Frage nach der Akteursqualität zu klären ist. Gerade im Umgang mit internationalen Großmächten wird tendenziell eine Rückkehr zu „nationalen Reflexen“ konstatiert; nur bei friedenssichernden Interventionen verleiht das gemeinschaftliche Selbstverständnis als „Friedensmacht“ der EU Außenpolitik eine größere Kohärenz (Jopp/Schlotter). Diese These ergänzt sich gut mit dem Befund, dass nationale Identitäten einen Referenzrahmen für außenpolitische Diskurse vorgeben und europäische Außenpolitik dann möglich ist, wenn eine ausreichende Schnittmenge diskursiv hergestellt werden kann (Mauß).

Vertreter der *generalistischen* Sicht sind ihrerseits vor allem an generalisierbaren Einsichten in die Entscheidungsprozesse auf und zwischen den unterschiedlichen Ebenen der EU interessiert. Eine auf eine große Anzahl von Entscheidungsfällen gestützte Analyse liefert statistische Evidenz, dass bei der Formulierung der nationalen Verhandlungspositionen sich generell die federführenden Ministerien durchsetzen und, wenn wichtige Interessen betroffen sind, es den spezialisierten Interessengruppen gelingt, Einfluss zu gewinnen (Schneider/König). Der Befund, dass die auf spezifische, vor allem wirtschaftliche Interessen konzentrierten Gruppen dominant die Formulierung nationaler Positionen zur europäischen oder internationalen Politik beeinflussen, wird auch durch andere Projekte gestützt (Scharrer). Während dieser Befund kaum überraschend ist, widerlegt die Analyse der zwischenstaatlichen Verhandlungen im legislativen Entscheidungsprozess einige gängige Annahmen. So wurde zwar für die britischen Akteure ein Informationsvorsprung festgestellt, aber es konnten über die unterschiedlichen Themenfelder hinweg systematisch keine „Gewinner“ ausgemacht werden. Ebenso wenig konnte festgestellt werden, dass die Erweiterung der EU zu einer deutlichen Einbuße an Entscheidungseffizienz des Rates geführt habe. Bemerkenswert ist

auch, dass Modelle, die innenpolitischen Widerstand berücksichtigen, anderen Modellierungen nicht überlegen sind (Schneider/König).

Die Interaktionsstrukturen und Kooperationsmuster zwischen den EU Organen sind insgesamt ein bevorzugtes Untersuchungsfeld der „Generalisten“. Es erwies sich, dass auch im EU Kontext die Ausdifferenzierung von kleinen Verhandlungsarenen und die Vernetzung von formellen und informellen Kommunikationsgremien die Entstehung gemeinsamer Rationalitätskriterien befördern und somit geeignet sind, Entscheidungsblockaden zu überwinden (Lepsius). Auch die von der Kommission eingesetzte Strategie der Kleinarbeit von Verhandlungsgegenständen und deren Behandlung in spezialisierten Foren unter Einschluss externer Experten und Interessenvertreter ist kein Spezifikum des europäischen Mehrebenensystems (Münch/Lahusen).

Die Mehrheit der Projekte im DFG-Schwerpunkte verfolgte einen *moderaten Kontextansatz*, d. h. die Eigenschaft der EU als Mehrebenensystem mit segmentierten Handlungsarenen (insbesondere in Gestalt der drei Pfeilerarchitektur), wird als konstitutiv für europäisches Regieren betrachtet. Die daran anknüpfenden Forschungsfragen gingen in drei Richtungen. (1) In einigen Projekten standen Fragen der Architektur, d. h. nach der optimalen Allokation von Handlungsbefugnis auf die unterschiedlichen Ebenen im Mittelpunkt. (2) Die Mehrzahl der Untersuchungen war mit der Prozesslogik des Regierens im Mehrebenensystem befasst. (3) In anderen Arbeiten wurde die Frage der nationalen Passfähigkeit mit dem System der EU bzw. die Europäisierung nationaler Systeme verfolgt.

Mehrheitlich waren es ökonomische oder juristische Projekte, die sich unter programmatischen Gesichtspunkten mit der föderalen Architektur der EU befassten. Dies bezog sich beispielsweise auf institutionelle Vorkehrungen zur Lenkung der Budgetentscheidungen der EU-Mitgliedstaaten im Interesse fiskalischer Stabilität (Spahn). Die mögliche Diskrepanz zwischen zunehmender wirtschaftlicher Integration und nach wie vor national verfassten Regulierungssystemen stand auch im Vordergrund der Studie zur Bankenaufsicht in der EU (Heinemann/Schröder). Trotz fortschreitender Finanzmarktintegration wurde nicht für eine zentrale Lösung, sondern eine verbesserte Kooperation und Koordinierung der nationalen Aufsichtsbehörden plädiert. Die „Theorie des Fiskalföderalismus“ wurde herangezogen, um die Vor- und Nachteile alternativer Kompetenzzuordnung für die Regulierung trans-europäischer Netze zu erörtern (Soltwedel). Eine Zwei-Ebenen-Regulierung wurde als optimal betrachtet, weil nur eine zumindest partielle Zentralisierung eine glaubwürdige Absicherung der getroffenen Vereinbarungen

gewährleistet und nur dezentrale Akteure über die erforderlichen Detailinformationen verfügen, um die richtigen Anreize zu setzen. Zwei rechtswissenschaftliche Projekte analysierten die strukturellen Eigenschaften der föderalen Rechtskonstruktion (Zuleeg) bzw. die Interdependenz der nationalen und europäischen Verfassungsentwicklung im Sinne eines „Multilevel Constitutionalism“ (Pernice).

In Bezug auf die Veränderungen der Prozesslogik im europäischen Mehrebenensystem ging es sowohl um die Frage parlamentarischer Kontrolle als auch um die Modifikation von Interessenvermittlung, Politikformulierung und Implementation. Die Verteilung von rechtlich bindenden Regelungsbefugnissen auf mehrere Handlungsebenen kann Effizienz und Legitimitätsprobleme schaffen. So wird allgemein davon ausgegangen, dass die Verschiebung von Kompetenzen auf die EU-Ebene die politischen Gestaltungsmöglichkeiten der nationalen und regionalen Parlamente stark beschneidet. Die empirischen Untersuchungen zeigen dagegen eine hohe Anpassungsfähigkeit der Parlamente, so dass Integration nicht zwangsläufig zu ihrer Entmachtung führt. In Abhängigkeit vom institutionellen Kontext haben nationale Parlamente unterschiedliche Strategien entwickelt, um ihren Einfluss zu bewahren. Die Intransparenz europäischer Politik ist dabei für nationale wie regionale Parlamente ein besonderes Hindernis (Benz; Benz/Lehmbruch).

Nicht nur Parlamente, sondern auch Verbände sind gefordert, sich an die Handlungsbedingungen des europäischen Mehrebenensystems anzupassen. Die These von der „Ko-Evolution von Staatlichkeit und Verbänden“ lässt sich jedoch auf den Befund reduzieren, dass Interessengruppen wie auch im nationalen Bereich den Anforderungen von „Mitgliederlogik“ und „Einflusslogik“ ausgesetzt sind und somit die Kommission gestaltend auf die Organisation und Strategien europäischer Interessensverbände einwirken kann (Eichener). Da die Kommission ihre Stärke im „agenda setting“ hat und überdies im interinstitutionellen Wettbewerb Flexibilität zeigen muss, ist sie an einem informellen Informationssystem interessiert, um ihren Beratungsbedarf abzudecken (Münch). Selbst eine aktive Unterstützung (Finanzhilfen, Offenheit der Verfahren) reicht aber nicht aus, um vorhandene Organisationsschwächen von Verbänden (z. B. der europäischen Wissenschaftsvereinigungen) zu beheben, die sich dann entsprechend abträglich auf die Einflusschancen dieser Interessen auswirken (Grande I). Da die Ressourcenausstattung für die Interessenvertretung im komplexen Mehrebenensystem der EU so entscheidend ist, verwundert es auch nicht, dass es nicht gelang, den Ausschuss der Regionen als effektive kollektive Interessenvertretung im EU System zu etablieren (Merkel). Angesichts der

Unterschiedlichkeit der Interessen ist die Konsensfindung im Ausschuss schwierig, so dass leistungsstarke Regionen ihre Belange lieber direkt in Brüssel zu Gehör bringen. Unternehmen haben als ökonomisch wichtige Akteure für die Umsetzung von Politik stets besondere Einflussmöglichkeiten. Das Mehrebenensystem der EU erlaubt ihnen ihre Interessen in „two-level games“ und über „Koppelgeschäften“ mit der Kommission aktiv zu verfolgen (Widmaier).

Der Mehrebenencharakter europäischer Politik kommt am deutlichsten in den Strukturprogrammen zum Ausdruck. Die Aufwertung der Regionen als „Partner“ in der EU Strukturpolitik hat die politikwissenschaftliche Diskussion um „Regieren im Mehrebenensystem“ (Kohler-Koch 1998) bzw. um „multi-level governance“ (Hooghe/Marks 2001)²² nachhaltig beeinflusst. Die bemerkenswerte Anpassungsfähigkeit beim Einsatz der Strukturfonds wurde zunächst auf die enge Verbindung zwischen Entscheidungs- und Implementationsnetzwerken zurückgeführt. Die eingehende empirische Untersuchung brachte diese Hypothese jedoch zu Fall und deckte andere Mechanismen auf wie lose Koppelung, organisatorische und funktionale Differenzierung verbunden mit der Sequentialisierung von Entscheidungen. Als Kohärenzmechanismen erwiesen sich Verhandlungsnormen und fachliche Leitbilder (Heinelt/Naschold/Reissert). Die Relevanz von „koordinierenden Diskursen“ für die Festlegung der Richtlinien europäischer Politik wurde auch in anderen Politikfeldern (z. B. der europäischen Wettbewerbsregulation) nachgewiesen. Die Selektivität des politischen „framing“ wurde dabei gleichermaßen der institutionellen Verfasstheit des europäischen Mehrebenensystems und den transnationalen Marktstrukturen zugerechnet (Deppe II).

Unter dem Begriff der „Europäisierung“ wird eine breite Spannweite von Arbeiten subsumiert, die zum einen die Anpassung von Strukturen und Prozessen des Regierens aber auch der inhaltlichen Ausrichtung der Politik der Mitgliedstaaten an Vorgaben der EU untersuchen und zum anderen die unterschiedliche „Passfähigkeit“ nationaler Systeme mit dem EU System in den Blick nehmen. Die Beziehung zwischen EU und Mitgliedstaaten ist jedoch nicht das einzige Beispiel für die Interdependenz in Mehrebenensystemen. So kann man EU und WTO als ein „erweitertes Mehrebenensystem“ betrachten, bei dem die WTO nicht nur die formale Organisation von Entscheidungsprozessen, sondern auch das Routinehandeln in der EU und deren handlungspolitische Leitideen beeinflusst. Die

²² Beate Kohler-Koch et al (1998), *Interaktive Politik in Europa. Regionen im Netzwerk der Integration*, Opladen: Leske + Budrich; Liesbet Hooghe, Gary Marks (2001), *Multi-Level Governance and European Integration*, Lanham: Rowman & Littlefield.

zunehmende Verrechtlichung des internationalen Handelsregimes, die dichte Interaktion und Vernetzung der Akteure und die Bedeutung der Ressource Information begünstigt institutionelle Veränderungen der EU in Richtung auf eine stärkere Vergemeinschaftung (Knodt).

Alle einschlägigen Projekte des DFG-Schwerpunkts stellen die Komplexität des Europäisierungsprozesses heraus. Der Politiktransfer vollzieht sich in einem durch Machtbeziehungen strukturierten Umfeld von Verwaltung, Politik und Öffentlichkeit und fordert die nationalen und regionalen Verwaltungen heraus, ständig zwischen unterschiedlichen Rationalitätskriterien zu vermitteln. Der durch Europäisierung induzierte Wandel wird gerade daran festgemacht, dass sich ein „Opportunismus der Verwaltung“ als neuer administrativer Handlungstyp herausbildet mit dem die gestiegene Systemkomplexität verarbeitet wird (Grunow). Die plausibel klingende These, dass der „misfit“ zwischen EU und nationalen Regulierungen die Schwierigkeiten und Erfolge der Politikumsetzung bestimmen, trifft nicht die komplexe Wirklichkeit. Trotz der sehr heterogenen Ausgangslage hat die Politik der EU wesentlich dazu beigetragen quer durch Europa das Niveau der Gleichstellungsrechte und ihre Verankerung in den verschiedenen Lebensbereichen deutlich zu erhöhen. Variationen erklären sich in erster Linie aus der Ausrichtung des vorherrschenden Gender-Diskurses, der unterschiedlichen Stärke der Interessensgruppen und ihrer Unterstützung durch transnationale „advocacy coalitions“ (Liebert). Wie sehr es einen Unterschied macht, ob ein Thema auf der internationalen Tagesordnung präsent ist und von transnational agierenden Interessengruppen verfolgt wird, zeigt der Blick in andere Politikfelder. Die Bereitschaft, politische Vorgaben der EU zu übernehmen, schwindet deutlich mit der Souveränitätsrelevanz eines Themas und seiner innenpolitischen Brisanz. In der Asyl- und Migrationspolitik wurde zwar schrittweise eine Vergemeinschaftung des Politikbereichs betrieben, doch die Bereitschaft zur Europäisierung der nationalen Migrationspolitik trifft auf deutliche Widerstände (Kaiser). Die politischen Bedingungen vor Ort sind stets von hoher Relevanz: So lässt sich aus der „Eigensinnigkeit“ des deutschen Wiedervereinigungs- und ostdeutschen Transformationsprozesses, bei der die Koordinierung zwischen staatlichen Akteuren eine erhebliche Rolle spielte, erklären, dass sich die EU-induzierten Netzwerke in den ostdeutschen Ländern nicht entfalteteten (Krämer). Im Vergleich der (damals 15) Mitgliedstaaten lässt sich ohnehin kein „einheitliches europäisches Anpassungsmodell“ entdecken, vielmehr erweisen sich die national verankerten politisch-administrativen Handlungsmuster als ausgesprochen robust. Selbst im Bereich der Wirtschafts- und Währungsunion lässt sich trotz einer Intensivierung der Koordinierung auf

allen Ebenen weder die Herausbildung einer „kollektiven Identität“ noch eine Bevorzugung der zentralen Gremien nachweisen (Wessels II).

Sowohl in der Asyl- und Flüchtlingspolitik als auch in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik ist erklärungsbedürftig, dass Deutschland zunächst den Ausbau der EU Zuständigkeiten aktiv betrieb, in der Phase der Konsolidierung dann aber vom Vorreiter zum Nachzügler bzw. Bremser mutierte. Der Grund wird zum einen in einer Verschiebung der Interessenlage im Übergang von der Schaffung von Institutionen zu kostenträchtigen Maßnahmen gesehen, zum anderen wird vermutet, dass sich hier ein Identitätswandel deutscher Außenpolitik andeutet: „Das europäisierte deutsche ‚Grundvertrauen‘ in das europäische Integrationsprojekt ist sukzessive einer stärker instrumentellen Europapolitik gewichen“ (Hellmann).

Die umgekehrte Blickrichtung rückt die Passfähigkeit der Mitgliedstaaten in den Mittelpunkt der Aufmerksamkeit. Die empirischen Untersuchungsergebnisse widerlegen die oft geäußerte Einschätzung, dass Zentralisierung die Durchsetzungsfähigkeit auf europäischer Ebene fördert und es institutionelle „Erfolgsmodelle“ gibt. Somit entbehrte auch die Erwartung, man hätte den Transformationsstaaten ein „erfolgreiches“ Anpassungsmodell verschreiben können, jeder Grundlage (Wessels I). Die nationalen Unterschiedlichkeiten sind aber nicht nur für die eigene Interessensdurchsetzung, sondern auch für die Handlungsfähigkeit der EU Gremien von Bedeutung. So reichen die historisch gewachsenen Stabilitätskulturen und administrativen Kommunikationsstrategien bis in die Europäische Zentralbank hinein, so dass von einer „nationalen Pfadabhängigkeit im europäischen Zentralbankwesen“ gesprochen werden kann (Priddat).

Zusammenfassend kann man sagen, dass Regieren in der EU unter deutlich veränderten Bedingungen stattfindet. Den Herausforderungen wurde durch Flexibilität begegnet, so dass man eine Vervielfältigung von Handlungsmustern sowohl auf europäischer als auch auf nationaler Ebene feststellen kann. Diese weisen auch in der EU Politik immer noch ihre nationalen Prägungen auf und die Europäisierung auf nationaler Ebene zeigt sich überwiegend in „nationalen Farben“. Durchgängig haben sich die nationalen Systeme als sehr anpassungsfähig erwiesen, so dass in der Architektur der Systeme keine tektonischen Verschiebungen zu erkennen sind. Regieren auf Brüsseler Ebene ist Konsens orientiert und Verhandlungen finden in einer Vielzahl vernetzter Gremien statt. Trotz steuernder Eingriffe und der Pflege von „epistemic communities“ bewegen sich die EU Institutionen auf einem Markt pluralistischer Interessen. Das Streben nach Effizienz durch vermehrte Flexibilität der

Verfahren aber auch die Bemühungen um eine intensivere Einbindung gesellschaftlicher Gruppen in die europäische Politikformulierung begünstigt die „Entformalisierung von Politik“ (Lietzmann). Diese Entformalisierung von Politik behindert demokratische Verantwortlichkeit und unterminiert die ohnehin problematische demokratische Legitimität europäischen Regierens. Zu den bekannten Schwächen - Konstituierungsprobleme eines europäischen Demos und einer transnationalen politischen Öffentlichkeit, mangelnde demokratische Infrastruktur – kommt hinzu, dass institutionelle Sicherungen zur Gewährleistung demokratischer Repräsentation und demokratischer Kontrolle im europäischen Mehrebenensystem unterentwickelt sind.

Will man es wagen, die Forschungsergebnisse in einem Satz zusammenzufassen, so kann man die These aufstellen, dass Regieren in der Europäischen Union einem starken Veränderungsdruck ausgesetzt ist, der durch ein bemerkenswertes Maß an Flexibilität aufgefangen wird und somit die Effizienz des Regierens gewährleistet bleibt, wohingegen die demokratische Legitimität europäischen Regierens Anlass zur Sorge bereitet.

2. Verlauf und gemeinsame Aktivitäten

Der Antrag auf Einrichtung eines Schwerpunktprogramms "Regieren in der Europäischen Union" wurde 1996 von den nachstehend aufgeführten Personen gestellt.²³

Prof. Dr. Beate Kohler-Koch, Mannheim (Koordination des Antrags)
Prof. D Adrienne Héritier, Florenz
Dr. Markus Jachtenfuchs, Berlin
Prof. Dr. Christian Joerges, Bremen/Florenz
Prof. Dr. Guy Kirsch, Fribourg (CH)
Prof. Dr. M. Rainer Lepsius, Heidelberg
Prof. Dr. Fritz W. Scharpf, Köln
Prof. Dr. Michael Zürn, Bremen

Für die Formulierung des endgültigen Antrages haben darüber hinaus die Kollegen Profs. Drs. I. Pernice (Frankfurt), R. Soltwedel (Kiel) und P.B. Spahn (Frankfurt) wertvolle Anregungen gegeben.

Projektförderung

In der ersten Antragsrunde (1996) wurden 20 Projekte bewilligt, in der zweiten Antragsrunde (1999) 17 neue Projekte und 7 Anschlussprojekte, in der dritten Antragsrunde (2001) 14 neue Projekte und 4 Anschlussprojekte. Insgesamt wurden also durch das Schwerpunktprogramm 62 Projekte gefördert, die alle abgeschlossen wurden. Die letzten Nachbewilligungen wurden 2002 ausgesprochen und die letzten Projekte wurden wegen Unterbrechungen in 2005 abgeschlossen.²⁴

Zentrale Tagungen, Konferenzen, Kolloquien und daraus entstandene Veröffentlichungen

Runde 1 (1997-1999)

1. Erstes DFG Kolloquium „Regieren in der Europäischen Union“
Mannheim, 23. – 24. Oktober 1997
2. Tagung „Demokratisches Regieren jenseits des Staates“
Mannheim, 13. – 14. Juli 1998

Kohler-Koch, Beate (Hrsg.): <i>Regieren in entgrenzten Räumen</i> , PVS-Sonderheft 29/1998, Opladen: Westdeutscher Verlag, 1998, 380 S.

Runde 2 (1999-2000)

1. Zweites DFG Kolloquium „Regieren in der EU“
Mannheim, 15. – 17. Juli 1999
2. Workshop „Linking EU and National Governance“
Mannheim, 18. – 19. November 1999

²³ Ortsangaben jeweils bezogen auf den damaligen Standort.

²⁴ Die letzten Abschlussberichte trafen bei der DFG 2006 ein, was das späte Datum des Gesamtberichts erklärt.

3. Internationale Konferenz „Linking EU and National Governance“
Mannheim, 1. – 3. Juni 2000

Kohler-Koch, Beate (ed): *Linking EU and National Governance*, Oxford: Oxford University Press, 2003, 235 S.

4. Arbeitstagung „Internationales Regieren im europäischen Mehrebenensystem“
Mannheim, 6. – 9. Juli 2000

Runde 3 (2001-2003)

1. Workshop „A Decade of Regional Research: What have we learned?“
Mannheim, 15. – 16. Januar 2001

Conzelmann, Thomas/ Knodt, Michele (Hrsg.): *Regionales Europa - Europäisierte Regionen*. Frankfurt/New York: Campus, 2002, 317 S. [Mannheimer Jahrbuch für Europäische Sozialforschung / Nr. 6]

2. Drittes DFG Kolloquium „Regieren in der Europäischen Union“
Bonn, 30. – 31. Juli 2001

3. DFG-Tagung „Verfassungspolitik in der Europäischen Union“
Mannheim, 1. – 2. November 2001

Jachtenfuchs, Markus/ Kohler-Koch, Beate (Hrsg.): *Verfassungspolitik in der Europäischen Union*, Mannheim: MZES, 2002, 201 S.

4. Interessendurchsetzung im Mehrebenensystem“, gemeinsame Konferenz von DFG (Forschungsschwerpunkt „Regieren in Europa“) und DVPW,
Mannheim/ Ludwigshafen, 4.-5. Juli 2002.

Eising, Rainer/ Kohler-Koch, Beate (Hrsg.): *Interessenpolitik in Europa*, Baden Baden: Nomos Verlagsgesellschaft (Reihe: Regieren in Europa, Band 7), 2005, 389

5. Workshop „European Governance“
Mannheim, 7. Dezember 2002

Ein interdisziplinäres Rundgespräch mit Vertretern von ARENA und ‚One Europe or Several‘, um eine Bestandsaufnahme der bisherigen Forschung zumachen und die Möglichkeit eines gemeinsamen EU Antrages bzw. eines sozialwissenschaftlichen DFG-Schwerpunktantrages mit internationaler Beteiligung zu erkunden.

6. Europeanization of Parliamentary Democracy
Hagen, 8. - 10. Mai 2003

Auel, Katrin/ Benz, Arthur (Hrsg.): *The Europeanization of Parliamentary Democracy*. Special Issue, „Journal of Legislative Studies“, Vol. 11 (No. 3/4), London: Routledge, 2005.

7. DFG Konferenz "Der Beitrag der Integrationsforschung zur Institutionentheorie"
Mannheim, 23. – 24. Mai 2002
8. "Regulation and Supervision of Financial Markets and Institutions in the EU"
Mannheim, 10. - 11. Juli 2003

Barth, J.R./ Dopico, L.G./ Nolle, D.E./ Wilcox, J.A.: *Bank Safety and Soundness and the Structure of Bank Supervision: A Cross-Country Analysis*, International Review of Finance, Vol. 3, 2002, S. 163-188

Busch, A.: *National filters: Europeanisation, institutions, and discourse in the case of banking regulation*, West European Politics, Vol. 27, 2004, S. 310-334.

Bussiere, M./ Fratzscher, M.: *Towards a new early warning system of financial crises*, ECB Working Paper Series, No. 145, Frankfurt, 2002.

Carletti, E./ Hartmann, P.: *Competition and stability: what's special about banking*, ECB Working Paper Series, No. 146, Frankfurt, 2002.

Darlap, P./ Grünbichler, A.: *Integration of EU financial markets supervision*, Journal of financial regulation and compliance, Vol. 12, 2004, S. 36-44.

Heinemann, F./ Schüler, M.: *A Stiglerian View on Banking*, Public Choice, Vol. 121, 2004, S. 99-130.

Hoggarth, G./ Reidhill, J./ Sinclair, P.: *On the resolution of banking crises: theory and evidence*, Bank of England working papers, No. 229, London, 2004.

Schröder, M./ Schüler, M.: *Systemic risk in European banking: evidence from bivariate GARCH models*, ZEW Discussion Paper, No. 03-11, Mannheim, 2003.

Taistra, G.: *Basel II – aktueller Stand und Auswirkungen auf die Mittelstandsfinanzierung*, KfW working paper, 02/2003, Frankfurt.

9. Workshop „EU Governance and External Relations“
Mannheim, 10. – 11. Oktober 2003

Beiträge veröffentlicht in: Journal of European Public Policy 11: 4, 2004:

Schimmelfennig, Frank/ Wagner, Wolfgang: *Preface: External governance in the European Union*, a.a.O., S. 657-660.

Schimmelfennig, Frank/ Sedelmeier, Ulrich: *Governance by conditionality. EU rule transfer to the candidate countries of Central and Eastern Europe*, a.a.O., S. 661-679.

Lavenex, Sandra: *EU external governance in 'wider Europe'*, a.a.O., S. 680-700.

Knodt, Michèle: *International embeddedness of European multi-level governance*, a.a.O., S. 701-719.

Stetter, Stephan: *Cross-pillar politics: functional unity and institutional fragmentation of EU foreign policies*, a.a.O., S. 720-739.

Smith, Michael E.: *Toward a theory of EU foreign policy-making: multi-level governance, domestic politics, and national adaptation to Europe's common foreign and security policy*, a.a.O., S. 740-758.

10. Internationale Konferenz “Debating the Democratic Legitimacy of the European Union”
Mannheim, 27. – 29. November 2003

Kohler-Koch, Beate/ Rittberger, Berthold (eds.): *Debating the Democratic Legitimacy of the European Union*, Lanham: Rowman & Littlefield, 2007.

Zusätzlich zu den Veröffentlichungen als Produkt der Konferenzen und der einzelnen Projekte wurde eine Schriftenreihe zum Thema eingerichtet:

Kohler-Koch, Beate (Hrsg.): Regieren in Europa, Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft, 2002ff, 14 Bände:

Dirk Leuffen (2007): *Cohabitation und Europapolitik. Politische Entscheidungsprozesse im Mehrebenensystem*. Regieren in Europa, Bd. 14, 291 S.

Stefan Seidendorf (2007): *Europäisierung nationaler Identitätsdiskurse? Ein Vergleich französischer und deutscher Printmedien*. Regieren in Europa, Bd. 13, 390 S.

Günther Wolfswinkler (2006): *Die Europäisierung der Arbeitsmarktpolitik Grenzen und Effekte transnationaler Politikgestaltung am Beispiel Deutschlands*. Regieren in Europa, Bd. 12, 309 S.

Mariano Barbato, (2005): *Regieren durch Argumentieren Macht und Legitimität politischer Sprache im Prozess der europäischen Integration*. Regieren in Europa, Bd. 11, 244 S.

Michèle Knodt (2005): *Regieren im erweiterten europäischen Mehrebenensystem Internationale Einbettung der EU in die WTO*. Regieren in Europa, Bd. 10, 281 S.

Thomas Gehring/Sebastian Krapohl/Michael Kerler/Sachka Stefanova (2005): *Rationalität durch Verfahren in der Europäischen Union Europäische Arzneimittelzulassung und Normung technischer Güter*. Regieren in Europa, Bd. 9, 397 S.

Hubert Heinelt/Tanja Kopp-Malek/Jochen Lang/Bernd Reissert (2005): *Die Entwicklung der EU-Strukturfonds als kumulativer Politikprozess*. Regieren in Europa, Bd. 8, 321 S.

Rainer Eising/Beate Kohler-Koch (Hrsg.) (2005): *Interessenpolitik in Europa*. Regieren in Europa, Bd. 7, 389 S.

Orietta Angelucci von Bogdandy (2003): *Zur Ökologie einer europäischen Identität. Soziale Repräsentationen von Europa und dem Europäer-Sein in Deutschland und Italien*. Regieren in Europa, Bd. 6, 212 S.

Katrin Auel (2003): *Regionalisiertes Europa – Demokratisches Europa? Eine Untersuchung am Beispiel der europäischen Strukturpolitik*. Regieren in Europa, Bd. 5, 339 S.

Peter Kotzian (2003): *Verhandlungen im europäischen Arzneimittelsektor. Initiierung – Institutionalisierung – Ergebnisse*. Regieren in Europa, Bd. 4, 280 S.

Thomas Conzelmann (2002): *Große Räume, kleine Räume. Europäisierte Regionalpolitik in Deutschland und Großbritannien*. Regieren in Europa, Bd. 3, 299 S.

Tanja Malek (2002): *Politikgestaltung auf europäischer Ebene*. Regieren in Europa, Bd. 2, 277 S.

Hans-Jörg Trenz (2002): *Zur Konstitution politischer Öffentlichkeit in der Europäischen Union. Zivilgesellschaftliche Subpolitik oder schaupolitische Inszenierung?* Regieren in Europa, Bd. 1, 228 S.

3. Verzeichnis der Forschungsprojekte ²⁵

Heidrun Abromeit

Demokratie im mehrdimensionalen, suprastaatlichen Entscheidungssystem:
Modellüberlegungen zur Demokratisierung der Europäischen Union
Democracy in a multi-dimensional supranational decision making system: Modelling the democratization of the European Union

Heidrun Abromeit und Rainer Schmalz-Bruns

Die Entwicklung von Recht und Demokratie in der EU - Der öffentliche Rechtediskurs im europäischen Institutionengefüge
Dynamics of Law and Democracy in the European Union - The Rights Discourse in the European Institutional System

Gerold Ambrosius

Europäisierung der Wirtschaftspolitik. Gemeinschaftliche und nationale Wettbewerbs- und Beihilfepolitik in der Anfangsphase der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft

Arthur Benz / Gerhard Lehbruch

Demokratische Legitimation regionaler Politik im europäischen Mehrebenensystem
Democratic legitimation of regional politics in the European multi-level system

Arthur Benz

Europäisierung der Arbeit nationaler Parlamente
The Politics of National Parliaments in the EU

Frank Deppe

Beschäftigungspolitik in der EU als neues Politikfeld im dynamischen Mehrebenensystem?
Eine Studie zur europäischen Regulation der Arbeitsmarktkrise
Employment as a new policy field in the dynamic multi-level system of the EU? Studying the European regulation of the employment crisis

Frank Deppe

Wirtschaftsverfassung, Policy-Framing und Regime-Konkurrenz
Economic order, policy-framing, and regime competition

Klaus Eder

Regieren in Europa jenseits öffentlicher Legitimation? Eine Untersuchung zur Rolle von Öffentlichkeit im Rahmen von Verfahren horizontaler Politikkoordination in der Europäischen Union
Governance beyond public legitimation? The role of the public within procedures of horizontal policy coordination in the European Union

²⁵ Die Liste zählt die Projekte in alphabetischer Reihenfolge auf. Zur besseren Darstellung der thematischen Forschungsschwerpunkte werden Projekte und Nachfolgeprojekte zum gleichen Themengebiet zusammengefasst. Bei der Darstellung der Einzelprojekte ist jeweils die Laufzeit angegeben, woran zu erkennen ist, ob es sich um ein oder mehrere Projekte handelt.

Klaus Eder

Von der Herausbildung europäischer Elitenöffentlichkeit zur Europäisierung nationaler Öffentlichkeit

From the emergence of a European elite public to the Europeanization of the national public

Klaus Eder

Transnationale Öffentlichkeit und die Strukturierung politischer Kommunikation in Europa

Transnational public spaces and the structuring of political communication in Europe

Volker Eichener

Ko-Evolution von Staatlichkeit und Verbänden in der Europäischen Union: Bedingungen für die Regierungsfähigkeit europäischer Verbände

Co-evolution of statehood and interest associations in the European Union: conditions of the governance capabilities of European interest associations

Günter Frankenberg

Die Identitätsbedingungen europäischer Bürgerschaft

Identity conditions of European citizenship

Thomas Gehring

Die Beschränkung der Möglichkeiten zur wirksamen Vertretung partikularer Interessen durch die funktionale Differenzierung von Entscheidungsverfahren in der Europäischen Union

Procedural Rationality. How Opportunities to Pursue Parochial Interests within the European Union are Limited by Functionally Differentiated Decision-making Procedures

Edgar Grande

Transnationale Kooperation in der europäischen Forschungs- und Technologiepolitik

Transnational cooperation in the European R&D policy

Edgar Grande

Regulierungsstaat und Infrastruktur in Europa. Eine international und intersektoral vergleichende Untersuchung

The regulatory state and infrastructure in Europe

Dieter Grunow

Bürokratisierung durch Europäisierung? Die Auswirkungen der europäischen Integration auf das politisch-administrative System der Bundesrepublik Deutschland

Bureaucratization through Europeanization?

Hubert Heinelt / Bernd Reissert / Frieder Naschold

Die Entwicklung der Europäischen Strukturfonds als kumulativer Politikprozess

The development of the European Structural Funds as cumulative policy process

Friedrich Heinemann und Michael Schröder

Bankenaufsicht in der EU unter den Bedingungen fortschreitender Finanzmarktintegration

EU Banking Supervision and Increasing Integration of Financial Markets

Gunther Hellmann

Regieren in einem sich wandelnden Europa: Eine interaktionistische Analyse neuer deutscher (Außen-)Politik in Europa.

De-Europeanization by Default? Germany's EU Policy in Defense and Asylum

Thomas Jäger

Isolierte Partner: Eine vergleichende Analyse von Entscheidungsprozessen unter Krisenbedingungen. Europäische Union und kanadischer Bundesstaat
Isolated partners: a comparative analysis of decision making processes under conditions of crisis. The European Union and the Canadian federal state

Christian Joerges / Michael Zürn

Compliance in modernen politischen Systemen. Zur Charakterisierung der Europäischen Union anhand eines Vergleichs mit nationalen und internationalen Regelungen
Compliance in modern political systems. Characterizing the European Union by a comparison with national and international regulations

Karl Kaiser

Asyl- und Migrationspolitik in der Europäischen Union: Strukturen, Prozesse und Inhalte im Spannungsfeld nationalstaatlicher, intergouvernementaler, supranationaler und internationaler Regulierung. Eine Studie zur Dynamik des Regierens in einem postnationalen Mehrebenensystem
Asylum and migration politics in the European Union: structures, processes and policies between national, intergovernmental, supranational, and international regulation. Studying the dynamics of governance in a post-national multi-level system

Paul Klemmer

Institutionelles Lernen im europäischen Mehrebenensystem
Institutional learning in the European multi-level system

Michèle Knodt

Regieren im erweiterten Mehrebenensystem
Governance in an expanded multi-level system

Heinz König

Finanzmarktrestriktionen der Fiskalpolitik im Mehrebenensystem der EU
Restrictions of the financial market on fiscal policy in the EU multi-level system

Raimund Krämer

EU-induzierte Netzwerke in ostdeutschen Ländern
Networks induced by the EU in east German states ('Länder')

M. Rainer Lepsius / Maurizio Bach

Interaktionsstrukturen und Kooperationsmuster vernetzter Verwaltungs- und Expertenstäbe im Komitee-Regime des europäischen Mehrebenensystems
Interactive structures and cooperative patterns of networks of executives and experts within the 'committee regime' of the European multi-level system

Ulrike Liebert

Öffentlichkeit und Gleichstellungspolitik im Regierungsprozess
Public policy discourses and gender equality in European governance: Institutional dynamics in the multi-level-polity of the EU

Hans J. Lietzmann

Europäische Verfassungspolitik. Herausforderungen durch räumliche Erweiterung und kulturelle Pluralisierung

European constitutional policy: Challenges by modern civil societies in Europe

Tanja Malek und Hubert Heinelt

Die Europäische Kommission als lernende Organisation? Grenzen, Möglichkeiten und Bedingungen organisationaler Lernfähigkeit am Beispiel des umweltpolitischen Integrationsprinzips der EU

Hans W. Maull

Bedingungen und Erfolgsfaktoren nationalstaatlicher Außenpolitik im europäischen Mehrebenensystem

Conditions and factors for success of national foreign policy in the European multi-level system

Wolfgang Merkel

Der Ausschuss der Regionen: Grenzen und Möglichkeiten der Institutionalisierung einer dritten Entscheidungsebene in der Europäischen Union

The Committee of the Regions: Limitations and opportunities to institutionalize a third decision making level in the European Union

Richard Münch und Christian Lahusen

Interessenvertretung in Mehrebenensystemen. Formen und Möglichkeiten einer europäischen Politik unter Bedingungen verbandlicher Partizipation

Mediating interests in multi-level systems. Forms and opportunities of European politics under conditions of associative participation

Volker Nienhaus

Die Politik der Europäischen Kommission zwischen Deregulierung und Interventionismus: Eine politisch-ökonomische Erklärung

The policies of the European Commission between deregulation and interventionism: an explanation of Political Economy

Ingolf Pernice

Grundzüge des europäischen Verfassungsrechts

Basic characteristics of European constitutional law

Birger Priddat

Die Stabilitätskulturen ausgewählter europäischer Länder im Vergleich. Ein Beitrag zur (wirtschafts-) politischen Kulturforschung

The EMU and Different National Stability Cultures. A Comparative Enquiry into the Economic Aspects of a Nation's Political Culture

Hans-Eckart Scharrer

Determinanten der Klimapolitik der Europäischen Union aus der Sicht der Neuen Politischen Ökonomie

The determinants of European climate policy in the perspective of New Political Economy

Peter Schlotter und Mathias Jopp

Die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) der EU – intergouvernementales Netzwerk oder kollektiver Akteur?

The Common Foreign and Security Policy (CFSP) of the EU – intergovernmental network or collective actor

Josef Schmid

Governance of Complexity: Politische Steuerung im Mehrebenensystem der EU am Beispiel der Beschäftigungspolitik

Governance of Complexity

Josef Schmid

Lokale Beschäftigungspakte im Mehrebenensystem der EU: Weiche Steuerungsinstrumente auf lokaler Ebene

Gerald Schneider und Thomas König

Die Relevanz von Versprechen und Drohungen in EU Verhandlungen

The relevance of promises and threats in EU negotiations

Gerald Schneider und Thomas König

Nationale Formulierungsprozesse zu europäischer Politik: Eine vergleichende Untersuchung der Konfliktlinien und Interessenvermittlungsstrukturen in vier Mitgliedstaaten der Europäischen Union

EU Decisions at the National Level: A Comparative Analysis of Cleavages and Interest Intermediation in Four Member States of the European Union

Rüdiger Soltwedel

Die Kompetenz der Europäischen Union für Transeuropäische Netze. Eine fiskalföderalistische und institutionenökonomische Analyse

The competences of the European Union in trans-European networks. A fiscal federalist and institutionalist economic analysis

Paul Bernd Spahn

Budgetkoordinierung und Fiskaldisziplin in der EU

Coordination of budgets and fiscal discipline in the EU

Armin von Bogdandy

Integrierte Rechtsetzung zwischen Europäischer Union und Bundesrepublik: Praxis, rechtlicher Rahmen und Perspektiven

Integrated law making between EU and the Federal Republic of Germany: practices, legal framework and perspectives

Wolfgang Wessels

Regieren in der Europäischen Union "nach" Maastricht. Die makropolitische Dynamik des Mehrebenensystems in einer empirischen Überprüfung

Governance in the European Union 'after' Maastricht. The macro-political dynamics of the European multi-level system in empirical perspective

Wolfgang Wessels

Regieren in der Wirtschafts- und Währungsunion nach 1999
Governance in the Economic and Monetary Union after 1999

Ulrich Widmaier und Nils C. Bandelow

Politikfeldübergreifende Koppelgeschäfte zwischen EU-Kommission und großen Unternehmen
Cross-policy tie-in deals between the EU Commission and big corporations

Manfred Zuleeg

Der rechtliche Zusammenhalt der Europäischen Union
Legal Cohesion in the European Union

4. Ergebnisse der einzelnen Forschungsprojekte

in alphabetischer Reihenfolge jeweils unter Angabe von:

- Titel
- Projektleiter, Projektmitarbeiter
- Institution²⁶
- Laufzeit
- Abstract
- Ergebnisse
- Veröffentlichungen
- Qualifikationsarbeiten
- Konferenzen

²⁶ Institution, bei der die Projektleiter zur Laufzeit des Projekts tätig waren

**Demokratie im mehrdimensionalen, suprastaatlichen Entscheidungssystem:
Modellüberlegungen zur Demokratisierung der EU**

(Democracy in a multi-dimensional supranational decision making system: Modelling the democratization of the European Union)

Projektleiter

Professor Dr. Heidrun Abromeit, *TU Darmstadt*

Projektmitarbeiter

Simone Ruppertz-Rausch

Thomas Schmidt

Laufzeit 1997 – 1999; 1999 – 2001

Abstract

The research project dealt with the feasibility and the possible societal bases of a democratization of the EU, in the absence of a ‘demos’ and a ‘European collective identity’. The theoretical task was to explore the nature and potentialities of a composite demos (or ‘multiple demoi’). With this object in view we elaborated a complex typology and identified the ‘transnational sectoral demos’ as the likeliest type to serve as the societal basis of a European democracy: a demos constituting itself not along national lines but within the bounds of policy areas, along the lines of issue-specific frames. The empirical task then was to find out, in a pilote study, whether or not such common frames can, in fact, be detected across national borders. A highly differentiated questionnaire, tested in a student population in Germany, Austria, Switzerland, and Great Britain, provided encouraging results.

Ergebnisse

Die Europäische Union stellt die moderne Staats- und Verfassungstheorie vor scheinbar kaum zu überwindende Hindernisse. Nicht Staatenbund noch Bundesstaat, werden von ihr auf transnationaler Ebene fortwährend Entscheidungen getroffen, die auf der Ebene der Mitgliedsländer und darunter systematisch Betroffenheiten erzeugen. Demgegenüber versagen die herkömmlichen einheits- oder föderalstaatlichen Modelle, die EU mit ausreichender demokratischer Legitimität zu versorgen. Als theoretisches Nadelöhr in der einschlägigen Literatur erwies sich dabei immer wieder der angebliche Mangel an gesamteuropäischer kollektiver Identität, ohne den jedes anspruchsvollere Modell demokratischer Beteiligung scheitern müsse.

Ziel des theoretischen Teils des Forschungsprojektes war es daher, jenseits der Vorstellung eines homogenen europäischen Demos das Demokratisierungspotential einer aus vielen europäischen Demoi zusammengesetzten Europäischen Union auszuloten. Zu diesem Zweck wurde eine differenzierte Typologie entwickelt, in der insbesondere der Typus des transnationalen sektoralen Demos eine besondere Rolle spielte. Nicht territorial oder kulturell, sondern durch die sektoralen Deutungsmuster innerhalb ausdifferenzierter Politikfelder definiert, stehen sie – theoretisch wie praktisch – in fortgesetzter Konkurrenz zu den nationalen oder gar nationalistischen Deutungen transnationaler politischer Problemstellungen.

Dergestalt theoretisch präpariert trat das Projekt in seine empirische Phase ein. Im Rahmen einer explorativen Pilotstudie, die noch keinen Anspruch auf repräsentative Ergebnisse erhebt, wurden anhand eines Fragebogens in vier verschiedenen Ländern (Deutschland, Österreich, Großbritannien und Schweiz) Daten zu den europäischen Politikfeldern „Gemeinsame Agrarpolitik“ (GAP) und „Gentechnisch veränderte Lebensmittel“ (GVL) erhoben. Trotz

einer Reihe methodischer Schwierigkeiten lassen sich die verschiedenen Indizien unseres empirischen Tests doch zu einem (noch immer ambivalenten) Gesamtbild zusammenfassen: Obwohl die semantischen Bausteine unseres Fragebogens aus einem der deutschen Berichterstattung entnommenen Kontext stammten, gab es deutliche Hinweise auf ihren *transnationalen* Bedeutungsgehalt. Auch die sich abzeichnenden Konfliktlinien zwischen verschiedenen Sinnzusammenhängen wiesen im wesentlichen transnationale Züge auf, wohingegen keine nennenswerten nationalspezifischen Sinnzusammenhänge aufgespürt werden konnten. Dies traf sowohl für die GAP als auch die GVL zu, obgleich sich für die GAP wesentlich mehr Konfliktlinien rekonstruieren ließen als für die GVL, bei der sich alles auf die entscheidende Frage zuspitzte: Ist man *für* oder *gegen* gentechnisch veränderte Lebensmittel? Immerhin ließen sich aus dem spezifischen Muster der GVL-Aussagen interessante Querverbindungen zu dem Politikfeld der GAP ziehen, auch wenn wir mit diesen theoretisch gar nicht gerechnet hatten. So häuften sich die Indizien, dass die eigentlichen Konfliktlinien nicht nur transnationaler, sondern auch transsektoraler Natur sind, insofern sich über die Grenzen der Politikfelder hinweg z.B. ökologische, neo-liberale und nationalistische Zusammenhänge nachzeichnen ließen.

Was bedeutet das zusammengefasst? Besonders empirisch gäbe es noch eine ganze Menge zu erforschen, wobei wir uns in der Richtung, weg von nationalen und kulturellen hin zu den sektoralen Kontexten, bestätigt fühlen. Sofern man europäische Bürger statt mit internationalen Verteilungsfragen mit Sachaussagen konfrontiert, die man aus einem sektoralen Kontext politischer Problemstellungen gewonnenen hat, fällt es leicht, transnationale sektorale Deutungsmuster zu identifizieren. Insofern dürfte das Projekt dem Ziel näher gekommen sein, die Existenz und Relevanz transnationaler (sektoraler) Demoi aufzeigen zu können. Dies ist insbesondere im Hinblick auf die Frage nach Chancen und Entstehungsbedingungen einer europäischen Öffentlichkeit (besser: europäischer Öffentlichkeiten) ein optimistisch stimmender Befund. Bleiben aber noch mindestens zwei weitere, ungelöste Fragen: Erstens, verfügen die multiplen Demoi, deren Kern doch die politische Auseinandersetzung ist, über ausreichend Bindungskraft, um die überkommene nationalistische Variante ersetzen zu können? Und zweitens, wie könnte ein bis in die Verfahren hinein ausformuliertes Demokratiemodell aussehen, dass sich auf ein Europa der multiplen Demoi stützt? Während Heidrun Abromeit mit ihrem ausgeklügelten „System der Vetorechte“ bereits für das zweite Problem ein tragfähiges Modell anzubieten scheint, kann die erste Frage theoretisch solange verneint werden, bis die Praxis den Skeptikern das Gegenteil beweist.

Veröffentlichungen

Deutschsprachige Veröffentlichungen

Monographien

Abromeit, Heidrun 2002: Wozu braucht man Demokratie? Die postnationale Herausforderung der Demokratietheorie, Opladen: Leske + Budrich.

Beiträge in Sammelbänden

Schmidt, Thomas 2006: Der demokratische Sektoralismus – Fragen an die politische Theorie, in: Reinhard Heil/ Andreas Hetzel (Hrsg.): Die unendliche Aufgabe. Kritik und Perspektiven der Demokratietheorie, Bielefeld: transcript Verlag, S. 209-225

Schmidt, Thomas 2005: Der demokratische Sektoralismus und seine direktdemokratischen Ausgestaltungsmöglichkeiten, in: Tanja Hitzel-Cassagnes/ Thomas Schmidt (Hrsg.): Demokratie in Europa und europäische Demokratien. Festschrift für Heidrun Abromeit, Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften, S. 290-303.

Abromeit, Heidrun 2003: Möglichkeiten und Ausgestaltung einer europäischen Demokratie, in: Ansgar Klein u.a. (Hrsg.): Bürgerschaft, Öffentlichkeit und Demokratie in Europa. Opladen: Leske + Budrich, S. 31-54.

Abromeit, Heidrun 2002: Wie demokratisch ist die EU – wie ist sie demokratisierbar? In: Ingeborg Tömmel (Hrsg.): Europäische Integration als Prozess von Angleichung und Differenzierung. Osnabrück.

Abromeit, Heidrun 2001: Demokratie und Öffentlichkeit: ein supranationales Dilemma, in: Heidrun Abromeit/ Jörg-Uwe Nieland/ Thomas Schierl (Hrsg.): Politik, Medien, Technik. Festschrift für Heribert Schatz, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, S. 75-91.

Abromeit, Heidrun 2000: Kompatibilität und Akzeptanz. Anforderungen an eine „integrierte Politie“, in: Edgar Grande/ Markus Jachtenfuchs (Hrsg.): Wie problemlösungsfähig ist die Europäische Union? Baden-Baden: Nomos, S. 59-75.

Abromeit, Heidrun 1999: Volkssouveränität in komplexen Gesellschaften, in: Peter Niesen/ Hauke Brunkhorst (Hrsg.): Das Recht der Republik. Festschrift für Ingeborg Maus, Frankfurt a. M.: Suhrkamp, S. 293-320.

Beiträge in Zeitschriften

Abromeit, Heidrun/ Schmidt, Thomas 1998: Grenzprobleme der Demokratie – konzeptionelle Überlegungen, in: Beate Kohler-Koch (Hrsg.): Regieren in entgrenzten Räumen, PVS-Sonderband 29, Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 293-320.

Ruppertz-Rausch, Simone/ Schmidt, Thomas 2002: Auf der Suche nach transnational-sektoralen Referenzgruppen oder: die soziale Basis einer europäischen Öffentlichkeit, in: Berliner Initial 13, Heft 5, S. 45-56

Fremdsprachige Veröffentlichungen

Monographien

Abromeit, Heidrun 1998: Democracy in Europe. Legitimising Politics in a Non-State Polity, Oxford: Berghahn Books.

Arbeitspapiere

Abromeit, Heidrun/ Schmidt, Thomas 2000: The riddle of a borderless democracy: on the search of transnational demoi, Manuskript, vorgetragen anlässlich des IPSA World Congress, Québec (Kanada), 1 bis 5 August 2000; Research Committee 3: European Unification, Panel 2: ‚Democracy beyond the nation state‘.

Qualifikationsarbeiten

Schmidt, Thomas 2003: Demokratischer Sektoralismus – Die politische Soziologie der Europäischen Union zwischen Expertokratie und Identitätspolitik, Dissertation an der TU Darmstadt.

Die Entwicklung von Recht und Demokratie in der EU – Der öffentliche Rechediskurs im europäischen Institutionengefüge

(Dynamics of Law and Democracy in the European Union – The Rights Discourse in the European Institutional System)

Projektleiter

Professor Dr. Heidrun Abromeit, *TU Darmstadt*

Professor Dr. Rainer Schmalz-Bruns, *TU Darmstadt*

Projektmitarbeiter

Dr. Tanja Hitzel-Cassagnes

Simone Ruppertz-Rausch, M.A.

Laufzeit: 2001 – 2003

Abstract

The object of the research project was to analyse European discourses on individual rights (in the area of individual rights of access to documents and information), i.e., on the one hand, to expose the formal and structural characteristics of public discourses at the institutional level, and, subsequently, to evaluate the democracy-enforcing and democracy-enhancing potentials on the other hand. The aim was to devise an operational and analytic design in order to capture discourses as processes of communication which are normative in the sense that the “public use of reason”; which means that argumentation and justification as a game of reason-giving and reason-taking is structurally enforced. The conceptualisation of an operational scheme to analyse documents (or speech-acts in general) according to formal and structural criteria of “reasons” enabled us to sustain several assumptions: Firstly, that law is generated discursively; secondly, that the “force of the better argument” is accentuated at the structural, formal and procedural level of discourses; and, thirdly, that the institutional rights-discourses at European level yield inclusionary, participatory and rights-enhancing effects for the individual. The project’s contribution to current debates is twofold: it contributed to an understanding of the functioning of European institutions and their interplay, and to a better understanding of law-generating processes and their effects especially on the individual “European citizen”.

Ergebnisse

Begreift man das Recht nicht nur als vorherrschendes Handlungs- und Integrationsinstrumentarium politischer Hoheitsträger sondern als integralen Bestandteil und konstitutive Voraussetzung von Politik und insbesondere von Demokratie, dann erscheint das Recht als funktional ermöglichend sowohl zur sozialen Kooperation als auch zur Bändigung öffentlicher Herrschaftsgewalt durch den Einzelnen. Diese normative Grundintuition beschreibt Recht und Demokratie in gegenseitiger Abhängigkeit und gleichzeitig je als Formen der Selbstbestimmung im Medium des öffentlichen Diskurses. Indem das Projekt an normative Überlegungen zur Demokratisierung der EU anknüpft, beleuchtet es eine institutionelle Perspektive, die es ermöglicht, politische Institutionen (auf EU-Ebene) in ihrer 'democracy and rights enhancing role' in den Mittelpunkt zu rücken und zugleich interinstitutionelle Reflexionsprozesse analysieren zu können. Ausgangspunkt bildet dabei eine Konzeptualisierung der Europäischen Gerichtsbarkeit als "Bürgergerichtsbarkeit", deren Funktionsbestimmung vorwiegend darin begründet liegt, dass sie den Einzelnen nicht nur als Adressat von Recht und Hoheitsgewalt, sondern als Autor und aktiven Mitgestalter institutioneller Arrangements und materialer Politikergebnisse begreift; d.h. insbesondere, dass demokratiekonstitutive Rechte im Sinne positiver Mitbestimmungs- und

Teilnahmerechte, die den Rahmen negativer Freiheitsrechte überschreiten, gestärkt werden. Vor diesem Hintergrund erfolgte eine Prozessanalyse des institutionellen Rechtediskurses auf EU-Ebene (zwischen den europäischen Gerichten, EuP und Ombudsmann, Rat und Kommission). Die Diskursanalyse erfolgte als Dokumentenanalyse im Bereich des „Rechts auf Zugang zu Informationen“. Mit dem im Rahmen des Projekts entwickelten analytischen Instrumentarium zur Operationalisierung von Diskursen konnten wir aufzeigen, wie sich Normativität bzw. die Wirkkraft von Normativität in den Argumentations- und Rechtfertigungsstrukturen von Diskursen zur Geltung bringt. Eine empirische Identifizierung normativ gehaltvoller Kommunikation setzt voraus, dass die sprachliche Interaktion selbst Gegenstand der Untersuchung ist und bedarf eines Analyseinstrumentariums, das die Struktur und die formale Gestaltung der Semantiken sowie ihren prozessualen Charakter in den Blick nimmt. Wir haben im Verlauf der Projektarbeit gezeigt, dass mit unserem Analyseinstrumentarium der normative Gehalt diskursiver Rechtsgenese analysiert werden kann. Die empirischen Ergebnisse plausibilisieren dabei nicht nur die Konzeption des analytischen Instrumentariums in dem Sinne, dass Diskursivität auch tatsächlich erfasst wird, sondern liefern auch bestätigende Hinweise für unsere Hypothese, dass Recht diskursiv generiert wird und diskursiv generiertes Recht zugleich demokratiekonstitutive Inklusionspotentiale freisetzt. Experteninterviews der an dem untersuchten Verfahren beteiligten Akteure als Träger der Kommunikation und Instanzen teilnehmender Selbstbeobachtung haben diese Ergebnisse und die dem diskursanalytischen Vorgehen zugrundeliegenden Annahmen einer kritischen Überprüfung unterzogen, um Hinweise auf mögliche Restriktionen diskursiver Verständigung als blinde Stellen der Diskursanalyse zu liefern. Beide Untersuchungsebenen, insbesondere die Dokumentenanalyse, untermauern die von uns entworfene Operationalisierung von Diskursivität. Der „zwanglose Zwang des besseren Arguments“ bleibt nicht nur theoretisches Postulat und konzeptionelle Prämisse, sondern wird analytisch und empirisch fassbar.

Veröffentlichungen

Deutschsprachige Veröffentlichungen

Monographien

Hitzel-Cassagnes, Tanja 2004: Geltung und Funktion. Supranationale Gerichtsbarkeit im Spannungsfeld von Praktischer Rationalität, Recht und Demokratie, Baden-Baden: Nomos.

Beiträge in Sammelbänden

Auberger, Tobias; Hitzel-Cassagnes, Tanja 2005: Bedingungen und Kontexte von Diskursivität, in: Thomas Schmitt und Tanja Hitzel-Cassagnes (Hg.): Demokratie in Europa und europäische Demokratien. Festschrift für Heidrun Abromeit zum 60. Geburtstag, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Beiträge in Zeitschriften

Hitzel-Cassagnes, Tanja 2002: Warten auf Godot. Anmerkungen zur Konzeptualisierung von Kommunikationsmodi und Handlungstypen, in: Zeitschrift für Internationale Beziehungen 1.

Fremdsprachige Veröffentlichungen

Beiträge in Sammelbänden

Hitzel-Cassagnes, Tanja (2007; i.E.) Diskursive Processes in the European Institutional System, in: John Erik Fossum, Philip Schlesinger and Geir Ove Kværk (Hg.): A European Public and Civil Society?, ARENA Report, Oslo: ARENA.

Qualifikationsarbeiten

Hitzel-Cassagnes, Tanja 2002: Geltung und Funktion. Supranationale Gerichtsbarkeit im Spannungsfeld von Praktischer Rationalität, Recht und Demokratie, Dissertation an der Technischen Universität Darmstadt.

Europäische Integration
an Beispiel der E(W)G-Wettbewerbspolitik 1958-1972
(European Integration: E(E)C-Competition Policy 1958-1972)

Projektleiter:

Prof. Dr. Gerold Ambrosius, *Universität Siegen*

Projektmitarbeiter:

Dr. Sibylle Hambloch

Laufzeit: 2001 – 2003

Abstract

The research project explored the EU competition policy in the time from 1958 up to 1972 by exploring five specific cases such as the development of the cartel regulation, the introduction of the value added tax, the proposals concerning a European company law, the establishment of a European patent law and the European regional policy. The research focus was on the EU level, examining the interaction of the Commission, the Council, the European Parliament, the European Court of Justice, the Economic and Social Committee and the relevant interest groups throughout the policy cycle, in particular in the phase of agenda-setting and policy formulation.

Ergebnisse

In dem Forschungsprojekt wurde die EWG-Wettbewerbspolitik am Beispiel von ausgewählten Themen aus dem Arbeitsbereich der Generaldirektion Wettbewerb der E(W)G-Kommission im Zeitraum von 1958 bis 1972 untersucht. Die fünf Fallbeispiele sind die Entstehung der Kartellvorschriften für die Unternehmen im Gemeinsamen Markt, die Einführung eines einheitlichen Mehrwertsteuersystems in der EWG, die Arbeiten an einer europäischen Handelsgesellschaftsform, die Schaffung eines europäischen Patentrechtes sowie die Bemühungen um eine gemeinschaftliche Regionalpolitik. Der Fokus der Untersuchung liegt auf der EWG-Ebene. Hier wurde die Interaktion von Europäischer Kommission, Ministerrat, Europäischem Parlament, Europäischem Gerichtshof, Wirtschafts- und Sozialausschuss und sonstigen für den Entscheidungsprozess relevanten Interessengruppen in den Phasen Problemdefinition, Agenda Setting und Politikformulierung des Policy-Cycles analysiert.

Die beiden Leitfragen lauteten:

1. Wie erfolgte der Prozess bewusster politischer Zielbestimmung und Eingriffe zum freiwilligen Aufbau und zur Weiterentwicklung der gemeinsamen politischen Entscheidungsfindung (Institutionen, Kompetenzen und Verfahren) im EWG-Institutionengefüge am Beispiel der Wettbewerbspolitik 1958-1972?
2. Hat Integration im Bereich der Wettbewerbspolitik 1958-1972 stattgefunden, gemessen an a. dem Einfluss der gemeinsamen Organe, b. am Ausmaß und der Bedeutung der in die gemeinsame Entscheidungsfindung einbezogenen Politikbereiche und c. am jeweils anzuwendenden Entscheidungsverfahren?

Um diese Leitfragen zu beantworten, thematisiert das zwischen Wirtschafts- und Rechtsgeschichte sowie Politikwissenschaften interdisziplinär angelegte Forschungsprojekt explizit Strukturen, Prozesse und Inhalte des Untersuchungsgegenstandes. In einem ersten Schritt dient die historisch-hermeneutische Methode der Darstellung der empirischen Entwicklung in den unterschiedlichen Themengebieten der E(W)G-Wettbewerbspolitik.

Zweitens wurde ein Analyserahmen entwickelt, der unterschiedliche Elemente der EG-/EU-Forschung miteinander verknüpft mit dem Ziel, die Interdependenz der Dimensionen Strukturen, Prozesse und Inhalte theoretisch zu reflektieren.

Die Beantwortung der Leitfragen ergab folgendes Ergebnis: Fragt man nach dem Einfluss der gemeinsamen Organe und Institutionen, ist die Rolle der Kommission hervorzuheben, die zum Adressaten für europäische (Wettbewerbs-)Politik wurde. Sie war der Motor für die Integrationserfolge: Die Schaffung der Verordnung 17/62 als Wettbewerbsgesetz für Unternehmen im Gemeinsamen Markt sowie die Einführung eines gemeinsamen Mehrwertsteuersystems in den EWG-Staaten. Darüber hinaus bemühte sich die Kommission, neue Politikbereiche in die gemeinschaftliche Entscheidungsfindung einzubeziehen. Integration fand statt erstens in Bezug auf die Umsetzung der vertraglich vorgegebenen Funktionen des supranationalen Organs Europäische Kommission als ein reales Gegengewicht zum intergouvernementalen Ministerrat. Das Europäische Parlament und der Europäische Gerichtshof unterstützten die Kommission. Integration fand statt zweitens in Bezug auf die Ausweitung des Spektrums an Politikbereichen, über deren Einbindung in die gemeinsame Entscheidungsfindung auf supranationaler Ebene verhandelt wurde. Von einer erfolgreichen Integrationspolitik der E(W)G kann insofern nicht gesprochen werden, als es im Betrachtungszeitraum nicht gelang, die nur implizit vom EWGV behandelten Politikprojekte wie das EWG-Patent und die Societas Europaea zu einem im gemeinschaftlichen Sinne erfolgreichen Politikergebnis zu führen. Die gemeinsame Regionalpolitik kam über konzeptionelle Vorschläge der Kommission nicht hinaus und blieb eine Domäne der Nationalstaaten. Dies spiegelt die Verschiebung des Gewichtes im Rechtssetzungsprozess zugunsten des Ministerrates infolge der de Gaulleschen Obstruktionspolitik seit Mitte der sechziger Jahre wider. Die Folge war, dass das Einstimmigkeitsprinzip im Ministerrat gefestigt und die Rolle der Kommission geschwächt wurde. Die Entscheidungsprozesse verlagerten sich Ende der sechziger Jahre zunehmend vom Ministerrat hin zu externen internationalen Regierungskonferenzen.

Veröffentlichungen

Deutschsprachige Veröffentlichungen

Monographien

Ambrosius, Gerold 2005: Regulativer Wettbewerb und koordinative Standardisierung zwischen Staaten. Theoretische Annahmen und historische Beispiele, Stuttgart 2005.

Beiträge in Sammelbänden

Ambrosius, Gerold 2004: Internationaler Regulierungswettbewerb im 19. Jahrhundert. Das Beispiel des Arbeitsschutzes, in: Thomas Stahl (Hrsg.): Historische Streiflichter. Untersuchungen zu ausgewählten außen-, wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Themen deutscher Geschichte im 19. und 20. Jahrhundert, Münster, S. 5 - 29.

Hambloch Sibylle 2004: OECD, in: Neu, Michael; Gieler, Wolfgang; Bellers, Jürgen (Hrsg.): Handbuch der Außenwirtschaftspolitiken. Staaten und Organisationen. Afrika, Amerika, Asien, Europa, Ozeanien, Teilband 2 (Politik. Forschung und Wissenschaft. Bd. 8), Münster, S. 1078-1083.

Ambrosius, Gerold 2003: Die politische Integration netzgebundener Dienstleistungssysteme im Föderalismus: das Beispiel des Deutschen Reiches vor dem Ersten Weltkrieg, in: U. Kirschhoff, G. Trilling (Hrsg.): Öffentliche Wirtschaft, Sozialwirtschaft und Daseinsvorsorge im Wandel. Zum Spannungsfeld von europäischer Wettbewerbsordnung und Allgemeininteresse, Regensburg, S. 39 - 55.

Ambrosius, Gerold 2002: Die historische Entwicklung der öffentlichen Daseinsvorsorge in Deutschland unter aktueller europäischer Perspektive, in: R. Hrbek, M. Nettesheim (Hrsg.): Europäische Union und mitgliedstaatliche Daseinsvorsorge, Baden-Baden, S. 15 - 31.

Beiträge in Zeitschriften

Ambrosius, Gerold 2004: Regulierungswettbewerb im Deutschen Reich (1871-1914). Welche Erfahrungen sind für die Europäische Union relevant?, in: Perspektiven der Wirtschaftspolitik 5, S. 39 - 58.

Hambloch, Sibylle 2002: Die Entstehung der Verordnung 17 von 1962 im Rahmen der EWG-Wettbewerbspolitik, in: Europarecht, Heft 6, S. 877-897.

Ambrosius, Gerold, 2001: Institutioneller Wettbewerb im europäischen Integrationsprozess seit dem 19. Jahrhundert, in: Geschichte und Gesellschaft 27, S. 52 - 77.

Qualifikationsarbeiten

Hambloch, Sibylle: Europäische Integration an Beispiel der EWG-Wettbewerbspolitik 1958-1972 (Habilitationsschrift)

Demokratische Legitimation regionaler Politik im europäischen Mehrebenensystem

(Democratic legitimation of regional politics in the European multi-level system)

Projektleiter:

Professor Dr. Arthur Benz, *Fernuniversität Hagen*

Professor Dr. Gerhard Lehbruch, *emerit. Professor der Universität Konstanz*

Projektmitarbeiter:

Thomas Esslinger

Katrin Auel

Laufzeit: 1997 – 1999; 1999 – 2001

Abstract

The research project dealt with the problem of democratic legitimacy of policy-making in the EU. It focused on structural policy, which is a typical example of the multi-level structure of the EU and where policy-making requires co-ordination between regional, national and European organisations. Co-ordination is realised in intergovernmental negotiations as well as in policy networks including public and private actors. At the same time, decisions on the amount and the allocation of grants interfere in the budgetary powers of European, national and regional parliaments. Our aim was to find out whether and under which conditions the interplay between intergovernmental negotiations, co-operation in policy networks and decision-making in parliaments may provide for sufficient legitimacy. From a theoretical point of view, we assumed that the combination of these different arenas causes tensions and problems for decision-making. The empirical research revealed how these problems are resolved in practical policy-making and how different arenas are linked in order to guarantee both effective co-ordination and democratic interest intermediation. Comparative research work in France and Germany, which included the analysis of institutions, processes and perceptions of actors, demonstrated the influence of different national frameworks on democratic legitimacy of policy-making in the European multi-level system. Thus, the project contributed, on the basis of theoretical and empirical research, to ongoing discussions on democracy in the EU.

Ergebnisse

In dem Forschungsprojekt wurden die institutionellen Bedingungen der demokratischen Legitimation im Mehrebenensystem der EU untersucht. Als Analyserahmen wurde ein Konzept der repräsentativen Demokratie entwickelt, in dem verschiedene Formen von Repräsentation verbunden sind („compounded representation“). In der EU sind Bürger im Europäischen Parlament als europäisches Volk repräsentiert, im Rat sind sie durch ihre Regierungen als Völker vertreten, wobei die demokratische Qualität dieser Repräsentationsformen von der wirksamen Rückkopplung der Regierungen an die nationalen Parlamente abhängt. Neben diesen institutionalisierten und mit Entscheidungsmacht ausgestatteten Organen ist die beratende Beteiligung spezifischer Teilinteressen zu beachten, also etwa der Regionen im Ausschuss der Regionen (AdR) und der Verbände im Wirtschafts- und Sozialausschuss (WSA) und anderen Ausschüssen oder informellen Verfahren. Vor allem die Regionen gelten als besonders wichtige Institutionen der Repräsentation, wobei sie sowohl an der Interessenvermittlung im Prozess der Politikformulierung in der EU mitwirken als auch in der Implementation von EU-Programmen demokratische Willensbildungsprozesse organisieren müssen.

Theoretischer Ausgangspunkt war die Überlegung, dass sich die genannten Repräsentationsformen im Entscheidungsprozess wechselseitig behindern könnten, weil zum einen die Vielzahl der Beteiligten hohen Entscheidungskosten verursacht und zum anderen die unterschiedlichen Entscheidungslogiken in parlamentarischen Institutionen und Verhandlungssystemen sich wechselseitig stören. Untersucht werden sollte nun, ob diese Störungen auf Kosten der Entscheidungsfähigkeit oder der demokratischen Legitimation der EU gehen. Um dies herauszufinden, untersuchten wir die Prozesse in der europäischen Regionalpolitik. Hier wurde einerseits das Zusammenspiel von EP, Rat und formellen und informellen Strukturen der Beteiligung von besonderen Interessen bei der Reform des Förderrahmens untersucht, zum anderen fragten wurde nach den Auswirkungen der europäischen Politikverflechtung auf die demokratische Qualität der regionalen Programmentwicklung und –umsetzung im Prozess der Implementation der Regionalpolitik.

Kurz lässt sich das Ergebnis der Untersuchung wie folgt zusammenfassen: Probleme demokratischer Legitimation resultieren weniger aus mangelnder Interessenberücksichtigung oder Entscheidungsblockaden, sondern mehr aus der Intransparenz der Entscheidungsprozesse. Und ihre Ursachen liegen eher auf der nationalen und regionalen Ebene als im politischen System der EU. Dabei sind je nach institutionellen Bedingungen der Mitgliedstaaten deutliche Unterschiede festzustellen, wobei die formalen Strukturen eines parlamentarischen Regierungssystems in Staaten und Regionen nicht generell vorteilhaft sind.

Veröffentlichungen

Deutschsprachige Veröffentlichungen

Monographien

Auel, Katrin 2003: Regionalisiertes Europa – Demokratisches Europa? Eine Analyse am Beispiel der europäischen Strukturpolitik, Baden-Baden: Nomos.

Beiträge in Sammelbänden

Auel, Katrin 2005: Die deutschen Landtag im europäischen Mehrebenensystem, in: Ulrich von Alemann/ Claudia Münch (Hrsg.): Landespolitik im europäischen Haus. NRW und das dynamische Mehrebenensystem, Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften, 133-151.

Auel, Katrin 2002: Akteure oder nur Statisten? Regionale Parlamente im europäischen Mehrebenensystem, in: Thomas Conzelmann/ Michèle Knodt (Hrsg.): Regionales Europa - Europäisierte Regionen (Mannheimer Jahrbuch für Europäische Sozialforschung Band 6), Frankfurt/New York: Campus 2002, 191-212.

Auel, Katrin 2002: Regieren im Mehrebenensystem: Deutschland zwischen nationaler und europäischer Politikverflechtungsfalle?, in: Michael Meimeth/ Joachim Schild (Hrsg.): Die Zukunft von Nationalstaaten in der europäischen Integration. Deutsche und französische Perspektiven, Olpaden: Leske+Budrich.

Benz, Arthur 2000: Politische Steuerung in lose gekoppelten Mehrebenensystemen, in: Raimund Werle/ Uwe Schimank (Hrsg.): Gesellschaftliche Komplexität und kollektive Handlungsfähigkeit, Frankfurt a.M.: Campus, S. 99-126.

Benz, Arthur, 2000: Entflechtung als Folge von Verflechtung. Theoretische Überlegungen zur Entwicklung des europäischen Mehrebenensystems, in: Edgar Grande/ Markus Jachtenfuchs (Hrsg.): Wie problemlösungsfähig ist die EU? Baden-Baden: Nomos, S. 141-163.

Benz, Arthur, 2000: Mehrebenenverflechtung in der Europäischen Union, in Markus Jachtenfuchs, Beate Kohler-Koch (Hrsg.): Europäische Integration, Opladen: Leske und Budrich, 2003 (2. Aufl.), S. 327-361.

Benz, Arthur 1998: Ansatzpunkte für ein europafähiges Demokratiekonzept, in: Beate Kohler-Koch (Hrsg.): Regieren in entgrenzten Räumen, Politische Vierteljahresschrift, Sonderheft 29, Opladen: Westdeutscher Verlag S. 345-368.

Fremdsprachige Veröffentlichungen

Beiträge in Zeitschriften

Benz, Arthur 2000: Two types of Multi-level Governance: Intergovernmental Relations in German and EU Regional Policy, in: Regional and Federal Studies 10 (3), S. 21-44.

Beiträge in Sammelbänden

Auel, Katrin 2006: Multilevel Governance, Regional Policy and Democratic Legitimacy in Germany, in: Arthur Benz/ Yannis Papadopoulos (Hrsg.): Governance and Democracy - Comparing National, European and Transnational Experiences", London: Routledge (im Erscheinen).

Benz, Arthur 2006: Policy-making and accountability in EU multilevel governance, in: Arthur Benz/ Yannis Papadopolous (Hrsg.): Governance and Democracy - Comparing National, European and Transnational Experiences, London: Routledge, S. 99-114.

Benz, Arthur 2003: Compounded Representation in EU Multi-Level Governance, in: Beate Kohler-Koch (Hrsg.). Linking EU and National Governance, Oxford: Oxford University Press, S. 82-110.

Auel, Katrin/ Benz, Arthur/ Esslinger, Thomas 2000: Democratic Governance in the EU – The Case of Regional Policy, polis-Heft Nr. 48/2000 Hagen: Institut für Politikwissenschaft der FernUniversität Hagen.

Qualifikationsarbeiten

Auel, Katrin 2001: Der Beitrag der regionalen Ebene zur demokratischen Legitimation des europäischen Mehrebenensystems. Eine Analyse regionaler Entscheidungsprozesse im Rahmen der europäischen Strukturpolitik, Dissertation an der Fernuniversität Hagen.

Europäisierung der Arbeit nationaler Parlamente

(The Politics of National Parliaments in the EU)

Projektleiter:

Professor Dr. Arthur Benz, *FernUniversität Hagen*

Projektmitarbeiter:

Dr. Katrin Auel

Laufzeit: 2001 – 2003

Abstract

Starting from the normative assumption that democratic legitimacy of the European Union cannot be based on the European Parliament alone, the project analysed the role of national parliaments in the European multilevel system. The main research question was whether and how the institutional reforms implemented in reaction to the increasing Europeanisation of policies were adequate for guaranteeing parliamentary control and democratic accountability of national governments negotiating at the European level. This question was based on the theoretical assumption that the reforms would lead to an institutional coupling of parliamentary control procedures and European negotiation processes. We believed that the ensuing tensions would necessitate an adaptation of the actual means of parliamentary control and of the interactions between parliaments and their governments. In order to analyse the variation of adaptation processes in different parliamentary systems we undertook a comparative analysis of the parliaments in Denmark, Germany and the United Kingdom to investigate the micro-political adaptation strategies, which are developed in parliamentary practice to avoid these tensions while guaranteeing effective parliamentary control and accountability at the same time. The case studies on the three parliaments demonstrated clearly that the choice of institutional reform, but, in particular, the micro political adaptation strategies varies with the type of parliamentary system.

Ergebnisse

Die Untersuchung zeigt, dass die Europäische Integration nicht zwangsläufig zur Entmachtung nationaler Parlamente führt. Die Fallstudien belegen einen weiterhin andauernden Prozess der Anpassung parlamentarischer Systeme an die Herausforderungen der europäischen Integration.

Bekanntlich reagierten nationale Parlamente zunächst mit institutionellen Reformen auf die Europäische Integration. Der Vergleich dreier unterschiedlicher Typen von Parlamentssystemen ergab, dass diese Reformen der inhärenten Logik des jeweiligen parlamentarischen Systems folgend sich damit pfadabhängig entwickelten. Die Restriktionen, die in den parlamentarischen Systemen selbst angelegt sind, sind aber nicht das eigentliche Problem. Dieses liegt darin, dass Parlamente im europäischen Mehrebenensystem ihre neuen Rechte häufig nicht effektiv nutzen können und ihre Beteiligung schnell zur symbolischen Politik gerät. Abgeordnete nationaler Parlamente müssen daher geeignete Strategien entwickeln, um einerseits die Möglichkeiten, die die institutionellen Reformen eröffnen, auch effektiv nutzen zu können, gleichzeitig aber negative Konsequenzen parlamentarischer Einflussnahme im europäischen Mehrebenensystem zu vermeiden.

In der Untersuchung konnten drei Typen von Strategien identifiziert werden, die das Dilemma nationaler Parlamente im europäischen Mehrebenensystem vermeiden können:

Herstellung von Öffentlichkeit: Parlamente können ganz darauf verzichten, eigene Stellungnahmen abzugeben und stattdessen die zur Entscheidung stehende europäische

Vorlage und die entsprechende Verhandlungsposition der Regierung öffentlich debattieren. So zwingen sie ihn indirekt, als Repräsentant der nationalen Wählerschaft zu handeln.

Informelle Kooperation: Zum Zweiten können Abgeordnete informell mit der Regierung kooperieren und Einfluss auf die Verhandlungsposition zu nehmen, ohne den verantwortlichen Minister an ein klares Verhandlungsmandat zu binden. Die parlamentarische Position kann so an veränderte Bedingungen im europäischen Verhandlungsprozess angepasst werden.

By-passing: Zum Dritten können Abgeordnete versuchen, Kontakte zu nationalen Parlamentariern oder Akteuren auf der europäischen Ebene aufzubauen, um sich eigene Informationsressourcen und Einflusskanäle zu eröffnen.

Wie unsere Untersuchung zeigt, wird die Frage, welche dieser Strategien Parlamentarier zur Lösung von Koordinationsproblemen im europäischen Mehrebenensystem entwickeln, ebenfalls durch den institutionellen Kontext des parlamentarischen Systems, d.h. vor allem die spezifische Beziehung zwischen Exekutive und Legislative beeinflusst.

Der Deutsche Bundestag ist im Rahmen nationaler Politik direkt in die Politikformulierung der Regierung eingebunden. Im Vordergrund seiner Europapolitik steht daher das Ziel, den Verlust an originären parlamentarischen Gesetzgebungsfunktionen zu kompensieren. In Art. 23 GG ist zwar einer *Mitwirkung* des Bundestags in Angelegenheiten der Europäischen Union die Rede ist, aufgrund der vergleichsweise starken Abhängigkeit der Regierung von der parlamentarischen Mehrheit können Stellungnahmen des Bundestags aber eine starke politische Bindewirkung entfalten. Da sich die Abgeordneten aber wissen, dass sie dadurch die Interessenvertretung der Bundesrepublik in der EU beeinträchtigen oder blockieren können, werden Stellungnahmen in der Regel in Absprache mit der Regierung abgegeben, um die Verhandlungsposition der Regierung im Rat zu stärken. Die Effektivität der informellen Kooperation leidet allerdings unter Problemen der zu späten Einbindung des Parlaments, unzureichenden Information oder – paradoxerweise – der Informationsüberflutung. Deshalb versuchen Abgeordnete des Bundestags, Informationen und Einflussnahme durch Direktkontakte zu Institutionen auf europäischer Ebene oder in benachbarten Staaten zu gewinnen (by-passing).

In *Großbritannien* ist aufgrund der fast vollständigen Symbiose von Regierung und parlamentarischer Mehrheit der Einfluss des Parlaments auf die Regierung relativ gering, im Vordergrund steht die Öffentlichkeits- und Kontrollfunktion des Parlaments. Dementsprechend konzentriert das Parlament seine Ressourcen auch in der Europapolitik in erster Linie auf die Kontrolle der Regierung durch Herstellung von Öffentlichkeit. Dadurch soll die Regierung veranlasst werden, parlamentarische Beteiligungsregeln zu beachten und ihre Verhandlungsposition offen zu legen, zu erläutern und zu rechtfertigen.

In der *dänischen* Verhandlungsdemokratie schließlich ist die Regierung aufgrund der traditionellen Minderheitsregierungen regelmäßig darauf angewiesen, Mehrheiten für ihr Regierungsprogramm im Folketing auszuhandeln, da sie sich nicht auf eine eigene parlamentarische Mehrheit stützen kann. Dieser Logik entsprechen auch die Regelungen im Bereich der Europapolitik. Die spezifischen institutionellen Reformen, die dem Europaausschuss ein formales Vetorecht gegenüber der Verhandlungsposition der Regierung in Europafragen einräumen, versetzen das Parlament in die starke Position eines Partners der Regierung. Deshalb sehen die Ausschussmitglieder keine Notwendigkeit, Strategien zu entwickeln, die der Informationsgewinnung oder informellen Einflussnahme dienen. Gleichzeitig schließt die Vertraulichkeit der debattierten Mandate aber auch die Entwicklung öffentlichkeitswirksamer Strategien aus. Die einzige beobachtbare Strategie des Ausschusses besteht in der informellen Kooperation und dem selektiven Einsatz des Vetorechts gegen Mandate der Regierung.

Veröffentlichungen

Deutschsprachige Veröffentlichungen

Beiträge in Sammelbänden

Benz, Arthur 2005: Politikwissenschaftliche Diskurse über demokratisches Regieren im europäischen Mehrebenensystem, in: Hartmut Bauer/ Peter Michael Huber/ Karl-Peter Sommermann (Hrsg.): Demokratie in Europa, Tübingen: Mohr Siebeck, S. 253-280.

Auel, Katrin 2003: Strategische Anpassung nationaler Parlamente an das europäische Mehrebenensystem – Ein deutsch - britischer Vergleich, in: Edgar Grande/ Rainer Prätorius (Hrsg.): Politische Steuerung und neue Staatlichkeit, Baden-Baden: Nomos, 259-280.

Benz, Arthur 2003: Konstruktive Vetospieler in Mehrebenensystemen, in: Renate Mayntz/ Wolfgang Streeck (Hrsg.): Die Reformierbarkeit der Demokratie: Innovationen und Blockaden, Frankfurt a.M., New York: Campus, S. 205-236.

Fremdsprachige Veröffentlichungen

Beiträge in Zeitschriften

Auel, Katrin/ Benz, Arthur (Hrsg.) 2005: Europeanisation of Parliamentary Democracy, special issue of Journal of Legislative Studies 11/3-4.

darin:

Auel, Katrin 2005: Introduction: The Europeanisation of Parliamentary Democracy, in: Journal of Legislative Studies 11 (3-4), S. 303-318.

Auel, Katrin/ Benz, Arthur 2005: The Politics of Adaptation: The Europeanisation of National Parliamentary Systems, in: Journal of Legislative Studies 11 (3-4), S. 372-393.

Benz, Arthur 2005: Conclusion: Linking Research on Europeanisation and National Parliaments, in: Journal of Legislative Studies 11 (3-4), S. 508-521.

Benz, Arthur 2004: Path-dependent Institutions and Strategic Veto-Players - National Parliaments in the European Union, in: West European Politics, 29 (5), 2004, 875-900.

Benz, Arthur 2006: Federal and Democratic? Reflections on Democracy and the Constitution of the EU, in: University of Tokyo Journal of Law and Politics" No.3, 2006.

Beiträge in Sammelbänden

Auel, Katrin/ Rittberger, Berthold 2006: Fluctuant nec merguntur: the European Parliament, National Parliaments, and European Integration, in: Jeremy Richardson (Hrsg.): European Union: Power and Policy-Making, London: Routledge, 121-145.

Auel, Katrin 2006: Europeanization of Parliamentary Democracy - Institutional Reforms and Strategic Adaptation, in: Ronald Holzhaecker and Erik Albaek (Hrsg.): Democratic Governance and European Integration: Society, State and Institutions, Cheltenham: Edward Elgar, (i.E.).

Auel Katrin/ Benz, Arthur 2006: Expanding National Parliamentary Control: Does it Further European Democracy?, in: Beate Kohler-Koch/ Berthold Rittberger (Hrsg.): Debating the Democratic Legitimacy of the European Union, Lanham, MD: Rowman&Littlefield (i.E.).

Konferenzen bzw. workshops

„Europeanisation of Parliamentary Democracy“, 8. - 10. Mai 2003, Fern Universität Hagen

Beschäftigungspolitik in der Europäischen Union (EU) als neues Politikfeld im dynamischen Mehrebenensystem? Eine Studie zur europäischen Regulation der Arbeitsmarktkrise

(Employment as a new policy field in the dynamic multi-level system of the EU? Studying the European regulation of the employment crisis)

Projektleiter:

Prof. Dr. Frank Deppe, *Institut für Politikwissenschaft der Philipps-Universität Marburg*

Projektmitarbeiter:

Dipl.Pol. Stefan Tidow

Laufzeit: 1997 – 1999

Abstract

The research project analysed the answer of the European Union to the accelerated crisis of the labour markets, i.e. first of all, the rise in unemployment, in most member states during the 90s. In a first step the historical process of the emergence of a policy was reconstructed. Does employment policy at EU-level dispose of specific instruments and resources – or is it just a denomination for procedures to coordinate national employment policies at EU-Level? In the consequence of the Common Market project (UEA) and the Economic and Monetary Union (according to the Maastricht Treaty) the focus of integration politics has shifted towards market liberalization and market integration. The employment strategy of the EU is based upon three pillars: 1. the coordination of national policies of employment and labour market by the Open Method of Coordination (OMC) which is directed towards the improvement of competitiveness; 2. “macro-economic dialogue” (“Cologne-process”) ; 3. “Cardiff-process”. I.e. improvement of competitiveness by the Common Market project, which aims at improving the functioning of the market for commodities, services- and capital. Europeanisation works as “streamlining” of national employment policies which have to adapt to competition within the European and the world market – thereby accelerating the transformation of the national state to the “competitive (or workfare) state”.

Ergebnisse

Die europäische Beschäftigungspolitik hat sich in den neunziger Jahren dynamisch entwickelt. Sowohl im Hinblick auf ihre finanziellen Ressourcen (im wesentlichen über den ESF), ihre juristische Verankerung (Beschäftigungstitel, Zielbestimmungen des EU-Vertrages), ihren institutionellen Unterbau (Ausschuss für Beschäftigung und Arbeitsmarkt, Koordinationsverfahren, makro-ökonomischer Dialog), wie auch mit Blick auf das nunmehr stärker legitimierte Handeln der Europäischen Kommission muss man ihr den Status eines eigenständigen Politikfelds bescheinigen. In die Geschichte der ”Europäischen Beschäftigungspolitik” haben sich zwei gegenläufige Tendenzen eingeschrieben. Einerseits ging es darum, ein Ventil für die neuerliche Artikulation der sozialen Frage zu schaffen. Auf der anderen Seite wurde jedoch am Primat der durch Maastricht institutionalisierten, neuen Agenda (Wirtschafts- und Währungsunion) festgehalten. Vor diesem Hintergrund erklärt sich eine, den relativ kurzen Zeitraums von 1994 bis 1999 charakterisierende Ablösung von Phasen politischen Entgrenzung und ihrer anschließenden Einhegung.

Die Beschäftigungspolitik folgte nicht einem alternativen Leitbild, sondern wurde inkrementalistisch in das Integrationsprojekt eingepasst sowie mit den Gemeinschaftspolitiken im Sinne einer “passiven Revolution” (Gramsci) verknüpft. Die Kommission nutzte dabei ihren Handlungsspielraum, um die formelle Stärkung des

Politikfeldes in ihrem Sinne zu beeinflussen. Sie ließ einerseits den nationalen Regierungen genug Spielraum für die eigene Ausgestaltung ihrer Arbeitsmarktpolitik, gab andererseits der Beschäftigungsdimension einen europäischen bias und eine größere Verbindlichkeit. Mit dieser weichen "Konvergenzmethode" stand erstmals eine Konkretisierung der Beschäftigungsstrategie zur Verfügung, um das sich die Akteure neu gruppieren konnten. Sie musste dabei zwischen der deutschen Bundesregierung, die ein eigenes Politikfeld „Beschäftigungspolitik“ strikt ablehnte, und denjenigen Regierungen lavieren, die bereit waren, auf der Basis des „Weißbuches“ von 1992 der Kommission mehr Kompetenzen und Mittel im Bereich der Beschäftigungspolitik zur Verfügung zu stellen. Mit dem "Makro-ökonomischen Dialog" als Folge des Kölner Gipfeltreffens (Juni 1999) trat – nach dem Regierungswechsel in der Bundesrepublik Deutschland (1998) – für kurze Zeit die „alte“ sozialdemokratische Agenda auf die Tagesordnung, d.h. der Forderung nach einer stärkeren Berücksichtigung der Beschäftigungspolitik auf der makro-ökonomischen Ebene (und nicht nur auf der monetären Ebene) sollte formal Genüge getan werden. Allerdings setzte sich bei den regierenden sozialdemokratischen Parteien schnell die Ausrichtung der Geld- und Fiskalpolitik auf eine Stabilitätspolitik durch, die mit einer Aufwertung des „Wettbewerbskorporatismus“ („competitive corporatism“) verbunden sind.

Die Studie hat die Herausbildung der Konturen einer beschäftigungspolitischen Mehrebenenregulierung – auf der Basis der Akzeptanz strukturorientierter Angebotspolitiken – nachgewiesen. Von zentraler Bedeutung erscheint hierfür die Herausbildung einer neuen Form von Governance über das Benchmarking. Dieses zielt auf eine Konvergenz nationaler Arbeitsmarktpolitiken jenseits der klassischen Steuerungsvorstellung durch regulative Politik. Die formale Zuständigkeit der nationalen Ebene wird anerkannt, der Druck auf die Reorganisation des Arbeitsmarktes aber politisch gedoppelt, indem der Systemwettbewerb in die politischen Systeme hinein getragen wird. Gleichzeitig werden Referenzfolien für den nationalen Umbau durch den Wettbewerb generiert, indem einzelne "Strategieelemente" ihrer polit-ökonomischen Einbettung entkleidet und als "Patentrezepte" verallgemeinert werden, die eine scheinbar unpolitische, aber "professionelle" Lösung gesellschaftlicher Problemlagen versprechen. Benchmarking läßt sich damit weder in der Logik "positiver" noch "negativer Integration" fassen. Es ist eine "Harmonisierung von unten", bei der der Konkurrenzmechanismus europäisch moderiert wird. Der neue Politikmodus kann als eine "Steuerung durch Empfehlung, Expertise, Explikation und Konsultation" (Streck) charakterisiert werden, die sich über Netzwerke als Koordinations- und Steuerungsinstitutionen vollzieht (konzentriert im Ausschuß für Beschäftigung und Arbeitsmarkt, aber auch durch eine Vielzahl von der Kommission neu eingerichteten wissenschaftlichen Arbeitsgruppen sowie Arbeitskonferenzen im Zusammenhang mit der Beschäftigungspolitik). Europäische Beschäftigungspolitik sowie der Übergang zum "nationalen Wettbewerbsstaat" stehen daher weder in komplementären noch kompetitiven Verhältnis zueinander, sondern scheinen integral verbunden.

Die Entwicklungen im Bereich der europäischen Beschäftigungspolitik (d.h. die Implementierungs- und Evaluationsphase im Policy-Zyklus) nach 1999 konnten im Projekt nicht mehr berücksichtigt werden. Das Nachfolgeprojekt („Wirtschaftsverfassung, Policy-Framing und Regime-Konkurrenz“) baute allerdings auf die Ergebnisse dieser Studie auf.

Veröffentlichungen

Deutschsprachige Veröffentlichungen

Monographien

Bieling, Hans-Jürgen/ Deppe, Frank (Hrsg.) 1997: Arbeitslosigkeit und Wohlfahrtsstaat in Westeuropa. Neun Länder im Vergleich, Opladen: Leske + Budrich (zur Vorbereitung des Projektes).

Beiträge in Sammelbänden

Deppe, Frank 2001: Zur Post-Maastricht-Krise der Europäischen Union, in: Roman Kirt (Hrsg.): Die Europäische Union und ihre Krisen, Baden-Baden 2001, S. 205 – 216.

Deppe, Frank 2001: Gewerkschaften und europäische Integration, in: Heinz Bierbaum u.a. (Hrsg.): Soziales Europa, Hamburg 2001, S. 41 – 61.

Deppe, Frank 2001: Vom keyesianischen Wohlfahrtsstaat zum neoliberalen Wettbewerbsregime, in: Erna Appelt/ Alexandra Weiss (Hrsg.): Globalisierung und der Angriff auf die europäischen Wohlfahrtsstaaten, Hamburg / Berlin, S. 21 – 46.

Deppe, Frank 2000: Zum Wandel kritischer Integrationstheorien, in: Hans-Jürgen Bieling/ Jochen Steinhilber (Hrsg.): Die Konfiguration Europas. Dimensionen einer kritischen Integrationstheorie, Münster, S. 331 – 349.

Deppe, Frank / Tidow, Stefan 1999: "Auf der europäischen Tagesordnung ganz oben" – Ein Neuanfang in der europäischen Beschäftigungspolitik?, in: Klaus Busch et. al. (Hrsg.): Wege zum Sozialen Frieden, Osnabrück, S. 95 – 111.

Tidow, Stefan 1999: Europäische Beschäftigungspolitik im Wandel der Integrationsprojekte, erscheint in: Hans Wolfgang Platzer (Hrsg.): Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik in der EU. Nationale und europäische Perspektiven, Baden-Baden 1999.

Deppe, Frank 1997: Die Linke und das Projekt des europäischen Sozialstaates, in: Pierre Bourdieu u.a.: Perspektiven des Protestes. Initiativen für einen europäischen Wohlfahrtsstaat, Hamburg, S. 65 – 76.

Zeitschriftenbeiträge

Tidow, Stefan 1999: Benchmarking als Leitidee. Zum Verlust des Politischen in europäischer Perspektive, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 3, S. 301-309.

Tidow, Stefan 1999: Aktive Politik oder "Passive Revolution"? Beschäftigungspolitik als neues Politikfeld in der EU, in: Zeitschrift für Sozialreform, 1, S. 64-81.

Arbeitsberichte

Deppe, Frank / Tidow, Stefan (Hrsg.) 2000: Europäische Beschäftigungspolitik, FEG-Studie Nr. 15, Marburg (darin: Stefan Tidow, Europäische Beschäftigungspolitik im Wandel der Integrationsprojekte, S. 9 – 30).

Tidow, Stefan 1998 Europäische Beschäftigungspolitik. Die Entstehung eines neuen Politikfeldes: Ursachen, Hintergründe und Verlauf des politischen Prozesses, FEG-Arbeitspapier Nr. 18, Marburg.

Cox, Robert W. 1998: Weltordnung und Hegemonie - Grundlagen der "Internationalen Politischen Ökonomie", mit einem Vorwort von Hans-Jürgen Bieling, Frank Deppe und Stefan Tidow, FEG-Studie Nr. 11, Marburg.

Steinhilber, Jochen 1998: Die französische Europadebatte der 80er und 90er Jahre.. Zwischen nationalstaatlicher Konsolidierung und Europäischer Integration, FEG-Studie Nr. 12, Marburg.

Lipietz, Alain u.a. 1997: Labour Markets and Employment Policy in the European Union (Konferenzbericht), FEG-Studie, Nr. 10, Marburg.

Beiträge in Sammelbänden

Deppe, Frank 2001: Unemployment and the Welfare State in Western Europe, in: Pelagidis, Theodore et al. (Hrsg.): Welfare State and Democracy in Crisis. Reforming the European Model, Aldershot / Burlington etc., pp. 191 – 208.

Deppe, Frank / Felder, Michael / Tidow, Stefan, Structuring the State. The Case of European Employment Policy, in: Beate Kohler-Koch (Hrsg.): Linking EU and National Governance, Oxford 2003, pp. 175 – 200.

Konferenzen

1. Konferenz der Forschungsgruppe Europäische Gemeinschaften (FEG) am Institut für Politikwissenschaft der Philipps-Universität (Oktober 1997): „Labour Markets and Employment Policy in the European Union“ (Konferenzbericht s.o.) mit u.a. Alain Lipietz (Paris), Gerda Falkner (Wien), Michael Barrat Brown (London), Nikos Kotzias (Athen).

2. Konferenz der FEG / Marburg (Oktober 1999) mit dem Titel: „Dimensions of a Critical theory of European Integration“ (veröffentlicht als Studie Nr. 13 der FEG, Marburg 2000) – mit Beiträgen u.a. von Stephen Gill (Toronto), Henk Overbeek (Amsterdam), Markus Ryner (Toronto); Bastian van Appeldoorn (Amsterdam / Köln).

Wirtschaftsverfassung, Policy-Framing und Regime-Konkurrenz. Eine Studie zur politischen Konstitution und konzeptionellen Ausgestaltung der europäischen Wettbewerbsregulation

(Economic Constitution, Policy-Framing, and Regime Competition. A Study of Political Constitutionalism and the Conceptual Shaping of European Competition Regulation)

Projektleiter:

Professor Dr. Frank Deppe, *Philipps-Universität Marburg*

Projektmitarbeiter:

Dr. Hans-Jürgen Bieling

Laufzeit: 1999 – 2001; 2001 -2002

Abstract

The research project dealt with regime competition within the European Union. It examined the processes through which – in the field of industrial relations – the dynamics of regime competition were politically constitutionalised and conceptually shaped by social actors. The analytical focus was therefore on the role of trans- and supranational modes of interaction, i.e. on the policy-framing initiatives on the part of the European Commission and organised interests. More concrete, we looked at the discursive processes (world views, perceptions of problems, proposed solutions) through which relevant trans- and supranational actors (organised interests, think tanks, European Commission) tried to promote their respective interests and strategic aims. In this sense, most associations were particularly engaged to shape the main economic projects of European integration – i.e. the Single Market, Economic and Monetary Union, and financial integration – and the flanking regulatory and (re-)distributive measures related to them. From a historical point of view, the research revealed that European business organisations and trade unions approached the issue of regime competition from a very different perspective. While business was anxious for intensifying regime competition, trade unions emphasised the dangers of social dumping. In the course of the 1990s the opposite viewpoints partially converged. Against the background of the employment and Lisbon strategy both business organisations and trade unions focused more on the particular ways through which regime competition became mediated via the manifold, if however still fragile and contested forms of transgouvernemental co-ordination. All in all, the project contributed, on the basis of theoretical and empirical research, to a more comprehensive understanding of governance and transformation of the European political economy.

Ergebnisse

Die Arbeit im Forschungsprojekt hatte zum Ziel, die diskursiven Prozesse zu analysieren (Policy Framing), über die organisierte Interessen die Konstitution und (sozial-)regulative Ausgestaltung der Regime-Konkurrenz zu beeinflussen versucht haben. Untersucht wurden zum einen die zentralen ökonomischen Kernprojekte (EG-Binnenmarkt, WWU, Finanzmarktintegration), über die die Regime-Konkurrenz konstitutionalisiert und intensiviert wurde, zum anderen aber auch all jene Initiativen, die darauf zielten, durch eine arbeits- und sozialpolitische Flankierung der Markt- und Währungsintegration (Mindeststandards, Beschäftigungspolitik, Formen der grenzüberschreitenden Koordination) den Wettbewerbsdruck aufzufangen.

Die Ergebnisse des Forschungsprojektes lassen sich grundsätzlich in die Bereiche „Fortentwicklung der (integrations-)theoretischen Diskussion“ und „empirische Prozesse und Entwicklungslinien (historische Rekonstruktion)“ untergliedern:

1. Was die integrationstheoretische Diskussion anbetrifft, so wurden die Umriss einer diskurstheoretisch erweiterten neo-gramscianischen Internationalen Politischen Ökonomie (IPÖ) entwickelt, die gleichsam im Schnittfeld von intergouvernementalen und supranationalen sowie rationalistischen und konstruktivistischen Ansätzen angesiedelt ist und diese analytischen Dimensionen aufeinander zu beziehen versucht. Im Sinne einer projekt- und prozesstheoretischen Analyse konnte dabei aufgezeigt werden, dass sich die „Definitionsmacht“ organisierter Interessen nicht zuletzt über die Dimension des „koordinierenden Diskurses“ zwischen den trans- und supranationalen politischen Akteuren erschließt. Die Prozesse des „Policy-Framing“ sind danach *formal* durch das institutionelle Design des europäischen Mehrebenensystems bestimmt (historisch institutionalistische Perspektive), *inhaltlich* zugleich aber auch durch die transnationalen Machtstrukturen in der EU (Perspektive der neo-gramscianischen Internationalen Politischen Ökonomie).

2. Was die historische Rekonstruktion anbetrifft, so konnten wir Belege dafür finden, dass:

- nur sehr wenige und spezifische Interessengruppen auf die Konzeption und den Charakter der ökonomischen Kernprojekte (direkt) einzuwirken vermocht haben;
- die Regime-Konkurrenz danach allerdings durch spezifische wettbewerbsorientierte und sozialregulative Netzwerke ausgestaltet wird;
- im Zeitablauf eine Konvergenz der Sichtweisen von Wirtschafts- und Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften zu beobachten ist (bei den Gewerkschaften ist der Diskurs über die Gefahren des Sozialdumpings durch den Diskurs über die Chancen der Regime-Konkurrenz abgelöst worden);
- der Ausbau des Koordinationsverfahrens (vor allem Beschäftigungspolitik und Reform der sozialen Sicherungssysteme) und die Aushandlung und Definition von Leitlinien und (sozialen) Benchmarks als ein sinnvolles supranationales, transgouvernementales und auch transnationales Management der Regime-Konkurrenz gemeinhin akzeptiert ist;
- die diskursive Einflussnahme und konzeptuelle Ausgestaltung der Regime-Konkurrenz zugleich aber auch Ausdruck einer spezifischen – strukturell wie institutionell bedingten – politischen Selektivität ist;
- vor dem Hintergrund aktueller Entwicklungen (Finanzmarktintegration) und kommender Herausforderungen (EU-Erweiterung) der Basis-Konsens, der dem politischen Management der Regime-Konkurrenz zugrunde liegt (Koordinationsverfahren), notgedrungen fragil ist;
- je nachdem, welche Dimension der europäischen Wirtschaftsverfassung – ihre strukturelle Verankerung, die Formen ihrer politisch-operativen Reproduktion oder ihre programmatischen Zielsetzungen – in den Blick genommen wird, unterschiedliche Akzente gesetzt werden müssen (z.B. durch Begriffe wie *markliberale Wirtschaftsverfassung*, *kompensatorischer Marktliberalismus* oder *transgouvernementaler Sozial- und Wettbewerbsliberalismus*).

Veröffentlichungen

Deutschsprachige Veröffentlichungen

Monographien

Beckmann, Martin/ Bieling, Hans-Jürgen/ Deppe, Frank (Hrsg.) 2003: Euro-Kapitalismus und globale politische Ökonomie, Hamburg: VSA.

Candeias, Mario/ Deppe, Frank (Hrsg.) 2001: Ein neuer Kapitalismus?, Hamburg: VSA-Verlag.

Bieling, Hans-Jürgen/ Steinhilber, Jochen (Hrsg.) 2000: Die Konfiguration Europas – Dimensionen einer kritischen Integrationstheorie, Münster: Westfälisches Dampfboot.

Beiträge in Sammelbänden

Bieling, Hans-Jürgen 2005: Finanzmarktintegration und transnationale Interessengruppen in der Europäischen Union, in: Rainer Eising/ Beate Kohler-Koch (Hrsg.): Interessenpolitik in Europa, Baden-Baden: Nomos, S. 179-201.

Bieling, Hans-Jürgen 2004: Europäische Integration: Determinanten und Handlungsmöglichkeiten, in: Alex Demirovic/ Joachim Beerhorst/ Michael Guggemos (Hrsg.): „Eingriffe denken. Aktualität und Perspektiven kritischer Theorie im gesellschaftlichen Strukturwandel“, Frankfurt a.M.: Suhrkamp, S. 128-152.

Bieling, Hans-Jürgen 2003: Die neue europäische Ökonomie: Governance-Strukturen und Modernisierungsimperative, in: Wolfgang Hecker/ Joachim Klein/ Hans Karl Rupp (Hrsg.): Politik und Wissenschaft. 50 Jahre Politikwissenschaft in Marburg, Band 2: Perspektiven des Instituts, Münster: Lit-Verlag, S. 337-359.

Bieling, Hans-Jürgen 2002: Changing Boundaries: Die europäische Reorganisation von Ökonomie, Staat und (Zivil-)Gesellschaft als politischer Prozess, in: Horst Hegmann/ Bernhard Neumärker (Hrsg.): Die Europäische Union aus politökonomischer Perspektive, Marburg: Metropolis, S. 13-42.

Bieling, Hans-Jürgen 2001: Transnationale Vergesellschaftung und die „neue Sozialdemokratie“, in: Mario Candeias/ Frank Deppe (Hrsg.): Ein neuer Kapitalismus?, Hamburg: VSA-Verlag, S. 218-240.

Bieling, Hans-Jürgen 2000: Europäischer Konstitutionalismus und die Transformation des Politischen. Zum institutionellen und regulativen Wandel im europäischen Mehrebenensystem; in: Andreas Aust/ Sigrid Leitner/ Stephan Lessenich (Hrsg.): Die Zukunft des Europäischen Sozialmodells. Jahrbuch für Europa- und Nordamerika-Studien (JENS), Nr. 4, Opladen: Leske + Budrich, S. 101-130.

Bieling, Hans-Jürgen/ Deppe Frank 2003: Die neue europäische Ökonomie und die Transformation von Staatlichkeit, in: Markus Jachtenfuchs/ Beate Kohler-Koch (Hrsg.): Europäische Integration, Neuauflage, Opladen: UTB, S. 513-540.

Bieling, Hans-Jürgen/Deppe Frank 2001: Die demokratische Frage im Zeitalter des „neuen Konstitutionalismus“, in: Andrea Gourd/Thomas Noetzel (Hrsg.): Zukunft der Demokratie in Deutschland. Festschrift für Hans-Karl Rupp, Opladen: Leske + Budrich, S. 452-469.

Bieling, Hans-Jürgen/ Deppe, Frank (1999): Europäische Integration und industrielle Beziehungen – Zur Kritik des Konzeptes des „Wettbewerbskorporatismus“, in: Horst Schmitthenner/ Hans-Jürgen Urban (Hrsg.): Sozialstaat als Reformprojekt. Optionen für eine andere Politik, Hamburg: VSA-Verlag, S. 275-300.

Bieling, Hans-Jürgen/ Steinhilber, Jochen 2000: Hegemoniale Projekte im Prozeß der europäischen Integration, in: Hans-Jürgen Bieling/ Jochen Steinhilber (Hrsg.): Die Konfiguration Europas – Dimensionen einer kritischen Integrationstheorie, Münster: Westfälisches Dampfboot, S. 102-130.

Deppe, Frank 2001: Vom Keynesianischen Wohlfahrtsstaat zum neoliberalen Wettbewerbsregime. Zur Entwicklung der Sozialpolitik in der Europäischen Union, in: Erna Appelt/ Alexandra Weiss (Hrsg.): Globalisierung und der Angriff auf die europäischen Wohlfahrtsstaaten, Berlin: Argument Verlag, S. 21-46.

Deppe, Frank 2001: Zur Post-Maastricht-Krise der Europäischen Union, in: Romain Kirt (Hrsg.): Die Europäische Union und ihre Krisen, Baden-Baden: Nomos Verlag, S. 205-216.

Deppe, Frank 2001: Neue Formation – neue Epoche – neue Politik, in: Mario Candeias/ Frank Deppe (Hrsg.): Ein neuer Kapitalismus?, Hamburg: VSA-Verlag, S. 48-66.

Deppe, Frank (2001): Gewerkschaften und europäische Integration; in: Bierbaum, Heinz et al., Soziales Europa (Hamburg: VSA-Verlag), 41-61.

Deppe, Frank 2000: Zum Wandel kritischer Integrationstheorien, in: Hans-Jürgen Bieling/ Jochen Steinhilber (Hrsg.): Die Konfiguration Europas – Dimensionen einer kritischen Integrationstheorie, Münster: Westfälisches Dampfboot, S. 331-349.

Beiträge in Zeitschriften

Bieling, Hans-Jürgen/ Steinhilber, Jochen 2002: Finanzmarktintegration und Corporate Governance in der Europäischen Union, in: Zeitschrift für Internationale Beziehungen 9 (1), S. 39-74.

Bieling, Hans-Jürgen 2001: Vom EG-Binnenmarkt zur neuen europäischen Ökonomie. Arbeits- und sozialpolitische Arrangements im Zeichen der Regime-Konkurrenz, in: Industrielle Beziehungen 8 (3), S. 279-305.

Bieling, Hans-Jürgen 2001: Staat, Zivilgesellschaft und New Governance in der Europäischen Union, in: Kurswechsel 16 (3), S. 26-35.

Bieling, Hans-Jürgen/ Deppe, Frank 2001: Europäische Integration und industrielle Beziehungen: Gewerkschaftspolitik in der „Regime-Konkurrenz“; in: Supplement der Zeitschrift Sozialismus, Heft 4, 22-39.

Bieling, Hans-Jürgen/ Schulten, Thorsten 2002: Reorganisation der industriellen Beziehungen im europäischen Mehrebenensystem, in: Industrielle Beziehungen 9 (3), S. 245-273.

Arbeitspapiere

Beckmann, Martin 2002: Shareholder-Ökonomie und die Reform der Alterssicherungssysteme in der Europäischen Union, FEG-Studie Nr. 17, Marburg: Philipps-Universität.

Beckmann, Martin/ Bieling, Hans-Jürgen (Hrsg.) 2002: Finanzmarktbeziehungen und Corporate Governance Systeme in der Europäischen Union, FEG-Studie Nr. 16, Marburg: Philipps-Universität.

Bieling, Hans-Jürgen 2000: Sozialdemokratische Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik in der neoliberalen Konstellation, FEG-Arbeitspapier Nr. 20, Marburg: Philipps-Universität.

Fremdsprachige Veröffentlichungen

Beiträge in Sammelbänden

Bieling, Hans-Jürgen 2003: Employment policy within the EU – between neo-liberal rationalism and communitarianism, in: Henk Overbeek (Hrsg.): *The Political Economy of European Unemployment. European Integration and the Transnationalisation of the Employment Question*, London; New York: Routledge, S. 51-73.

Bieling, Hans-Jürgen 2003: *The New European Economy: Transnational Power Structures and Modes of Regulation*, in: Martin Beckmann/ Hans-Jürgen Bieling/Frank Deppe (Hrsg.): *The Emergence of a New Euro Capitalism? Implications for Analysis and Politics*, FEG-Studie Nr. 18, Marburg: Philipps-Universität, S. 28-46.

Bieling, Hans-Jürgen 2001: *European Constitutionalism and Industrial Relations*; in: Andreas Bieler/ Adam Morton (Hrsg.): *Social Forces in the Making of New Europe. The Restructuring of European Social Relations in the Global Political Economy*, London: Palgrave, S. 93-114.

Bieling, Hans-Jürgen/ Schulten, Thorsten 2003: *Competitive Restructuring and Industrial Relations within the European Union: Corporatist Involvement and Beyond?*, in: Alan Cafruny/ Magnus Ryner (Hrsg.): *The Political Economy of the European Union. Critical Studies of a Neo-Liberal Hegemonic Project*, Boulder: Rowman & Littlefield Publishers, S. 231-259.

Bieling, Hans-Jürgen/ Steinhilber, Jochen 2000: *Hegemonic Projects in the Process of European Integration*, in: Hans-Jürgen Bieling/ Jochen Steinhilber (Hrsg.): *Dimensions of a Critical Theory on European Integration*, FEG-Studie Nr. 13, Marburg: Philipps-Universität, S. 33-57.

Deppe Frank 2001: *Unemployment and the Welfare State in Western Europe*, in: Theodore Pelagitis/ Louka T. Katseli/ John Milios (Hrsg.): *Welfare State and Democracy in Crisis: Reforming the European Model*, Aldershot u.a.: Ashgate, S. 191-206.

Beiträge in Zeitschriften

Bieling, Hans-Jürgen 2003: *Social Forces in the Making of the New European Economy: the Case of Financial Market Integration*, in: *New Political Economy* 8 (2), S. 203-224.

Arbeitspapiere

Beckmann, Martin/ Bieling, Hans-Jürgen/ Deppe, Frank (Hrsg.) 2003: *The Emergence of a New Euro Capitalism? Implications for Analysis and Politics*, FEG-Studie Nr. 18, Marburg: Philipps-Universität.

Bieling, Hans-Jürgen/ Schulten, Thorsten 2001: *Competitive Restructuring and Industrial Relations within the European Union: Corporatist Involvement and beyond?*, WSI Discussion Paper No. 99, Düsseldorf: WSI.

Bieling, Hans-Jürgen/ Steinhilber, Jochen (Hrsg.) 2000: *Dimensions of a Critical Theory of European Integration*, FEG-Studie Nr. 13, Marburg: Philipps-Universität.

Teilprojekt 1: Regieren in Europa jenseits öffentlicher Legitimation? Eine Untersuchung zur Rolle von Öffentlichkeit im Rahmen von Verfahren horizontaler Politikkoordination in der Europäischen Union

(Governance beyond public legitimation? The role of the public within procedures of horizontal policy coordination in the European Union)

Teilprojekt 2: Von der Herausbildung europäischer Elitenöffentlichkeit zur Europäisierung nationaler Öffentlichkeit

(From the emergence of a European elite public to the Europeanization of the national public)

Projektleiter:

Prof. Dr. Klaus Eder, *Humboldt Universität Berlin*

Projektmitarbeiter:

Dr. Hellmann, Kai-Uwe

Dr. Trenz, Hans-Jörg

Laufzeit: 1997 – 1999; 1999 – 2000

Abstract

Das Projekt liefert eine Darstellung des sich ausgestaltenden Wirkungszusammenhangs zwischen Integration, Öffentlichkeit und Demokratie in Europa. Es wurde untersucht, ob und ggf. wie es der Europäischen Union gelingt, Legitimationsprobleme ihrer Politik durch die Herstellung von Öffentlichkeit als Legitimationsressource für europäisches Regieren zu beheben. In Fallstudien zum zwischenstaatlichen Konflikt um die Umsetzung von EU-Standards, zum Korruptionsskandal der Kommission und zur Öffentlichkeitskampagne am Beispiel des Europäischen Jahres gegen Rassismus konnte gezeigt werden, dass sich in der EU ein neuer Strukturtypus von Öffentlichkeit abzeichnet, der die demokratische Legitimationsfunktion öffentlicher Kommunikation an die variable Geometrie europäischen Regierens anpasst. Das Projekt folgte dabei der These, dass nicht von einer, sondern von mehreren europäischen Öffentlichkeiten gesprochen werden muss, die durch gemeinsame Themenbezüge und Diskurse zusammengehalten werden oder sich über unterschiedliche Resonanzen aufeinander abbilden. Zwischenstaatliche Konflikte, symbolische Kampagnen oder inszenierte Skandale sind primär expressive Schaupolitik. Gleichzeitig stellen alle drei Formen aber auch Gelegenheiten auf Zeit dar, europäisches Regieren transparenter zu gestalten und ein Publikum anzusprechen, das sich für Partizipation entscheidet oder in einen Erfahrungsaustausch mit Bürgern aus anderen Ländern treten kann.

Ergebnisse

Unsere beiden Forschungsprojekte haben vielfache Belege dafür anführen können, dass die europäischen Institutionen der Notwendigkeit des Erbringens kommunikativer Integrationsleistungen nicht länger ausweichen können. Die Mechanismen der Selbstkonsekration einer im Entstehen begriffenen supranationalen Herrschaftsordnung als auch deren Kritik und Herausforderung durch die sich gleichzeitig formierende Gegenmacht zivilgesellschaftlicher Protestakteure ergänzen sich dabei gegenseitig und dynamisieren die Entfaltung öffentlicher Kommunikationsprozesse im europäischen Raum. Welche differenzierten Formen eine solche Anbindung supranationaler Regierungsprozesse im institutionellen Rahmen der EU an gesellschaftliche Kommunikationsprozesse dabei im Einzelnen annimmt, konnte wie folgt bestimmt werden.

a) Herausbildung einer gesamteuropäischen Medienöffentlichkeit

Die Existenz einer wie auch immer gearteten einheitlichen gesamteuropäischen Medienöffentlichkeit konnte in Anbetracht des nach wie vor unstrukturierten und konturlosen europäischen Kommunikationsraums (fehlende mediale Infrastruktur, Sprachenheterogenität, mangelnde Fremdsprachenkompetenz, unterschiedliche Konsumgewohnheiten sowie kulturspezifische Wahrnehmungsmuster des Publikums) bereits a priori ausgeschlossen werden. Aber auch für die verbleibende Variante einer Europäisierung der bestehenden nationalen Medienöffentlichkeiten konnten nur unzureichende Indizien gesammelt werden. Nach Abschluss unserer Medienanalyse musste konzediert werden, dass der Routinemodus des EU-Verwaltungshandelns selbst in Fällen von bereits erhöhter Aufmerksamkeit und Entscheidungsrelevanz nur unzureichend massenmedial reflektiert wird. Die Synthese gemeinsamer europäischer Interpretationsrahmen oder auch nur ein verstärkter Informationsfluss über Geschehnisse aus anderen Mitgliedsländern war auf der Grundlage des vorliegenden Mediensamples nicht feststellbar; im Gegenteil favorisiert die nationale Versäulung des Informationsflusses zu Europa und der dabei vorherrschende Verlautbarungsstil auch weiterhin die Herausbildung partikularer, und fragmentierter Resonanzen des Publikums.

b) Sektoralisierung europäischer Öffentlichkeit

Die These einer Sektoralisierung von Öffentlichkeit ist anhand der verfahrensspezifischen Logik des routinierten Verwaltungs- und Regierungsapparates, der EU getestet worden. Die EU-Verwaltung entwickelt eine Routine in der flexiblen Anpassung des jeweiligen Bedarfs gesellschaftlicher Kommunikation an die Eigenarten der jeweiligen Entscheidungsbereiche und ihrer unterschiedlichen Konfliktualisierungsgrade. Diese als Routinemodus der Politikverarbeitung gekennzeichneten Kommunikationszusammenhänge werden i.d.R. massenmedial nicht vermittelt. Es existiert weder ein Bedürfnis nach Selbstdarstellung der Institutionen noch ein Bedürfnis nach Einbindung des Publikums. Die Frage nach alternativen Öffentlichkeiten, über die sich die Netzwerkakteure untereinander verständigen können bzw. ihr jeweiliges issue-spezifisches Publikum erreichen, ist damit im Sinne unserer Ausgangsthese als ein sich im Routinemodus der Politikvermittlung vollziehender Strukturwandel von Öffentlichkeit in der EU beschrieben worden. Kommunikation über europäisches Regieren vollzieht sich in aktors- und verfahrensspezifischen Öffentlichkeiten als neuer, an die Gegebenheiten eines dynamischen Mehrebenensystems angepasster Typus, der sich im Zuge der Europäisierung substantieller Politikfelder ausbreitet und im technokratischen Sinne die für die Regelungsfindung und Durchsetzung notwendigen Koordinierungs- und Vermittlungsfunktionen übernehmen kann.

Sektorale Teilöffentlichkeiten verhalten sich funktional zur Komplexität und Dynamik des europäischen Mehrebenensystems. Durch ihre Differenzierung werden sie der Fragmentierung europäischer Gesellschaften gerecht und können sich an die gegebene Systemkomplexität anpassen. Defizitär stellt sich dagegen ihr Außenbezug und Anschluss an generalisierbare Massenkommunikation dar. Für die Herstellung sektorübergreifender Kommunikationszusammenhänge bedarf es der Bereitstellung von Themen zur öffentlichen Debatte sowie der Ausbildung der für ihre Darstellung und Verbreitung notwendigen Strukturen in Form eines massenmedialen Kommunikationssystems.

c) Akklamative Herstellung von Öffentlichkeit

Für die Integration sektoraler Teilöffentlichkeiten und Rückkoppelung an bestehende (nationale) Medienöffentlichkeiten über den Mechanismus der symbolischen Mobilisierung konnten im Projekt mehrere Möglichkeiten aufgezeigt werden. Die Öffentlichkeitsarbeit und Imagepolitik europäischer Institutionen bzw. die Strategien außerinstitutioneller Opposition und Protestmobilisierung ließen sich auf diffuse transnationale Resonanzstrukturen zurückführen, die das europäische Mehrebenensystem horizontal und vertikal durchdringen, um damit die Einbindung variabler Kreise von Betroffenen und Publika auf den unterschiedlichen Mobilisierungsebenen zu ermöglichen. Die kommunikative Infrastruktur, auf die transnationale Akteure zum Zwecke der Inszenierung einer europäischen Schaupolitik zurückgreifen können, bleibt jedoch beschränkt. In Ermangelung eines europäischen massenmedialen Kommunikationssystems kann für die Visualisierung Europas keine einheitliche Arena besetzt werden, in der sich europäische Entscheidungsakteure und ihr Publikum direkt gegenüberstehen könnten.. Im Zuge der symbolischen Mobilisierung Europas ist deshalb mit einer Verlagerung von Kommunikation in die bestehenden nationalen Medienöffentlichkeiten zu rechnen, die sozusagen eine „Europäisierung“ durch gemeinsame europäische Diskurse und Themenbezüge erfahren. Interessant und für die Dynamik europäischer Integration sicherlich von großer Bedeutung ist damit die zunehmende Konfliktualisierung europäischer Politik in den nationalen politischen Arenen und die daraus resultierende Vernetzung lokaler, nationaler und transnationaler Öffentlichkeiten über gemeinsame, symbolisch verdichtete Thematiken.

Veröffentlichungen

Deutschsprachige Veröffentlichungen

Monographien

Trenz, Hans-Jörg 2002: Zur Konstitution Politischer Öffentlichkeit in der EU. Zivilgesellschaftliche Subpolitik oder Schaupolitische Inszenierung. Baden-Baden: Nomos

Beiträge in Sammelbänden

Trenz, Hans-Jörg 2001: Global Denken - Lokal Handeln. Zur Mobilisierungslogik von Migranteninteressen in Europa. In: Ansgar Klein und Ruud Koopmans (Hrsg.): Politische Partizipation und Protestmobilisierung im Zeitalter der Globalisierung. Opladen: Leske und Budrich, 179-205.

Sonderhefte von Zeitschriften

Trenz, Hans-Jörg, 2000: Korruption und politischer Skandal in der EU. Auf dem Weg zu einer europäischen politischen Öffentlichkeit? In: Maurizio Bach (Hrsg.): Europa (Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft). Opladen: Westdeutscher Verlag, 332-359

Eder, Klaus/ Kantner, Cathleen 2000: Transnationale Resonanzstrukturen in Europa. Eine Kritik der Rede vom Öffentlichkeitsdefizit in Europa. In Maurizio Bach (Hrsg.): Die Europäisierung nationaler Gesellschaften (Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft 40, pp. 306-331). Opladen: Westdeutscher Verlag.

Eder, Klaus/ Hellmann, Kai-Uwe/ Trenz, Hans-Jörg 1998: „Regieren in Europa jenseits öffentlicher Legitimation? Eine Untersuchung zur Rolle von politischer Öffentlichkeit in Europa“, in: Politische Vierteljahresschrift, Sonderheft 29, hrsg. von Beate Kohler-Koch. Opladen: Westdeutscher Verlag, 321-344.

Beiträge in Zeitschriften

Trenz, Hans-Jörg 2001: Protestmobilisierung in Netzwerken. Revitalisierung oder Selbstblockade zivilgesellschaftlicher Protestformen in der EU? In: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen 14(1), 87-98.

Eder, Klaus 2000: Zur Transformation nationalstaatlicher Öffentlichkeit in Europa. Von der Sprachgemeinschaft zur issuespezifischen Kommunikationsgemeinschaft. Berliner Journal für Soziologie, 10, 167-284.

Trenz, Hans-Jörg 1999: „Anti-Rassismus Kampagnen und Protestmobilisierung in Europa.“ In Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen, 13, 3, 79-84.

Fremdsprachige Veröffentlichungen

Beiträge in Sammelbänden

Trenz, Hans-Jörg 2003: „Governing beyond public legitimation? Some reflections on the role of the public sphere in the intergovernmental framework of European immigration and asylum policies.“ In Dario Melossi (Hrsg.): Migrations: Interactions and Conflicts in the Making of a European Democracy. Milano: Dott. A. Giuffrè Editore, 751-776.

Eder, Klaus/ Trenz, Hans Joerg 2003: The making of a European public space. The case of Justice and Home Affairs. In Beate Kohler-Koch (Hrsg.): Linking EU and National Governance (pp. 111-134). Oxford: Oxford University Press.

Konferenzen bzw. workshops

Workshop zum Thema Demokratie in Europa, Humboldt-Universität zu Berlin, 7-8-Mai 2000.

Transnationale Öffentlichkeit und die Strukturierung politischer Kommunikation in Europa

(Transnational public spaces and the structuring of political communication in Europe)

Projektleiter:

Prof. Dr. Klaus Eder, *Humboldt Universität Berlin*

Projektmitarbeiter:

Dr. Trenz, Hans-Jörg

Laufzeit: 2001 – 2003

Abstract

Das Forschungsprojekt untersucht die Diffusion und Strukturierung massenmedialer politischer Kommunikation in Relation zur Dynamik des europäischen Integrationsprozesses. Vorrangiges Ziel ist die Messung der Intensität europapolitischer Kommunikation und ihrer Verdichtung zu einer transnationalen Meinungs- und Willensbildung. Als Maßstab hierzu dient die Strukturierung europäischer Debatten in den bestehenden fragmentierten oder sich überlappenden nationalen Medienöffentlichkeiten. Die analytische Fragestellung nach der Aggregation öffentlicher Meinung zu europapolitischen Themen soll durch eine komparative Medienanalyse beantwortet werden, die das Ausmaß der Europäisierung nationaler medialer Kommunikationsräume anhand quantitativ und qualitativ zu ermittelnder Vergleichsdaten beschreibt. Auf der Basis dieses Datensatzes kann auch die weitergehende normative Frage nach der Leistungsfähigkeit europäischer Öffentlichkeit im Sinne der Initiierung transnationaler Willensbildungsprozesse beantwortet werden. Im Unterschied zum (bisher unerreichten) Idealfall von „Öffentlichkeit im Nationalstaat“ konstituiert die Europäische Union dabei den Spezialfall einer Öffentlichkeit ohne Demos, bzw. einer Öffentlichkeit mit multiplen Demoi, die sich im Modus der öffentlichen Auseinandersetzung über Themen von gemeinsamer Relevanz aufeinander abbilden. Als Ergebnis dieser Vermittlungsleistungen erwarten wir die Strukturierung eines gemeinsamen Kommunikations- und Erfahrungsraums, der es ermöglicht, öffentliche Meinung zu filtern, zu synthetisieren und ihr gegebenenfalls als kollektivem Willen Ausdruck zu geben.

Ergebnisse

Die Befunde zur Europaberichterstattung in der Qualitätspresse weisen auf eine konvergierende Praxis der Nachrichtenproduktion in Europa, lassen aber auch nach wie vor bestehende Unterschiede in der Gewichtung europäischer Themen hervortreten. Systematisch lassen sich die beobachteten Konvergenzen und Divergenzen in Bezug auf die Strukturierung europapolitischer Kommunikation in der Qualitätspresse auf sechs intervenierende Europäisierungsprozesse zurückführen:

- 1) Angleichung der Organisationsmerkmale des Pressesektors (Ausbildung von Europaredaktionen mit entsprechendem Spezialisierungsgrad).
- 2) Angleichung journalistischer Wertmuster (insbesondere Rolle der EU-Korrespondenten).
- 3) Angleichung des Inputs an politischer Kommunikation (Rolle der Öffentlichkeitsarbeit europäischer Institutionen).
- 4) Angleichung der journalistischen Praxis in der europäischen Nachrichtenproduktion: gesamteuropäische Prozesse des Agenda-Setting und der Themendiffusion.
- 5) Angleichung von Rhetorik und generalisierten Wahrnehmungen in Bezug auf Europa bzw. die EU („Banaler Europäismus“).

6) Angleichung von Deutungsmustern: Transnationale Meinungs- und Willensbildung am Beispiel der Debatte um Zukunft und Verfasstheit der EU.

Wenn wir im Ergebnis auf eine emergente europäische Öffentlichkeit schließen, so verstehen wir darunter den Resonanzraum für die Entfaltung von politischer Kommunikation über Europa in den nationalen Medien. Dieser Resonanzraum kann anhand von drei Struktureigenschaften näher bestimmt werden:

- 1) Die Dichte europapolitischer Kommunikation in europäischen Zeitungen ist im Vergleich zur Kommunikation über nichteuropäische (innenpolitische oder außenpolitische) Themen und im Vergleich zu nichteuropäischen Zeitungen höher.
- 2) Innerhalb der EU kann eine hohe Synchronität europapolitischer Kommunikation beobachtet werden, die aus der parallelen und zeitgleichen Berichterstattung zu bestimmten Themen resultiert.
- 3) Die Reziprozität europapolitischer Kommunikation resultiert aus der Vergegenwärtigung der gemeinsamen Relevanz von Themen, dem intendierten oder nichtintendierten Austausch von Sinn- und Bedeutungsgehalten und/oder der wechselseitigen Bezugnahme von Kommunizierenden aus unterschiedlichen Öffentlichkeitsarenen.

Diese drei Struktureigenschaften stehen in einem Verhältnis der steigenden Signifikanz für die Stabilisierung von Öffentlichkeit. Wie auch in den nationalen Öffentlichkeiten beobachten wir jedoch ein umgekehrt proportionales Verhältnis im Umfang und in der Wahrscheinlichkeit ihres Auftretens: Es findet sich eine hohe Dichte europapolitischer Kommunikation in den Zeitungen bei gleichzeitig hoher Streuung des Themenspektrums. Es findet sich eine gemeinsame Themenagenda als Teilmenge aller im europäischen Raum diffundierender Themen. Es finden sich schließlich einige wenige zentrale Themen von gemeinsamer Relevanz, die einer zeitgleichen intermedialen Debatte zugeführt werden.

Veröffentlichungen

Deutschsprachige Veröffentlichungen

Monographien, Sammelbände

Kantner, Cathleen 2004: Kein modernes Babel. Kommunikative Voraussetzungen europäischer Öffentlichkeit. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften (im Erscheinen).

Trenz, Hans-Jörg, 2005. Europa in den Medien. Das europäische Integrationsprojekt im Spiegel nationaler Öffentlichkeit. Frankfurt a.M./New York: Campus.

Trenz, Hans-Jörg 2003: Bürgerschaft, Öffentlichkeit und Demokratie in Europa. Opladen: Leske und Budrich (Hrsg. gemeinsam mit Ansgar Klein, Ruud Koopmans, Ludger Klein, Christian Lahusen und Dieter Rucht).

Beiträge in Sammelbänden

Eder, Klaus 2004: Öffentlichkeit und gesellschaftliche Integration in Europa. In Claudio Franzius/ Ulrich Preuß (Hrsg.): Europäische Öffentlichkeit. Baden-Baden: Nomos, 81-104.

Kantner, Cathleen 2003: Öffentliche politische Kommunikation in der Europäischen Union. Eine hermeneutisch-pragmatistische Perspektive. In: Ansgar Klein/ Ruud Koopmans/ Hans-Jörg Trezn/ Christian Lahusen/ Dieter Rucht (Eds.): Bürgerschaft, Öffentlichkeit und Demokratie in Europa. Opladen: Leske + Budrich: 215-229.

Trenz, Hans-Jörg 2006: Europäische Öffentlichkeit als Selbstbeschreibungshorizont der europäischen Gesellschaft. In: H.P. Müller et al. (Hrsg.): Europäische Gesellschaft. Wiesbaden: VS-Verlag.

Trenz, Hans-Jörg 2005: „Banaler Europäismus“. Eine latente Kategorie der Europäisierung politischer Kommunikation. In: W. Langenbucher/ M. Latzer (Hrsg.): Europäische Öffentlichkeit und medialer Wandel: Eine transdisziplinäre Perspektive, Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften.

Trenz, Hans-Jörg 2005: Öffentlichkeit und Zivilgesellschaft in der EU. Zwischen Organisation und spontaner Selbstkonstitution. In: Michèle Knodt/ Barbara Finke (Hrsg.): Europäische Zivilgesellschaft: Konzepte, Akteure, Strategien“. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften, 55-78.

Trenz, Hans-Jörg 2004: Soziologische Perspektiven: Auf der Suche nach der europäischen (Zivil-) Gesellschaft. In Hans-Jürgen Bieling/ Marika Lerch (Hrsg.): Theorien der Europäischen Integration. Opladen: Leske und Budrich, 373-398.

Trenz, Hans-Jörg 2003: Auf der Suche nach einer europäischen Öffentlichkeit. In: Ansgar Klein/ Ruud Koopmans/ Hans-Jörg Trenz et al. (Hrsg.): Bürgerschaft, Öffentlichkeit und Demokratie in Europa. Opladen: Leske und Budrich, 161-170.

Trenz, Hans-Jörg 2003: Demokratie-, Öffentlichkeits- und Identitätsdefizite in der EU: Diagnose und Therapiefähigkeit. In Ansgar Klein/ Ruud Koopmans/ Hans-Jörg Trenz et al. (Hrsg.): Bürgerschaft, Öffentlichkeit und Demokratie in Europa. Opladen: Leske und Budrich, 7-19.

Sonderhefte von Zeitschriften

Eder, Klaus/ Kantner, Cathleen 2000: Transnationale Resonanzstrukturen in Europa. Eine Kritik der Rede vom Öffentlichkeitsdefizit. In: Maurizio Bach (Hrsg.): Die Europäisierung nationaler Gesellschaften. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag: 306-331.

Beiträge in Zeitschriften

Eder, Klaus/ Kantner, Cathleen 2002: Interdiskursivität in der europäischen Öffentlichkeit. Berliner Debatte Initial 13 (5/6): 79-88.

Kantner, Cathleen (Hrsg.) 2003: Special issue: „Pflege des öffentlichen Raums“. Berliner Debatte Initial 14 (4); (mit Beiträgen von Friedhelm Neidhardt, Markus Rettich & Winfried Schröder).

Kantner, Cathleen (Hrsg.) 2002: Special issue: „Europäische Öffentlichkeit“. Berliner Debatte Initial 13 (5/6); (mit Beiträgen von Klaus Eder, Jochen Hille, Cathleen Kantner, Peter A. Kraus, Thomas Risse, Simone Ruppertz-Rausch, Thomas Schmidt, Stefan Tobler, Hans-Jörg Trenz und Marianne van de Steeg).

Trenz, Hans-Jörg 2006: Europäische Öffentlichkeit und die verspätete Politisierung der EU. In: Internationale Politik und Gesellschaft, 1, 117-133.

Trenz, Hans-Jörg 2005: Die mediale Ordnung des politischen Europas: Formen und Dynamiken der Europäisierung politischer Kommunikation in der Qualitätspresse. In Zeitschrift für Soziologie, 34 (3), 188-206.

Trenz, Hans-Jörg 2002: „Ein Rauschen geht durch den europäischen Blätterwald.“ EU-Präsident Prodi und die Entstehung eines europäischen Mediensystems. Berliner Debatte Initial 5/6, 24-35.

Fremdsprachige Veröffentlichungen

Beiträge in Sammelbänden

Eder, Klaus/ Trenz, Hans-Jörg (i.E.): Prerequisites of Democracy and Mechanisms of Democratisation. In Beate Kohler-Koch (Hrsg.): Debating the Democratic Legitimacy of the European Union. Boulder: Rowman & Littlefield

Trenz, Hans-Jörg 2006: “Qua vadis Europe?” Quality newspapers struggling for European unity. Forthcoming in E. Fossum, and Philipp Schlesinger (Hrsg.): One EU-Many Public. London: Routledge.

Beiträge in Zeitschriften

Eder, Klaus/ Trenz, Hans-Jörg 2004: The Democratising Role of a European Public Sphere. Towards a Model of Democratic Functionalism. In Journal of European Social Theory 7(1): 6-25.

Trenz, Hans-Jörg 2005: Review Essay: The European public sphere: contradictory findings in a diverse research field. In: European Political Science, 00, 1-14

Trenz, Hans-Jörg 2005: The troubled re-politicization of Europe. In EU-Constitution Newsletter. The Federal Trust for Education and Research, Special Issue, July 2005, 9-10 (together with Erik O. Eriksen, Agustín José Menéndez and Anne Elisabeth Stie)

Trenz, Hans-Jörg 2004. Media coverage on European governance. Testing the performance of national newspapers. In European Journal of Communication, 19/3, 291-319.

Qualifikationsarbeiten

Kantner, Cathleen 2002: Transnationale Öffentlichkeit und die Demokratiefähigkeit der Europäischen Union. Dissertation an der Philosophischen Fakultät III der Humboldt-Universität zu Berlin.

Trenz, Hans-Jörg 2004: Europäische Integration und Öffentlichkeit. Institutionelle Selbstdarstellung und mediale Repräsentation der politischen Gesellschaft Europas. Habilitationsschrift. Humboldt-Universität zu Berlin.

**Ko-Evolution von Staatlichkeit und Verbänden in der Europäischen Union:
Bedingungen für die Regierungsfähigkeit europäischer Verbände**

(The Co-Evolution of statehood and interest associations in the European Union: conditions of the governance capabilities of European interest associations)

Projektleiter:

Professor Dr. Volker Eichener, *Universität Bochum*

Projektmitarbeiter:

Katrin Schneiders

Laufzeit: 1997 – 1999

Abstract

Associative interest mediation in the process of policy making and policy implementation is essential for the effectiveness of governance in modern democracies. Such neo-corporatist arrangements up to private interest governments", however, require the capacity for collective action of the involved interest groups. According to conventional theory, the European associations are not able to develop the required capacity for action because of the heterogeneity of interests within their membership - the national associations with their different strategies and political cultures. This project did analyse which structural conditions must be met so that European interest groups can be incorporated into European governance processes. In particular, the hypothesis was tested whether the logic of influence" can overrule the logic of membership", if supranational institutions support the development of European associative structures by granting financial assistance and by incorporating them into processes of policy making and policy implementation. It has been analysed if there is a co-evolution of state formation and of associative interest mediation on the level of the European Union; the causal relations between state formation and associative development was examined; and development paths of both processes were investigated.

Ergebnisse

Intermediäre Strukturen der Interessenvermittlung bei der Formulierung und Umsetzung staatlicher Politik durch organisierte Interessen tragen wesentlich zur Regierungsfähigkeit moderner Demokratien bei. Solche neokorporatistischen Arrangements bis hin zu "privaten Interessenregierungen" setzen eine entsprechende Handlungsfähigkeit der involvierten Interessenorganisationen voraus. Nach einer gängigen These können die europäischen Verbände jedoch eine vergleichbare Regierungsfähigkeit aufgrund der Interessenheterogenität innerhalb ihrer Mitgliedschaft nicht aufbauen. In dem Projekt wurden die strukturellen Bedingungen untersucht, die europäische Interessenverbände erfüllen müssen, um auf der europäischen Ebene in governance-Prozesse inkorporiert zu werden. Insbesondere wurde die Hypothese geprüft, ob die Einflußlogik, d.h. das Bemühen der suprastaatlichen Institutionen, den Aufbau europäischer Verbandsstrukturen durch Organisationshilfen zu fördern und die Verbände in die Politikformulierung und -implementation einzubinden, trotz der fortbestehenden Interessenaggregationsproblematik im Bereich der Mitgliedschaftslogik zur Entwicklung von Regierungsfähigkeit beitragen kann. Es wurde untersucht, ob sich auf der europäischen Ebene eine Ko-Evolution von Staatlichkeit und verbandlicher Interessenvermittlung feststellen läßt, welches kausale Verhältnis zwischen staatlicher und verbandlicher Entwicklung besteht und welche Verlaufsmuster beide Entwicklungsprozesse aufweisen.

In sechs systematisch ausgewählten Politikfeldern konnte aufgezeigt werden, wie sich (neo)korporatistische Strukturen als Folge einer massiven Förderung der Kommission „von oben“ ungeachtet der weiterhin in den meisten Fällen pluralistischen Verbandsstrukturen ausbildeten. Diese wurden mit Hilfe der Konzepte „assoziativer Demokratie“ und „Polyarchie“ zu einer synthetischen Aussage über die derzeitige Gestalt des politischen Systems der EU zusammengefasst.

Volker Eichener, zusammen mit Katrin Schneiders und Michael Helbig: Ko-Evolution von Staatlichkeit und Verbänden in der Europäischen Union. Bedingungen für die Regierungsfähigkeit europäischer Verbände. Endbericht zum DFG-Projekt, i.E

**Die Identitätsbedingungen europäischer Bürgerschaft:
Diskurstheoretische Modelle und sozialpsychologische Erkenntnisse**

*(What it Needs for an Identity Based European Citizenship:
Discourse Theories and Insights from Social Psychology)*

Projektleiter:

Professor Dr. Dr. Günter Frankenberg, *Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt/M*

Projektmitarbeiter:

Dr. Orietta Angelucci

Laufzeit: 1999 – 2001

Abstract

The research project dealt with the problem of a supranational social identity as a powerful element of political communication at European level. In particular it focused on the question whether a social identification with a supranational political community can lead to an effective democratic control of supranational power. From a point of view of constitutional theory we criticise a unitarian model of identity and move to the necessity to introduce the concept of multiple situative identities embedded in a supranational entity. These multiple situative identities are an inalienable element in the formation of a constitution at European level. The empirical research focused on the social construction of the categories “Europe” and “Europeans” in Germany. The analysis of five German newspapers revealed a clear political definition of the category “Europe” in parallel with the formation of the European Union. The use of “Europeans” in the public discourse was on the contrary much more diffuse, revealing an unclear definition of this category and its yet “work in progress” character in the context of identity building.

Ergebnisse

Untersuchungsgegenstand waren die Identitätsvoraussetzungen einer supranationalen Bürgerschaft. Die Forschungstätigkeit orientierte sich an folgender Frage: In welchem Umfang kann eine soziale Identität, die auf der Mitgliedschaft in einer supranationalen politischen Gemeinschaft aufruht, eine tragfähige Grundlage für eine politische Kommunikation sein, die zu einer effektiven demokratischen Kontrolle hoheitlicher Machtausübung führt? Das spezifische Ausgangsproblem dieses Projekts war, dass diese soziale Identität gerade keine nationalstaatliche Identität ist und sein soll, sondern eine, die mehrere nationale soziale Identitäten überwölbt und bewahrt.

Entsprechend der Ausgangsfragestellung wurde die Forschungsarbeit zur Frage der sozialen Identität kooperativ, aber arbeitsteilig in zwei Teilen durchgeführt: Einer theoretischen Auseinandersetzung mit und Fortentwicklung von diskursethischen Modellen, die vom Antragsteller vorgenommen wurde, sowie einem empirischen sozialpsychologischen Teil.

Hinsichtlich des theoretischen Teils lässt sich schließen, dass die Konstruktion einer sozialen Identität in einer supranationalen Vielvölkergemeinschaft sich von den Modellen zu verabschieden hat, die vom nationalstaatlichen Kontext informiert sind. Lassen sich bereits die Einheitskonstruktionen einer nationalen Identität als unangemessen kritisieren, trifft diese Kritik verstärkt auf einen „Staatenverbund“ bzw. eine Union unterschiedlicher Gesellschaften zu. Hier kommt Pluralität empirisch und dann normativ noch deutlicher zur Geltung und lässt sich angemessen nur in Konstruktionen pluraler Identitäten zum Ausdruck bringen. Als konstitutionelle Folie eignet sich hierfür ein Vertragsnetzwerk, wie es sich in der Europäischen Union vorfindet. Folglich ist den aktuellen Bestrebungen, die Europäische

Union neu zu konstitutionalisieren und das Modell der Gesetzes-Verfassung einzuführen mit Skepsis zu begegnen. Außerdem muss gerade eine auf Erweiterung angelegte Union aus Gründen der Integration Distanz halten sowohl zu substanzialistischen Vorstellungen von Identität als auch zu Einheitsmodellen, um hinsichtlich der Beitrittskandidaten den Eindruck und die Konsequenzen einer politisch-kulturellen Kolonisierung zu vermeiden. Da in die Konstruktion von Identität deren soziale Repräsentationen einzubeziehen sind, kommt der Verfassungsgebung für die Entwicklung einer Europäischen Identität zentrale Bedeutung zu (s.u.). Eine Rekonstitutionalisierung der Europäischen Union ohne Prozess der Verfassungsgebung ist daher aus der Perspektive der Identitätsbildung als Prozess äußerst kritisch zu beurteilen.

Ausgangsfrage der empirischen sozialpsychologischen Untersuchung war, wie die Tagespresse – als regelmäßige Quelle sozialer Repräsentationen und daher als wichtiger Faktor bei der Konstruktion sozialer Identitäten – innerhalb der letzten Dekade "Europa" und die "Europäer/Europäerinnen" in ausgewählten deutschen Medien präsentiert hat. Untersucht wurden die Assoziationen mit „Europa“ und „Europäer/Europäerin“ in: „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“, „Süddeutschen Zeitung“, „Frankfurter Rundschau“, „Leipziger Volksblatt“ und „Der Zeit“. Die lexikale Korrespondenzanalyse ergab, dass parallel zur Weiterentwicklung politischer Institutionen auf europäischer Ebene das Assoziationsfeld von "Europa" immer mehr von Assoziationen mit der Europäischen Union geprägt worden. Dabei wurde "Europa" durch die Assoziation mit politischen Elementen fast ausschließlich als politische Größe dargestellt. Im Unterschied zum Europa-Diskurs, der sich im Laufe der Zeit auf bestimmte lexikale Elemente konzentrierte, konnte hinsichtlich "Europäern/Europäerinnen" ein gestiegener lexikaler Reichtum des Diskurses konstatiert werden, der sich als Suche nach Bedeutungen dieser Kategorie im Kontext der Identitätsarbeit deuten ließ. Erst seit 1999 ergab die diachronische Analyse der Bedeutungen von "Europäern/Europäerinnen" als Gradmesser für die Entwicklung eines Wir-Gefühls eine Differenzierung dieser Kategorie und eine Konzentration nunmehr auf bestimmte politische und ökonomische Elemente, die fast ausschließlich die Repräsentation dieser Kategorie dominieren.

Veröffentlichungen

Deutschsprachige Veröffentlichungen

Monographien

Angelucci von Bogdandy, Orietta 2003: Zur Ökologie einer europäischen Identität, Baden-Baden, Nomos.

Beiträge in Sammelbänden

Angelucci, Orietta 2002: Europäische Identitätsbildung aus sozialpsychologischer Sicht, in: Ralf Elm (Hrsg.): Europäische Identität. Paradigmen und Methodenfragen, Baden-Baden, Nomos, 111-134.

Frankenberg, Günter 2002: Zur Rolle der Verfassung im Prozess der Integration, in: Hans Vorländer (Hrsg.): Integration durch Verfassung, 43-70

Frankenberg, Günter 2002: Pluralität verfassen – Überlegungen zur Verfassung der Europäischen Union, in: ders. (Hrsg.): Autorität und Integration – Zur Grammatik von Recht und Verfassung (erscheint Ende 2002 im Suhrkamp-Verlag)

Frankenberg, Günter 2001: Die Rückkehr des Vertrages, in: K. Günther/ L. Wingert (Hrsg.): Die Öffentlichkeit der Vernunft und die Vernunft der Öffentlichkeit, Festschrift für Jürgen Habermas, Frankfurt am Main, 103-118

Frankenberg, Günter 2000: Tocquevilles Frage. Zur Rolle der Verfassung im Prozeß der Integration, in: G.F. Schuppert/Chr. Bumke (Hrsg.), Bundesverfassungsgericht und gesellschaftlicher Grundkonsens, Baden-Baden, Nomos, 31-58 .

Fremdsprachige Veröffentlichungen

Beitrag in working paper series

Angelucci, Orietta 2000: „Europe“ and „Europeans“ as Representation. A Case Study in Germany and Italy, EUR/60, Firenze: European University Institute.

Qualifikationsarbeiten

Angelucci, Orietta: Zur Ökologie einer europäischen Identität. Kollektive Repräsentationen von Europa und den Europäer/Europäerinnen in Deutschland und Italien, Dissertation an der Fernuniversität Hagen, 2002.

Rationalität durch Verfahren Die Beschränkung der Möglichkeiten zur wirksamen Vertretung partikularer Interessen durch die funktionale Differenzierung von Entscheidungsverfahren in der Europäischen Union

(Rationality by Procedures: How to Circumvent Parochial Interests without Excluding Stakeholders in Functionally Differentiated Decision-making Procedures of the European Union)

Projektleiter:

Prof. Dr. Thomas Gehring, *Otto-Friedrich-Universität Bamberg*

Projektmitarbeiter:

Sebastian Krapohl

Sachka Stefanova

Laufzeit: 2001 – 2003

Abstract

The project examined whether decision-making procedures of the European Union can be designed so as to circumvent parochial interests without totally excluding stakeholders. It started from the observation that decision-making within the EU is highly differentiated, but decision-making power is rarely completely delegated to executive actors such as the European Commission or independent regulatory agencies. Based upon the assumption that states and non-state actors pursue their own interests, as long as they are not hindered from doing so, the project focused in its theoretical part on the identification of a design that promised to hinder actors from pursuing parochial interests. Such design strictly separates two functions, namely the development of substantive decision-making criteria applicable to many similar cases and the application of these criteria to specific cases. Several decision-making procedures of the New Approach to Single Market policy making closely reflect this arrangement. In its empirical part, the project explored the procedures for the standardisation of machinery and toys involving European standardisation organisations as well as the centralised procedure for the authorisation of pharmaceuticals involving the European Medical Evaluation Agency (EMA) as to the bargaining opportunities and the actual performance of decision-making. It concluded that these procedures perform as expected, as long as substantive criteria are sufficiently well spelled out in directives and regulations, while bargaining will ensue, if criteria are lacking.

Ergebnisse

Das zentrale Ergebnis des Projektes ist, dass Entscheidungsverfahren der Europäischen Union unter benennbaren Bedingungen so ausgestaltet werden können, dass sie selbst solche Akteure systematisch dazu veranlassen, gemeinwohlorientierte Entscheidungen zu erzeugen, die nicht darauf verzichten, ihren Nutzen zu maximieren. Solche Verfahren existieren im Rahmen der europäischen Binnenmarktregulierung - und zwar ohne eigeninteressierte Akteure, etwa Staaten und Interessengruppen, aus dem Entscheidungsprozeß fernzuhalten. Damit knüpft das Projekt einerseits an die weit verbreitete Erkenntnis an, dass für einfache (zwischenstaatliche) Verhandlungsprozessen aufgrund der repräsentierten Interessen nur begrenzt gemeinwohlorientierte Entscheidungen zu erwarten sind. Andererseits schließt es an die Vermutung an, dass das komplexe Entscheidungssystem der Europäischen Union, besonders durch die Komitologie-Ausschüsse und Regulierungsagenturen, sehr wohl gemeinwohlorientierte Ergebnisse zu erzeugen vermag.

Im theoretischen Teil des Projektes wird zunächst auf der Grundlage der Habermas'schen Theorie des kommunikativen Handelns und der Diskussion um die Interaktionsmodi des 'Arguing' und des Bargaining' in den Internationalen Beziehungen eine Konzeption gemeinwohlorientierter Entscheidungen entwickelt, die auf die diskursive, d.h. machtfreie, Prüfung der Begründungen unterschiedlicher Entscheidungsoptionen gestützt ist. Sodann wird ein institutionelles Arrangement entwickelt, das rationale Akteure auch dann zur diskursiven Prüfung von Begründungen zu veranlassen vermag, wenn sie ihren Eigennutz dem Gemeinwohl voranstellen. Dieses Arrangement beruht auf der systematischen Trennung von zwei Entscheidungsfunktionen, nämlich des Setzens *allgemeiner* Vorgaben und des Anwendens dieser Vorgaben auf den Einzelfall. Unter benennbaren Bedingungen können die beteiligten Akteure die ihnen zur Verfügung stehenden Machtressourcen auf keiner der beiden Ebenen wirksam in den Entscheidungsprozeß einbringen, so dass Argumente zur entscheidenden Einflußressource werden.

Im empirischen Teil des Projektes werden mehrere Entscheidungsverfahren der europäischen Binnenmarktregulierung daraufhin untersucht, inwieweit sie diese Bedingungen auf jeder der beiden involvierten Entscheidungsebenen erfüllen. Analysiert werden die Funktionsweise der Maschinen- und der Spielzeugrichtlinie, die nur noch allgemeine Sicherheitsvorgaben enthalten, während Detailspezifikationen im Prozeß der europäischen Normung ausgearbeitet werden, sowie des zentralisierten Verfahrens zur binnenmarktweiten Zulassung von Humanarzneimitteln, in dessen Zentrum die europäische Arzneimittelagentur steht. Die im Rahmen der betreffenden Rechtsetzungsprozesse aufgetretenen Konfliktlinien zeigen, dass die beteiligten Akteure tatsächlich kaum Chancen zum machtbasierten Bargaining hatten, um die folgenden Anwendungsentscheidungen in ihrem Sinne zu beeinflussen. Die Akteure, die an den Anwendungsentscheidungen beteiligt sind, unterliegen dagegen starker Kontrolle durch Ketten nacheinander geschalteter Entscheidungsstufen sowie durch inhaltliche Entscheidungsvorgaben. Die Analyse einzelner problematischer Entscheidungen läßt darauf schließen, dass ihnen dadurch der Spielraum für machtbasiertes Bargaining weitestgehend entzogen wird. Wo die inhaltlichen Vorgaben vage bleiben, gelingt dies allerdings nur unvollständig.

Veröffentlichungen

Deutschsprachige Veröffentlichungen

Monographien

Gehring, Thomas/ Sebastian Krapohl/ Michael Kerler und Sachka Stefanova 2005: Rationalität durch Verfahren. Europäische Arzneimittelzulassung und Normung technischer Güter, Nomos: Baden-Baden.

Beiträge in Sammelbänden

Gehring, Thomas 2005: Rationalität durch Verfahren in der Europäischen Union. Wie Akteure durch Entscheidungsverfahren dazu veranlasst werden können, auf den Einsatz von Machtressourcen zu verzichten, in: Martin Heidenreich/ Hans W. Micklitz/ Andreas Oehler/Hans Rattinger/ Johannes Schwarze (Hrsg.): Europa nach der Osterweiterung. Europaforschung an der Universität Bamberg, Kadmos, Berlin, S. 90-104.

Fremdsprachige Veröffentlichungen

Beiträge in Sammelbänden

Gehring, Thomas 2003: Communicative Rationality in European Governance ? Interests and Communicative Action in Functionally Differentiated Single Market Regulation, in: Erik O. Eriksen/ Christian Joerges/ Jürgen Neyer (eds.): European Governance, Deliberation and the Quest for Democratization; Arena Report No 02/2003, Oslo, 57-140.

Beiträge in Zeitschriften

Gehring, Thomas 2004: The Consequences of Delegation to Independent Agencies. Separation of Powers, Discursive Governance and the Regulation of Telecommunications in Germany; in: European Journal of Political Research 43 (3), S. 677-698.

Krapohl, Sebastian 2006: Thalodromide, BSE and the Single Market. A Historical Institutionalist Approach to Regulatory Regimes in the European Union, in: European Journal of Political Research, im Erscheinen.

Krapohl, Sebastian 2004: Credible Commitment in Non-Independent Regulatory Agencies: A Comparative Analysis of the European Agencies for Pharmaceuticals and Foodstuffs, in: European Law Journal 10 (5), S. 518-538.

Krapohl, Sebastian 2003: Risk Regulation in the EU between Interests and Expertise: The Case of BSE, in: Journal of European Public Policy 10 (2), S. 189-207.

Beiträge derzeit im Begutachtungsverfahren von Zeitschriften

Gehring, Thomas/ Krapohl, Sebastian: Supranational Regulatory Agencies between Independence and Control: The EMEA and the Authorisation of Pharmaceuticals in the European Single Market; eingereicht zur Begutachtung bei: Journal of European Public Policy.

Gehring, Thomas/ Kerler, Michael: Institutional Stimulation of Deliberative Decision-Making: Technical Regulation in the European Union; eingereicht zur Begutachtung bei: Journal of Common Market Studies.

Konferenzen bzw. Workshops

Panel "Habermasian Rationality in European Governance? Communicative Action and Interests in Single Market Regulation" im Rahmen der Pan-European Conference on European Union Politics 'The Politics of European Integration: Academic Acquis and Future Challenges', Bordeaux, 26-28 September 2002.

Workshop des Projektes "'Good Governance' in Supranational Market Regulation: How Do Regulatory Institutions Matter?", 16. – 17 Januar 2004 an der Universität Bamberg

Qualifikationsarbeiten

Michael Kerler: "Technische Regulierung durch differenzierte Entscheidungsverfahren: Die Normung von Spielzeug in der Europäischen Union" (Diplomarbeit, teilweise veröffentlicht im Rahmen von Projektpublikationen).

Sebastian Krapohl: Developing Credible Commitment in European Risk Regulation: Towards Effective and Legitimate Regulatory Regimes for Pharmaceuticals and Foodstuffs in the European Union (Dissertation in Vorbereitung).

Transnationale Kooperation in der Europäischen Forschungs- und Technologiepolitik

(Transnational cooperation in the European Research and Technology Policy)

Projektleiter:

Prof. Dr. Edgar Grande, *TU München*

Projektmitarbeiter:

Anke Peschke

Laufzeit: 1997 – 1999

Abstract

The project focused on the issue of transnational cooperation and network building between national research organisations in European S & T Policy. In this context, little is known about the conditions of formation and the scope of existing transnational linkages. Moreover, it is only barely asked what is their role and significance in the European multilevel governance system. The project did address these questions by using an institutional approach as analytical framework. In particular, two hypothesis were tested which could provide new insights beyond the field of European Science and Technology Policy. First, it was assumed that the ability to act and the problem-solving capacity in European governance connects closely with the efficiency and capability of transnational linkages. Second, we supposed that supporting activities especially from the European Commission play a decisive role for the emergence of transnational cooperation linkages. However, national institutions, policies and policy styles differ widely in the European Union. In order to gain an in-depth understanding of factors determining transnational cooperation of national science organisations, case studies explored the research systems and policies in the three large member states (Germany, France, and United Kingdom).

Ergebnisse

Gegenstand des Projekts war die Rolle von Wissenschaftsorganisationen in der europäischen Forschungs- und Technologiepolitik. Das Interesse galt insbesondere dem Beitrag dieser Organisationen zur Handlungs- und Problemlösungsfähigkeit der Europäischen Union in diesem Politikbereich.

Die Europapolitik hat sich bislang bemüht, Handlungsdefizite vor allem durch Reformen der formellen Institutionen und Entscheidungsverfahren zu beseitigen. Im Mittelpunkt der neueren Diskussionen steht dagegen vor allem die Entwicklung „neuer Formen des Regierens“. Hierzu zählen auch verschiedene Möglichkeiten der Einbeziehung privater Akteure und Interessengruppen in die Formulierung und Implementation staatlicher Politiken. Diese Überlegungen können anknüpfen an die Forschung zum Neokorporatismus und zu „privaten Interessenregierungen“, die gezeigt hat, dass Interessengruppen in wohlfahrtsstaatlichen Demokratien ein beachtliches Selbstorganisationspotential besitzen, das unter bestimmten Umständen auch zur Bewältigung öffentlicher Aufgaben genutzt werden kann.

Die Arbeitshypothese des Projektes lautete, dass sich die Strukturen und die Rolle europäischer Wissenschaftseinrichtungen in der supranationalen Forschungs- und Technologiepolitik in hohem Masse durch das rahmengebende europäische Institutionensystem, einschließlich der nationalen Ordnungsstrukturen erklären lassen.

Empirisch untersucht wurden die nationalen Forschungssysteme Deutschlands, Frankreichs und Großbritanniens sowie das der EU. Das Projekt konnte sehr überzeugend zeigen, dass die Organisationsschwäche der europäischen Wissenschaftsvereinigungen korrespondiert mit

privilegierten Einflussmöglichkeiten der nationalen Wissenschaftseinrichtungen auf den nationalen Entscheidungsprozess und einem hochgradig fragmentierten und instabilen System der informellen Einbindung nationaler wie europäischer Wissenschaftsorganisationen in den supranationalen Entscheidungsprozess. Dies schlägt sich nicht zuletzt in einer starken Fragmentierung der Positionen der Wissenschaftsorganisationen und einer geringen Koordination ihrer Aktivitäten nieder.

Veröffentlichungen

Grande, Edgar/ Peschke, Anke 1999: Transnational cooperation and policy networks in European science policy-making. In: Research Policy 28 (1), S. 43-61

Grande, Edgar/ Burkard, Eberlein 1999: Integration with a Spluttering Engine: the Franco-German relationship in European research and technology policy. In: Douglas Webber (ed.), The Franco-German Relationship in the European Union. London: Routledge, S. 93-110

Grande, Edgar/ Peschke, Anke 1999: Organizing Science in Europe. In: European Review 7 (2), S. 295-312

Grande, Edgar 2001: The Erosion of State Capacity and the European Innovation Policy Dilemma. A Comparison of German and EU Information and Technology Policies. In: Research Policy 30 (6), S. 905-921

(Außerdem veröffentlicht 2000 in: Reihe Politikwissenschaft Nr. 70. Wien: Institut für Höhere Studien.)

Qualifikationsarbeiten

Peschke, Anke 2001: Transnationale Kooperation und Interessenvermittlung in der europäischen Forschungs- und Technologiepolitik: die Rolle europäischer Wissenschaftsvereinigungen. Dissertation an Fakultät für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften der Technischen Universität München

Regulierungsstaat und Infrastruktur in Europa.
Eine international und intersektoral vergleichende Untersuchung
(The regulatory state and infrastructure in Europe)

Projektleiter:

Prof. Dr. Edgar Grande, *TU München*

Projektmitarbeiter:

Olivia van Riesen

Dr. Ute Hartenberger

Dr. Burkard Eberlein

Laufzeit: 2000 – 2002; 2002 – 2004

Abstract

The project is about public regulation of infrastructures and utilities in the context of the European multi-level system. It takes as its starting point the thesis about the rise of the regulatory state in Europe, a thesis developed in the political science literature following the privatisation of public enterprises and the liberalisation of formerly monopolised markets. The project seeks to analyse the institutional architecture and workings of the regulatory state in Europe. Particular attention is being paid, first, to the interplay of national and European regulation (two-tier regulation), and, second, to the performance and problem-solving capacity of specific institutional arrangements found in different infrastructure sectors. The empirical focus is on the three sectors telecommunications, railways, and electricity, while the four national cases selected are Britain, France, Germany, and Sweden.

Ergebnisse

Unser Projekt hatte sich vorgenommen, drei Fragen zu beantworten: Erstens, wie sieht die institutionelle Architektur des Regulierungsstaates in Europa aus? Wie sind Regulierungskompetenzen im europäischen Mehrebenensystem institutionalisiert? Zweitens, welche Faktoren können die Wahl der institutionellen Arrangements in den jeweiligen Sektoren und Ländern erklären? Und drittens: Wie groß ist die Leistungsfähigkeit des Regulierungsstaats in Europa? Ist der Regulierungsstaat tatsächlich ein funktionales Äquivalent des Leistungsstaates oder eine Form der schleichenden Entstaatlichung? Die Ergebnisse unseres Projekts lassen sich in zwei zentralen Thesen zusammenfassen, mit denen insbesondere Antworten auf zwei der drei Ausgangsfragen geliefert werden.

Die erste zentrale These unseres Projekts lautet, dass der Übergang vom „Leistungsstaat“ zum „Regulierungsstaat“ zur Herausbildung eines neuen Typs von staatszentrierten transnationalen Regulierungsregimen geführt hat („a new type of state-centred transnational regulatory regime“), der sich deutlich von den bis dahin bekannten Formen der (national)staatlichen Regulierung, wie wir sie insbesondere aus den USA kannten, unterscheidet. Unsere zweite zentrale These bezieht sich auf die Leistungsfähigkeit des Regulierungsstaats in Europa. Sie lautet stark zugespitzt, dass sich die in Europa neu entstandenen Regulierungsregime bislang als erstaunlich leistungsfähig erwiesen haben. In Europa ist es insbesondere gelungen, bislang jenes Problem zu vermeiden, das lange Zeit im Mittelpunkt der US-amerikanischen Diskussion gestanden hat, nämlich die Vereinnahmung der Regulierer durch die Regulierten (Capture-Problem). Die Erklärung hierfür ist auch in der eigentümlichen institutionellen Architektur des Regulierungsstaates in Europa, seiner starken horizontalen und vertikalen Fragmentierung, zu finden. Die europäischen Regulierungsregime bilden Systeme verteilter Macht, die sich über verschiedene Jurisdiktionen erstrecken, und die eine Vereinnahmung

einzelner Agenturen durch die Regulierten nahezu unmöglich machen, von der systematischen Beeinflussung des gesamten Regulierungsregimes ganz zu schweigen.

Veröffentlichungen

Deutschsprachige Veröffentlichungen

Monographien

Beck, Ulrich/ Grande, Edgar 2004: Das kosmopolitische Europa. Wege in die Zweite Moderne, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.

Grande, Edgar/ Jachtenfuchs, Markus (Hrsg.) 2000: Wie problemlösungsfähig ist die EU? Regieren im europäischen Mehrebenensystem, Baden-Baden: Nomos.

Beiträge in Sammelbänden

Eberlein, Burkard 2000: Regulierung und die Konstitution von Märkten in Europa, in: Roland Czada/ Susanne Lütz (Hrsg.): Die Politische Konstitution von Märkten, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, 89-106.

Eberlein, Burkard/ Grande, Edgar 2003: Die Europäische Union als Regulierungsstaat: Transnationale Regulierungsnetzwerke und die Informalisierung des Regierens in Europa, in: Markus Jachtenfuchs/ Beate Kohler-Koch (Hrsg.): Europäische Integration (2. Auflage), Opladen: UTB.

Grande, Edgar 2000: Multi-Level Governance: Institutionelle Besonderheiten und Funktionsbedingungen des europäischen Mehrebenensystems, in: ders./ Markus Jachtenfuchs (Hrsg.): Wie problemlösungsfähig ist die EU? Regieren im europäischen Mehrebenensystem, Baden-Baden: Nomos, 11-30.

Grande, Edgar/ Eberlein, Burkard 2000: Der Aufstieg des Regulierungsstaates im Infrastrukturbereich. Zur Transformation der politischen Ökonomie der Bundesrepublik Deutschland, in: Roland Czada/ Helmut Wollmann (Hrsg.): Von der Bonner zur Berliner Republik (Leviathan-Sonderheft 19), Opladen, 631-650.

Grande, Edgar/ Jachtenfuchs, Markus 2000: Wie problemlösungsfähig ist die EU? Regieren im europäischen Mehrebenensystem, in: Arthur Benz/ Edgar Grande/ Rainer Prötorius 2000: Staatslehre und politische Verwaltung, Bd. 4, Baden-Baden: Nomos.

Grande, Edgar 2001: Von der Technologie- und Innovationspolitik – Europäische Forschungs- und Technologiepolitik im Zeitalter der Globalisierung, in: Georg Simonis/ Renate Martinsen / Thomas Saretzki 2001: Politik und Technik. Analysen zum Verhältnis von technologischem, politischem und staatlichem Wandel am Anfang des 21. Jahrhunderts, PVS-Sonderheft 31/2000, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, 368-387.

Grande, Edgar, 2003: Vom Leistungsstaat zum Regulierungsstat: Zur neuen Rolle des Staates im deutschen Telekommunikationssektor, in: Anne-Marie Le Gloannec (Hrsg.): Mehr oder weniger Staat? Die Rolle des Staates in Deutschland nach 1989, 187-204.

Hartenberger, Ute/van Riesen, Olivia, 2003: Zur Problemlösungsfähigkeit von Regulierungsregimen in Deutschland: Wettbewerbsregulierung im Eisenbahn- und Telekommunikationssektor; in: Edgar Grande/ Rainer Prätorius (Hrsg.): Politische Steuerung und neue Staatlichkeit, Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft, 189-210.

Fremdsprachige Veröffentlichungen

Beiträge in Sammelbänden

Eberlein, Burkard 2003: The Network of Electricity Regulation: Assessing the Florence Process, in: Claus Dieter Ehlermann/ Isabela Atanasiu (Hrsg.): European Competition Law Annual 2002: Creating the Network of EC Competition Authorities, Oxford: Hart.

Eberlein, Burkard 2004: Formal and Informal Governance in Single Market Regulation, in: Thomas Christiansen/ Simona Piattoni (Hrsg.): Informal Governance in the European Union, Cheltenham: Edward Elgar.

Eberlein, Burkard/ Grande, Edgar, 2005: Reconstituting Political Authority in Europe: Transnational Regulatory Networks and the Informalization of Governance in the European Union, in: Edgar Grande/ Louis W. Pauly (Hrsg.): Complex Sovereignty. Reconstituting Political Authority in the 21st Century, Toronto: University of Toronto Press, 146-167.

Grande, Edgar 2001: De l'État prestataire à l'État régulateur: le nouveau rôle de l'État dans le secteur allemand des télécommunications, in: Anne-Marie Le Gloanec (Hrsg.): L'État en Allemagne. Paris, 213-236.

Grande, Edgar 2003: Institutions and Interests. How the Architecture of the EU Political System Make it Difficult for Business Associations, in: Justin Greenwood (Hrsg.): The Challenge of Change in EU Business Associations. Basingstoke: Palgrave.

Beiträge in Zeitschriften

Eberlein, Burkard, 1999: L'État régulateur en Europe, in: Revue Francaise de Science Politique, 49: 2, 205-230.

Eberlein, Burkard 2000a: Configurations of Economic Regulation in the European Union: The Case of Electricity in Comparative Perspective, in: Current Politics and Economics of Europe, 9: 4, 407-425.

Eberlein, Burkard 2000b: Institutional Change and Continuity in German Infrastructure Management: The Case of Electricity Reform, in: German Politics, 9: 3, 8 1-104.

Eberlein, Burkard/ Grande, Edgar 2000: Regulation and Infrastructure Management: German Regulatory Regimes and the EU Framework, in: German Policy Studies, 1: 1, 39-66.

Eberlein, Burkard 2001: To Regulate or not to Regulate: Explaining the German Sonderweg of Electricity Regulation, in: Journal of Network industries, 2: 3, 1-32.

Eberlein, Burkard 2003: Regulating Cross-Border Trade by Soft Law? The “Florence Process” in the Supranational Governance of Markets, in: Journal of Network Industries, Vol. 4, No. 2, 137-155.

Eberlein, Burkard/ Grande, Edgar, 2005: Beyond delegation: transnational regulatory regimes and the EU regulatory state, in: Journal of European Public Policy, Vol. 12, No. 1, 1-24.

Grande, Edgar 2001: The erosion of state capacity and the European innovation policy dilemma. A comparison of German and EU information technology policies, in: Research Policy, Vol. 30: 6, 905-921.

Grande, Edgar 2002: Instituciones e intereses en Europa: grupos de interés y gobernanza en un sistema estructurado por niveles multiples, in: Foro Internacional, Vol. XLII, Num. 2, 293-316.

Arbeitspapiere

Eberlein, Burkard 1998: Studying the Regulatory State in Europe, Nr. 4/1998, München: Lehrstuhl für Politische Wissenschaft, TU München.

Grande, Edgar 1999: Innovationspolitik im europäischen Mehrebenensystem: Zur neuen Architektur des Staatlichen, Nr. 1/1999, München: Lehrstuhl für Politische Wissenschaft, TU München.

Grande, Edgar 2001b: Institutions and Interests: Interest Groups in the European System of Multi-Level Governance, Arbeitspapier Nr. 1/2001, Mai 2001, Technische Universität München.

Grande, Edgar/ Eberlein, Burkard 1999: Der Aufstieg des Regulierungsstaates. Zur Transformation der Politischen Ökonomie der Bundesrepublik Deutschland, Nr. 2/1999, München: Lehrstuhl für Politische Wissenschaft, TU München.

Projektinterne Arbeitspapiere

Ute Hartenberger: DFG-Abschlußbericht, Teilstudie Telekommunikation.

Olivia van Riesen: DFG-Abschlußbericht, Teilstudie Eisenbahnregulierung.

Qualifikationsarbeiten

Olivia van Riesen, 2005: „Zur Leistungsfähigkeit des Regulierungsstaates im Bahnsektor: Eisenbahnregulierung in Europa im Spannungsfeld zwischen institutionellem Design und der politischen Ökonomie des Bahnsektors. Eine Analyse von Eisenbahnregulierungsregimen in Deutschland und Großbritannien“, Dissertation, Technische Universität München.

Bürokratisierung durch Europäisierung? Die Auswirkungen der europäischen Integration auf das politisch-administrative System der Bundesrepublik Deutschland

(Bureaucratization through Europeanization?)

Projektleiter:

Prof. Dr. Dieter Grunow; *Institut für Politikwissenschaft, Universität Duisburg-Essen*

Projektmitarbeiter:

Dr. Michael Felder

Günther Wolfswinkler

Laufzeit: 1999 – 2001; 2001 – 2003

Abstract

The project analyzed the effects of europeanization on the political-administrative System of Germany. Europeanization was analyzed as institutional processing of different criteria of rationality, which are mediated by programs. It was focused on the question whether new forms of bureaucratization are emerging. The causes for that are seen in a creeping change of meso- and microstructures. The empirical basis of the project is multifold: the first step consists of an analysis of organizational charts of all ministries on national and federal state level. The second step includes written questionnaires to be addressed to the (975) heads of the departments (“Abteilungsleiter”) of all ministries on national and federal state level; this questionnaire tries to add to the analysis of organizational charts by asking the high-level bureaucrats about processes of adaptation and change effected by the implementation of European public policy in their areas of responsibility. A different approach is used for the local level. For a survey 244 cities were selected, which are all members of the “Deutscher Städtetag” – an association of local governments. Written questionnaires were addressed to mayors, specialists with regard to European questions (“Europabeauftragte”) and other officials in the role of experts for two selected policy areas: labour market/employment policies and environmental policies. These two policy areas are also the main emphasis of the third component of the empirical strategy: in-depth-interviews in selected ministries and local offices with regard to the processing of European rules and policies.

Ergebnisse

Im Rahmen des Forschungsprojektes sollte eine empirische Bestandsaufnahme der Auswirkungen der europäischen Integration auf die Aufbau- und Ablauforganisation der bundesdeutschen Verwaltungen erstellt und eine bürokratiethoretische Interpretation der Ergebnisse vorgenommen werden.

Aus empirischer Perspektive ging es vor allem darum bisher bestehende Begrenzungen der Betrachtungsperspektive zu überwinden und fallspezifische Ergebnisse in einen Gesamtzusammenhang zu stellen. Bisherige Untersuchungen konzentrierten sich i.d.R. auf die Phase der Politikvorbereitung und auf die Bundesebene. Im Rahmen des Projektes sollte daher die Phase der Implementation eine besondere Berücksichtigung finden und alle Ebenen (Bund, Land und Kommune) untersucht werden. Durch die Kombination von einer Ebenen übergreifenden Vollerhebung und einer policyspezifischen Analyse sollten Mikro- und Mesophänomene in einem größeren Kontext verortet werden.

Aus theoretischer Perspektive ging es vor allem darum, einen angemessenen konzeptuellen Rahmen für die Analyse von Europäisierungsprozessen zu erarbeiten. Die Berücksichtigung eines breiten Spektrums an Mechanismen, durch die sich Europäisierung vollzieht und die

Berücksichtigung von Akteursstrategien in diesem Prozess bildeten dabei den zentralen Fokus.

Aus bürokratietheoretischer Perspektive zielte das Projekt auf eine Beschreibung der Formveränderung von Bürokratisierungsprozessen, die sich dadurch auszeichnet, dass sie eine Intensivierung der inneradministrativen Kommunikation, nicht selten die Entwicklung administrativer Parallelstrukturen und eine Abschottung gegenüber der Umwelt bewirkt.

Die Ergebnisse des Forschungsprojektes lassen sich zusammenfassend unter Bezugnahme auf die neue Forschungsagenda zu "Europäisierung" darstellen. Die europäische Politikvorbereitung und die Implementation der jeweiligen policies sind eng miteinander verbundene Prozesse, zwischen denen permanente Austausch- und Anpassungsprozesse stattfinden. In diesem Zusammenhang kommt europapolitischen Frames eine zentrale Rolle zu: eine Steuerungsfunktion gegenüber der Verwaltung, die Rolle als Medium der Konfliktaustragung und Konsensfindung sowie die Vermittlung von policy-spezifischen Sachwissen und von Implementationserfahrungen.

Unsere systemische Betrachtung der Auswirkungen der Europäisierung auf die bundesdeutschen Verwaltungen fokussiert diesen komplexen und vielfach konflikthaften Vermittlungsprozess zwischen unterschiedlichen Rationalitätskriterien. Die bundesdeutschen Verwaltungen sind im Prozess der Europäisierung mit unterschiedlichen Anforderungen (politikfeldspezifischen, ebenenspezifischen, interessensspezifischen, europapolitischen, parteipolitischen, implementationsbezogenen) konfrontiert und sind permanent damit beschäftigt, Vermittlungen zwischen den unterschiedlichen Rationalitätskriterien herzustellen. Der Prozess des policy-transfers ist in hohem Maße durch diese bürokratische Feinabstimmung gekennzeichnet und erweist sich vor allem an den Schnittstellen zwischen System und Umwelt als problematisch. Die Beziehungen zwischen den Ressorts, zwischen den Ebenen, zur Politik und zu den organisierten Interessen stellen ein durch Machtbeziehungen strukturiertes Handlungsfeld dar, das eine dynamische Anpassung zwischen Struktur und Praxis ermöglicht. Spezifische Erfahrungen, Organisationsmuster und die Dynamik von Machtbeziehungen schaffen ein Regelsystem in dem die administrativen Akteure zwar die grundlegenden Spielstrukturen akzeptieren müssen, in der dynamische Anpassungsprozesse durch Spiele jedoch zugleich ermöglichen, das eigene Rollenverhalten zu erproben und sich an unterschiedlichen Rationalitätskriterien zu orientieren.

Der durch Europäisierung induzierte Wandel der Mikro- und Mesostrukturen entspricht hinsichtlich seiner Prozessqualitäten dem „Opportunismus der Verwaltung“, hier verstanden als ein spezifischer administrativer Handlungstypus. Er unterscheidet sich in seiner Form von klassischen bürokratischen Handlungsformen, indem er nicht auf der Verabsolutierung einer bestimmten Form von Rationalität beruht (Zweckrationalität bei Weber) sondern unterschiedliche Rationalitätskriterien miteinander verbindet. Bürokratisierung erscheint hier gleichermaßen als Folge der Besonderheiten des EU-Systems (neuer Konstitutionalismus) und der spezifischen Art und Weise der Verarbeitung von Europäisierung innerhalb des politisch administrativen Systems (Systemkomplexität). In beiden Fällen ist das bürokratische Handeln nicht Folge der Orientierung an einer spezifischen Form von Rationalität, sondern Konsequenz der Verflechtung unterschiedlicher Rationalitätskriterien. Die Bürokratiekritik kann unter diesen Bedingungen nur eine Wirksamkeit erlangen wenn sie sich von der Fokussierung auf einzelne Bürokratiemerkmale löst und sich der Schnittstellenproblematik zuwendet.

Veröffentlichungen

Deutschsprachige Veröffentlichungen

Monographien

Felder, Michael 2001: Die Transformation von Staatlichkeit. Europäisierung und Bürokratisierung in der Organisationsgesellschaft, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.

Wolfswinkler, Günther 2006: Die Europäisierung der Arbeitsmarktpolitik. Grenzen und Perspektiven transnationaler Politikgestaltung am Beispiel Deutschlands, Baden-Baden: Nomos.

Beiträge in Sammelbänden

Felder, Michael/ Grunow, Dieter 2003: Das administrative Kommunikationsmanagement: von der Implementations- zur Entscheidungsvorbereitung, in: Gerhard Hirscher/ Karl-Rudolf Korte (Hrsg.): Information und Entscheidung: Kommunikationsmanagement der politischen Führung, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, S. 29-51.

Felder, Michael/ Statz, Albert/ Tidow, Stefan 2001: Alter und neuer Intergouvernementalismus, in: Hans-Jürgen Bieling/ Klaus Dörre / Jochen Steinhilber / Hans-Jürgen Urban (Hrsg.): Flexibler Kapitalismus. Analyse, Kritik und politische Praxis, Hamburg: VSA-Verlag, S. 161-176.

Grunow, Dieter i.E: Die Auswirkungen der europäischen Integration auf die Rolle der Kommunen im politischen Mehrebenensystem, in: DIFU, Beiträge zur Stadtforschung.

Grunow, Dieter / Felder, Michael/ Wolfswinkler, Günter 2005: Der aktivierende Staat und die Europäische Union, in: Fritz Behrens/ Rolf G. Heinze/ Josef Hilbert/ Sybille Stöbe-Blossey (Hrsg.): Ausblicke auf den aktivierenden Staat. Von der Idee zur Strategie, Berlin: Edition Sigma, S. 241-261 2004.

Grunow, Dieter 2004: Institutionenbildung aus systemtheoretischer Sicht, in: Arthur Benz / Heinrich Siedentopf/ Klaus-Peter Sommermann (Hrsg.): Institutionenwandel in Regierung und Verwaltung. Berlin: Duncker & Humblot, S. 33-48.

Beiträge in Zeitschriften

Felder, Michael 2000: Verwaltungsmodernisierung, die Transformation von Staatlichkeit und die neue Sozialdemokratie, in: Utopie kreativ (121-122), S. 1090-1102

Felder, Michael/ Grunow, Dieter 2001: Wie weiter mit Europa? Zwischen "Kompetenzkatalog" und "New Governance", in: Blätter für deutsche und internationale Politik (1), S. 52-60.

Felder, Michael/ Wolfswinkler, Günther 2003: Die Europäisierung bundesdeutscher Verwaltungen, in: punkt 59 (Juli/August), S. 10-11.

Grunow, Dieter/ Felder, Michael 2002: Ende des Föderalismus, in: Pro Polis (2) S. 8.

Grunow, Dieter/ Felder, Michael, Europa-Routine 2002: Wie werden die Verwaltungsprozesse den Anforderungsprofilen europäischer Politik gerecht?, in: Pro Polis (4), S. 10.

Grunow, Dieter/ Felder, Michael 2002: Wer realisiert Europa?, in: Pro Polis (3), S. 8.

Arbeitspapiere

Felder, Michael 2002, Verfassungsdebatte und Demokratisierung: Die Bedeutung einer integrativen Rahmenkonzeption für New Governance, SVP-Papers (1).

Felder, Michael/ Grunow, Dieter/ Gering, Thomas/ Wolfswinkler, Günther 2002: Die Auswirkungen der europäischen Integration auf das politisch-administrative System der Bundesrepublik Deutschland. Ergebnisse einer schriftlichen Befragung der Bundes- und Landesministerien im Rahmen des DFG Forschungsprojektes "Bürokratisierung durch Europäisierung?", SVP-Papers (2).

Fremdsprachige Veröffentlichungen

Beiträge in Sammelbänden

Deppe, Frank/ Felder, Michael/ Tidow, Stefan 2003: Structuring the State – The Case of European Employment Policy, in: Kohler-Koch, Beate (Hrsg.): Linking EU and National Governance, Oxford: Oxford University Press, S. 175-200.

Arbeitspapiere

Grunow, Dieter 2002: Administrating European policies in the German PAS: homogeneous and heterogeneous dimensions. Paper presented at the EGPA-Conference Potsdam Sept. 2002. SVP-Papers (4).

Grunow, Dieter 2001: The Impact of the European Multi-Level System on National Administration. Paper presented to the IIAS-Conference Bologna June/2000, SVP (1).

Wolfswinkler, Günther 2005: The Impact of "Soft Law" and Policy Learning on National Decision Processes. The Europeanization of German Labour Market Politics: Empirical Results, SVP-Papers (1).

Konferenzen bzw. workshops

"Das Europa der Kommunen - Herausforderung und Chance zugleich" am 7. und 8.12.2004 in Essen, organisiert in Zusammenarbeit mit RGR und der Stadt Essen.

Qualifikationsarbeiten

Wolfswinkler, Günther 2004: Die Europäisierung der Arbeitsmarktpolitik. Grenzen und Effekte transnationaler Politikgestaltung am Beispiel Deutschlands, Dissertation an der Universität Duisburg.

Die Entwicklung der Europäischen Strukturfonds als kumulativer Politikprozess. Zur Institutionalisierung und Veränderung von Politikgehalten im Mehrebenensystem der EU

(The development of the EU structural funds as a cumulative policy process. Institutionalisation and changes of policies within the EU multi-level systems)

Projektleiter:

Prof. Dr. Hubert Heinelt, *TU Darmstadt*

Prof. Dr. Bernd Reissert, *Fachhochschule für Technik und Wirtschaft Berlin*

Prof. Dr. Frieder Naschold, *Wissenschaftszentrum Berlin*

Projektmitarbeiter:

Jochen Lang

Tanja Malek

Laufzeit: 1998 - 2001

Abstract

Im Zentrum der Arbeit stand die Frage, wie Veränderungen von Politikgehalten im Mehrebenensystem der EU zu erklären sind – und zwar am Beispiel der Strukturfonds. Die ursprüngliche Hypothese bestand darin, dass eine enge Verbindung zwischen Entscheidungs- und Implementationsnetzwerken im untersuchten Politikfeld, die sich im Laufe eines kumulativen Politikprozesses herausgebildet habe, eine zentrale Rolle spielen würde. Im Laufe der empirischen Untersuchung stellte sich heraus, dass die ursprünglich unterstellte enge Verbindung zwischen Implementations- und Entscheidungsnetzwerk bzw. zwischen Implementationserfahrungen und der Implementationspraxis einerseits und der Formierung von Positionen auf der EU-Ebene bei (Neu-)Entscheidungen über die EU-Verträge und die Strukturfondsverordnungen andererseits nicht oder allenfalls in schwacher Ausprägung nachweisbar ist. Trotz feststellbarer organisatorischer Binnendifferenzierung und einer Trennung von Entscheidungs- und Implementationsprozessen haben jedoch die für die Erklärung der Entwicklung der Strukturfonds ursprünglich eingeführten Ansätze ihre Erklärungskraft nicht per se eingebüßt. Im Gegenteil: Die durch diese Ansätze bedingte akteursorientierte Analyseperspektive hat für Besonderheiten der Akteursbeziehungen und der Handlungswahl in ihnen sensibilisiert und damit sowohl eine funktionalistische als auch eine verkürzte, auf nutzenmaximierendes Entscheidungsverhalten abstellende Erklärung von Veränderungsprozessen zurückgedrängt.

Ergebnisse

Die Ergebnisse der empirischen Untersuchungen haben – wie erwähnt – die Tragfähigkeit der ursprünglichen Hypothese in Frage gestellt. Was bedeutet dieser Befund für die Erklärung politischer Veränderungen und von Veränderungsmöglichkeiten im politischen System der EU?

Gerade mit Blick auf die europäische Strukturfondsförderung, aber auch allgemein zur Erklärung von Prozessen des Regierens im EU-Mehrebenensystems, wird hervorgehoben, dass sich in ihm die Herbei- und Durchführung gesellschaftlich verbindlicher Entscheidungen nicht als Tätigkeit einer zentralen staatlichen Instanz, sondern im Rahmen eines dichten Geflechts von Verhandlungen vollzieht. In diesen interagieren eine Vielzahl von autonomen Akteuren jenseits sektoraler, funktionaler und nationaler Grenzen und über die politischen Ebenen hinweg. Zwar bedingt diese Einbindung und Zusammenarbeit der im jeweiligen Politikfeld relevanten gesellschaftlichen und politischen Akteure die Gefahr von „Pathologien“ (Entscheidungsblockaden, Einigung auf dem kleinsten gemeinsamen Nenner,

fehlende Bindungswirkung getroffener Entscheidungen), die als Ursachen begrenzter Steuerungsfähigkeit angesehen werden könnten. Gleichwohl gilt es zu berücksichtigen, dass die gerade aus diesen spezifischen institutionellen Bedingungen resultierenden verflochtenen Entscheidungsstrukturen auch bewirken können, dass die Effizienz und Effektivität öffentlicher Aufgabenerfüllung durch die Mobilisierung und Abstimmung der Handlungsbeiträge und -ressourcen aller Beteiligten verbessert wird, die Akzeptanz staatlicher Entscheidungen erhöht sowie Handlungsspielräume erweitert werden.

Die historische Längsschnittuntersuchung der europäischen Entscheidungsprozesse im Bereich der Strukturfondsförderung wie auch die Ergebnisse der Untersuchung der Beziehungen zwischen (nationaler) Implementation und (EU-)Entscheidungen haben gezeigt, dass zwar nicht die Bedeutung von Verbindung per se zu hinterfragen ist, gleichwohl ihre Art. Entgegen unserer ursprünglichen Annahme stellen sich die Verbindungen zwischen den unterschiedlichen Akteuren und Ebenen gerade nicht in Form enger horizontaler und vertikaler Form dar, sondern allenfalls in Gestalt *loser Koppelungen*.

Der Begriff der losen Koppelung verweist auf ältere Ansätze in der Organisationsforschung, die hervorheben, daß sowohl miteinander gekoppelte Elemente in Organisationen als auch miteinander gekoppelte Organisationen zwar aufeinander verwiesen sind und sich gegenseitig beeinflussen.

Für unser Projekt bzw. den Untersuchungsgegenstand bedeutet dies, dass wir zum einen *Differenzierungsphänomene* als solche Ernst genommen haben – nämlich

- die organisatorische Binnendifferenzierung einzelner kollektiver Akteure,
- die sachliche und funktionale Differenzierung (Sequentialisierung) von Entscheidungen auf den verschiedenen involvierten Ebenen sowie
- die funktionale Differenzierung zwischen Entscheidungs- und Implementationsebene.

Zu betonen ist, dass wir *nicht* davon ausgehen, dass es sich bei diesen Differenzierungsphänomenen um die einzigen des Untersuchungsgegenstands handelt – und schon gar nicht von EU-Politiken insgesamt. Nach den Ergebnissen unserer Untersuchung sind es allerdings die relevantesten für die Strukturfondspolitik.

Zum anderen haben wir nach *Kohärenzmechanismen* gesucht, die (lose) Koppelung im Zusammenhang mit den erwähnten Differenzierungsphänomenen bewirken können. Als solche gelten

- akzeptierte Regeln des Informationsaustausches und der Handlungskoordination, die sich wiederum unterteilen lassen in
 - inhaltlich bestimmte Verhandlungsnormen,
 - informell und formell prozedural ausgerichtete (Verfahrens-)Normen und
 - Koppelinstanzen, durch die Verfahren des Interagierens an einen bestimmten organisatorischen Kontext gebunden werden,
- Leitbilder, die sowohl handlungsleitende Ziele als auch Problemdefinitionen und zur Problembearbeitung und Zielerreichung als maßgeblich erachtete Wege nahe legen, sowie
- die Gegenwart drohender Letztentscheidung „abgehobener“ nicht unmittelbar mit der Problembearbeitung betrauter Instanzen, d.h. der „Schatten der Hierarchie“ und/oder politische Entscheidungen übergeordneter Verhandlungssysteme.

Reflektieren die Differenzierungsphänomene die Autonomie der Handlungseinheiten, so kommt in den Kohärenzmechanismen die Möglichkeit ihrer Verbindungen zum Ausdruck

Veröffentlichungen

Deutschsprachige Veröffentlichungen

Monographien

Heinelt, Hubert/ Lang, Jochen/ Malek, Tanja/ Reissert, Bernd 2005: Die Entwicklung der EU-Strukturfonds als kumulativer Politikprozess, Baden-Baden: Nomos.

Malek, Tanja 2002: Politikgestaltung auf europäischer Ebene, Baden-Baden: Nomos.

Beiträge in Sammelbänden

Heinelt, Hubert/ Lang, Jochen/ Malek, Tanja/ Reissert, Bernd 2005: Die EU-Strukturfonds. Zu den Voraussetzungen von Steuerfähigkeit im EU-Mehrebenensystem, in: Ines Hartwig/ Wolfgang Petzold (Hrsg.): Solidarität und Beitragsgerechtigkeit. Die Reform der EU-Strukturfonds und die Finanzielle Vorausschau, Nomos: Baden-Baden, S. 95-107.

Beiträge in Zeitschriften

Lang, Jochen/ Reissert, Bernd 1999: Reform des Implementationssystems: Die neuen Verordnungen vor dem Hintergrund der bisherigen Leistungsfähigkeit, in: WSI-Mitteilungen, No. 6, S. 380-389.

Fremdsprachige Veröffentlichungen

Beiträge in Sammelbänden

Heinelt, Hubert/ Jochen Lang/ Tanja Kopp-Malek/ Bernd Reissert 2003: Policy-making in Fragmented Systems. How to Explain Success, in: Beate Kohler-Koch (Hrsg.): Linking EU and National Governance, Oxford University Press: Oxford, 135-153.

Lang, Jochen 2003: Policy Implementation in a Multi-Level System: The Dynamics of Domestic Response, in: Beate Kohler-Koch (Hrsg.): Linking EU and National Governance, Oxford University Press: Oxford, 154-174.

Heinelt, Hubert 2004: Yunanistanda Bölgesel Politikalar (Regionalpolitik in Griechenland), in: Korel Göymen (Hrsg.): Avrupa Birliği ve Türkiye de Bölgesel Yönetişim, IPM/IPC: Istanbul, S. 169-186.

Beiträge in Zeitschriften

Lang, Jochen 2001: Improving structural policy under conditions of hybrid governance. Multi-actor constellations, integrated feedback instruments and the use of evaluation results, in: Evaluation. The International Journal of Theory, Research and Practice, Vol. 7, No. 1, S. 7-23.

Qualifikationsarbeiten

Tanja Malek 2000: Politikgestaltung auf europäischer Ebene, Diss. TU Darmstadt.

Lang, Jochen 2003: Symbolische Implementation als Flexibilitätsreserve. Die Umsetzung europäischer regionaler Strukturpolitik in Deutschland, Irland und Schweden, Diss. FernUniversität-Gesamthochschule Hagen.

Bankenaufsicht in der EU unter den Bedingungen fortschreitender Finanzmarktintegration

(EU Banking Supervision and Increasing Integration of Financial Markets)

Projektleiter:

Dr. Friedrich Heinemann, *Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung, Mannheim*

Dr. Michael Schröder, *Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung, Mannheim*

Projektmitarbeiter:

Martin Schüler

Laufzeit: 2001 – 2003

Abstract

Since the start of EMU monetary policy is centralised for the countries of the Euro area. In contrast to that main responsibility for banking supervision remains with the national authorities. This allocation of competence is increasingly controversial. Critics argue that regulatory divergence in supervision is not any longer compatible with the achieved convergence in monetary and exchange rate policy. With this background the project focuses on the following question: Is the institutional status in EU banking supervision quo still appropriate to safeguard stability of the European banking system?

In a first step it was analysed whether systemic risk has still a predominantly national or already a European character. In regard to the institutional setting the cooperative instruments of EU banking supervision are scrutinised with regard to their ability to take care of cross border risks. In the theoretical part a principle agent model was applied to learn more about the consequences of centralisation of the supervisory system. Finally a political-economic approach was used to look for driving forces behind the system's evolution. For that purpose the personal interest of important actors will be related to the different available reform options.

Ergebnisse

Ziel des Forschungsvorhabens war es, die potentielle Diskrepanz zwischen zunehmender Integration der europäischen Bankenmärkte einerseits und einem nach wie vor national basierten Aufsichtssystem andererseits, theoretisch und empirisch zu beleuchten und somit einen fundierten Beitrag zu dieser Debatte zu liefern.

Die im Rahmen des Forschungsprojektes erstellten Arbeiten haben gezeigt, dass die Integration der Finanzmärkte in der EU zu einem Anstieg des EU-weiten Systemrisikopotentials geführt hat. Dadurch besteht im Krisenfall die Gefahr, dass nationale Banken Krisen in Europa nicht auf das Ausgangsland beschränkt bleiben. Das bestehende national basierte Aufsichtssystem ebenso wie die bestehenden Instrumente der Kooperation und auch die vom Wirtschafts- und Finanzausschuss (WFA) vorgeschlagene Reform tragen dieser veränderten Marktsituation nur unzureichend Rechnung. Dies gilt umso mehr, wenn davon ausgegangen wird, dass Aufseher nicht ausschließlich Gemeinwohlinteressen verfolgen, sondern auch private Interessen ihr Handeln bestimmen. Die hieraus resultierenden Anreizprobleme werden vom derzeitigen System der Kooperation nicht gelöst.

Aus Sicht der Interessenskonflikte wäre eine einheitliche europäische Aufsichtsbehörde sicherlich eine Lösung. Es verbleiben in Bezug auf diese Lösung aber neben den derzeit noch bestehenden großen politischen Widerständen auch offene Fragen in Bezug auf die Effizienz einer europäischen Institution. Auf kurz- und mittelfristige Sicht erscheint es deshalb zunächst

sinnvoll, Kooperation und Koordination der nationalen Behörden zu verbessern. In diesem Zusammenhang ist es vor allem wichtig, detailliertere Vereinbarungen zu treffen und Mechanismen zu schaffen, dass die Vereinbarungen auch überwacht und durchgesetzt werden.

Mit Bezug auf die Optimierung der Abläufe im Falle einer Krise aber vor allem zur Krisenprävention wird einfache Kooperation zwischen den nationalen Aufsehern nicht ausreichen. Diesbezüglich sollte es auf EU-Ebene ein Gremium geben, das das europaweite Systemrisiko überwacht und über dementsprechenden Kompetenzen verfügt.

Zur Verbesserung der Sicherheit und Stabilität des Finanzsystems würde unabhängig von der Frage nach den adäquaten Aufsichtsstrukturen auch eine Stärkung der Marktdisziplin basierend auf verbesserten Informationspflichten beitragen. Allerdings kann dies lediglich ein sachgerechtes „offizielles“ Aufsichtssystem ergänzen.

Veröffentlichungen

Deutschsprachige Veröffentlichungen

Beiträge in Sammelbänden

Heinemann, Friedrich/ Schröder, Michael/ Schüler, Martin 2004: Finanzmarktintegration und Wirtschaftsstandort, in: Bernd Fitzenberger/ Werner Smolny/ Peter Winkler: Herausforderungen an den Wirtschaftsstandort Deutschland, ZEW Wirtschaftsanalysen, Bd. 72, Baden-Baden, S. 79-93.

Heinemann, Friedrich/ Schüler, Martin 2003: Integration Benefits on EU Retail Credit Markets – Evidence from Interest Rate Pass-through, ZEW Economic Studies, Bd. 19, Heidelberg/New York, 105-128.

Schüler, Martin/ Heinemann, Friedrich (Hrsg.) 2003: How Integrated are the European Retail Financial Markets? A Cointegration Analysis, ZEW Economic Studies, Bd. 19, Heidelberg/New York, 129-154.

Schüler, Martin 2003: Integration of the European Market for E-Finance – Evidence from Online Brokerage, ZEW Economic Studies, Bd. 19, Heidelberg/New York, 155-178.

Beiträge in Zeitschriften

Heinemann, Friedrich/ Schüler, Martin 2004: Finanzmarktregulierung und -aufsicht in der Europäischen Union, *Integration* 27, 121-129.

Heinemann, Friedrich/ Schüler, Martin 2002: Integration der Märkte für Finanzdienstleistungen in der EU, in: *Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen*, 55(14), S. 680-685.

Fremdsprachige Veröffentlichungen

Monographien

Heinemann, Friedrich/ Jopp, Mathias 2002: The Benefits of a Working European Retail Market for Financial Services. Bonn: Europa Union Verlag.

Beiträge in Zeitschriften

Heinemann, Friedrich/ Schüler, Martin 2004: A Stiglerian View on Banking Supervision, *Public Choice*, 121 (1-2), 99-130.

Schüler, Martin 2002: The Threat of Systemic Risk in European Banking, *Quarterly Journal of Business and Economics* 41 (3/4), 145-165.

Arbeitspapiere

Heinemann, Friedrich/ Schüler, Martin 2005: The Costs of Supervisory Fragmentation in Europe, ZEW Discussion Paper 05-01: Mannheim: Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW).

Schüler, Martin/ Schröder, Michael 2003: Systemic Risk in European Banking - Evidence from Bivariate GARCH Models, ZEW Discussion Paper No. 03-11, Mannheim: Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW).

Schüler, Martin 2004: Integrated Financial Supervision in Germany, ZEW Discussion Paper No. 04-35, Mannheim: Mannheim: Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW).

Schüler, Martin 2003: Incentive Problems in Banking Supervision – The European Case, ZEW Discussion Paper No. 03-62, Mannheim: Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW).

Konferenzen bzw. Workshops

Regulation and Supervision of Financial Markets and Institutions in the EU

Ort: Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung, Mannheim

Datum: 10./11. Juli 2003

Qualifikationsarbeiten

Martin Schüler 2004: Bankenaufsicht in der Europäischen Union, Dissertation an der WHU Koblenz.

**Regieren in einem sich wandelnden Europa:
Eine interaktionistische Analyse neuer deutscher (Außen-)Politik in Europa**
(*De-Europeanization by Default? Germany's EU Policy in Defense and Asylum*)

Projektleiter:

Professor Dr. Gunther Hellmann, *Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main*

Projektmitarbeiter:

Monika Bösche, M.A.

Dr. Wolfgang Wagner

Assoziierte Mitarbeiter des Arbeitsbereichs:

Dr. Rainer Baumann

Benjamin Herborth, M.A.

Laufzeit: 2001 – 2002; 2002 – 2004

Abstract

Since the end of the Cold War and unification, Germany's policy towards and within the European Union has undergone significant changes. Once a model "Europeanist", Germany has become increasingly reluctant to support the progressive implementation of key projects of European integration. Neither an instance of a planned strategic change nor a result of an inevitable adaptation to structural shifts at the systemic level, these changes in German foreign policy, incremental yet significant as they are, evade both deterministic and voluntaristic accounts of foreign policy change. Integrating insights from foreign policy analysis, integration theory and social theory the article develops an innovative framework for analysis that is applied to Germany's European asylum and refugee policy as well as its security and defense policy. The origins of both policy fields at the European level can be traced back to initiatives that were supported by or even originated in Germany. However, as the 1990s progressed Germany increasingly obstructed further institutionalization. While in the field of asylum and refugee policy the Amsterdam summit marks a clear turning point in Germany's position, the transformation of German policies on European security and defense proceeded rather as an incremental decrease in material support, aggravating substantive progress in the policy field more broadly. An unanticipated consequence of earlier initiatives, in both cases Germany has found it increasingly difficult to live up to the expectations it has helped to raise.

Ergebnisse

Ein zentrales Ergebnis des Projektes ist, dass sich graduelle Verschiebungen in der deutschen Europapolitik vermittelt über indirekte, zumeist nichtintendierte Handlungsfolgen zu einem Prozess der schleichenden Enteuropäisierung verdichtet haben. Diesen graduellen Wandel systematisch analysierbar und sichtbar zu machen, war eine wesentliche Zielsetzung des in der **ersten Projektphase** entwickelten interaktionistischen Analyserahmens.

Da das *empirische* Erkenntnisinteresse des Projekts darin bestand, die Entwicklung deutscher Außenpolitik aus ihrem Wechselspiel mit jenen Strukturen europäischen Regierens heraus zu erklären, in die sie konstitutiv eingebettet ist, lag es nahe, die theoretischen Debatten um das Akteur-Struktur-Problem (ASP) zum Ausgangspunkt zu nehmen. In der Rekonstruktion dieser Debatten wurden eine ontologische, eine epistemologische und eine methodologische Dimension unterschieden. Bevor das ASP allerdings in ein der Fragestellung angemessenes Forschungsdesign übersetzt werden konnte, musste das ko-konstitutive Wechselspiel von

Akteuren und Strukturen auf einer grundbegrifflichen Ebene so konzeptualisiert werden, dass die handlungsermöglichenden Wirkungen der Strukturen europäischen Regierens ebenso sichtbar gemacht werden konnten, wie die strukturbildenden Effekte außenpolitischen Handelns auf europäischer Ebene. Dem deutlich strukturalistischen Einschlag konstruktivistischer Theoriebildung im Anschluss an die Arbeiten von Alexander Wendt wurde daher zunächst durch eine pragmatistische Erweiterung des analytischen Vokabulars begegnet: Die gleichmäßige Strukturierung sozialen Handelns durch konstitutive Handlungsregeln, die sich im Sinne Wendts kontinuierlich selbst reproduzieren kann demnach in Krisensituationen unterbrochen werden, in denen die strukturierten Situationsdefinitionen der Akteure sich angesichts neuer Erfahrungen nicht mehr bewähren können. In solchen Krisensituationen sind Akteure darauf angewiesen, neue Handlungsmöglichkeiten zu erschließen. Für dieses Konzept genuiner Kreativität sozialen Handelns wurde der theoretische Begriff der Krise weiter gefasst als das alltagspolitische Krisenverständnis.

Vor dem Hintergrund dieser konzeptionellen Erweiterung konnte in einem nächsten Schritt das von Wendt vorgeschlagene analytische Instrument des "bracketing" zum Ausgangspunkt einer Operationalisierung des ASP gemacht werden. Dabei wurden, um die komplexe Ko-Konstitution und Ko-Determinierung von Akteur und Struktur zu erfassen und forschungstechnisch handhabbar zu machen, jeweils die Eigenschaften entweder des Akteurs oder die der Struktur als konstant angenommen. Diese Art der Sequentialisierung erlaubt es, die jeweiligen Auswirkungen der einen auf die andere Seite zu erfassen. Vor dem Hintergrund der grundbegrifflichen Unterscheidung zwischen Krise und Routine wurde es möglich, in Krisensituationen strukturelle Faktoren "einzuklammern", während in Routinesituationen die konstitutiven Effekte sozialen Handelns zeitweise aus dem Blick gelassen werden konnten.

In der **zweiten Phase** des Projekts wurden zwei Fallstudien bearbeitet: Die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik seit der Vereinigung und die Europäische Asyl- und Flüchtlingspolitik seit 1985. In beiden Fallstudien erwies sich Deutschland – in Übereinstimmung mit der Literatur – zunächst als integrationspolitischer Vorreiter. In der Asyl und Flüchtlingspolitik war Deutschland zunächst das einzige Land, das eine gemeinsame europäische Lösung der Flüchtlingsfrage und der Lastenteilung forderte. In der Sicherheits- und Verteidigungspolitik wurde etwa die Initiative, ein Eurocorps einzurichten, maßgeblich von Deutschland unterstützt. Sukzessive entwickelte sich Deutschland allerdings während der 1990er Jahre zu einem Nachzügler und Bremsler. Dabei ist augenfällig, dass es sich nicht um bloß situative Positionsverschiebungen handelt, da die zentralen Wendepunkte in beiden Fallstudien vom Regierungswechsel auf Bundesebene 1998 unabhängig waren. Während sich allerdings in der Asyl- und Flüchtlingspolitik eine deutliche Wende bereits auf dem Amsterdamer Gipfel von 1997 vollzog, setzte der Wandel in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik erst später und deutlich langsamer ein.

Zudem lassen sich die Veränderungsprozesse in beiden Politikfeldern nicht als Ergebnis längerfristiger strategischer Planung deuten. In der Asyl und Flüchtlingspolitik kam der unverhoffte Wandel der deutschen Haltung zu Europa auf der Regierungskonferenz in Amsterdam vor allem dadurch zustande, dass zuvor auf dem Gipfel von Maastricht den Bundesländern weitergehende Rechte auf der europäischen Ebene eingeräumt wurden, die diese entgegen aller Erwartungen einer Förderung von Demokratie und Transparenz in Europa schließlich zur Blockade weitergehender Vergemeinschaftungsschritte nutzten. In der Sicherheits- und Verteidigungspolitik hatte Deutschland vornehmlich symbolische und institutionenbildende Politik betrieben. In dem Maße, in dem aus symbolischen Integrationsschritten allerdings substantielle finanzielle Verpflichtungen zu erwachsen

drohten, war Deutschland nur noch eingeschränkt bereit, den europäischen Erwartungen gerecht zu werden.

Vergleichend lässt sich über die beiden Fallstudien auch ein Identitätswandel deutscher Außenpolitik insgesamt feststellen. Europäische Politik ist nicht länger unhinterfragt – gleichsam "routinisiert" – die einzig sinnvoll möglich erscheinende Problemlösung. Das europäisierte deutsche "Grundvertrauen" in das europäische Integrationsprojekt ist sukzessive einer stärker instrumentellen Europapolitik gewichen, die nationale Hintertürchen immer genauer im Blick behält. Insbesondere in der Asyl- und Flüchtlingspolitik fanden sich erstaunliche Ad-hoc-Koalitionen zusammen, die das gesamte etablierte Parteienspektrum umfassen. Der grundlegende Charakter der in den Fallstudien beobachteten Transformationsprozesse lässt sich nicht zuletzt daran ablesen, dass parteiübergreifend Routinepositionen, die im politischen Alltagsgeschäft in Anspruch genommen werden, sich in ähnliche Richtungen zu verschieben begannen.

Veröffentlichungen

Deutschsprachige Veröffentlichungen

Beiträge in Zeitschriften

Herborth, Benjamin 2004: Die via media als konstitutionstheoretische Einbahnstraße. Zur Entwicklung des Akteur-Struktur-Problems bei Alexander Wendt, in: Zeitschrift für Internationale Beziehungen 11 (1), S. 61-87.

Wagner, Wolfgang 2003: „Europäisierte Außenpolitik?“ Rezension zu Axel Lüdeke: ‚Europäisierung‘ der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik? Konstitutive und operative Europapolitik zwischen Maastricht und Amsterdam, 507 S., Leske + Budrich, Opladen 2002, in: Neue Politische Literatur 48 (1), S. 175-176.

Wagner, Wolfgang/ Knodt, Michele/ Schimmelfennig, Frank 2004: Auswärtiges Regieren in der Europäischen Union. Ein Tagungsbericht, in: Zeitschrift für Internationale Beziehungen 11 (1), S. 147-154.

Beiträge in Sammelbänden

Wagner, Wolfgang 2005: Die soziale Konstruktion außenpolitischer Interessen. Diskurse über die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union, in: Ulbert, Cornelia/ Weller, Christoph (Hrsg.), Konstruktivistische Analysen der internationalen Politik, Opladen: Westdeutscher Verlag, 65-97.

Wagner, Wolfgang/ Hellmann, Gunther 2003: Zivile Weltmacht? Die Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik der Europäischen Union, in: Markus Jachtenfuchs/ Beate Kohler-Koch (Hrsg.): Europäische Integration, 2., überarbeitete Auflage, Opladen: Leske + Budrich, 569-596.

Fremdsprachige Veröffentlichungen

Sammelbände

Hellmann, Gunther (Hrsg.): Germany's EU Policy in Asylum and Defence: De-Europeanization by Default? Houndmills, Basingstoke 2006 (i.E.)

Beiträge in Sammelbänden

Bösche, Monika 2006: Trapped Inside the European Fortress? Germany and European Union Asylum and Refugee Policy, in: Hellmann, Gunther: Germany's EU Policy in Asylum and Defence (s.o. unter "Sammelbände).

Hellmann, Gunther 2006: Lamed Power. Germany and European Integration, in: ders., Germany's EU Policy in Asylum and Defence (s.o. unter "Sammelbände).

Wagner, Wolfgang 2006: Missing in Action? Germany's Bumpy Road from Institution-Building to Substance in European Security and Defense Policy, in: Hellmann, Gunther: Germany's EU Policy in Asylum and Defence (s.o. unter "Sammelbände).

Wagner, Wolfgang/ Baumann, Rainer/ Bösche, Monika/ Hellmann, Gunther 2006: Introduction: German Foreign Policy in Europe. An Interactionist Framework of Analysis, in: Hellmann, Gunther, Germany's EU Policy in Asylum and Defence (s.o. unter "Sammelbände).

Beiträge in Zeitschriften

Hellmann, Gunther/ Baumann, Rainer/ Bösche, Monika/ Herborth, Benjamin/ Wagner, Wolfgang 2005: De-Europeanization by Default? Germany's EU Policy in Defense and Asylum, in: Foreign Policy Analysis 1 (1), S. 143-164.

Schimmelfennig, Frank/ Wagner, Wolfgang 2004: Preface: External Governance in the European Union, in: Journal of European Public Policy 11: 4, 665-668.

Wagner, Wolfgang 2005 From Vanguard to Laggard. Germany in European Security and Defense Policy, in: German Politics 14:4, 453-467.

Wagner, Wolfgang 2003: Why the EU's Common Foreign and Security Policy Will Remain Inter-governmental: a Rationalist Institutional Choice Analysis of European Crisis Management Policy, in: Journal of European Public Policy 10 (4), S. 576-595.

Konferenzen bzw. Workshops

- Arnoldshain, Evangelische Akademie, 12. und 13.07.2002; Teilnehmer: Monika Bösche (JWGU Frankfurt), Christian Büger (JWGU Frankfurt), Prof. Dr. Gunther Hellmann (JWGU Frankfurt), Benjamin Herborth (JWGU Frankfurt), Dr. Sandra Lavenex (Universität Bern), Dirk Peters (Universität Mainz), Ralph Piotrowski (FU Berlin), Dr. Wolfgang Wagner (JWGU Frankfurt), Prof. Antje Wiener PhD (Queens University Belfast)

- Otzenhausen, Europäische Akademie, 7. bis 9.03.2003; Teilnehmer: Dr. Alberto Achermann (Schweizerische Flüchtlingshilfe, Bern), Rainer Baumann (JWGU Frankfurt), Monika Bösche (JWGU Frankfurt), Prof. Dr. Gunther Hellmann (JWGU Frankfurt), Prof. Dr. Markus Jachtenfuchs (International University Bremen), Bianca Kludt (JWGU Frankfurt), Dirk Peters (Universität Mainz), Dr. Wolfgang Wagner (JWGU Frankfurt), Prof. Dr. Reinhard Wolf (Universität Greifswald)

Qualifikationsarbeiten im weiteren Kontext des Projekts

Promotionen:

Baumann, Rainer 2005: Der Wandel des deutschen Multilateralismus. Die Entwicklung des außenpolitischen Diskurses 1988-2000.

Pfeiffer, Susanne 2005: Die Entwicklung der deutsch-französischen Zusammenarbeit in der Außen-, Sicherheits- und Europapolitik 1990-2000.

Isolierte Partner. Eine vergleichende Analyse von Entscheidungsprozessen unter Krisenbedingungen. Europäische Union und kanadischer Bundesstaat

(Isolated Partners. A comparative analysis of decision-making processes in crises. European Union and Canada)

Projektleiter:

Prof. Dr. Thomas Jäger, *Universität zu Köln*

Kooperationspartner:

Prof. Dr. Thomas Hueglin, *Wilfrid Laurier University, Waterloo, Ontario*

Projektmitarbeiter:

Niels Lange

Laufzeit: 1998 – 2000; 2000– 2001

Abstract

The process of European integration has been accompanied by conflicts with isolated partners right from its inception. In some cases, it even developed in to a crisis of integration process as was exemplified by the French policy of the “empty chair”. Due to the continuous deepening and expansion of the European Union, such conflicts persist as part of the agenda and absolutely portend disintegrative potentials which become evident only in exceptional cases like the mad cow disease. That blockades through single member states still remain an exception despite the increased heterogeneity of interests is to be explained by the parallel increment in the conflict resolution potentials of the Union’s multilevel system. The asymmetric multilevel governance has a central role to play here, auxiliary to the usual conflict resolution mechanisms. The analyses of conflicts with isolated partners show that these conflict resolution potentials which promote integration could best be grasped with a multilevel approach supported by neo-institutionalism. Conflict resolution has to be understood as an integral part of an integration process.

Ergebnisse

Im Verlauf des europäischen Integrationsprozesses haben sich in zeitlichen Abständen stets wieder Situationen entwickelt, in denen ein Staat eine von allen anderen Staaten abweichende Interessenlage gegen die anderen Mitgliedsstaaten verfolgte. Das Forschungsprojekt untersuchte solche Situationen und fragte insbesondere nach der Auswahl, Implementation und Effektivität von Konfliktlösungsmechanismen in solchen Akteurskonstellationen der isolierten Partner, die eben dadurch definiert waren, dass die Interessen eines Mitgliedstaates jenen der anderen Staaten im Verbundsystem entgegenstanden. Letztlich gerieten diese Staaten im Verlauf der Entwicklung in eine tendenziell isolierte Position, die durch unterschiedliche Maßnahmen integrationspolitisch aufgelöst wurde. Gleichwohl waren solche Konstellationen für die Europäische Union während ihres Auftretens stets Krisen. Denn durch das Beharren einzelner Mitgliedstaaten auf partikularen Interessen wurde auf der einen Seite die Handlungsfähigkeit der EU geschwächt und auf der anderen Seite ihre Legitimation unterminiert. Deshalb wird die Zukunft des europäischen Integrationsprozesses u.a. davon abhängen, wie solche isolierten Partner in den Integrationsverbund zurückgeholt werden können. Ausgehend von der Hypothese, dass hierzu intergouvernementale Aushandlungsprozesse notwendig sind, verbanden wir im Forschungsprojekt Ergebnisse der Föderalismus-, der Integrations- und Isolationsforschung, um Prozesse zunehmender

Isolierung einzelner Partnerstaaten sowie Strategien zur Überwindung solcher Konfliktsituationen zu analysieren.

Zum Vergleich wurde der Bundesstaat Kanada herangezogen, in dem sowohl solche Konflikte als auch die Mechanismen zu ihrer Bearbeitung schon seit längerer Zeit etabliert sind. Dadurch konnten Erkenntnisse über die Frage gewonnen werden, welche Verfahren Entscheidungs- und Handlungsblockaden durch isolierte Partner aufzuheben in der Lage sind. Konkret wurden in jedem Verbundsystem jeweils ein Verfassungskonflikt, in dem die Struktur des Systems selbst Gegenstand der politischen Differenzen war, und ein Policy-Konflikt, der vor allem von wirtschaftlichen Interessen einzelner Gliedstaaten dominiert wurde, untersucht.

In den empirischen Analysen konnte nachgezeichnet werden, auf welche Weise die jeweiligen Staaten in eine isolierte Position gerieten. Überwunden wurden sie jeweils durch unterschiedliche Mechanismen des asymmetrischen Mehrebenenregierens, also der Berücksichtigung qualitativer Unterschiede zwischen den Staaten, aus denen eine politische Konstellation resultierte, in bestimmten Fragen der europäischen Integration Ausnahmeregelungen zu vereinbaren. Diese Ausnahmeregelungen trugen einerseits zum fortschreitenden Integrationsprozess bei und ermöglichten es den isolierten Mitgliedsstaaten andererseits, die von den anderen Staaten vereinbarten Regeln zu einem späteren Zeitpunkt zu übernehmen. Asymmetrisches Mehrebenenregieren konnte als institutionelle Variable nachgewiesen werden, die Akteurspräferenzen in einer den Integrationsprozess fördernden Weise beeinflusst hat und auf diese Weise dazu beitrug, tief reichende Integrationskrisen zu überwinden.

Veröffentlichungen

Deutschsprachige Veröffentlichungen

Monographien

Thomas Jäger/ Hüglin, Thomas O./ Lange, Niels 2005: Isolierte Partner. Eine vergleichende Analyse von Entscheidungsprozessen unter Krisenbedingungen. Europäische Union und kanadischer Bundesstaat, Wiesbaden, VS-Verlag für Sozialwissenschaften.

Beiträge in Zeitschriften

Thomas Jäger 1999: Interessen und Institutionen in der europäischen Ordnungspolitik, in: Vorgänge H.3, 87-101.

Thomas Jäger/ Lange, Niels 2001: Isolierte Partner im europäischen Integrationsprozeß, in: Zeitschrift für Internationale Beziehungen, H.1, 105-139

Fremdsprachige Veröffentlichungen

Monographien

Thomas Hüglin 2006: Comparative Federalism: A Systematic Inquiry (with Alan Fenna), Peterborough: Broadview Press. (Nachfolgearbeit mit aus dem Projekt gewonnenen Teilerfahrungen)

Beiträge in Zeitschriften

Thomas Jäger/ Kümmel, Gerhard/ von Bredow, Wilfried: Crazy States and the Power Politics of Self-Isolation and Aggressiveness, in: Sociological Resaearch Centre of the Ministry of Defence: Armed Forces in a Democratic Society, Sofia 1999, 26-60.

Compliance in modernen politischen Systemen: Zur Charakterisierung der Europäischen Union anhand eines Vergleichs mit nationalen und internationalen Regelungen

(Compliance in Modern Political Systems: A Comparison of the European Union with Federalism and International Institutions)

Projektleiter:

Professor Dr. Christian Joerges, *European University Institute, Florence*

Professor Dr. Michael Zürn, *Universität Bremen*

Projektmitarbeiter:

Dr. Jürgen Neyer

Dr. Dieter Wolf

Laufzeit: 1997 – 1999; 1999 – 2001

Abstract

What is the special, the "sui generis" character of the European Union compared to classic nation-states or international organizations? Until recently the answer to this question was sought either by looking into how and why the European integration developed or by attempting to discern the special kind of policy-making of European Union politics. This research project employed a novel perspective. It looked into the effects of common institutions, in this case into the way to what degree and how these institutions are able to elicit compliance with common regulations. It employed a multiple comparative perspective. First, it compared different political levels – national, European, international – second different policies – regulatory (state aid control) and (re-)distributive (financial assistance, inter-regional fiscal equalization). The central question was twofold: First empirically, to what degree are these different policies complied with at different political levels? The result is a ranking, in which the EU features the first, the WTO the second and the national level the third place. Then second analytically: How can this empirical result be best explained. Here again, the project presents a comparative analysis of four major strands of compliance theories: rational institutionalism, legalization, juridification and management perspectives. Obviously hierarchy is not the central and only answer to compliance. Rather, a combination of institutional enforcement and legalization best explains the empirical result. So the special character of the EU can be best understood as a combination of hierarchical and horizontal elements. Institutional and legal integration left the nation states deeply enmeshed in this new multi-level governance system. They are no longer discreet political entities. However, without their still national monopoly of force no enforcement would be possible. Thus, polarized, nationally fragmented issues always endanger this legally constructed community.

Ergebnisse

Was definiert den besonderen „sui generis“-Charakter der Europäischen Union im Vergleich zu klassischen nationalen politischen Systemen oder Internationalen Organisationen? Bis vor kurzem versuchte die Forschung einer Antwort zu dieser Frage dadurch näher zu kommen, dass sie entweder das Wie und Warum des Zustandekommens der Europäischen Integration betrachtete oder aber versuchte, die besondere Form der politischen Entscheidungsfindung in der EU herauszuarbeiten. Dieses Forschungsprojekt benutzte demgegenüber eine neue Herangehensweise. Es fragte nach den Wirkungen von gemeinsamen Institutionen, konkret nach der Art und Weise und dem Grad mit dem diese Institutionen die Befolgung ihrer

Regelungen erreichen können. Dazu benutzte es eine mehrfach vergleichende Perspektive: Zum einen verglich es verschiedene politische Ebenen – national, europäisch, international –, zum anderen verschiedene Politikfelder – regulatorische (Subventionskontrolle) und (re-)distributive (Finanzzuweisungen, regionaler Finanzausgleich) Politiken – miteinander. Dabei ging es um zwei zentrale Fragen: Erstens empirisch darum, in welchem Umfang diese Regelungen auf den unterschiedlichen Ebenen eingehalten wurden. Dabei zeigte sich überraschend, dass die EU den höchsten Grad an Regelungsbefolgung aufweist, gefolgt von der WTO und der nationalen Ebene. Zweitens analytisch darum, wie dieses überraschende empirische Ergebnis am besten erklärt werden kann. Auch hier benutzte das Projekt eine vergleichende Perspektive, indem es vier wesentliche theoretische Ansätze der Compliance-Forschung parallel nutzte: den rationalen Institutionalismus, Verrechtlichung, Juridifizierung und Management-Perspektive.

Dabei wurde deutlich, dass offensichtlich Hierarchie weder die zentrale noch die einzige Antwort für das Erlangen von Regelungsbefolgung ist. Vielmehr erklärt eine Kombination aus institutioneller Durchsetzung und Verrechtlichung am besten das empirische Ergebnis. Der „sui generis“-Charakter der EU kann folglich also am besten als eine Kombination hierarchischer und horizontaler Elemente verstanden werden. Institutionelle und rechtliche Integration hat den Nationalstaat tief in ein Mehrebenensystem des Regierens eingewoben. Die Nationalstaaten stellen seither keine unabhängigen, diskreten politischen Einheiten mehr dar. Aber ohne ihr nach wie vor vorhandenes nationales Monopol legitimer Gewaltanwendung wäre eine Regelungsdurchsetzung auch nicht möglich. Deshalb können auch polarisierende, national fragmentierte Themen immer diese rechtlich fundierte Gemeinschaft in Gefahr bringen.

Veröffentlichungen

Deutschsprachige Veröffentlichungen

Monographien

Neyer, Jürgen 2004: Postnationale politische Herrschaft: Vergesellschaftung und Verrechtlichung jenseits des Staates, Baden-Baden: Nomos.

Beiträge in Sammelbänden

Joerges, Christian 2003: Recht, Wirtschaft und Politik im Prozess der Konstitutionalisierung Europas, in: Markus Jachtenfuchs/ Beate Kohler-Koch (Hrsg.): Europäische Integration, Opladen: Leske + Budrich, 2. Aufl., 183-218.

Neyer, Jürgen 1999: Weder subversiv noch demokratisch? Bedingungen und Möglichkeiten gleichzeitig effektiven und legitimen Regierens in der Europäischen Gemeinschaft, in: Michael Th. Greven/ Rainer Schmalz-Bruns (Hrsg.): Politische Theorie - heute. Ansätze und Perspektiven, Baden-Baden: Nomos, 363-383.

Wolf, Dieter 2005: "Nicht Input, sondern Output, nicht Supply-Side, sondern Demand-Side": Zur Veränderung der Einflusslogik in der Europäischen Union, in: Rainer Eising/ Beate Kohler-Koch (Hrsg.): Interessenpolitik in Europa, Baden-Baden: Nomos, 79-94.

Wolf, Dieter 2002: Die Weltbank: Wirksamkeit ihrer Politik und Regelungsbefolgung, in: Peter Nahamowitz/ Rüdiger Voigt (Hrsg.): Globalisierung des Rechts II: Internationale Organisationen und Regelungsbereiche, Baden-Baden: Nomos, 233-256.

Wolf, Dieter 2001: Deutscher Bauernverband: Einfluss und Rechtsbefolgung, in: Annette Zimmer/ Bernhard Weßels (Hrsg.): Verbände und Demokratie in Deutschland, Opladen: Leske + Budrich, 183-208.

Wolf, Dieter 2000: Regelungsbefolgung auf verschiedenen politischen Ebenen: Wird nationales Recht wirklich besser befolgt als internationales Recht?, in: Jan W. van Deth/ Thomas König (Hrsg.): Europäische Politikwissenschaft: Ein Blick in die Werkstatt (Mannheimer Jahrbuch für Europäische Sozialforschung 4), Frankfurt/M.: Campus, 281-305.

Zürn, Michael 2002: Zu den Merkmalen postnationaler Politik, in: Markus Jachtenfuchs/ Michèle Knodt (Hrsg.): Regieren in internationalen Institutionen, Opladen: Leske + Budrich, 215-234.

Zürn, Michael/ Wolf, Dieter 2000: Europarecht und internationale Regime: Zu den Merkmalen von Recht jenseits des Nationalstaates, in: Edgar Grande/ Markus Jachtenfuchs (Hrsg.): Wie problemlösungsfähig ist die EU? Regieren im europäischen Mehrebenensystem, Baden-Baden: Nomos, 113-140.

Beiträge in Zeitschriften

Neyer, Jürgen 2002: Politische Herrschaft in nicht-hierarchischen Mehrebenensystemen, in: Zeitschrift für Internationale Beziehungen 9:1, 9-38.

Neyer, Jürgen 2001: Realitätsschock BSE, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 46:1, 10-12.

Neyer, Jürgen 1999: Grenzen der Gemeinschaft: Folgebereitschaft in der EU am Beispiel BSE, in: Integration 22:2, 113-126.

Neyer, Jürgen 1999: Legitimes Recht oberhalb des demokratischen Rechtsstaates? Supranationalität als Herausforderung für die Politikwissenschaft, in: Politische Vierteljahresschrift 40:3, 390-414.

Arbeitspapiere

Neyer, Jürgen/ Wolf, Dieter/ Zürn, Michael 1999: Recht jenseits des Staates (ZERP-Diskussionspapier 1/99), Bremen: Zentrum für Europäische Rechtspolitik.

Fremdsprachige Veröffentlichungen

Monographien

Zürn, Michael/ Joerges, Christian (Hrsg.) 2005: Law and Governance in Postnational Europe: Compliance Beyond the Nation-State, Cambridge: Cambridge University Press.

Beiträge in Sammelbänden

Joerges, Christian 2005: Compliance Research in Legal Perspectives, in: Michael Zürn/ Christian Joerges (Hrsg.): Law and Governance in Postnational Europe: Compliance Beyond the Nation-State, Cambridge: Cambridge University Press, 218-261.

Joerges, Christian 2002: 'Good Governance' in the European Internal Market: Two Competing Legal Conceptualisations of European Integration and Their Synthesis, in: Armin von Bogdandy/ Petros C. Mavroidis/ Yves Meny (Hrsg.): European Integration and International Coordination. Studies in Transnational Economic Law in Honour of Claus-Dieter Ehlermann, The Hague: Kluwer Law International, 219-242.

Joerges, Christian 2002: The Law in the Process of Constitutionalising Europe, in: Erik O. Eriksen/ John E. Fossum/ Augustin J. Menendez (Hrsg.): Constitution Making and Democratic Legitimacy, Oslo: ARENA, 13-48.

Neyer, Jürgen 2005: Domestic Limits of Supranational Law: Comparing Compliance with European and International Foodstuffs Regulations, in: Michael Zürn/ Christian Joerges (Hrsg.): Law and Governance in Postnational Europe: Compliance Beyond the Nation-State, Cambridge: Cambridge University Press, 118-148.

Neyer, Jürgen 2005: Politics of Intergovernmental Redistribution: Comparing Compliance with European and Federal Redistributive Regulations, in: Michael Zürn/ Christian Joerges (Hrsg.): Law and Governance in Postnational Europe: Compliance Beyond the Nation-State, Cambridge: Cambridge University Press, 149-182.

Neyer, Jürgen/ Wolf, Dieter 2005: The Analysis of Compliance with International Rules - Definitions, Variables and Methodology, in: Michael Zürn/ Christian Joerges (Hrsg.): Law and Governance in Postnational Europe: Compliance Beyond the Nation-State, Cambridge: Cambridge University Press, 40-64.

Neyer, Jürgen/ Wolf, Dieter 2003: Horizontal Enforcement in the EU: The BSE Case and the Case of State Aid Control, in: Beate Kohler-Koch (Hrsg.): Linking EU and National Governance, Oxford: Oxford University Press, 201-224.

Zürn, Michael 2001: Positive Governance Beyond the Nation-State, in: Morten Ougaard/ Richard Higgott (Hrsg.): The Global Polity, London: Routledge, 78-103.

Zürn, Michael/ Neyer, Jürgen 2005: Conclusions - The Conditions of Compliance, in: Zürn, Michael/Joerges, Christian (eds.): Law and Governance in Postnational Europe: Compliance Beyond the Nation-State, Cambridge: Cambridge University Press, 183-217.

Zürn, Michael 2005: Introduction: Law and Compliance at Different Levels, in: Michael Zürn/ Christian Joerges (Hrsg.): Law and Governance in Postnational Europe: Compliance Beyond the Nation-State, Cambridge: Cambridge University Press, 1-39.

Beiträge in Zeitschriften

Joerges, Christian 2001: Law, Science and the Management of Risks to Health at the National, European and International Level: Stories on Baby Dummies, Mad Cows and Hormones in Beef, in: Columbia Journal of European Law 7:1, 1-19.

Joerges, Christian 2000: Interactive Adjudication in the Europeanisation Process? A Demanding Perspective and a Modest Example, in: *European Review of Private Law* 8:1, 1-16.

Neyer, Jürgen 2004: Explaining the Unexpected: Efficiency and Effectiveness in European Decision-Making, in: *Journal of European Public Policy* 11:1, 19-38.

Neyer, Jürgen 2003: Discourse and Order in the EU: A Deliberative Approach to Multi-Level Governance, in: *Journal of Common Market Studies* 41:4, 687-706.

Neyer, Jürgen 2000: The Regulation of Risks and the Power of the People: Lessons from the BSE Crisis, in: *European Integration online Papers* 4:6, 1-17.

Zürn, Michael/Wolf, Dieter 1999: European Law and International Regimes: The Features of Law Beyond the Nation State, in: *European Law Journal* 5:3, 272-292.

Arbeitspapiere

Neyer, Jürgen/ Zürn, Michael 2001: Compliance in Comparative Perspective: The EU and Other International Institutions (InIIS-Arbeitspapier 23/01), Bremen: Universität Bremen - Institut für Interkulturelle und Internationale Studien.

Zürn, Michael 1999: The State in the Post-National Constellation: Societal Denationalization and Multi-Level Governance (ARENA Working Paper 99/35), Oslo: ARENA.

Konferenzen bzw. Workshops

„Why Do Social Actors Comply? Comparing European and International Norms“, Panel No. 9 organized by Christian Joerges and Michael Zürn at the Joint Sessions of Workshops of the European Consortium for Political Research (ECPR), Mannheim, 26.–31.03.1999.

“Macht und Herrschaft in der Europäischen Union“, Tagung des Arbeitskreises “Integrationsforschung” der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft (DVPW) und des DFG-Forschungsschwerpunkts “Regieren in der Europäischen Union“ organisiert von Michael Zürn, Ulrike Liebert und Markus Jachtenfuchs, Bremen, 30.09.–01.10.1999.

“Compliance: Nationale, europäische und Internationale Regelungen im Vergleich (Compliance I)“, Tagung organisiert von Christian Joerges am European University Institute, Florenz, 28.–29.01.2000.

“Compliance with European and International Norms: Theoretical Perspectives and Empirical Evidence“, Panel TC22 organized by Jürgen Neyer and Michael Zürn at the 41. Annual Conference of the International Studies Association (ISA), Los Angeles, 14.–18.03.2000.

“Comparing Compliance at the National, European and International Levels (Compliance II)“, Conference organized by Christian Joerges at the European University Institute, Florence, 15.–16.12.2000.

“Making Member States Comply with Community Law“, Panel chaired by Christian Joerges at the Annual Conference of the European Community Studies Association (ECSA), Madison, Wisc., 31.05.–02.06.2001.

Qualifikationsarbeiten

Neyer, Jürgen 2001: Politische Herrschaft in der postnationalen Konstellation. Vergesellschaftung und Verrechtlichung jenseits des Staates, Bremen: Habilitationsschrift.

Reinshagen, Joachim 1999: Compliance in der World Trade Organization (WTO). Streitbeilegung im Konflikt um Hormone und Bananen, Bremen: Diplomarbeit.

Lindenthal, Alexandra 2000: Compliance-Forschung und internationale Umweltpolitik: Das Beispiel des Regimes zum Schutz der stratosphärischen Ozonschicht, Bremen: Diplomarbeit.

Asyl- und Migrationspolitik in der Europäischen Union: Strukturen, Prozesse und Inhalte im Spannungsfeld nationalstaatlicher, intergouvernementaler, supranationaler und internationaler Regulierung. Eine Studie zur Dynamik des Regierens in einem postnationalen Mehrebenensystem.

(Asylum and migration politics in the European Union: structures, processes and policies between national, intergovernmental, supranational, and international regulation. Studying the dynamics of governance in a post-national multi-level system)

Projektleiter:

Prof. Dr. Dr. h.c. Karl Kaiser, *Otto-Wolff-Direktor des Forschungsinstituts der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik e.V. (DGAP)*

Projektmitarbeiter:

Dr. Steffen Angenendt

Laufzeit: 1999 – 2001 (unterbrochen in 2000 und 2001)

Abstract

Mit der Unterzeichnung des Amsterdamer Vertrages machten alle Mitgliedstaaten der EU deutlich, dass sie der europäischen Zusammenarbeit auch in der Asyl- und Migrationspolitik zustimmen und dass sie bereit sind, auch in diesem Bereich auf Souveränitätsrechte zu verzichten. In der Praxis allerdings gerät diese Bereitschaft zur Zusammenarbeit immer wieder in Konflikt mit nationalen Interessen.

Gleichwohl hat die asyl- und migrationspolitische Zusammenarbeit in der EU seit Beginn der 1990er Jahre einen starken Entwicklungsschub erhalten. Die bis dahin intergouvernementale Zusammenarbeit ist zu einer zumindest in Teilen vergemeinschafteten Kooperation mit vertraglich festgelegten Zielsetzungen und Instrumenten geworden. Insgesamt handelt es sich um einen äußerst dynamischen Kooperationsbereich. Hierbei kommt der Zusammenarbeit im Rahmen des Maastrichter und des Amsterdamer Vertrages eine wichtige Rolle zu, ebenso wie der Verwaltungszusammenarbeit und der Anpassung der nationalen Verwaltungsstrukturen an die Erfordernisse einer intensiveren europäischen Kooperation. Grundsätzlich gilt, dass die europäische Ebene zunehmend zu einem Bezugspunkt der innenpolitischen Auseinandersetzung in den Mitgliedstaaten geworden ist.

Im Mittelpunkt des Forschungsprojektes stand die Frage, wie die Politik der Mitgliedstaaten durch die auf der europäischen Ebene entwickelten politischen Vorschläge beeinflusst wird, inwieweit also politischer Wandel in den Mitgliedstaaten durch Europäisierung stattfindet. Hierzu kann zusammenfassend festgestellt werden, dass die nationalen Reaktionen auf die europäische Politik stark von der jeweiligen nationalen historischen Entwicklung beeinflusst sind, dass die Mitgliedstaaten gemäß ihrer spezifischen Strukturen und Prägungen auf Veränderungen in der europäischen Politik reagieren und dass die europäische Politik einen (allerdings nur schwer messbaren) Anpassungsdruck erzeugt, der institutionellen Wandel in den Mitgliedstaaten fördert.

Ergebnisse

Im Rahmen des Projektes wurden zunächst die politischen Herausforderungen analysiert, die durch die Wanderungsbewegungen in den Mitgliedstaaten und in der EU insgesamt entstanden sind (inhaltliche Dimension). In einem zweiten Schritt wurde, ausgehend von einer Analyse der einzelstaatlichen und der europäischen Asyl- und Migrationspolitik, die Entwick-

lung der asyl- und migrationspolitischen Zusammenarbeit in der EU untersucht. Hier wurden zum einen die Strukturen der Entscheidungsfindung (Strukturdimension) betrachtet, wobei u.a. interessiert, welche Akteure in welcher Form an der Politikformulierung und -implementierung beteiligt waren. Zum anderen wurde nach der Veränderung der Entscheidungsstrukturen gefragt (Prozessdimension), also nach der Dynamik dieser Strukturen hinsichtlich einer Ausweitung oder Beschränkung der übertragenen politischen Aufgaben. In einem dritten Schritt wurden die Zusammenhänge zwischen diesen Dimensionen analysiert und mit der Frage nach der Europäisierung der nationalen Asyl- und Migrationspolitik in einen integrationstheoretischen Rahmen gesetzt.

Hinsichtlich der zentralen Frage, welche Rückwirkung die europäische Zusammenarbeit auf die Asyl- und Migrationspolitik der Mitgliedstaaten hat, kann Folgendes festgestellt werden:

- Es lässt sich für alle EU-Staaten bestätigen, dass der politische Wandel in Richtung auf eine Anpassung an die europäischen Vorschläge denjenigen Staaten besonders schwer fällt, die ausgeprägte Traditionen in der Asyl- und Migrationspolitik haben und die in der Vergangenheit eine kohärente und den nationalen Bedürfnissen entsprechende Politik vollzogen haben.
- Ebenfalls ist generell zu beobachten, dass mit zunehmender inhaltlicher Differenz zwischen nationalen und europäischen Regelungen der Anpassungsdruck auf der nationalen Ebene steigt und politischer Wandel gefördert wird. Auch wenn die Intensität der umgesetzten bzw. in der Diskussion befindlichen politischen Anpassungen unterschiedlich ausfällt, ist doch festzustellen, dass in allen Mitgliedstaaten seit Mitte der 1990er Jahre über eine Reform der nationalen Politik nachgedacht wurde, und dass dabei der Bezug auf die Vorschläge der Europäischen Kommission deutlich sichtbar war. In der Tat waren die Debatten dort am intensivsten, wo nationale und vorgeschlagene europäische Lösungen stark voneinander abwichen.
- Es zeigt sich die generelle Tendenz, dass in den Mitgliedstaaten, in denen die politische Macht auf zahlreiche politische Akteure verteilt ist, der politische Wandel schwerer fällt als in Systemen mit relativ starker Zentralisierung der Entscheidungsprozesse, wie in Frankreich. Hier war insbesondere die Reform des Staatsangehörigkeitsrechts in den 1990er Jahren ein Beispiel, wie schnell und zielgerichtet in einem System, in dem die Regierung weniger Rücksicht auf formalisierte politische Teilhaberechte anderer Akteure zu nehmen hat, Konzepte entwickelt und politisch durchgesetzt werden können.
- Deutlich sichtbar ist, dass in den Staaten, die eine umfassende Verwaltungskooperation zwischen nationalen Verwaltungen und EU-Institutionen aufgebaut haben, und in denen intensive parlamentarische und zivilgesellschaftliche Kontakte zur europäischen Verwaltung und Politik bestehen, Vorschläge der europäischen Institutionen stärker berücksichtigt werden als in Ländern, in denen solche Verbindungen nicht existieren.
- Die Reformbereitschaft der politischen Akteure hat sich als weiterer wichtiger Einflussfaktor auf den hier betrachteten nationalen politischen Wandel erwiesen. Trifft sie auf ein generelles öffentliches Klima der Reformbereitschaft, ist politischer Wandel wahrscheinlich. Wie stark sich dies in Wandel niederschlägt und wie intensiv beide Aspekte miteinander verbunden sind, hat die deutsche Debatte um eine Öffnung der deutschen Asyl- und Migrationspolitik für die seit Tampere unterbreiteten Vorschläge der Europäischen Kommission gezeigt.

- In EU-Mitgliedstaaten mit konsensorientierten Entscheidungskulturen, in denen Verfahren eingeübt sind, wie die Entstehung von extremen Vetopositionen verhindert werden kann, fiel die Einigung auf politische Reformen leichter als in den Staaten, die eine stärker konfliktorientierte Entscheidungskultur aufweisen.

Generell zeigt sich bei der Analyse der Europäisierung der nationalen Asyl- und Migrationspolitik, dass die für alle EU-Mitgliedstaaten ähnlich große Souveränitätsrelevanz dieses Politikfeldes den Wandel der nationalen Politik erschwert. Allerdings wird auch deutlich, dass die Europäisierung in anderen Politikfeldern (wie etwa dem Binnenmarkt), politischen Wandel auch in der Asyl- und Migrationspolitik fördert. Auch in diesem Politikbereich hat eine „schleichende Vergemeinschaftung“ stattgefunden. Seit den frühen 1990er Jahren ist eine Tendenz zur thematischen Ausweitung der Kooperation und zum steigenden Einfluss europapolitischer Interessen auf die Kooperation zu erkennen.

Allerdings hat sich die Europäisierung der nationalen Migrationspolitik bislang nicht auf alle migrationspolitischen Bereiche in gleicher Weise ausgewirkt. Am weitesten fortgeschritten ist die Kooperation in den Bereichen, in denen der Kooperationsbedarf am stärksten war, also im Außenverhältnis aufgrund des Wegfalls der Binnengrenzkontrollen. Im Visumbereich sowie in anderen Bereichen wurden Mehrheitsentscheidungen die Regel. Hingegen wurde die Aufnahme von Arbeitskräften bislang lediglich in Form von unverbindlichen Entschlüssen behandelt.

Somit wurden in der europäischen Asyl- und Migrationspolitik bisher primär im engeren Sinn wanderungsbezogene Fragen, behandelt. Erst allmählich wurden weitere Bereiche ins Auge genommen, etwa die Gleichstellung von legal ansässigen Drittstaatsangehörigen oder die gemeinschaftliche Regelung des Aufenthaltsrechts. Offensichtlich ist, sich die Souveränitätsrelevanz zunehmend bemerkbar machte, je mehr es um das nationale innenpolitische Verhältnis zwischen Einheimischen und Fremden und um Integrationsfragen ging. Es ist zu erwarten, dass dies auch für die nähere Zukunft Gültigkeit haben wird.

Veröffentlichungen

Deutschsprachige Veröffentlichungen

Monographien

Angenendt, Steffen 2000: Gibt es ein europäisches Asyl- und Migrationsproblem? Unterschiede und Gemeinsamkeiten der asyl- und migrationspolitischen Probleme und der politischen Strategien in den Staaten der Europäischen Union, Bonn, Europa Union Verlag, 2000.

Beiträge in Sammelbänden

Angenendt, Steffen 1999: Menschenströme als Risiko, in: Angelika Volle und Werner Weidenfeld (Hrsg.), Krisen, Kriege, Konflikte. Die Weltgemeinschaft vor neuen Gefahren, Bonn: Verlag für Internationale Politik, 1999, S. 81-90

Angenendt, Steffen 2000: Zum Zusammenhang von Flucht und Gewalt – Grundsätzliche Überlegungen und empirische Trends, in: Gerold Mader, Wolf-Dieter Eberwein und Wolfgang R. Voigt (Hrsg.), Konflikt und Gewalt. Ursachen – Entwicklungstendenzen – Perspektiven, Münster: Agenda Verlag, 2000, S. 310-333 (mit Sven Chojnacki)

Angenendt, Steffen 2000: Eine Welt der Wanderungen, in: Karl Kaiser und Hans-Peter Schwarz (Hrsg.), Weltpolitik im neuen Jahrhundert, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, 2000, 90-101

Angenendt, Steffen 2000: Globalisierung und Wanderungsbewegungen: Zusammenhänge, Probleme und Handlungsmöglichkeiten, in: Christoph Butterwegge (Hrsg.), *Flucht, Migration und Zuwanderungspolitik im Zeitalter der Globalisierung*, Opladen: Leske und Budrich, 2000, S. 32-46 (2. Auflage 2004. 3. Auflage 2006, in Vorbereitung)

Angenendt, Steffen 2000: Wanderungsbewegungen aus Nordafrika: Herausforderungen und Handlungsmöglichkeiten für die Europäische Union, in: Martin Hoch, Andreas Jacobs und Carlo Masala (Hrsg.): *Hannibal ante portas? Analysen zur Sicherheit an der Südflanke Europas*, Baden-Baden: Nomos Verlag, 2000, S. 122-142 (mit Sonia Benyoussef)

Angenendt, Steffen 2001: Millenniumsangst Wanderungsbewegungen? Herausforderungen durch Flucht und Migration, in: Michael Dinkhauser und Volker Stümke (Hrsg.), *Herausforderung 21. Jahrhundert. Hoffnungen und Ängste angesichts des Millenniumswechsels*, Bremen: 2001

Angenendt, Steffen 2001: Wanderungsbewegungen als internationale Herausforderung, in: Wolfgang Wagner et al. (Hrsg.), *Jahrbuch Internationale Politik 1999-2000*, München: Oldenbourg Verlag 2001, S. 1-12

Angenendt, Steffen 2002: Die Europäische Union als Einwanderungsgebiet, in: Werner Weidenfeld (Hrsg.), *Europa-Handbuch*, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung 2002, S. 543-554 (2. überarbeitete Auflage)

Angenendt, Steffen 2002: Migration et Asile en Europe – Évolutions récentes, in: *Documents. Revue des Questions Allemandes*, 1/2002, S. 50-54

Angenendt, Steffen 2002: Irreguläre Wanderungen und internationale Politik, in: Matthias Blum, Andreas Hölscher und Rainer Kampling (Hrsg.), *Die Grenzgänger. Wie illegal kann ein Mensch sein?*, Opladen: Leske und Budrich 2002, S. 11-24 (mit Imke Kruse)

Angenendt, Steffen 2002: Einwanderungspolitik und Einwanderungsgesetzgebung in Deutschland 2000-2001, in: Klaus J. Bade und Rainer Münz (Hrsg.), *Migrationsreport 2002*, Frankfurt/M.: Campus 2002, S. 31-59

Angenendt, Steffen 2003: Der schwierige Wandel. Die Gestaltung der deutschen und europäischen Migrationspolitik an der Wende vom 20. zum 21. Jahrhundert, in: Jochen Oltmer (Hrsg.), *Migration steuern und verwalten. Deutschland vom späten 19. Jahrhundert bis zur Gegenwart*, Osnabrück: Universität Osnabrück, Institut für Migrationsforschung, 2003, S. 481-497 (mit Imke Kruse)

Angenendt, Steffen 2003: Wanderungsbewegungen und Globalisierung, in: Christoph Butterwegge und Gudrun Hentges (Hrsg.), *Flucht, Migration und Zuwanderungspolitik im Zeitalter der Globalisierung*, Opladen: Leske und Budrich, 2003, S. 37-52, 2. überarbeitete Auflage

Angenendt, Steffen 2003: Führt Einwanderung zu Rechtspopulismus? Eine Analyse im europäischen Vergleich, in: *Internationale Politik*, Nr. 4, 2003, S. 3-12 (auch auf russisch erschienen in *Internationale Politik*, russische Ausgabe Nr. 2/2003)

Angenendt, Steffen 2003: Innere Sicherheit und internationale Politik, in: Wolfgang Wagner et al. (Hrsg.), *Jahrbuch Internationale Politik 2001/2002*, München 2004, S. 33-42

Angenendt, Steffen 2004: Migration and Asylum as Political Challenges for Asian-European Co-operation, in: Steffen Angenendt und Carolina G. Hernandez (Hrsg.), *Foreign Workers, Refugees, and Irregular Immigrants: Political Challenges and Perspectives for Asia-Europe Co-operation*, Tokyo: Council for Asia-Europe Cooperation 2004, S. 3-25

Angenendt, Steffen 2004: Die europäische Asyl- und Migrationspolitik, in: Werner Weidenfeld (Hrsg.), *Europa-Handbuch*, Band 1, 3. akt. Aufl., Gütersloh 2004, S. 359-379.

Angenendt, Steffen 2004: Forced Migration and Refugee Protection in the European Union, in: Steffen Angenendt und Carolina G. Hernandez (Hrsg.), *Foreign Workers, Refugees, and Irregular Immigrants: Political Challenges and Perspectives for Asia-Europe Co-operation*, Tokio: Council for Asia-Europe Cooperation 2004 (mit Imke Kruse), S. 100-134

Angenendt, Steffen 2004: Migrations- und Integrationspolitik in Deutschland 2002/03 - der Kampf um das Zuwanderungsgesetz, in: Klaus J. Bade u.a. (Hrsg.), *Migrationsreport 2004: Fakten – Analysen – Perspektiven*, Frankfurt a. M. 2004 (mit Imke Kruse), S. 175-202

Beiträge in Zeitschriften

Angenendt, Steffen 2000: Green Card – Grünes Licht für eine Einwanderungsdebatte?, in: *Internationale Politik*, Nr. 5/2000, S. 53-54

Angenendt, Steffen 2002: Das Weltflüchtlingsproblem und die Vereinten Nationen, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 27-28/2002, S. 26-31

Angenendt, Steffen 2002: Entwicklung und Perspektiven der europäischen Migrations- und Asylpolitik, in: *Die Friedens-Warte. Journal of International Peace and Organization*, Bd. 77, 1-2/2002, S. 143-172

Angenendt, Steffen 2003: Regelung und Vermittlung: die Rolle internationaler Migrations-Organisationen, in: Uwe Hunger und Dietrich Thränhardt (Hrsg.), *Migration im Spannungsfeld von Globalisierung und Nationalstaat*, (Leviathan-Sonderheft 2003), S. 180-202

Fremdsprachige Veröffentlichungen

Monographien

Angenendt, Steffen 1999: *Asylum and Migration Policies in the European Union*, (Herausgeber), Bonn: Europa Union Verlag, 1999

Angenendt, Steffen 2004: *Foreign Workers, Refugees, and Irregular Immigrants: Political Challenges and Perspectives for Asia-Europe Co-operation*, (Herausgeber, mit Carolina G. Hernandez), Tokio: Council for Asia-Europe Cooperation 2004

Beiträge in Zeitschriften

Angenendt, Steffen 2000: Migration et Asile en Europe – Évolutions récentes, in: *Documents. Revue des Questions Allemandes*, 1/2002, S. 50-54

Angenendt, Steffen 2000: The Failure of Immigration Reform in Germany, in: *German Politics*, Nr. 3, 2003 (mit Imke Kruse und Henry Edward Orren), S.129-145

**Institutionelles Lernen im europäischen Mehrebenensystem.
Erklärungsansätze einer evolutorischen Ökonomik am Beispiel
europäischer Beschäftigungspolitik**

(Institutional Learning in the European System of Multi-Level Governance)

Projektleiter:

Prof. Dr. Paul Klemmer, *Ruhr-Universität Bochum*

Projektmitarbeiter:

Dr. Dorothee Becker-Soest

Dr. Rüdiger Wink

Laufzeit: 1999 – 2001

Abstract

Institutional Learning in the European Multi-Level System: Explanatory Approaches of Evolutionary Economics, with special reference to the European Employment Policy. Structural development processes, leading to new societal conflict situations, are continuously questioning existing institutional patterns of problem solving. The creation or adaptation of institutional arrangements, yet, is not a static action, but embedded into learning processes, which are influenced not only by personal abilities, experiences and relationships, but even more by the organisation of societal coordination and decision processes. The transition into the European multi-level system changes the relationship between relevant actors as well as communication, decision and control structures and thus stimulates new impulses for the learning process for institutional problem solving on the national as well as on the supranational level.

By connecting approaches from the field of evolutionary economics with methods of public choice and the analysis of political networks, the mutual effects between European integration and institutional learning processes has been systematized. Thus, the prerequisites for institutional learning processes and especially the suitability of different European integration forms and intensities for the development of institutional problem solving patterns in different political fields shall be identified. The practical relevance of the research results has been proofed by transferring the analysis to the field of European employment policy, widening the perspective by testing and developing the working hypothesis in structured expert interviews.

Ergebnisse

Bestehende institutionelle Problemlösungsmuster werden fortlaufend durch strukturelle Entwicklungsprozesse mit neuen sozialen Konfliktsituationen in Frage gestellt. Die Schaffung oder Anpassung institutioneller Arrangements ist jedoch keine zeitpunktbezogene Handlung, sondern in (Lern-)Prozesse eingebunden, die neben persönlichen Fähigkeiten, Erfahrungen und Beziehungsmustern der handelnden Akteure in hohem Maße durch die Organisation gesellschaftlicher Koordinations- und Entscheidungsprozesse beeinflusst werden. Der Übergang zu europäischen Mehrebenensystemen mit Veränderungen hinsichtlich der Akteursbeziehungen wie auch der Kommunikations-, Entscheidungs- und Kontrollstrukturen löst neue Impulse für das Erlernen institutioneller Problemlösungen auf nationaler wie supranationaler Ebene aus. Mit Hilfe einer Verknüpfung von Ansätzen aus der evolutorischen Ökonomik mit Methoden der Public Choice-Forschung und der politikwissenschaftlichen Netzwerkanalyse wurden die Wirkungsbeziehungen zwischen europäischer Integration und institutionellen Lernprozessen systematisiert und beurteilt. Diese Systematisierung diente der Beantwortung der Frage nach den Voraussetzungen für institutionelle Lernprozesse und speziell der Eignung unterschiedlicher europäischer Integrationsformen und -intensitäten für

die Entwicklung institutioneller Problemlösungsmuster in unterschiedlichen Politikfeldern. Die praktische Relevanz der Forschungsergebnisse wurde anhand einer Übertragung des allgemeinen Untersuchungsansatzes auf die exemplarische Analyse der europäischen Beschäftigungspolitik, verknüpft mit einer Überprüfung und Fortentwicklung von Arbeitshypothesen in strukturierten Expertengesprächen, gewährleistet.

Veröffentlichungen

Deutschsprachige Veröffentlichungen

Monographien

Institutionelles Lernen im europäischen Mehrebenensystem. Ein evolutorischer Ansatz, Endbericht, 2003

Beiträge in Sammelbänden

Becker-Soest, Dorothee / Wink, Rüdiger 2001, Kooperative Beschäftigungspolitik – Wegbereiter des dänischen „Arbeitsmarktwunders“?, in: Frick, S./ Penz, R./ Weiß, J. (Hrsg.), Der freundliche Staat. Kooperative Politik im institutionellen Wettbewerb, Marburg: Metropolis Verlag, 271-304

Wink, Rüdiger 2001, Regionalisierte Arbeitsmarktpolitik – Beschäftigungsimpulse zwischen ordnungs- und strukturpolitischem Anspruch, in: Eckey, H.F., et al.(Hrsg.), Ordnungspolitik als konstruktive Antwort auf wirtschaftspolitische Herausforderungen, Festschrift zu Ehren des 65. Geburtstages von Paul Klemmer, Stuttgart, Lucius & Lucius, S. 447-465

Beiträge in Zeitschriften

Baumgart, K./ Becker-Soest, Dorothee/ Wink, Rüdiger 1999, Strukturwandel auf den Arbeitsmärkten. Ökonomischer Sachverstand und politische Opportunität, in: _Wirtschaftsdienst, Vol. 79, S. 225-231

Fremdsprachige Veröffentlichungen

Monographien

Klemmer, Paul/ Wink, Rüdiger 2000, Preventing unemployment in Europe. A new Framework for Labour Market Policy, Cheltenham et.al.: Elgar

Beiträge in Sammelbänden

Klemmer, Paul/ Wink, Rüdiger 2000, Preventing unemployment in Europe – an introductory overview, in: Klemmer, Paul/ Wink, Rüdiger (Hrsg.), Preventing unemployment in Europe. A new Framework for Labour Market Policy, Cheltenham et.al.: Elgar, S. 1-9

Klemmer, Paul/ Baumgart, K./ Becker-Soest, Dorothee/ Wink, Rüdiger 2000, Institutional Learning to Implement Preventive Labour Market Policy – an evolutionary approach, in:

Klemmer, Paul/ Wink, Rüdiger (Hrsg.), Preventing unemployment in Europe. A new Framework for Labour Market Policy, Cheltenham et.al.: Elgar, S. 232-252

Becker-Soest, Dorothee/ Wink, Rüdiger 2000, Further Education in Europe. Welcome to the Market Economy?, in: Klemmer, Paul/ Wink, Rüdiger (Hrsg.), Preventing unemployment in Europe. A new Framework for Labour Market Policy, Cheltenham et.al.: Elgar, S.47-64

Wink, Rüdiger 2002, Demographic Changes as a Neglected Field of Labour Market Policy in Europe?, in: Funk, L./ Green, S. (Hrsg.), New Challenges to Labour Market Policy, Mannheim, Verlag für Wissenschaft und Forschung-VWF

Beiträge in Zeitschriften

Klemmer, Paul/ Becker-Soest, Dorothee/ Wink, Rüdiger 2000, The european Union as a virtual learning forum for national labour market policy? – Comments on a ‘late vocation’ field of European Governance, in: German Political Studies, Vol.1

Regieren im erweiterten Mehrebenensystem

(Governance in an expanded multi-level system)

Projektleiterin:

Dr. Michèle Knodt, *Universität Mannheim/ Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung (MZES)*

Projektmitarbeiter:

Birgit Hellmann
Dr Su Ling Tseng

Laufzeit: 2001 – 2004 (Unterbrechung in 2002/2003)

Abstract

‘Governance in an Expanded Multi-level System’ aimed to explore the impact of the EU’s World Trade Organization (WTO) membership upon the governance of the EU.

The underlying assumptions of this project were twofold: first, the political system of the EU, which is between a ‘Staatenverbund’ and a supranational community, is open to the changes which are brought about by external factors; and second, the EU political system is characterised as multi-level governance, in which the multiple levels overlap. The project focussed on the following questions: (1) How did the international context of WTO influence governance in the EU? What kind of institutional change could we witness? (2) How could we explain this impact? What are the main mechanisms of change? (3) How could we evaluate this change with regard of the character of the EU-System as such?

Starting from these questions, this research project intended to test two hypotheses:

- (1) the embedding of the EU in the WTO leads to institutional changes of the EU in three dimensions – the formal policy process, the routines and guiding ideas such as the concept of legitimacy;
- (2) these institutional changes are in favour of the centralisation of policy-making at the EU level.

In order to test these two hypotheses, the extent that issue areas could be dealt with at the EU level needs to be taken into account, i.e. first, the issue areas which are subject to the exclusive competence of the EU; second, those which are subject to the mixed competence which is shared by EU institutions and the member states; third, those which are related to both the exclusive and mixed competences; and fourth, those which are pertinent to changes of the concept of legitimacy.

Ergebnisse

Die Analyse der Wirkung der Einbettung der EU in die WTO hat in der Summe einen breiten institutionellen Wandel in der EU erbracht, der sich nicht nur, wie in der Literatur häufig angenommen, auf Veränderungen der (1) formalen Organisation von Entscheidungsprozessen beschränkt, sondern sich sowohl auf die (2) Routinen innerhalb der EU, als auch die dort vorherrschenden (3) Konzepte legitimer Ordnung erstreckt.

Es wurde festgestellt, dass der konstatierte institutionelle Wandel durch Mechanismen hervorgerufen wird: (1) dem von der WTO-Ebene ausgehenden Anpassungsdruck, (2) der Einbindung in die Routinen der WTO-Politikgestaltung und (3) der Nutzung der Angebote, die die WTO-Ebene bereithält. Darüber hinaus muss das institutionelle Eigeninteresse vor allem der Kommission als Variable herangezogen werden. Diese versucht durch eine Erhöhung, sowohl der Effektivität als auch Legitimität ihre Stellung im Institutionengefüge auszubauen.

Insgesamt konnte festgehalten werden, dass der Wandel zu einer Verschiebung der institutionellen Balance hin zur Gemeinschaftsförderung (im Gegensatz zur Autonomieschonung) und damit tendenziell zu einer Zentralisierung der EU geführt hat. Die Ergebnisse erlauben sogar die Formulierung von Bedingungen, unter denen es wahrscheinlich ist, dass es durch die Einbettung der EU in einen internationalen Kontext zu einer Verschiebung der institutionellen Balance in Richtung Gemeinschaftsförderung kommt. Die Projektergebnisse zeigen, dass das institutionelle Eigeninteresse als intervenierende Variable zwar einen notwendigen aber nicht hinreichenden Grund für die Erklärung darstellt. Als zusätzliche Bedingungen wurden darüber hinaus festgestellt, dass sich die institutionelle Balance des Regierens im erweiterten europäischen Mehrebenensystem tendenziell eher in Richtung des Prinzips der Gemeinschaftsförderung verschiebt,

- je stärker ein internationaler Kontext verrechtliche und verregelte Züge aufweist,
- je mehr Anknüpfungspunkte und Angebote der internationale Kontext für eine enge Vernetzung bzw. Kopplung aufweist,
- je stärker in internationalen Entscheidungsprozessen Qualitäten gefordert sind, die auf organisatorischen und informatorischen Ressourcen aufbauen,
- je stärker das Zusammenspiel der drei Wirkungsmechanismen des institutionellen Wandels, so dass diese gemeinsam wirken können.

Veröffentlichungen

Deutschsprachige Veröffentlichungen

Monographien

Jachtenfuchs, Markus/ Knodt, Michèle (Hrsg.) 2002: Regieren in internationalen Institutionen, Opladen: Leske+Budrich.

Knodt, Michèle 2005: Regieren im erweiterten europäischen Mehrebenensystem. Baden-Baden: Nomos.

Knodt, Michèle/ Finke, Barbara 2005 (Hrsg.): Europäisierung der Zivilgesellschaft. Konzepte, Akteure, Strategien, Wiesbaden: VS.

Kohler-Koch, Beate/ Conzelmann, Thomas/ Knodt, Michèle 2004: Europäische Integration – europäisches Regieren. Opladen: Leske+Budrich.

Beiträge in Zeitschriften

Knodt, Michèle/ Finke, Barbara 2003: Europäisierung der Zivilgesellschaft oder Europäische Zivilgesellschaft? Ein Tagungsbericht, in: Zeitschrift für Internationale Beziehungen, 10: 2, 387-394.

Knodt, Michèle 2002: Die Europäische Union: Auf der Suche nach Legitimität, in: Zur Debatte, 32: 4, 34-35.

Wagner, Wolfgang/ Knodt, Michèle/ Schimmelfennig, Frank 2004: Auswärtiges Regieren in der EU. Ein Tagungsbericht, in: Zeitschrift für internationale Beziehungen, 11: 1, 147-154.

Beiträge in Sammelbänden

Große Hüttmann, Martin/ Knodt, Michèle 2004: Mehrebenenregieren, in: Hans-Jürgen Bieling/ Marika Lerch (Hrsg.): Theorien der Europäischen Integration, Wiesbaden: VS, 223-247.

Knodt, Michèle 2005: Einleitung: Zivilgesellschaft und zivilgesellschaftliche Akteure in der Europäischen Union, in: dies./Barbara Finke (Hrsg.): Europäisierung der Zivilgesellschaft. Konzepte, Akteure, Strategien, Wiesbaden: VS, 11-28, (mit Barbara Finke).

Knodt, Michèle 2005: Zivilgesellschaftliche Einbindung im Handelsbereich: Der Einfluss der WTO auf die Europäische Kommission, in: dies./Barbara Finke (Hrsg.): Europäisierung der Zivilgesellschaft. Konzepte, Akteure, Strategien, Wiesbaden: VS, 223-248

Fremdsprachige Veröffentlichungen

Monographien

Knodt, Michèle/ Princen, Sebastian (Hrsg.) 2003: Understanding European Union's external relations. London: Routledge.

Beiträge in Zeitschriften

Knodt, Michèle 2004: Governance in an expanded multi-level system, in: Journal of European Public Policy, 11: 4, 701-719.

Beiträge in Sammelbänden

Knodt, Michèle 2001: External Representation of German Länder Interests, in: Wolf-Dieter Eberwein/ Karl Kaiser (Hrsg.): Germany's New Foreign Policy. Decision-Making in an Interdependent World. Houndsmill: Palgrave, 173-188.

Tseng, Su-Ling 2001: The Europeans Union's Commercial Policy towards China, in: Peter W. Preston/ Julie Gillson (Hrsg.): The European Union and East Asia: Inter-Regional Linkages in a Changing Global System, Cheltham, 170-188.

Konferenzen

„Towards an Assertive Europe. EU's International Presence“, MZES Mannheim in Zusammenarbeit mit AEI (ECSA Deutschland), gefördert durch die DFG, organisiert von Michèle Knodt, 21./22. Februar 2001.

Workshop „Understanding the EU's international presence“, ECPR Joint Session of Workshops unter der Leitung von Michèle Knodt und Sebastiaan Princen, Grenoble, 6./8. April 2001.

„Europäisierung der Zivilgesellschaften oder Europäische Zivilgesellschaft: Konzepte, Akteure, Strategien“, Tagung der Universität Mannheim und des MZES in Zusammenarbeit mit dem Arbeitskreis Europäische Integration (AEI), gefördert durch die DFG und EU-Kommission, Mannheim, 8./9. April 2003.

„EU Governance and External Relations“, Workshop im DFG-Schwerpunktprogramm „Regieren in der Europäischen Union“, organisiert von Michèle Knodt, Frank Schimmelfennig und Wolfgang Wagner, gefördert durch die DFG, Mannheim, 10./11. Oktober 2003.

Qualifikationsarbeiten

Knodt, Michèle 2004: Regieren im erweiterten europäischen Mehrebenensystem, Habilitation, eingereicht November 2004, anerkannt durch die Fakultät für Sozialwissenschaften der Universität Mannheim.

Finanzmarktrestriktionen der Fiskalpolitik im Mehrebenensystem der EU

(Financial Market Restrictions of Fiscal Policy in the Federal System of EU)

Projektleiter:

Prof. Dr. Dr. h. c. Heinz König, *Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung*

Projektmitarbeiter:

Dr. Friedrich Heinemann

Laufzeit: 1997 – 1999; 1999 – 2001

Abstract

Fiscal policy within the EU increasingly experiences restrictions resulting from open financial markets. Besides global trends (e.g. growing interdependencies, the boom of derivative markets) it is first of all monetary union, which is changing the framework in which European government is situated.

This project is to contribute to a better understanding of capital market restrictions for fiscal policy in the EU under the changing environment. In the focus of the project there are three issues: First, the knowledge gaps in understanding the relation between fiscal policy variables and the reactions of financial markets under the EU conditions are to be narrowed. Among the relations that have to be analyzed are the dependency of interest rates on budgetary policy, the reaction of the foreign exchange markets on fiscal variables and the impact of tax policy on international capital flows. Second - and that is where almost no research has been done so far - it will be explored both theoretically and empirically how fiscal agents react on these capital market restrictions. Third, conclusions on a desirable institutional development of the EU will be drawn.

Ergebnisse

Die Kernfrage des Forschungsvorhabens lautet: Welche Restriktionen sind mit der zunehmenden internationalen Verflechtung nationaler Finanzmärkte für die Fiskalpolitik in der EU verbunden? Während in der makroökonomischen Analyse bislang der Einfluss von fiskalpolitischem Handeln auf Wechselkurse, Zinsen und Kapitalströme im Mittelpunkt stand, geht es hier um die Überprüfung der umgekehrten Wirkungsrichtung.

Folgende Resultate tragen zu Tage:

1.) Restriktionen durch Wechselkursregime

Im Hinblick auf den Einfluss des Wechselkursregimes lässt sich das Resultat folgendermaßen zusammenfassen: Es gibt eine schwache Evidenz dafür, dass in der Vergangenheit das EWS-Regime mit höheren Defiziten verbunden war als Festkurssysteme. Die Abwertungsdrohung im EWS hat demnach die nationalen Regierungen nicht von der Inkaufnahme hoher Defizite abgeschreckt.

2.) Der Einfluss des Kapitalmarktzins

Das Ergebnis der Untersuchung stellt sich folgendermaßen dar: Der Primärüberschuss reagiert wie erwartet positiv auf eine Verschlechterung der Finanzierungsbedingungen (gemessen am Abstand zwischen Realzins und Wachstumsrate) und den Schuldenstand. Insofern funktioniert die Disziplinierung. Die Reaktion ist allerdings asymmetrisch; in Zeiten steigender Kreditkosten reagiert der Saldo schneller als in Zeiten einer sich entspannenden Finanzierungssituation.

3.) *Der Einfluss der Kapitalmobilität*

Die Beziehung zwischen Integrationsmaßen und Fiskalvariablen unterscheidet sich im Ergebnis deutlich nach der gewählten budgetären Dimension. Ein hoher Autonomiegrad besteht demnach in der Ausgabestruktur. Hier ist es nicht, wie theoretische Überlegungen nahe legen, in besonders offenen Staaten zu einer Umschichtung von konsumtiven in investive Ausgaben gekommen. Im Hinblick auf die Einnahmestruktur gibt es schwache Hinweise auf eine Begünstigung eines geringeren Anteils der Körperschaftssteuer in sehr offenen Volkswirtschaften. Der qualitative Befund zur Defizitverringerung in den Staaten der Eurozone fällt nicht erfreulich aus. Viele dieser Länder haben Konsolidierungsprofile, die eher auf einen Misserfolg der Langfrist-Konsolidierung deuten, allerdings gibt es am aktuellen Rand Hinweise auf eine qualitative Verbesserung der Konsolidierungsbemühungen. In der ebenfalls enthaltenen Panelanalyse für 18 OECD-Staaten erweisen sich Indikatoren der Kapitalmarktintegration als signifikant im Sinne der Disziplinierungsthese. Daneben erweist sich aber vor allem auch der Stand an offener und verdeckter Staatsverschuldung ausschlaggebend.

Weitere Einsichten betreffen schließlich die Determinanten der öffentlichen Investitionstätigkeit. Hier ist es in den letzten Jahren in vielen OECD-Staaten zu einem deutlichen Rückgang gekommen. Der Rückgang der öffentlichen Investitionstätigkeit ist durch den mit dem Schuldenanstieg seit den Siebzigern stark eingegengten budgetären Spielraum erklärbar. Die zunehmende Kapitalmobilität hatte zusätzlich einen negativen Effekt auf die Investitionstätigkeit. Dies weist darauf hin, dass der Angebotseffekt (Mobilität der Steuerbasis erschwert die Finanzierung) den Nachfrageeffekt (mobile Faktoren verlangen hohe Qualität der öffentlichen Infrastruktur) überkompensiert.

Veröffentlichungen

Deutschsprachige Veröffentlichungen

Beiträge in Zeitschriften

Heinemann, Friedrich 2001: Ursachen und Nachhaltigkeit sinkender Staatsdefizite in der EU, in: List Forum für Wirtschafts- und Finanzpolitik, 27 (3), 211-228.

Heinemann, Friedrich 2000: Does Globalization Restrict Budgetary Autonomy?, in: Intereconomics, 35 (6), S. 288-298.

Heinemann, Friedrich 1999: Steuerpolitik im EU-Binnenmarkt: Harmonisierung oder Wettbewerb, in: Politik und Gesellschaft/International Politics and Society 2/1 999, 5. 179-186.

Fremdsprachige Veröffentlichungen

Beiträge in Zeitschriften

Heinemann, Friedrich 2006: Factor Mobility, Government Debt and the Decline in Public Investment, International Economic and Economic Policy, forthcoming.

Heinemann, Friedrich 2004: Explaining Reform Deadlocks, in: Applied Economics Quarterly Supplement, 55, 9-26.

Heinemann, Friedrich/ Winschel, Viktor 2002: Public Deficits and Borrowing Costs: The Missing Half of Market Discipline, erscheint in: Journal of Public Finance and Public Choice.

Heinemann, Friedrich 2001: After the Death of Inflation: Will Fiscal Drag Survive?, in: Fiscal Studies, 22 (4), 527-546.

Heinemann, Friedrich 2000: Globalisation, EMU and Fiscal Discipline: Evidence from OECD Countries, in: Außenwirtschaft, Schweizerische Zeitschrift für internationale Wirtschaftsbeziehungen, 55 (2), 211-232.

Heinemann, Friedrich 2000: Strategic Lessons from the Maastricht Criteria, in: Kredit und Kapital, 33 (4), S. 455-467.

Heinemann, Friedrich 2000: Does Globalization Restrict Budgetary Autonomy?, in: Intereconomics, 35 (6), 288-298.

Heinemann, Friedrich 1999: EMU and Fiscal Discipline: The End of the Depreciation Threat, Jahrbuch für Wirtschaftswissenschaften/ Review of Economics, 50, 109-135.

Arbeitspapiere

Heinemann, Friedrich 2001: Government Budget Constraints and Globalisation – Evidence from Error Correction Models, mimeo, Mannheim.

Heinemann, Friedrich/ Stirböck, Claudia 1999: Capital Mobility within EMU, ZEW Discussion Paper, No. 99-19, Mannheim.

EU-indizierte Netzwerke in ostdeutschen Ländern

(EU-caused networks in East German Laender)

Projektleiter:

HD Dr. Raimund Krämer , *Universität Potsdam*

Projektmitarbeiter:

Dr. Georg Zoller

Frank König

Laufzeit: 1999 – 2001

Abstract

The project dealt with the question, whether and how does new forms of European governance and institutional change of societies in transition interact. Especially it was analyzed under what conditions policy-networks emerge within the CAP of the EE.CC. resp. the EU in the German Laender Brandenburg and Saxony, and how does European politics influence modes of governance in East Germany. It was assumed that East German agents are using the EE.CC. resp. EU to compensate for their lack of economic and political resources and to adopt new forms of governance in doing so.

The empirical research which included the analysis of institutions and interaction of relevant agents revealed that from the East German agents' point of view the European Union hasn't played such an important role as resource supplier within the examined period of time as supposed. The special character of the German Reunification and transition process as well as the character of the CAP as a semi-Europeanized, re-distributive policy rather led to the establishment of a neo-corporatist mode of governance than to the emergence of (new) European policy-networks. New forms of governance evoked by the EU and related to the agrarian policy could hardly be found.

Ergebnisse

Das Projekt ging der Frage nach, ob und welche Wechselwirkungen zwischen neuen Formen des Regierens in der EU und dem institutionellen Wandel in Transformationsgesellschaften existieren. Dazu wurde untersucht, inwieweit sich in den Ländern Brandenburg und Sachsen im Transformationsprozess spezielle Politiknetzwerke im Politikfeld der EG-Agrarpolitik herausgebildet haben. Das Projekt ging dabei von der Annahme aus, dass die EU für die Eliten der ostdeutschen Länder sowohl eine wichtige ökonomische als auch bedeutende legitimatorische Ressource ihres Regierens darstellte und daher in diesen Ländern einerseits der Einfluss der EU auf Politikprozesse besonders deutlich sichtbar wird, andererseits die Problemlagen einer Transformationsgesellschaft eine Herausforderung für das Handeln der EU-Institutionen und ihrer Akteure selbst sein würden. In Bezug auf die Akteure nahm das Projekt eine *Bottom-up*-Perspektive ein, d.h. betrachtete zunächst die staatlichen und nichtstaatlichen Akteure auf der regionalen und subregionalen Ebene als Hauptanalyseeinheit(en).

Die Untersuchungen im Projekt haben Folgendes ergeben:

1. Der Eigensinn und die Eigenart des deutsche Wiedervereinigungs- und ostdeutschen Transformationsprozesses haben die Herausbildung EU-indizierter Netzwerke im Politikfeld Landwirtschaft entbehrlich gemacht. Im Politikfeld herrschte in dem beobachteten Zeitraum 1990-1996 ein neo-korporatistischer Politikmodus vor. Die Persistenz dieses Modus wird dadurch begünstigt, dass es sich

2. bei der EU-Agrarpolitik um ein (nur) teileuropäisiertes, re-distributives Politikfeld handelt, in dem Policies zwar intergouvernemental auf der europäischen Ebene verhandelt, jedoch auf der nationalstaatlichen Ebene vorgeprägt und implementiert werden: Die jeweiligen politischen Entscheidungen werden durch die vorhandenen nationalen und subnationalen Institutionensysteme in den einzelnen Nationalstaaten bzw. Regionen gefiltert und erfahren dort ihre konkrete Gestalt. Dabei bleibt den regionalen Akteuren das bisherige Bezugssystem größtenteils erhalten und Handeln entlang traditioneller Muster möglich, ohne sich direkt auf europäischer Ebene engagieren zu müssen. Regieren findet in teileuropäisierten Politikfeldern weiterhin in vornehmlich traditionell-moderner Form statt.

Der Eigensinn des deutschen Wiedervereinigungs- und Transformationsprozesses nach 1990 bewirkte im Politikfeld Landwirtschaft einen selektiven Institutionentransfer von West nach Ost, der mit einer Neudefinition des deutschen agrarpolitischen Leitbildes (Abkehr vom Leitbild kleinbäuerlich ausgerichteter Landwirtschaft) einherging. Das Projekt führt dies auf einen doppelten, d.h. EU- und weltmarktinduzierten sowie „wiedervereinigungs-getrieben“, Lernprozess bei den ost- *und* westdeutschen Akteuren im Politikfeld zurück. So hat sich gezeigt, dass die Inkorporation Ostdeutschlands in die westdeutschen Strukturen gerade im Politikfeld Landwirtschaft bei den bestehenden deutschen Institutionen einen erheblichen Problem- und Anpassungsdruck erzeugt hat. Zugleich waren die politikfeldbezogenen Anpassungskosten für die Akteure relativ gering: Gesamtwirtschaftlich handelt es sich beim Agrarsektor um einen marginalen Wirtschaftszweig. Im Politikfeld selbst war ein Großteil der anfallenden Anpassungskosten externalisiert.

Insgesamt begünstigte das im Politikfeld einen auf die Landes- und Bundesebene fokussierten neo-korporatistischen Politikmodus. Dabei bestätigte sich die Annahme, dass aufgrund der Schwäche ostdeutscher nichtstaatlicher Akteure die ohnehin erst schwach ausgebildeten Interessensvermittlungsstrukturen durch die staatliche Exekutive dominiert wurden. Gerade in dem vom Projekt betrachteten Zeitraum sind wesentliche Anstöße zur Ausgestaltung der Agrarpolitik ressourcenbedingt weder von den Interessensorganisationen (Landesbauernverbände) noch von politischen Akteuren (Parteien, Landesparlamente) ausgegangen. Stattdessen hat es institutionalisierte Abstimmungsprozesse zwischen den ostdeutschen staatlichen Akteuren und, über Parteikanäle vermittelt, zwischen den ostdeutschen Ländern und der Bundesregierung gegeben. Eigen ist den identifizierten Interaktionsmodi eine starke Issuebezogenheit, weshalb diese Strukturen möglicherweise als konjunkturelle, überregionale, staatliche Issue-Netzwerke beschrieben werden können. Für unsere Suche nach *neuen* Formen des Regierens boten sie allerdings keinen Anhaltspunkt.

Insgesamt schien sich Europa – aus Projektsicht überraschend – wesentlich langsamer und später als erwartet als eigenständige Ressource für das Handeln der regionalen Akteure zu entwickeln. Obwohl die befragten Akteure der EG bzw. EU insgesamt eine große Bedeutung für die materielle Absicherung des Transformationsprozesses beimaßen, wurde ihr hierbei keine gestalterische Rolle zuerkannt. Folglich war die Hauptinterventionsebene sowohl für staatliche als auch für nichtstaatliche Akteure – pyramidenförmig abgestuft – die jeweils nächste staatliche Ebene, d.h. für den Landkreis das Land, für das Land der Bund. Nur in Ausnahmefällen erfolgte – im Sinne von Lobbying – eine direkte Intervention regionaler Akteure, namentlich der Landesregierungen, auf der europäischen Ebene.

Veröffentlichungen

Deutschsprachige Veröffentlichungen

Beiträge in Sammelbänden

Krämer, Raimund/ König, Frank 2002: Vernetzung europäisierter Regionen: Zwischen Regionalisierung und Europäisierung. in: Thomas Conzelmann/ Michèle Knodt (Hrsg.): Regionales Europa - Europäisierte Regionen (Mannheimer Jahrbuch für Europäische Sozialforschung Band 6), Frankfurt/New York: Campus 2002, 279-298.

Interaktionsstrukturen und Kooperationsmuster vernetzter Verwaltungs- und Expertenstäbe im Komitee-Regime des europäischen Mehrebenensystems

(Interaction and cooperation between committees and experts in the European multi-level system)

Projektleiter:

Prof. Dr. M. Rainer Lepsius, *Emeritus Universität Heidelberg*

Prof. Dr. Maurizio Bach, *Universität Passau*

Projektmitarbeiter:

Michael Teutsch, M.A.

Christine Brockmann, M.A.

Laufzeit: 1997 – 1999; 1999 – 2002

Abstract

The research project dealt with problems of achieving consensus in opinion formation and decision-making within and between institutions of the European Union. The guiding assumption was that in patterns of interaction and modes of cooperation a behavioural structuring takes place which leads to mutual expectations of consensus orientation. Common definitions of the issues and shared criteria of rationality in specific arenas of bargaining and negotiation facilitate the built up of consensus in decision-making. Special attention was given to the interplay of formal structures and informal personal interaction.

The project contains two case studies: (1) The reform of the European Union's structural policy in the context of the "Agenda 2000", (2) The development of the water regulation under the provision of co-determination of the European Parliament and the Council of Ministers. Altogether about 100 interviews were conducted with members of the Commission and their staff, members of the European Parliament and members of national governments and their staff. The result supports the hypothesis that the differentiation of arenas of bargaining, consultation and decision-making further the development and acceptance of criteria of rationality which enables the final decision-making on controversial and complex issues in a procedure of consensuality.

Ergebnisse

Aus der Beschreibung von personalen Interaktionsbeziehungen und der Ausdifferenzierung von kleinen und zum Teil ad hoc geschaffenen Verhandlungsarenen mit spezifizierten Aufgaben konnte das Entstehen von gemeinsamen Rationalitätskriterien erfasst werden. In solchen „Komitees“ werden sowohl die Sachverhalte wie die Verfahren, die zu einem Konsensus führen, bestimmt. Sie vermitteln zwischen institutionell getrennten Organen und förmlichen Kompetenzen. Netzwerke von formellen und informellen Kommunikationen überwinden Entscheidungsblockaden. Sie bilden die Basis für die konsensuale Willensbildung und Entscheidungsfindung. Dabei treten neben Experten auch „policy entrepreneurs“ auf, die die formalen Strukturen beeinflussen und zur Ausbildung von gemeinsamen Handlungskriterien beitragen. Dies konnte bei der Entwicklung der Wasserrahmenrichtlinie gezeigt werden. Die Vertreter der verschiedenen Institutionen der Europäischen Union, Kommission, Ministerrat und Europäisches Parlament, wirken auf informeller Ebene zusammen. Dabei wurde der zeitliche Verlauf der Verhandlungen innerhalb und zwischen den europäischen Institutionen über die gesamte Spanne, vom Beginn der Willensbildung bis zur

Entscheidungsfindung, beobachtet, im Falle der Wasserrahmenrichtlinie einschließlich des erstmals durchgeführten Vermittlungsverfahrens im Rahmen der Mitentscheidungsrechte des Europäischen Parlaments. Angesichts des hohen Konsensbedarfs für die Willensbildung und Entscheidungsfindung im Mehrebenensystem der EU-Organe spielen die Prozesse der Konsenserzeugung eine wesentliche Rolle für die Funktionsfähigkeit der EU, die zu einem erheblichen Teil auf informellen Interaktionen und Kooperationen beruht. Stäbe vermitteln zwischen der politischen Führungsebene und der bürokratischen Arbeitsebene. Die beiden Fallstudien sammeln dazu reiches Material und konzentrieren dies auf verallgemeinerungsfähige analytische Begriffe und Aussagen. Von besonderer Bedeutung sind dabei die Art der Gruppenstruktur von Ausschüssen, ihre Größe, die Zusammensetzung der Mitglieder, der informelle Verhandlungsstil und die kognitive Orientierung ihrer Mitglieder.

Veröffentlichungen

Deutschsprachige Veröffentlichungen

Monographien

Bach, Maurizio 1999: Die Bürokratisierung Europas. Verwaltungseliten, Experten und politische Legitimation in der Europäischen Union, Frankfurt: Campus.

Brockmann, Christine 2004: Die Handlungsfähigkeit der Europäischen Union – untersucht am Beispiel der EU-Wasserrahmenrichtlinie. Dissertation Universität Heidelberg 2003, Universitätsbibliothek Heidelberg 2004, Q 57.

Beiträge in Sammelbänden

Lepsius, M. Rainer 2000: „Die Europäische Union als rechtlich konstituierte Verhaltensstrukturierung“, in: Horst Dreier (Hrsg.): Rechtssoziologie am Ende des 20. Jahrhunderts. Gedächtnissymposium für Edgar Michael Wenz, Tübingen: Mohr Siebeck.

Fremdsprachige Veröffentlichungen

Beiträge in Sammelbänden

Bach, Maurizio 2006: „The Enlargement Crisis of the European Union: From Political Integration to Social Disintegration“, in: Maurizio Bach/ Christian Lahusen/ Georg Vobruba (Hrsg.): Europe in Motion, Berlin.

Lepsius, M. Rainer 2006: “The ability of a European Constitution to forge a European identity”, in: Herman-Josef Blanke and Stelio Mangiameli (Hrsg.): Governing Europe under a constitution, Berlin.

Qualifikationsarbeiten:

Brockmann, Christine: Die Handlungsfähigkeit der Europäischen Union – untersucht am Beispiel der EU-Wasserrahmenrichtlinie. Dissertation Universität Heidelberg 2003.

Michael Teutsch wurde vor Abschluss seiner Dissertation von der Europäischen Kommission eingestellt und ist heute Beamter der Kommission in Brüssel.

Öffentlichkeit und Gleichstellungspolitik im Regierungsprozess. Zur institutionellen Dynamik im Mehrebenensystem der Europäischen Union

*(Public Discourses and Gender Equality in European Governance:
Institutional Dynamics in the Multilevel Polity of the EU)*

Projektleiterin:

Prof. Dr. Ulrike Liebert, *Universität Bremen*

Projektmitarbeiterinnen:

Birgit Locher-Dodge; Holger Schneider; Verena Schmidt, Jörn Ketelhut (Bremen); Stefanie Sifft (UK), Petra Kodre/Henrike Müller (Germany); Marina Calloni (Italy); Amy Mazur, Silke Reuter (France); Milena Sunnus (Sweden); Celia Valiente (Spain)

Laufzeit: 1999 – 2001

Abstract

With the development of more than ten equal treatment, equal opportunity and anti-discrimination directives and nearly two hundred decisions by the European Court of Justice since 1970, the dynamics of European integration has challenged deeply entrenched societal norms of equality regulating gender relations in the Member States. In view of the diversity of gender regimes in Europe, the research project explores the patterns and dynamics of how Member States have coped - and arguably converged towards - common EC/EU gender equality norms (1975-2000). The aim is to explain for the domain of European gender equality law the variable strategies that member governments have adopted in dealing with implementation. The conceptual framework of Europeanisation identifies three kinds of interrelated explanatory mechanisms to account for variation in the domestic impacts of European gender law: (1) institutional conditions that influence a state's capacity to comply with or defect from EC norms; (2) cognitive factors, such as 'policy-framing', public opinion and political discourses and (3) forms of political interaction, such as advocacy coalitions, that push for or hinder the transformation of domestic gender regimes. The analytical approach to Europeanisation wedes neo-institutionalist and discourse analysis with a comparative study of the implementation of EC/EU-directives, exploring equal treatment/opportunity policies (1970-2002) in six "most different" cases: France, Germany, Italy, Spain, Sweden, and UK. The research has involved a transnational network of country experts; its empirical data base includes systematic information on parliamentary legislative processes, political party positions, women's organisations' strategies and media debates, opinion polls and structures of the labour market, as well as decisions by the ECJ.

Results

Unexpectedly because of the primarily economic nature of the integration project, the European Union over the past three decades has gradually expanded women's rights, gender equality and non-discrimination norms. These findings contradict the assumptions held by feminist and non-feminist EU critics alike, namely that European negative integration and the consequences of market, economic and monetary Union - together with the joint-decisionmaking trap - would jeopardise any prospects for positive integration.

Even more surprisingly, as a consequence of these EC provisions, the Europeanization of domestic gender policy has significantly advanced, as well. This is the case, despite

the conspicuous diversity of gender cultures and regimes in a pluralistic Europe - with the differentiated male breadwinner/female caregiver model being prominent in Continental and Southern Europe; an egalitarian dual breadwinner/dual caregiver model characteristic of Scandinavian societies and a liberal breadwinner model established for instance in the UK. Hence, the varying strategies of Member States' responses to the challenge of implementing EC gender equality directives - ranging from resistance to learning, including adaptation and, occasionally, transformative change and policy innovation - warrant explanation. To account for these variations in the implementation of EC/EU gender equality law in Member States, a number of hypotheses are examined: a) the impact of ECJ infringement procedures and preliminary rulings; b) the legislative conflict and public controversy that the transposition of EC gender equality provisions has sparked in Member States, c) the role of gender politics, namely in state institutions, policy advocacy coalitions and the framing of political discourses.

Theoretically, the framework maps out the "complexities of Europeanisation" by developing a mechanisms-based approach. Aimed at bridging the gap between institutionalism and discourse analysis, between structure and agency, between the material and the ideational, the research project seeks to make a contribution to the theory and comparative methodology of Europeanisation research. Drawing on gender research allows the analytical framework of Europeanisation that has been developed for other policy-domains to expand and to encompass a broad range of "hard" legal as well as "soft" mechanisms.

Empirically, some of the key conditions under which the transformation of traditional gender regimes by equal treatment and non-discrimination norms will be likely have been specified by the six comparative country studies that explore the cases of France, Germany, Italy, Spain, Sweden, and the UK. These are original research findings by an international group of social and political scientists coordinated at the University of Bremen, Germany. An extensive appendix offers comparative statistical data on gender gaps in the development of European labour markets; lists the gender equality directives that have been adopted by the European Community/European Union and the decisions that the European Court of Justice has issued in the domain of gender equality (1970-2002).

Comparing its patterns and dynamics across the six (old) Member States, the book gives an account of the gender politics of Europeanization. Theorising the empirical findings, it argues that the outcome of the interplay between EU gender equality norms and domestic gender regimes depends on the "gendering" of Europeanization, shaped, among others, by the patterns of women's political representation, the gendered discursive frames for shaping public debates, and transnational networks that support domestic gender equality advocacy coalitions.

In the light of these findings in the area of gender equality policy, European governance can be described as a device for modernisation, based on new norms of procedural justice and innovative instruments (including gender mainstreaming) for promoting the restructuring of European societies, starting with labour markets, moving on to the reconciliation of work and family life as well as private law, and tackling sexual harassment and trafficking in women, too. Finally, in the area of equal treatment and anti-discrimination policy, Europeanisation does not necessarily result in a convergence towards common norms. Rather, these processes help articulate conflicting norms and diverging meanings, depending on structural context as much as cultural diversity.

"Gendering Europeanisation" studier in depth EC equality norms as an important dimension of social transformation in „constructing a European society by jurisdiction" (Richard Münch), albeit one that is being increasingly politicised. Equal opportunity, equal treatment and non-discrimination have been championed as key principles of „procedural justice" aimed at redefining „social solidarity", social citizenship, individual and collective welfare in Europe, where the national welfare state has reached the Limits of economic growth as a provider of substantive redistributive equality. More recently, political science text books finally also include topical chapters an „European gender politics".²⁷ The research conducted in the project „Public discourses and gender equality in European governance: institutional dynamics in the multilevel polity of the EU" has contributed to filling these research gaps, advancing the state of the art an European, market correcting „positive integration" by gender equality norms - arguably a prototype for the "social Europe" to come. Here, the scope of equal treatment and non-discrimination transcends gender and will, arguably, include ethnic origin, religion, sexual orientation, age, and disability, as well.

Veröffentlichungen

Deutschsprachige Veröffentlichungen

Beiträge in Sammelbänden

Ketelhut, Jörn: Die "maternalistische" Geschlechterpolitik des EuGH: Familienpolitische Leitbilder in der Rechtsprechung zu Mutterschutz und Elternrechten, in: Annette Jünemann/ Carmen Klement (Hrsg.), Die Gleichstellungspolitik in der Europäischen Union. The Policy of Gender Equality in the European Union (Schriftenreihe des Arbeitskreises Europäische Integration e.V., Bd. 52), Baden-Baden: Nomos, 46-64.

Liebert, U.: "Geschlechterpolitik im Europäischen Einigungsprojekt"; in "Im Zentrum. Feministische Studien. Entwicklungen, Positionen, Neubestimmungen", Hg. Kathrin Heinz und Barbara Thiessen; Opladen, Leske + Budrich 2003

Id.: "Regieren in der Europäischen Union: Neue Chancen für europäische Öffentlichkeiten?" in: Klein, Ansgar/ Koopmann, Ruud et al.: Bürgerschaft, Öffentlichkeit und Demokratie in Europa, Opladen, Leske+Budrich 2003.

Id.: "Frauen- und Geschlechterpolitik"; in: Holtmann, Everhart (Hrsg.): Politik-Lexikon, Oldenbourg 2000, S. 192-195

Id.: "Dynamiken demokratischer Exklusion als Problem der Frauen- und Geschlechterforschung und feministischen politischen Theorie"; in: Liebert, Ulrike/ Lauth, Hans Joachim (Hrsg.): Im Schatten demokratischer Legitimität. Informelle Institutionen und politische Partizipation im interkulturellen Demokratievergleich; Westdeutscher Verlag 2000.

²⁷ ' See for instance: Catherine Hoskyns, Gender Perspectives. In Antje Wiener and Thomas Dietz eds., European Integration Theory. Oxford University Press 2004. Katharina Zippel, Politics, Social Movements and the State. In American Sociological Association, Contemporary Sociology: a Journal of Reviews, Vol. 34:2, 2005. Lisa Prugl, Gender and EU Politics, in Knud Erik Jørgensen, Mark A. Pollack, and Ben Rosamond eds., The Handbook of European Union Politics, Sage 2007 (forthcoming).

Locher, Birgit 2001: „`Identitätsexperiment` Europa. Nationalstaat, Geschlecht und supranationale Integration" in Kreisky/Lang/Sauer Hg., EU. Geschlecht. Staat. Wien, Facultas Verlags- und Buchhandels AG, S. 265-284

Arbeitspapiere

Schneider, Holger 2001: "Europa-Skepsis und -Unterstützung und Geschlechterdifferenzen in den öffentlichen Einstellungen der EU- Mitgliedsstaaten (1990-1998)", CEuS-Working Paper no. 11/2001, Universität Bremen.

Fremdsprachige Veröffentlichungen

Monographien

Liebert, Ulrike, with Stefanie Sifft et al.: Gendering Europeanisation. Series Multiple Europes No. 19, Brussels, P.I.E. Peter Lang 2003

Schmidt, Verena: Gender Mainstreaming - an Innovation in Europe? The Institutionalisation of Gender Mainstreaming in the European Commission. Barbara Budrich Publishers 2005

Locher, Birgit: Trafficking in Women in the European Union. VS Verlag 2006

Beiträge in Sammelbänden

Liebert, Ulrike 2005 "European Social Citizenship: Preconditions for Promoting Inclusion". In: Magnusson, L. & Strath, B., A European Social Citizenship? Preconditions for Future Policies in Historical Light, Brussels, P.I.E. Peter Lang

Id. 2004, "La integración de generos en la europa multinivel". In Governanza multinivel en la Unión Europea. Ed. Francesc Morata, Colección Ciencia Política 16. Valencia

Id 2003, "Europeanizing the Military: The ECJ as a Catalyst in Transforming the German Bundeswehr"; in Heidi Gottfried, Laura Reese Hg.: "Gender and Work in Comparative Perspective"; Lexington Press,

Id. 2001, "Constructing the EMU: Euro-Scepticism and the Emergence of a European Public Space"; in Bo Strath and Lars Magnusson, Hg., From the Werner Plan to EMU. In Search of a Political Economy for Europe. Brüssel, Peter Lang

Id. 2001, " Engendering Freedom, Degendering Care: Social Welfare Reform in the European Union"; in: Hirschmann/ Liebert (Hrsg.): Women and Welfare. Theory and Practice in the United States and Europe; Rutgers University Press

Sifft, Stefanie 2003, „Pushing for Europeanisation: How British Feminists Link with the EU to Promote Parental Rights` ; in: Liebert, with Sifft et al.: Gendering Europeanisation, Brüssel: P.I.E. Peter Lang.

Reuter, Silke 2002 (i.E.), "Paradoxes of Gender-biased Universalism: the Dynamics of French Equality Discourse"; in: Liebert, with Sifft et al.: Gendering Europeanisation

Müller, Henrike/ Kodre, Petra 2003, „Shifting Policy Frames: EU Equal Treatment Norms

and Domestic Discourses in Germany", in: Liebert, with Sifft et al.: *Gendering Europeanisation*, Brüssel: P.I.E. Peter Lang.

Sunnus, Milena 2003: "EU Challenges to the Pioneer in Gender Equality: the Case of Sweden"; in: Liebert, with Sifft et al.: *Gendering Europeanisation*, Brüssel: P.I.E. Peter Lang.

Ketelhut, Jörn, EU Gender Equality Law, Gender Disparities in Domestic Labour Markets, and Public EU Support, in: Liebert, with Sifft et al., *Gendering Europeanisation (Multiple Europes, Vol. 19)*, Brussels: Peter Lang, 285-300

Contributions to Journals

Liebert, Ulrike: "The European Citizenship Paradox: Renegotiating Equality and Diversity in the New Europe". In: *Negotiating Diversity within Equality: Comparative Citizenship Analyses*. Eds. Birte Siim and Judith Squires, Special issue of *Critical Review of International Social and Political Philosophy (CRISPP)* Autumn 2006

Id.: "Gendering Europeanisation: The Transformation of Employment Policy in Germany"; in A. Mazur und S. Zwingel, "Comparing Feminist Policy at Work in Germany and France". Special Issue, *Review of Policy Research*, Sep 2003

Id.: "Europeanising Gender Mainstreaming: Opportunities and Constraints in the European Multilevel Polity", in: Shaw, Jo/Beveridge, Fiona: *Feminist Legal Studies, Special Issue on Gender Mainstreaming in the European Union*, 2002, p. 241-256.

Id. 1999: "Gender Politics in the European Union: The Return of the Public"; in: *European Societies*, 1999; (1) 2

Locher, Birgit 2001: „Feminism and Constructivism. Worlds Apart or Sharing the Middle Ground?", mit Lisa Prügl; in *International Studies Quarterly* 45, S. 111-129

Working papers

Liebert, Ulrike 2002: "Causal Complexities: Explaining Europeanisation". CEuS-Working Paper no. 1/2002, University of Bremen.

Liebert, Ulrike 2001: "New Governance and the Prospects for a European Sphere of Publics", CEuS-Working Paper no. 10/2001.

Schmidt, Verena 2001: "The Evolution of Gender Inequalities in the European Union", CEuS-Working Paper no. 2/2001, University of Bremen.

Conferences and Workshops

Europeanization in Transatlantic Perspective. *Joint Workshop: Institute for European Studies (IES), Cornell University & Jean Monnet Centre for European Studies (CEuS), University of Bremen, Bremen, Dec. 8-9, 2000.*

Gender, Globalization, and State Transformation: New Concepts and Approaches in Political Research. *International Conference: Sept. 27-30, 2003, Hanse Wissenschaftskolleg Delmenhorst and Research Network on Gender, Politics and the State (RNGS)*

Qualifikationsarbeiten

Locher, Birgit (2002) 'Trafficking in Women in the European Union. A Norm-based Constructivist Approach'. Bremen: Department of Political Science, University of Bremen.

Müller, Henrike: „Gender Mainstreaming im Mehrebenensystem der EU. Erfolge und Grenzen regionaler Politik-Innovation“; Inaugural-Dissertation, Universität Bremen 2006.

Sifft, Stefanie: "Discursive Europeanisation"; Inaugural-Dissertation, Universität Bremen (in Arbeit)

Soziokulturelle Grundlagen europäischer Verfassungspolitik
(*European constitutional policy: Challenges by modern civil societies in Europe*)

Projektleiter:

Professor Dr. Hans J. Lietzmann, *Universität Wuppertal*

Projektmitarbeiterin:

Dr. Gabriele Wilde

Laufzeit: 2001 – 2003

Abstract

From the perspective of critical integration and constitutional theories there is a connection between the social conditions of the European constitution and her capacity to political integration and legitimacy production. The research project focused on the social bases of European constitutional policy and examined the social-cultural and political factors, which are significant for the acceptance of constitutional norms and basic conditions. From this theoretical point of view the analysis was concentrate to the validity of values and setting pattern to the constitutional policy, the development of political power relations as well as changed participation forms in modern European societies. The study shows that there is a discrepancy between the implications of the European constitutional policy and the differentiated political structure of modern civil societies, which effects the function of political integration and legitimacy of the European Constitution.

Ergebnisse

Die Frage nach dem Verhältnis europäischer Verfassungspolitik und ihrer gesellschaftlichen Grundlagen bildeten den normativen und analytischen Ausgangspunkt des Forschungsprogramms. Das Projekt hatte es sich zum Ziel gesetzt, die soziokulturellen Grundlagen europäischer Verfassungspolitik zu beschreiben und zu analysieren. Es ging dabei von der These aus, dass die europäische Bürgerschaft in eine Pluralität von nationalen Gemeinschaften fragmentiert ist, die jeweils eigene „Verfassungskulturen“ und damit unterschiedliche soziokulturelle Bedingungen ausgebildet haben. Der theoretischen Ausrichtung des Forschungsprojekts folgend, das sowohl die Makro- und die Mikroebene europäischer Verfassungspolitik umfasst, gliederte sich die Durchführung der Analyse in drei Untersuchungsbereiche:

Der erste Forschungsschritt konzentrierte sich auf die ideen- und theoriegeschichtliche Perspektive einer Theorie des Konstitutionalismus sowie auf deren Rezeption in der europäischen Verfassungsdebatte. In diesem Zusammenhang wurde die Doppelstruktur von Verfassungen als sowohl instrumenteller als auch symbolischer Modus politischer Integration für die Analyse herausgearbeitet und konturiert.

Der zweite Forschungsschritt zielte auf die Analyse der Entwicklung europäischer Verfassungspolitik und der Institutionalisierung konstitutioneller Leitideen im vereinigten Europa. Erkenntnisinteresse war, inwieweit der europäische Verfassungsprozess als Modus sowohl der instrumentellen als auch symbolischen politischen Integration betrachtet werden kann. Dazu wurden einzelne Etappen europäischer Verfassungspolitik untersucht, die sich bislang auf die institutionelle Etablierung und Ausgestaltung einer europäischen Verfassung konzentrierten. Anhand zweier exemplarischen Untersuchungen zur Unionsbürgerschaft und dem Verfassungskonvent konnte gezeigt werden, dass das politische und demokratische Potenzial europäischer Bürgergesellschaften, das sich in einem breiten Spektrum pluraler Themen- und Problemstellungen entfaltet, allenfalls einen sekundären Effekt des institutionell-politischen, von der europäischen Ministerialbürokratie vorgegebenen

Normenprogramms darstellt. Im Ergebnis weisen sowohl die Schwerpunktlegung auf die rechtliche Integration sowie das Fehlen von transparenten, universellen Entscheidungsprozessen im Konstitutionalisierungsprozess auf eine Entkoppelung von Verfassungspolitik und den politischen Gesellschaften. Diese zeigt sich einmal an den Verträgen, die lediglich das Resultat von Regierungskonferenzen und damit nur indirekt von den europäischen BürgerInnen legitimiert sind. Sie zeigt sich zum anderen an der Unionsbürgerschaft, die geradezu als eine Entpolitisierung der europäischen BürgerInnen betrachtet werden kann, indem diese Institution primär auf die rechtliche und weniger politische Integration europäischer BürgerInnen zielt. Und schließlich gilt es auch in einem erhöhten Maße für den Verfassungskonvent, der etabliert als demokratische Methode, die europäischen Zivilgesellschaften zwar explizit miteinbezogen hat, ohne deren Forderungen tatsächlich zu berücksichtigen.

Die Analyse der soziokulturellen Grundlagen europäischer Verfassungspolitik schließlich bildete den Schwerpunkt des dritten Forschungsschrittes. Die Untersuchungsperspektive richtete sich zum einen auf die bürgergesellschaftliche Dimension, d.h. auf Einstellungen und Werte zu den Verfassungsnormen und zum politischen System der EU, zweitens auf die Veränderung und Entwicklung gesellschaftlicher Machtverhältnisse und Politikprozesse, die mit dem Begriff der politischen Gesellschaft erfasst wurden sowie drittens auf Faktoren des politischen Wandels, die sich vor allem auf Demokratisierungsprozesse zurückführen lassen. Hierzu wurde auf das Konzept der Zivilgesellschaft als empirisch-analytische Dimension europäischer Verfassungspolitik zurückgegriffen und die Veränderung bzw. Entwicklung politischer Partizipationsformen analysiert.

Zusammenfassend weisen die Ergebnisse zum ersten Themenbereich darauf hin, dass in den europäischen Gesellschaften eine einheitliche Verfassungskultur – etwa in Form eines Verfassungspatriotismus - nicht länger vorausgesetzt werden kann. Vielmehr muss von einem Wertepluralismus ausgegangen werden, der die europäische Verfassung als einheitlichen Wertebezug grundsätzlich in Frage stellt.

Darüber hinaus belegen Ergebnisse zur politischen Dimension europäischer Gesellschaften einen Widerspruch zwischen der europäischen Verfassungsordnung, die politische Macht nur dann als legitim anerkennt, wenn sie mit und durch ein globales, einheitliches und für alle bindendes System von Prinzipien, Regelungen und Prozessen ausgeübt wird und der Ausdifferenzierung gesellschaftlicher Machtverhältnisse und Politikprozesse in den europäischen politischen Gesellschaften

Verstärkend hierbei wirken Prozesse der Globalisierung und Europäisierung, die Machtverhältnisse zunehmend breiter verteilen. Sie führten in den letzten zwei Jahrzehnten nicht nur zum Ausbau transnationaler Organisationen und Entscheidungsprozesse, sondern auch zu einer Verlagerung politischer Entscheidungen in regionale Politikarenen. Allerdings gestaltet sich die Form der Regionalisierung von Politikprozessen in Kombination mit neuen direktdemokratischen Partizipationsformen im Vergleich der europäischen Gesellschaften keineswegs einheitlich. Vielmehr verläuft die Politisierung der europäischen Gesellschaften in Abhängigkeit von den jeweiligen Traditionen und der jeweiligen politischen Struktur unterschiedlich.

Die Entstaatlichung von Politik in der politischen Dimension schließlich korrespondiert einer Entformalisierung von Politik auf der zivilgesellschaftlichen Ebene. So zeigen die Ergebnisse der Untersuchung zum dritten Themenbereich, dass sich mit der zivilgesellschaftlichen Entwicklung unkonventionelle Partizipationsformen vervielfältigen und differenzieren.

Auch wenn dieser Prozess in den europäischen Mitgliedstaaten jeweils unterschiedlich verläuft und den politischen Akteuren ein jeweils anderer Stellenwert zukommt, verbindet sich damit - jenseits aller kulturellen Differenzen und nationaler Politiktraditionen - der Anspruch einer „Entformalisierung von Politik“. Dies zeigt sich nicht nur an der Ausdehnung zivilgesellschaftlicher Aktivitäten, sondern auch am Rückgang des konventionellen

Partizipationsverhaltens. Diese gegenwärtige zivilgesellschaftliche Entwicklung lässt die Bedeutung von Rechten für das Partizipationsverhalten sinken. Sie lässt darüber hinaus den Schluss zu, dass nicht nur die Möglichkeit zur politischen Teilhabe, sondern auch die Ausbildung demokratischer Werte und das daraus resultierende Partizipationsverhalten fest in den Sozialstrukturen verankert und immer weniger in die staatsbürgerliche Kultur eingebettet sind.

Veröffentlichungen

Deutschsprachige Veröffentlichungen

Beiträge in Zeitschriften

Lietzmann, Hans J. 2004: Die europäische Union als „defekte Demokratie“? in: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft (ÖZP), 33.Jg., S.19-32.

Wilde, Gabriele/ Berghahn, Sabine 2004: Verfassungen und Geschlechterpolitik. Eine Einleitung zum Schwerpunktthema „Verfassungspolitik – verfasste Politik“, in: *Femina Politica. Zeitschrift für feministische Politik – Wissenschaft*, Heft 1/2004, 13. Jg., S. 9-24.

Wilde, Gabriele 2003: Der EU-Konvent. Förderer oder Verhinderer demokratischer Geschlechterverhältnisse? In: *femina politica. Zeitschrift für feministische Politik-Wissenschaft*. 12.Jg. Heft 1/2003. S.93-98.

Wilde, Gabriele 2003: Rezension zu Michael Th. Greven: Die politische Gesellschaft. Kontingenz und Dezipion als Probleme des Regierens und der Demokratie. Opladen 1999, in: *Sozialwissenschaftliche Literaturreischau*, 1/2003, Heft 46, 26. Jg., S. 99-101.

Beiträge in Sammelbänden

Lietzmann, Hans J. 2004: Zeitstrukturen europäischer Herrschaft, in: Hartmut Aden (Hrsg.): *Herrschaftstheorien und Herrschaftsphänomene*. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften, S.1-17.

Lietzmann Hans J./ Wilde Gabriele 2003: Der supranationale Charakter einer europäischen Bürgerschaft, in: A. Klein/ R. Koopmanns/ H.-J. Trenz/ Klein L./ Lahusen/ Rucht (Hrsg.): *Bürgerschaft, Öffentlichkeit und Demokratie in Europa*. Opladen: Leske+Budrich, S.55-73.

Lietzmann, Hans J. 2003: Europäische Institutionenpolitik und die Differenz nationaler politischer Moral, in: Ulrich Willems (Hrsg.): *Interesse und Moral als Orientierungen politischen Handelns*. Baden-Baden: Nomos- Verlag, S.333-349.

Lietzmann, Hans J. 2002: Die politische Struktur des „Verfassungsstaates“ und die Integration der Europäischen Union, in: Hans Vorländer (Hrsg.): *Integration durch Verfassung*. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, S.291-312.

Lietzmann, Hans J. 2001: Politik und Verfassung: Politischer Konstitutionalismus, in: Ders. (Hrsg.): *Moderne Politik. Politikverständnisse im 20.Jahrhundert*. Opladen: Leske+Budrich, S.237-262.

Lietzmann, Hans J. 2001: Europäische Verfassungspolitik. Die politische Kultur des Verfassungsstaates und die Integration der Europäischen Union. WZB, Berlin.

Wilde, Gabriele 2006: Zum Verhältnis von Recht und Politik in Theorien zum demokratischen Verfassungsstaat in Europa. Eine kritische Betrachtung aus Geschlechterperspektive, in: Ruth Zimmerling u.a. (Hrsg.) 2006: Recht und Politik. PVS-Sonderband (Im Erscheinen).

Wilde, Gabriele 2004: Politik und Recht, in: Rosenberger, Sieglinde Katharina/Sauer, Birgit (Hrsg.): Politikwissenschaft und Geschlecht. Konzepte – Verknüpfungen - Perspektiven. UTB: WUV-Universitätsverlag, Wien, S. 211-228.

Qualifikationsarbeit

Wilde, Gabriele: Bürgerschaftlicher Konstitutionalismus: Die Verfassung der Europäischen Bürgergesellschaft. Habilitationsprojekt.

Die Europäische Kommission als lernende Organisation? Grenzen, Möglichkeiten und Bedingungen organisationaler Lernfähigkeit am Beispiel des umweltpolitischen Integrationsprinzips

(The European Commission as a Learning Organization? Limits, Possibilities and Conditions of Organizational Learning Capabilities with respect to the Implementation of the EU Environmental Integration Principle.)

Projektleiter:

Dr. Tanja Kopp-Malek, *Universität Bielefeld*
Prof. Dr. Hubert Heinelt, *TU Darmstadt*

Projektmitarbeiter:

Martin Koch, *Universität Bielefeld*
Alexandra Lindenthal, *Universität Bielefeld*

Laufzeit: 2001 – 2003

Abstract

Im Zentrum des Interesses stand die Frage, inwiefern die Europäische Kommission bzw. einzelne Generaldirektionen in der Lage sind angesichts neuer Umwelanforderungen zu lernen. Dies wurde am Beispiel der Umsetzung des umweltpolitischen Integrationsprinzips der EU in unterschiedlichen Politikbereichen und Generaldirektionen der Europäischen Kommission über einen Zeitraum von 1986-2002 untersucht. Für die Analyse und Konzeptualisierung der Projektfragestellung wurde vor allem auf Ansätze organisationalen Lernens zurückgegriffen. Wie die empirische Analyse gezeigt hat, kommt - neben spezifischen Kontextbedingungen - verschiedenen organisationalen Merkmalen der „EU-Bürokratie“ (wie etwa der Personalmobilität und dem Nebeneinander unterschiedlicher Verwaltungskulturen) sowohl eine restringierende als auch eine konstruktive Wirkung auf organisationale Lernprozesse zu. So schaffen die wechselnden Mitgliedschaftsverhältnisse im Innen- wie auch im Außenverhältnis der Europäischen Kommission Bedingungen, die einen über individuelle Akteure vermittelten Import „fremder“ Wissensbestände in die (Sub-)Organisation ermöglichen. Ob und inwiefern individuelle Lernerfahrungen jedoch auch Eingang ins (sub-)organisationale Handlungsrepertoire finden können, ist mit Blick auf den vorliegenden Gegenstandsbereich wesentlich durch die GD-spezifischen Verwaltungskulturen bestimmt, die wesentlich die individuelle Gestaltungsfreiheit sowie die intra- und interdirektionalen Kooperations- und Koordinationsprozesse prägen.

Ergebnisse

Die Untersuchung hat gezeigt, dass sich die GD-spezifischen Reaktionsweisen auf die Anforderungen des Umweltpolitischen Integrationsprinzips im Laufe des Untersuchungszeitraums von ursprünglichem Widerstand hin zu Konformität gewandelt haben. Dieser Wandel geht einher mit Veränderungen auf der Ebene der handlungsleitenden Theorien der GDs, die Ausdruck von Lernprozessen sind. Bedeutsam für diese Veränderung sind neben (a) organisationalen Eigenschaften der Europäischen Kommission (b) externe Rahmenbedingungen.

Die Europäische Kommission zeichnet sich durch wechselnde Mitgliedschaftsverhältnisse im Binnenverhältnis in Form interdirektionaler Mobilität aus. Dieser Personalmobilität kommt eine doppelte Wirkungsweise im Hinblick auf organisationale Lernfähigkeit zu. Einerseits trägt der Wechsel von Mitgliedern zwischen Generaldirektionen dazu bei, dass sich leichter

ein gegenseitiges Verständnis für die Besonderheiten der disparaten Handlungsfelder herausbilden kann. Zudem wird dadurch die Möglichkeit eröffnet, dass über den Zugang neuer Mitarbeiter „fremde“ Wissensbestände in die (Sub-)Organisation getragen und damit unterschiedliche Betrachtungsweisen „derselben“ Situation ermöglicht werden, wodurch neue Erkenntnisse anschlussfähiger sind, weil die Eindeutigkeit gelockert wird, mit der Organisationen auf die Wahrnehmung und Interpretation der Umwelt durch die Individuen einwirken. Andererseits geht ein Wechsel von Mitgliedschaftsverhältnissen innerhalb der Organisation aber mit einem Verlust an implizitem Wissen für die Suborganisation einher. Ferner verhindert die Mobilität der Mitarbeiter den Aufbau von vertrauensvollen Beziehungen, weil die Etablierung von Vertrauensverhältnissen in Kooperationsbeziehungen Zeit braucht. Vertrauen ist allerdings eine notwendige Voraussetzung für ein Mindestmaß an Lernoffenheit, weil es eine Bedingung schafft, unter der Akteure bereit sind, ihre Interessen und Überzeugungen auch bei sich selbst argumentativ in Frage stellen zu lassen und zu reflektieren, also in einen kollektiven Lernprozess einzutreten.

Ob und inwiefern individuelle Lernerfahrungen auch Eingang ins (sub-)organisationale Handlungsrepertoire finden können, ist mit Blick auf den vorliegenden Gegenstandsbereich allerdings wesentlich durch die GD-spezifische Verwaltungskultur bestimmt. Hinsichtlich der administrativen Kulturen lassen sich innerhalb der Kommission prinzipiell zwei Traditionen unterscheiden. Auf der einen Seite steht ein Verwaltungsstil traditioneller französischer Provenienz, der eher durch eine hierarchische Struktur mit vertikalen, formalisierten Kommunikationswegen und -formen gekennzeichnet ist. Dem steht eine angelsächsische Verwaltungstradition gegenüber, die durch einen offenen Informations- und Ideenfluss gekennzeichnet ist, der nicht ausschließlich vertikal, sondern auch horizontal verläuft.

Diese verwaltungskulturspezifische Prägung der einzelnen Generaldirektionen ist in zweifacher Hinsicht bedeutsam für die Beantwortung der Projektfragestellung. So beeinflusst sie zum einen die Autonomie des Einzelnen hinsichtlich der Gestaltung von Arbeits- und Organisationsbedingungen und damit die Flexibilität gegenüber externen Veränderungen sowie die Möglichkeiten der Auseinandersetzung über eigene Problemlösungsstrategien. Sie kann sich vor allem im Kontext eines angelsächsischen Verwaltungsstils entfalten. Zum anderen beeinflusst die Verwaltungskultur die Modalitäten interdirektionaler Kooperation. So verbindet sich mit einem französischen Verwaltungsstil eher ein Autarkiemodell, bei dem der Schwerpunkt auf eine (abgeschottete) Bearbeitung von Rechtsetzungsvorschlägen innerhalb einer Generaldirektion gelegt wird. Im Gegensatz zum Autarkiemodell verlagert sich bei einem englischen Administrationsstil das Augenmerk eher auf Kooperation und Koordination zwischen den unterschiedlichen Kommissionseinheiten, wodurch andere Dienststellen frühzeitig zu Beratungen hinzugezogen werden, eine prinzipielle Offenheit gegenüber abweichenden Meinungen besteht und diese auch Eingang in Politikvorschläge finden können. Allerdings kann gerade die Heterogenität an Verwaltungskulturen horizontale wie vertikale Koordinations- und Kooperationsdefizite bedingen, weil die durch bestimmte Verwaltungskulturen geprägten Arbeits- und Kommunikationsformen nicht kompatibel sind. Zudem müssen die Handlungen und Kommunikationen der Verhandlungspartner so gestaltet sein, dass sie für alle anderen Beteiligten anschlussfähig sind bzw. in kompatiblen Begriffssystemen kommunikativ vermittelt werden können.

Die Möglichkeit kollektiver Lernprozesse ist schließlich auch abhängig von spezifischen, als handlungsrelevant wahrgenommenen Kontextbedingungen. So wurde etwa die Verständigung über die Bedeutung und die Integration umweltpolitischer Belange in anderen Politikfeldern

durch ihre Verbindung mit politischen und gesellschaftlichen Entwicklungen befördert (z. B. das wachsende ökologische Bewusstsein, politische Initiativen des Europäischen Rates etc.).

Veröffentlichungen

Deutschsprachige Veröffentlichungen

Beiträge in Sammelbänden

Kopp-Malek, Tanja: Über das Lernen in und von Organisationen: Einblicke in Diskussionen zum Forschungsfeld „organisationales Lernen“, in: Michael Florian/ Frank Hillenbrandt (Hrsg.): Adaption und Lernen in und von Organisationen, Westdeutscher Verlag: Wiesbaden 2004, S. 23-40.

Kopp-Malek, Tanja/ Hilkermeier Lena 2003: Überlegungen zur Bedeutung organisationaler Lernansätze in der und für die Politikwissenschaft, in: Matthias Leonhard Maier/ Achim Hurrelmann/ Frank Nullmeier/ Tanja Pritzlaff/ Achim Wiesner et.al. (Hrsg.): Politik als Lernprozess, Leske + Budrich: Opladen 2003, S.78-97

Konferenzen bzw. Workshops

Workshop „Lernen in der Weltgesellschaft“ am Institut für Weltgesellschaft der Universität Bielefeld 13./14. Dezember 2002 (Organisation/Leitung: Tanja Kopp-Malek/Lena Hilkermeier)

Panel “IR meets Organizational Sociology”, Annual Convention der International Studies Association in New Orleans, 23.-27. März 2002 (Organisation/Leitung: Tanja Malek/Mathias Albert).

Bedingungen und Erfolgsfaktoren nationalstaatlicher Außenpolitik im europäischen Mehrebenensystem

(Conditions and factors for success of national foreign policy in the European multi-level system)

Projektleiter:

Prof. Hans W. Maull, *Universität Trier*

Projektmitarbeiter:

Dr. Bernhard Stahl

Laufzeit: 1999 - 2001

Abstract

The project aimed at examining and explaining the behaviour of nation-states in Western Europe. Against the background of a common foreign policy in Western Europe that is, when compared to other regions, the most densely institutionalized in the world, the project established and evaluated indicators for the success or failure of common European Union foreign policies. The role of the nation-states in their complicated coexistence within GASP and EU external relations evaluated the foreign policies of five EU-member states, using case studies, in order to identify similarities and differences in their behavioural patterns. Conceptually, the project built on the notion of socially constructed “foreign policy identities”; the key assumption was the common policies could develop only to the degree national identities of EU member states were compatible or congruent. The national identities of Germany, France, Italy, the Netherlands and Denmark and their interaction in the context of GATT negotiations formed the core of the empirical work.

Ergebnisse

Das Projekt befasste sich mit den Möglichkeiten und Grenzen einer gemeinsamen europäischen Außenpolitik und versuchte, Faktoren zu identifizieren, die die Entwicklung hin zu einer europäischen Außenpolitik fördern bzw. behindern. Dabei ging das PAFE-Projekt davon aus, dass das außenpolitische Verhalten von Staaten wesentlich durch ihre jeweilige „nationale Identität“ geprägt ist, verstanden als eine soziale Konstruktion, die das Selbstverständnis einer Gesellschaft in Beziehung und Abgrenzung zu anderen zum Inhalt hat. Mithin lautete die Prämisse des Projekts, dass eine wirklich europäische Außenpolitik nur in dem Maße möglich ist, wie die Schnittmengen und Komplementaritäten der nationalen Identitäten dies erlauben.

Die Wirkungsweise von Identität auf Verhalten wurde dabei als indirekt konzeptualisiert, indem davon ausgegangen wurde, dass nationale Identität einen Referenzrahmen für innergesellschaftliche Diskurse vorgibt, die ein bestimmtes außenpolitisches Verhalten betreffen. Der Diskursanalyse kam mithin als methodisches Instrument zentrale Bedeutung zu. Mit ihrer Hilfe wurden zum einen aus der Analyse wichtiger historischer Diskurse in den Untersuchungsländern Erkenntnisse über Inhalt und Kontinuität bzw. Wandel der einschlägigen Konstruktionen nationaler Identität gewonnen. Zum anderen konnte in den Fallstudien der Zusammenhang zwischen nationaler Identität und Außenpolitik erhellt werden.

Das Ziel des Projektes bestand mithin darin, sowohl theoretisch-konzeptionell als auch methodisch und empirisch einen Beitrag zur Analyse von Identität in den internationalen Beziehungen zu leisten. Dazu befasste sich das PAFE-Projekt mit den Außenpolitiken der EU Mitgliedstaaten Deutschland, Frankreich, Italien, Dänemark und Niederlande. In einem ersten Schritt wurden die Grundmuster der Außen-, Europa- und Sicherheitspolitiken dieser fünf

Länder seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges analysiert. Die Frage, inwieweit die Entwicklung einer gemeinsamen europäischen Außenpolitik durch Identitätsunterschiede gehemmt bzw. durch Identitätskongruenzen gefördert wird, wurde in zwei Fallstudien genauer untersucht, nämlich der GATT-Verhandlungen in der Uruguay-Runde und dem Kosovo-Konflikt. Dabei ergaben sich folgende Ergebnisse: Zum einen hat sich die analytisch begründete Vorgehensweise, das außenpolitische Verhalten von den Diskursen zu trennen, bewährt. Desgleichen erwiesen sich die Kriterien zur Verhaltensanalyse als gewinnbringend. In beiden Fällen konnte das beobachtete Verhalten in hohem Maße durch die Diskursanalyse plausibilisiert werden. In der GATT-Studie gelang der Nachweis, dass alternative Erklärungsmodelle einen wesentlich geringeren Erklärungsbeitrag geliefert hätten. In der Kosovo-Fallstudie konnte gezeigt werden, wie das Konzept der nationalen Identität Elemente der Kontinuität in der französischen Außenpolitik nachvollziehbar macht, aber auch, wie die geschickte Verknüpfung von Argumentationsmustern mit zentralen Identitätselementen Aspekte des Wandel in der französischen Kosovopolitik verstehen helfen kann.

Veröffentlichungen

Deutschsprachige Veröffentlichungen

Monographien

Joerißen, Britta/ Stahl, Bernhard (Hrsg.) 2003: Europäische Außenpolitik und nationale Identität. Vergleichende Diskurs- und Verhaltensstudien zu Dänemark, Deutschland, Frankreich, Griechenland, Italien und den Niederlanden, Münster: LIT Verlag.

Lütticken, Florian 2006: Die europäische Außenhandelspolitik. Die Auswirkung nationaler Außenpolitiken auf die Handelspolitik der EU am Beispiel der Verhandlungen zur Uruguay-Runde des GATT, Baden-Baden: Nomos (i.E.).

Stahl, Bernhard 2006: Frankreichs Identität und außenpolitische Krisen. Verhalten und Diskurse im Kosovo-Krieg und der Uruguay-Runde des GATT, Baden-Baden: Nomos.

Beiträge in Sammelbänden

Stahl, Bernhard 2005, Vergleichende Außenpolitikanalyse - die Außenpolitik ausgewählter EU-Staaten in der Irak-Krise, in: Siedschlag, A. (Hg.): Methoden sicherheitspolitischer Analyse, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Stahl, Bernhard/ Stepp, Ulrike 2001, Italien, in: J. Bellers/ T. Benner/ I.M. Gerke (Hrsg.): Handbuch der Außenpolitiken von Afghanistan bis Zypern, München: Oldenbourg, 125-134.

Beiträge in Zeitschriften

Maull, Hanns W./ Stahl, Bernhard 2002, Durch den Balkan nach Europa? Deutschland und Frankreich in den Jugoslawienkriegen, in: PVS, 43. Jg, Heft 1, 82-111.

Boekle, Henning 2002, Nationale Aspekte bei der Herausbildung einer europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik, Konferenzkurzbericht des zweiten Beiratstreffens vom 26.-29. Oktober 2001, in: WeltTrends No.34, pp. 198-201

Arbeitspapiere

Boekle, Henning 2001a: Die Außenpolitik der Niederlande, PAFE-Paper zum Verhaltensprofil der Niederlande, www.uni-trier.de/uni/fb3/liba/pafe/baum.htm

Boekle, Henning 2001b: Die Dekolonisation Indonesiens, PAFE_Paper zum Diskursprofil der Niederlande, www.uni-trier.de/uni/fb3/liba/pafe/baum.htm

Boekle, Henning 2000: Identität, Diskurs und vergleichende Analyse europäischer Außenpolitiken. Theoretische Grundlegungen und methodische Vorgehensweise, PAFE-Arbeitspapier Nr. 1, Universität Trier, www.uni-trier.de/uni/fb3/politk/liba/pafe/pafe_texte.htm

Boekle, Henning/ Nadoll, J./ Stahl, B. 2001: Nationale Identität, Diskursanalyse und Außenpolitikforschung: Herausforderungen und Hypothesen, PAFE-Arbeitspapier Nr. 4, Universität Trier.

Katsioulis, Christos/ Molitor, Nicole/ Stahl, Bernhard 2002: Auswahlbibliographie zur Europäischen Außenpolitik – Dänemark, Deutschland, Frankreich, Italien, Niederlande, Trierer Arbeitspapiere zur Internationalen Politik 5, Universität Trier.

Katsioulis, Christos 2001: Der Kosovokrieg – Kontext und Ablaufanalyse, PAFE-Paper zur GATT-Fallstudie, www.uni-trier.de/uni/fb3/liba/pafe/docs/jugo/kosov_verh.pdf

Jónhannesdóttir, Anna 2002: Die Maastricht-Debatte, PAFE-Paper zum Diskursprofil Dänemarks.

Jónhannesdóttir, Anna 2001a: Außenpolitische Diskursstruktur der Niederlande, PAFE-Paper zum Diskursprofil Dänemarks.

Jónhannesdóttir, Anna 2001b: Der NATO-Beitritt Dänemarks, PAFE-Paper zum Verhaltensprofil Dänemarks.

Jónhannesdóttir, Anna 1999: Vergleich als Methode, PAFE-Arbeitspapier Nr. 3, Universität Trier.

Leisenheimer, Ilka 2002: Der NATO-Beitritt Italiens, PAFE-Paper zum Diskursprofil Italiens.

Leisenheimer, Ilka 2001a: Die außenpolitische Diskursstruktur Italiens, PAFE-Paper zum Diskursprofil Italiens.

Leisenheimer, Ilka 2001b: Die Debatte um den Zweiten Golfkrieg, PAFE-Paper zum Diskursprofil Italiens.

Lütticken, Florian 2001: Die Uruguay Runde der GATT-Kontext- und Ablaufanalyse, PAFE-Paper zur GATT-Fallstudie. www.uni-trier.de/uni/fb3/liba/pafe/docs/gatt_uruguay.pdf

Löhr, Johanna 2002: Die Debatte um die Mittelstreckenstationierung, PAFE-Paper zum Diskursprofil der Niederlande.

Nadoll, Jörg 2001a: Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland, PAFE-Paper zum Verhaltensprofil Deutschlands

Nadoll, Jörg 2001b: Die westdeutsche Wiederbewaffnung, PAFE-Paper zum Diskursprofil Deutschlands.

Nadoll, Jörg 2001c: Die außenpolitische Diskursstruktur der Bundesrepublik Deutschland, PAFE-Paper zum Diskursprofil Deutschlands.

Nadoll, Jörg 2000: Diskursanalyse und Außenpolitikforschung, PAFE Arbeitspapier Nr. 2, Universität Trier.

Stahl, Bernhard 2001a: Die Außenpolitik Frankreichs, PAFE-Paper zum Verhaltensprofil Frankreichs.

Stahl, Bernhard 2001b: Die außenpolitische Diskursstruktur Frankreichs, PAFE-Paper zum Diskursprofil Frankreichs.

Stahl, Bernhard 2001c: Die Debatte um die Europäische Verteidigungsgemeinschaft. PAFE-Paper zum Diskursprofil Frankreichs.

Fremdsprachige Veröffentlichungen

Beiträge in Zeitschriften

Stahl, Bernhard/ Boekle, Henning/ Nadoll, Jörg/ Johannesdottir, Anna 2004: Understanding the Atlanticist-Europeanist divide in the CFSP - comparing Denmark, France, Germany, and the Netherlands, in: *European Foreign Affairs Review* 9 (3), Autumn 2004: pp. 417-441

Arbeitspapiere

Stahl, Bernhard 2005: Understanding the `great split` in the Iraq crisis. A comparative approach of the member states` foreign policy, Paper prepared for presentation at the UACES conference in Zagreb, 4-7 September 2005

Konferenzen bzw. workshops

1. Konferenz mit dem Projektbeirat des PAFE-Projektes, 29.6. bis 1.7. 2000
2. Konferenz mit dem Projektbeirat des PAFE-Projektes, 26.-29. Oktober 2001

Qualifikationsarbeiten

Lütticken, Florian 2005: Die europäische Außenhandelspolitik: Die Auswirkung nationaler Außenpolitiken auf die Handelspolitik der EU am Beispiel der Verhandlungen zur Uruguay-Runde des GATT, Dissertation an der Universität Trier.

Stahl, Bernhard 2005: Französische Identität und Europäische Außenpolitik, Habilitationsprojekt an der Universität Trier

Weick, Katrin 2005: Britische Identität und Außenpolitik. Die identitäre Grundlage der Interventionspolitik Blairs, Magisterarbeit an der Universität Trier.

Folz, Rachel 2004: Krise und Reform der GASP, Eine Analyse der deutschen und britischen Außenpolitik während der Irak-Krise 2002/2003, Magisterarbeit an der Universität Trier.

Grieshaber, Christian 2002: Die außenpolitische Identität Schwedens in Bezug auf die Ausgestaltung einer Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der EU, Magisterarbeitsprojekt an der Universität Trier.

Katsioulis, Christos 2002: Griechische Identität und Außenpolitik, Magisterarbeitsprojekt an der Universität Trier.

Lütticken, Florian 2001: Deutsche und spanische Außenhandelspolitik im Rahmen der Uruguay-Runde des GATT, Magisterarbeit an der Universität Trier.

Der Ausschuss der Regionen: Grenzen und Möglichkeiten der Institutionalisation einer dritten Entscheidungsebene in der Europäischen Union

(The Committee of the Regions: Limits of and Opportunities for Institutionalizing a Third Level of Decision-making in the European Union)

Projektleiter:

Professor Dr. Wolfgang Merkel, *Universitäten Mainz bzw. Heidelberg*

Projektmitarbeiter:

Marianne Rinza

Martin Hauck

Laufzeit: 1997 – 1999

Abstract

The project aims at analysing whether the Committee of the Regions (CoR), following the Maastricht Treaty, can facilitate to articulate, aggregate and implement regional interests effectively and community-compatibly at the European level. The answer to this will be twofold: on the one hand, it will consider the internal perspective, i.e., the negotiations between different regional actors within the *arena* of the CoR; and on the other the external perspective, i.e., the action of the *actor* CoR in the context of national and European institutions. The analysis will be conducted on the basis of an independently developed theoretical approach which interlinks elements of the actor, institution and network theories. Thus, an analytical framework will be created for the establishment of hypotheses as the guidance for the empirical social research of that study. Such a theoretically guided empirical study promises to yield new findings which will go beyond those cognitions gained out of formal judicial analyses of the CoR.

Ergebnisse

Die Institutionalisation des Ausschusses der Regionen (AdR) als dritte Entscheidungsebene misslang. Versteht man Institutionalisation als Ergebnis eines Prozesses, in dem eine neue Institution etabliert wird und tatsächlich verhaltens- und politiksteuernde Relevanz annimmt, kann von einer erfolgreichen Institutionalisation des AdR nicht die Rede sein. Gleichwohl muss man zwischen der Innen- und Außenperspektive des AdR unterscheiden. In der Innenperspektive hat der AdR die Funktion einer Kommunikations- und Kooperationsarena entwickeln können. Die Regionen und Metropolen haben sie genutzt, um Informationen auszutauschen und multilaterale regionale Zusammenarbeiten anzubahnen und zu unterstützen. Insofern kann man von einer halbierten Institutionalisation sprechen.

Allerdings vermochte der Ausschuss der Regionen keine wirklich relevanten Entscheidungsmaterien an sich zu ziehen. In wichtigen Fragen hat er nur den Status einer Konsultationsinstitution erreichen können. Zu einer relevanten Entscheidungsebene neben Rat, Parlament und Europäischen Gerichtshof ist er nie aufgestiegen. Dies hängt auch mit der „Außenperspektive“ zusammen. Der AdR vermochte sich nicht als wirkungsvoller „Akteur“ gegenüber den Organen und anderen Institutionen der Europäischen Union zu etablieren. Die Gründe dafür sind vielfältig. Die wichtigsten sind: die von Anfang an zu

geringe Kompetenz- und Ressourcenausstattung des AdR (ein Bundesland wie NRW oder Bayern hat direktere und wirkungsvollere Einwirkungsmöglichkeiten innerhalb der EU als den AdR), die extreme Macht- und Interessenheterogenität der Mitglieder des AdR, die eine gemeinsame Interessenbündelung in relevanten Fragen erschwerte sowie das egoistisch-rationale Verhalten anderer EU-Entscheidungsinstitutionen, um keine Kompetenzen abgeben zu müssen.

Wirkungsvolle Interessenkoalitionen mit anderen Institutionen und Organen, um stärkeren Einfluss innerhalb der Entscheidungsstruktur zu gewinnen, konnten nicht nachhaltig geschlossen werden. Die „Akteursqualität“ des AdR blieb gering, nicht zuletzt weil die mächtigsten Akteure unter den AdR-Mitgliedern ihre „wichtigen“ Interessen nicht über den AdR innerhalb der EU durchzusetzen suchten. Die „Arenafunktion“ zum Austausch von Erfahrungen, für die Koordination von Initiativen, die Vorbereitung partieller Kooperationen sind der maßgebliche, gleichwohl sehr bescheidene „halbierte“ Institutionalisierungserfolg des AdR.

Veröffentlichungen

Deutschsprachige Veröffentlichungen

Editionen

Alber, Jens/Wolfgang Merkel (Hg.) (2006): *Europas Osterweiterung: Das Ende der Vertiefung? WZB-Jahrbuch 2005*, Berlin: edition sigma, 427 S.

Beiträge in Sammelbänden

Alber, Jens/Wolfgang Merkel (2006): „Einleitung: Das Ende der Vertiefung?“, in: Alber, Jens/Wolfgang Merkel (Hg.): *Europas Osterweiterung: Das Ende der Vertiefung? WZBJahrbuch 2005*, Berlin: edition sigma: 13-31.

Grimm, Sonja/Wolfgang Merkel (2006): „Die Grenzen der EU: Erweiterung, Vertiefung und Demokratie“, in: Jens Alber/Wolfgang Merkel (Hg.): *Europas Osterweiterung: Das Ende der Vertiefung? WZB-Jahrbuch 2005*, Berlin: edition sigma: 183-206.

Merkel, Wolfgang/Tobias Ostheim (2004): „Grenzen und Chancen sozialdemokratischer Politik im Handlungsraum Europa“, in: Petra Stykow/Jürgen Beyer (Hg.): *Gesellschaft mit beschränkter Hoffnung. Reformfähigkeit und die Möglichkeit rationaler Politik*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften: 145-174.

Merkel, Wolfgang (1999): „Legitimitätsüberlegungen zu einem unionsspezifischen Demokratie-Modell“, in: Claus Giering/Josef Janning/Wolfgang Merkel/Michael Stabenow: *Demokratie und Interessenausgleich in der Europäischen Union*, Gütersloh: Verlag Bertelsmann Stiftung: 27-38.

Beiträge in Zeitschriften

Merkel, Wolfgang (1999): „Die europäische Integration und das Elend der Theorie“, *Geschichte und Gesellschaft* 25(2): 302-338.

Fremdsprachige Veröffentlichungen

Beiträge in Sammelbänden

Merkel, Wolfgang/Mirko Krück (2005): „The Economic State of Development of Israel, the Czech Republic, Hungary, and Turkey: 1998-2003 (A Comparison), in: Roby Nathan-son/Stephan Stetter (Hg.): *The Israeli European Policy Network - Reader*, Tel Aviv: Friedrich-Ebert-Stiftung (Israel Office): 244-259.

Merkel, Wolfgang (1999): „Legitimacy and Democracy. Endogenous Limits of European Integration“, in: Jeffrey J. Andersen (Hg.): *Regional Integration and Democracy: Expanding on the European Experience*, Lanham: Rowman & Littlefield: 45-68.

Arbeitspapiere

Merkel, Wolfgang/Mirko Krück (2004): "The Economic State of Development of Israel, the Czech Republic, Hungary and Turkey: 1998-2003 (a comparison)", *Discussion Paper, Israeli European Policy Network (IEPN)*, Tel Aviv: Friedrich-Ebert-Stiftung, Israel Office: September 2004, 15 S.

Wolfgang Merkel/Tobias Ostheim (2004): *Policy-Making in the European Union: Is There a Social Democratic Space?* Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung, Internationale Politikanalyse, 15 S.

Interessenvertretung in Mehrebenensystemen. Formen und Möglichkeiten einer europäischen Politik unter Bedingungen verbandlicher Partizipation

(Interest representation in multi-level systems. Changing patterns of Interest group participation and its effects on forms and potentials of European politics)

Projektleiter:

Prof. Dr. Richard Münch, *Otto-Friedrich-University Bamberg*

PD Dr. Christian Lahusen, *Otto-Friedrich-University Bamberg*

Projektmitarbeiter:

Dr. rer. Pol. Claudia Jauß

Laufzeit: 1997 – 1999

Abstract

The project dealt with interest groups in the European Union and asked for the main transformations of European interest representation, both in regard to their quantitative and qualitative dimensions. The research started from the assumption that European policy-making is undergoing a structural transformation due to growing interest group participation. In the course of this development, the eurocratic orientation of the European Communities is being replaced increasingly within the European Union by an eurolobbyist system. Our empirical fieldwork unveiled, however, that this process is not leading to a pluralistic and competitive lobbying arena along the lines of the US-American situation. European structures of interest representation and the specific relations between interest groups and European institutions are marked rather by a number of national, sectoral or policy-field related political networks or communities with strong self-regulatory, accommodative and deliberative orientations. According to these observations, the research project aimed at uncovering the dominant policy-style of the EU. Moreover, it raised questions about the state of the art of European politics in regard to problems such as democratic transparency and accountability, procedural legitimacy, and regulatory effectiveness or efficiency.

Ergebnisse

Das Projekt beschäftigte sich mit Interessengruppen in der Europäischen Union und fragte nach den aktuellen Veränderungen der europäischen Interessenvermittlung sowohl in quantitativer wie auch in qualitativer Hinsicht. Dabei wurde angenommen, dass sich unter den Bedingungen einer erweiterten Partizipation ein Strukturwandel europäischer Politik vollzieht, in dessen Verlauf die Eurokratie, die noch die Europäische Gemeinschaft charakterisiert hat, zusehends durch den Eurolobbyismus der heutigen Europäischen Union abgelöst wird. Auf der organisatorischen Ebene haben wir es seit Mitte der 1980er Jahre mit einem zunehmend pluralen, fragmentierten und kompetitiven Feld gesellschaftlicher Interessen zu tun. Auf der strategischen Ebene wurde ein gezieltes und konzentriertes Lobbying innerhalb von ‚policy-communities‘ immer riskanter bzw. uneffektiver, je unübersichtlicher, unwägbarer und unsicherer der Entscheidungsprozess und die dazugehörigen Beratungen und Beeinflussungsversuche der verschiedenen Proponenten und Opponenten wurden. Stattdessen kam es zur Orientierung an Formen des ‚multi-voice‘-Lobbyings, des ‚venue-shopping‘ und des ‚coalition-building‘ auch unter Einbeziehung von ad-hoc Koalitionen über die gewohnten Lager hinaus.

Diese Veränderungen haben Rückwirkungen auf die europäische Politik. Wurde der Modus der europäischen Integration unter den Europäischen Gemeinschaften als konzertiert tituliert, so lag dies auch daran, dass er auf engen Kontakten und Verhandlungen zwischen den europäischen Institutionen und gewichtigen gesellschaftlichen Interessen ruhte.

Mittlerweile aber hat sich eine plurale und kompetitive Interessenvertretungslandschaft etabliert, die die Verhandlungen und Entscheidungsprozesse zwischen den Mitgliedsländern wie auch zwischen den europäischen Institutionen weiter erschweren. Die wachsende Zahl und Heterogenität der Interessen ist daher mitverantwortlich für die auftretenden Ineffizienzen und Blockaden der Entscheidungsfindung. Die kompetitiven Strukturen und Strategien der Interessenvertretung politisieren aber auch die Verhandlungen, da die bislang stark konsensuellen und informellen Beratungen der europäischen Institutionen durch gezielte Formen der Beeinflussung mittels persönlicher Interventionen, der Bildung von Koalitionen, der Mobilisierung von Mitgliedern oder der Information der Öffentlichkeit ergänzt und damit konfliktualisiert werden. Damit tritt die Gefahr einer demokratisch nicht legitimierten ‚informellen Politik‘ deutlicher in das öffentliche Bewusstsein, weshalb die zunehmende Zahl von öffentlich zutage gebrachten und diskutierten Skandalen über Unregelmäßigkeiten der Europäischen Organe oder einzelner Funktionäre nicht weiter verwundert.

Diese Defizite und Probleme haben aber nicht zu einem grundlegenden Wandel der Beziehungen zwischen den Europäischen Institutionen und den Interessengruppen geführt. Eine Eingrenzung und Reglementierung oder Formalisierung der Konsultationen und Beteiligungsformen wurde nicht verfolgt, da die Institutionen auf die Zuarbeit der Lobbyisten stark angewiesen sind. Des Weiteren kann das informelle Konsultationssystem flexibler auf den Beratungsbedarf der europäischen Institutionen im Allgemeinen, der Kommission im Besonderen reagieren, die sich die Rolle des ‚agenda-setters‘ oder Katalysators ungern nehmen lässt. Schließlich leisteten Interessengruppen auch einen Beitrag zum Erweiterungsprozess, da Gruppierungen aus den Anwärterstaaten in den meisten europäischen Verbänden oder Netzwerken mitwirkten und die Verhandlungen sowie den Erweiterungsprozess damit aktiv unterstützten.

Aus diesem Grund begegnen die europäischen Institutionen der kompetitiven Struktur der Interessenlandschaft nicht durch einen ‚Paradigmenwechsel‘, sondern durch eine Anpassung und Erweiterung des eingespielten konsensual-deliberativen Politikstils, der stark auf Flexibilität bei den Beziehungen zwischen Institutionen und gesellschaftlichen Interessen einerseits, auf die Selbstregulierung der Interessenvertretungslandschaft andererseits setzt. Im Einzelnen suchen die EU-Institutionen die Effektivitäts- und Legitimitätsprobleme durch das Kleinarbeiten der Verhandlungsgegenstände und durch die weitere Verästelung der vielen Beratungsforen und Expertengremien zu lösen. Darüber hinaus versuchen sie dem Problem mangelnder öffentlicher Transparenz und Kontrolle durch die Etablierung von Minimalstandards (z.B. Verhaltenskodizes für Lobbyisten oder scheidende Kommissare) und die Organisation inklusiver Politikdeliberationen beizukommen. In diesem Zusammenhang setzen die Kommission und das Parlament zunächst auf eine breitere finanzielle Förderung auch ressourcenschwacher Interessen, sodann auch auf eine offensivere Informationspolitik (z.B. Datenbanken, Einsichtsrechte, Veröffentlichung von Dokumenten) und schließlich auf institutionalisierte Diskussionsforen (dem so genannten ‚Zivilen Dialog‘).

Veröffentlichungen

Deutsche Veröffentlichungen

Monographien

Lahusen, Christian/ Jauß, Claudia 2001: Lobbying als Beruf. Interessengruppen in der Europäischen Union. Baden-Baden: Nomos.

Beiträge in Sammelbänden

Lahusen, Christian 2005: „Kommerzielle Beratungsfirmen in der Europäischen Union“. In: Rainer Eising/ Beate Kohler-Koch (Hrsg.). Interessenpolitik in Europa (S. 251-280). Baden-Baden: Nomos.

Beiträge in Zeitschriften

Lahusen, Christian 2004: „Institutionalisierung und Professionalisierung des europäischen Lobbyismus“. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen, Jg. 35, Nr. 4, S. 777-794.

Lahusen, Christian 2003: „Die 'Politisierung' europäischer Politik: Lobbying in der Europäischen Union“. In: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen, Jg. 16, Nr.3, S. 80-85

Lahusen, Christian 2003: „Interessenvertretungen bei der Europäischen Union“. In: Werner Weidenfeld/ Wolfgang Wessels (Hrsg.): Jahrbuch der Europäischen Integration 2002/2003. Bonn: Europa Union Verlag, S. 285-290.

Fremdsprachige Veröffentlichungen

Beiträge in Zeitschriften

Lahusen, Christian 2003: „Moving into the European Orbit: Commercial Consultants in the European Union“. In: European Union Politics, Jg. 4, Nr. 2, S. 191-218.

Lahusen, Christian 2003: „Joining the cocktail-circuit: Social movement organizations at the European Union“. In: Mobilization. The International Journal of Research and Theory in Social Movements, Protest, and Contentious Politics, Jg. 9, Nr. 1, S. 55-71.

Lahusen, Christian 2002: „Commercial Consultancies in the European Union: The shape and structure of professional interest intermediation“. In: Journal of European Public Policy, Jg. 9, Nr. 5, S. 695-714

Arbeitspapiere

Lahusen, Christian 2002: Professional Consultancies in the European Union: Findings of a survey on commercial interest intermediation. Bamberg: Bamberger Beiträge zur Europaforschung und zur internationalen Politik, Nr. 6 (download: <http://www.uni-bamberg.de/sowi/europastudien/beitraege>)

Die Politik der Europäischen Kommission zwischen Deregulierung und Interventionismus: Eine politisch-ökonomische Erklärung

(Regulation vs. deregulation: A political and economic analysis of the policy initiated by the European Commission)

Projektleiter:

Prof. Dr. Volker Nienhaus, *Ruhr-Universität Bochum*

Projektmitarbeiter:

Dipl. Ökonom Gero Schütte

Laufzeit: 1997 – 1999

Abstract

According to its initiative role the European Commission can decisively influence the style of European policy - either in a liberal or interventionistic way. The Commission is often described as a bureaucracy willing to increase regulation and concerned about the centralization of intervention competences. From this point of view deregulation policies initiated by the Commission such as the Single Market Program can only be described as a unique event and as an exception to the rule. This seems unjustified as the Commission actually approves deregulation strategies in many areas and has refused own regulatory competences. Based on methods and evidence provided by the New Political Economy, a model was developed and empirically tested, which explains the combination of regulation and deregulation policy. General behaviour assumptions concerning the Commission and specific characteristics of policy areas do allow exemplary forecasts on the policy style of the European Union.

Ergebnisse

Die Europäische Kommission kann aufgrund ihres 'Vorschlagsmonopols' für Rechtsakte die Art der europäischen Politik - rahmensetzend oder interventionistisch - entscheidend prägen. Sie wird häufig als eine regulierungsfreudige und auf Zentralisierung von Interventionskompetenzen bedachte Bürokratie dargestellt. Von einem solchen Standpunkt aus lassen sich von der Kommission initiierte Deregulierungspolitiken wie das Binnenmarktprogramm nur als singuläre Ereignisse und 'Ausnahmen von der Regel' erklären. Dies ist unbefriedigend, weil faktisch die Kommission in relativ vielen Bereichen Deregulierungsstrategien befürwortet und auf mögliche eigene Regulierungskompetenzen verzichtet hat. Ausgehend von Methoden und Erkenntnissen der Neuen Politischen Ökonomie wurde ein Modell entwickelt und empirisch überprüft, das die Mischung von Deregulierungs- und Interventionspolitik aus allgemeinen Verhaltensannahmen für die Kommission und situationsspezifischen Merkmalen erklärt und Mustervorhersagen über den Politikstil der EU erlaubt.

Grundzüge des europäischen Verfassungsrechts - Die Verfassungsordnung der Europäischen Union im Lichte eines "Multilevel Constitutionalism"

(The Foundations of European Constitutional Law: the constitutional order of the European Union and "Multilevel Constitutionalism")

Projektleiter:

Prof. Dr. Ingolf Pernice, *Humboldt Universität Berlin*

Projektmitarbeiter:

Frank Hoffmeister

Franz Mayer

Stephan Wernicke

Laufzeit: 1999 – 2001

Abstract

The objective of the research project was to establish a systematic study on the foundations of European Constitutional Law, based on a comparative analysis of constitutions.

The starting point has been to view the member states and the European Union as forming a system of multilevel-constitutionalism ('Verfassungsverbund'). It is the intertwinement of national constitutional orders with EC primary law that suggests this 'single system' approach. The concept of a "Verfassungsverbund" (Pernice 1995/96) constitutes a legal science equivalent for the political science concept of a dynamic multi-level system.

From the perspective of the Verfassungsverbund-concept the interplay of member-state constitutions with the supranational partial or complementary constitution was analyzed within the framework of evolving constitutional structures at the global level. In addition, the consequences of this concept for constructing the constitution of a system of legitimate and effective 'governance' in Europe has been examined, taking into consideration the realities of decision-making and -implementation. The theory of „multilevel constitutionalism“ was 'tested' again and further developed.

The comparison of constitutional orders, in particular as far as fundamental constitutional principles are concerned, but also including aspects like for example the way political decision-making is organized, the problem of effective implementation of legislation and the role of courts, do allow to assess elements of vertical and horizontal interaction between constitutional orders as well as prospective stability-gains in multilevel constitutional systems in general.

Ergebnisse

Ziel des Forschungsprojekts war auf verfassungsvergleichender Basis die Erstellung eines systematischen Werkes über die Grundzüge des europäischen Verfassungsrechts. Darin sollte die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten als Verfassungsverbund betrachtet und, darauf aufbauend, die Verschränkung der nationalen Verfassungsordnungen mit dem Primärrecht der Union im Ansatz als ein System behandelt werden. Das in der Politikwissenschaft entwickelte Verständnis der EU als "dynamisches Mehrebenensystem" findet im Konzept des Verfassungsverbundes seine rechtswissenschaftliche Entsprechung. Von diesem Ansatz her galt es, das Zusammenspiel der mitgliedstaatlichen Verfassungen mit der supranationalen Teil- oder Komplementärverfassung im Rahmen der sich entwickelnden globalen Verfassungsstrukturen zu analysieren und unter Berücksichtigung der realen Formen der Willensbildung und -durchsetzung die Konsequenzen für die Konstruktion der Verfassung eines Systems legitimer und effektiver "governance" in Europa zu untersuchen. Die Theorie

des "multilevel constitutionalism" (Pernice, 1998) sollte dabei "getestet" und fortentwickelt werden. Der Verfassungsvergleich vor allem hinsichtlich der tragenden Verfassungsprinzipien, dann aber auch zur Organisation der politischen Willensbildung, zum Vollzugsproblem und zur Rolle der Gerichte erlaubt es, die vertikalen ebenso wie die horizontalen Wechselwirkungen der Inhalte sowie mögliche Stabilitätsgewinne im mehrstufigen Verfassungssystem in Ansatz zu bringen.

Veröffentlichungen

Deutschsprachige Veröffentlichungen

Beiträge in Sammelbänden

Pernice, Ingolf: Einführung in die Thematik: in: M. Kloepfer/ I. Pernice (Hrsg.): Entwicklungsperspektiven des europäischen Verfassung im Lichte des Vertrags von Amsterdam, 1999, S. 19-24.

Pernice, Ingolf: Vorwort, in: Walter Hallstein-Institut für Europäisches Verfassungsrecht (Hrsg.): Grundfragen der europäischen Verfassungsentwicklung, Forum Constitutionis Europae - Band 1, 2000, S. 7-9.

Pernice, Ingolf: Vorwort, in: Walter Hallstein-Institut für Europäisches Verfassungsrecht (Hrsg.): Verfassungsrechtliche Reformen zur Erweiterung der Europäischen Union, Forum Constitutionis Europae - Band 2, 2000, S. 7-8.

Pernice, Ingolf: Die politische Vision von Europa und die notwendigen institutionellen Reformen (Demokratie, Rechtsstaat, Wohlfahrtsstaat), in: Walter Hallstein-Institut für Europäisches Verfassungsrecht (Hrsg.): Grundfragen der europäischen Verfassungsentwicklung, Forum Constitutionis Europae - Bd. 1, 2000, S. 79-89.

Pernice, Ingolf: Europäisches Verfassungsrecht im Werden, in: H. Bauer/ P.M. Huber (Hrsg.): Ius Publicum im Umbruch, XI. Deutsch-Polnisches Verwaltungsrechtskolloquium, 2000, S. 25-46.

Pernice, Ingolf: Die Verfassungsfrage aus rechtswissenschaftlicher Sicht, in: Thomas Bruha/ Joachim Jens Hesse/ Carsten Nowak (Hrsg.): Welche Verfassung für Europa? Erstes interdisziplinäres „Schwarzkopf-Kolloquium“ zur Verfassungsdebatte in der Europäischen Union, 2001, S. 19-39.

Pernice, Ingolf: Die Europäische Verfassung, in: Sinclair-Haus Gespräche 16, Europas Verfassung - Eine Ordnung für die Zukunft der Union, 2001, S. 18-37; auch in: H.-J. Cremer/ T. Giegerich/ D. Richter/ A. Zimmermann (Hrsg.): Tradition und Weltoffenheit des Rechts. Festschrift für Helmut Steinberger, 2001, S. 1319-1345.

Beiträge in Zeitschriften

Pernice, Ingolf: Der Europäische Verfassungsverbund auf dem Wege der Konsolidierung. Verfassungsrechtliche Ausgangslage und Vorschläge für die institutionelle Reform der Europäischen Union vor der Osterweiterung, JÖR 48 (2000), S. 205-232.

Pernice, Ingolf: Kompetenzabgrenzung im Europäischen Verfassungsverbund, JZ 2000, S. 866-876 (auch in: www.whi-berlin.de/pernice3.htm)

Pernice, Ingolf: Europäisches und nationales Verfassungsrecht, Bericht, VVDStRL 60 (2001), 148-193.

Fremdsprachige Veröffentlichungen

Beiträge in Sammelbänden

Pernice, Ingolf/ Pahl, Marc Oliver: Proposals for the Reform of the European Union, in: Heinrich-Böll-Stiftung (Hrsg.): Europäische Verfassung, Grundrechte und Unionsbürgerschaft, 1999, S. 11-24.

Pernice, Ingolf: Constitutional Law Implications for a State Participating in a Process of Regional Integration. German Constitution and „Multilevel Constitutionalism“, in: E. Riedel (Hrsg.): German Reports on Public Law Presented to the XV. International Congress on Comparative Law, Bristol, 26 July to 1 August 1998, 1998, S. 40-65, auch veröffentlicht in: Walter Hallstein-Institut für Europäisches Verfassungsrecht (Hrsg.): Grundfragen der europäischen Verfassungsentwicklung, Forum Constitutionis Europae - Bd. 1, 2000, S. 11-36.

Pernice, Ingolf/ Mayer, Franz/ Wernicke, Stephan: Renewing the European Social Contract. The Challenge of Institutional Reform and Enlargement in the Light of Multilevel Constitutionalism, in: Mads Andenas/ John Gardener (Hrsg.): Can Europe Have a Constitution? Kings College London, February 2000, Kings College Law Journal 12 (2001), p. 60-74.

Pernice, Ingolf: Proces powstawania europejskiego prawa konstytucyjnego, in: Hartmut Bauer/ Reinhard Hendler, Peter M. Huber/ Bozena Popowska/ Teresa Rabska/ Marek Szewczyk (Hrsg.): Prawo publiczne na przełomie. Jedeaste Niemiecko-Polkie Kolokwium Prawników Administratywistów Jena, 22-25 wrzeń 1999 roku Referaty I dyskusja, 2001, S. 31-56.

Pernice, Ingolf: Rethinking the Methods of Dividing and Controlling the Competencies of the Union, (Brussels 2001), in: Mads Andenas/ John Usher (Hrsg.): The Treaty of Nice, Enlargement and Constitutional Reform, 2002, WHI-Paper 6/01 <http://www.whi-berlin.de/pernice-competencies.htm>.

Pernice, Ingolf/ Hoffmeister, Frank: The Division of Economic Policy Powers Between the European Community and its Member States - status quo and Proposals de lege ferenda, FS Ehlermann, 2002, S. 363-382.

Beiträge in Zeitschriften

Pernice, Ingolf: Multilevel Constitutionalism and the Treaty of Amsterdam: European Constitution-Making Revisited, CMLRev. 36 (1999), S. 703-750.

Pernice, Ingolf/ Mayer, Franz C.: De la constitution composée de l'Europe, RTDEur 36 (2000), S. 623-647.

Pernice, Ingolf: *Sovranità, Diritti umani e costituzione europea* (Vortrag Neapel 2001), zur Veröff. durch Società Libera, Rom 2002

Arbeitspapiere

Pernice, Ingolf: *Fondements de droit constitutionnel européen* (Cours donné auprès de l'Institut des Hautes Etudes Internationales de l'Université Paris II (Panthéon-Assas), <http://www.whi-berlin.de/pernice-fondements.htm>

**Die Stabilitätskulturen ausgewählter europäischer Länder im Vergleich.
Ein Beitrag zur (wirtschafts-) politischen Kulturforschung**

*(The EMU and Different National Stability Cultures: A Comparative Enquiry into the
Economic Aspects of a Nation's Political Culture)*

Projektleiter:

Prof. Birger Priddat, *Universität Witten/Herdecke*

Projektmitarbeiter:

Dr. habil Horst Hegmann

MSc, Barbara Drexler

Laufzeit: 1997 – 1998/2004 - 2005 (unterbrochen durch den Tod von H. Hegmann)

Abstract

The research project examined the role of divergent national “stability cultures” in European central banking. Conventional wisdom ranks the Germans as traditionally most inflation averse, the English somewhat less so and the French as willingly accepting inflation in order to achieve growth and employment. Proponents of this view typically refer to the German experience with hyperinflation and its role in the lead up to World War II to explain this divergence. The way in which nations collectively remember key historic events does indeed influence how citizens “naturally” think about the worth and the legitimacy of political or economic institutional arrangements. The nation specific content of school books, museums and the media ensure that the common memory will not be forgotten. Central banks themselves also communicate with varying degrees of emphasis on monetary stability to a divergent set of societal, industrial and institutional actors. Central banks are embedded in nation specific informational networks. Ongoing exchange of information in national networks fosters the constant reproduction of the central bank “corporate culture”, therewith ensuring that the original collective memory is kept alive. Thus, even though officially national central banks in Europe have merged to a single European level actor, national path dependencies remain.

Ergebnisse

Geldpolitik wird oftmals als kulturfreier Raum interpretiert und Zentralbanker werden als technokratische Experten gesehen. Ihre Entscheidungen basieren auf „harten“ ökonomischen Faktoren, die höchstens durch ihre Zugehörigkeit einer makroökonomischen Expertenschule beeinflusst wird, aber nicht durch „weiche“ Elemente wie nationale Traditionen oder Denkweisen. Im Rahmen des Forschungsprojektes Stabilitätskulturen in Europa konnte dieses gängige Klischee widerlegt werden.

Auch Zentralbanker werden durch ihr nationalkulturelles Umfeld beeinflusst. Die Art und Weise in der sich eine historische Inflationserfahrung in das kollektive Gedächtnis der jeweiligen Gesellschaft niederschlägt beeinflusst, welche Relevanz der Wahrung von Geldwertstabilität attestiert wird. Ein deutscher Zentralbanker wird deshalb tendenziell inflationsaverser entscheiden als sein französischer Kollege. Die Lehrpläne englischer, deutscher und französischer Schulen behandeln Geldpolitik unterschiedlich. Auch die Kommunikationsstrategien der nationalen Notenbanken selbst divergieren obwohl sie allesamt Teil des Europäischen Systems der Zentralbanken sind. Die deutsche Bundesbank hält an der didaktischen Übermittlung der monetaristischen Strategie fest. Auf der Quantitätstheorie bauend wird der breiten Öffentlichkeit die Sinnlosigkeit einer Intervention

seitens der Notenbank in der realen Sphäre übermittelt. Mit den oligopolistisch strukturierten Tarifparteien steht die Bundesbank im gegenseitigen Informationsaustausch. Die Bundesbank erhält Information aus der realen Sphäre und revanchiert sich mit der Signalisierung von Verhandelbarkeit geldpolitischer Entscheidungen. Die traditionell interventionistische Banque de France hingegen tauscht Informationen über einen Elitenkoordinationsmechanismus. Geldpolitisch relevante Informationen werden unter einigen wenigen Akteuren unter den oligopolistisch strukturierten staatlichen Banken, Unternehmen und dem Staat gehandelt. Im Unterschied zu den didaktischen Anstrengungen der Bundesbank unterlässt die Banque de France es, die breite Öffentlichkeit detailliert Entwicklungen der monetären Sphäre in Kenntnis zu setzen um den Phillips Kurven Mechanismus ausbeuten zu können. Die EZB geht mit dieser Unterschiedlichkeit um indem sie ihre Kommunikationsstrategie auf den kleinsten gemeinsamen Nenner, die Symbolik des geeinten Europas und der Kontinuität der Bundesbankpolitik, reduziert. Ein Beispiel ist das Insistieren auf einer monetaristischen geldpolitischen Strategie. Zusammenfassend ist zu vermerken, dass nationale Pfadabhängigkeiten im europäischen Zentralbankwesen fortbestehen.

Veröffentlichungen

Deutschsprachige Veröffentlichungen

Monographie

Drexler, Barbara/ Hegmann, Horst (Hrsg.) 2007, Stabilitätskulturen. Kommunikationsstrategien ausgewählter europäischer Zentralbanken, Marburg: Metropolis-Verlag

Beiträge in Sammelbänden

Drexler, Barbara/ Priddat, Birger 2007, Transparenz als Problem, Stakeholdermanagement von Zentralbanken, in: Wieland, J. (Hrsg.): Governanceethik und Stakeholders, Marburg: Metropolis-verlag

Determinanten der Klimapolitik der Europäischen Union aus Sicht der Neuen Politischen Ökonomie

(The determinants of European climate policy in the perspective of New Political Economy)

Projektleiter:

Prof. Dr. Eckart Scharrer, *Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv*

Projektmitarbeiter:

Dr. Axel Michaelova

Laufzeit: 1997 – 1999; 1999 - 2001

Abstract

The project analyzed the activities of interest groups in determining climate policy on the level of the EU and important member states. It showed that national interest groups are dominated by emitters' interests; businesses profiting from climate policy measures have only slowly been able to develop their lobby. Emitters have focused their activities on the Council while neglecting the Parliament. Overall, an increasing gap between strong political declarations on emissions targets and a lacking implementation of policy instruments could be found.

Ergebnisse

Ziel des vorliegenden Projektes war es, mögliche Ursachen für die begrenzte Durchsetzbarkeit klimapolitischer Initiativen in der EU aufzuzeigen. Als maßgebliches Hindernis hat sich die Heterogenität der nationalen Interessen im Ministerrat erwiesen, welche durch den großen Einfluss nationaler Verbände auf die Politikgestaltung noch verstärkt wird. Europäische Interessen sind durch den geringen Einfluss des Europäischen Parlamentes und der Kommission bei klimapolitischen Entscheidungen unzureichend repräsentiert. Darüber hinaus wird die Durchsetzbarkeit klimapolitischer Maßnahmen durch die Dominanz der davon betroffenen wirtschaftlichen Interessen eingeschränkt. Insgesamt begünstigt der klimapolitische Entscheidungsprozess der EU die Einflussnahme von Verbänden, so dass nationale wirtschaftliche Interessen sich letztlich durchsetzen und keine supranationale Kooperation entsteht.

Während lange Zeit die verschiedenen Interessengruppen in den EU-Mitgliedsstaaten den Kyoto-Mechanismen ablehnend oder indifferent gegenüberstanden, hat sich in den letzten beiden Jahren ein erheblicher Wandel vollzogen. Eine Analyse der Eingaben zum Grünbuch der EU-Kommission über Emissionshandel zeigt, dass Emittenteninteressen die Kyoto-Mechanismen als Hebel sehen, um Instrumente zu vermeiden, die zu erheblich höheren Kosten führen, oder um gar einen Gewinn zu erzielen. Letzteres gelang den britischen Emittenten, die für die Setzung eines Emissionsziels auf Unternehmensebene eine staatliche Subvention erhalten. Auffällig ist in beiden Fällen das weitgehende Schweigen der Klimaschutzindustrien und Umweltorganisationen. Die Klimaschutzindustrien müssten eigentlich in Ländern mit relativ stringenten klimapolitischen Instrumenten (Deutschland, in geringem Maße Großbritannien) gegen den Emissionshandel, in Ländern ohne Instrumente (Spanien, Frankreich) dafür eintreten. Die Umweltverbände hatten die Mechanismen jahrelang grundsätzlich abgelehnt, sehen sie aber inzwischen als wichtige Bedingung für das In-Kraft-Treten des Kyoto-Protokolls an.

Bei der Umsetzung der EU-Lastenteilung spielten die Interessengruppen innerhalb der einzelnen Länder eine relativ geringe Rolle. Entscheidende Faktoren waren äußerer Druck,

die Bereitschaft der Länder, die die EU-Präsidentschaft innehatten, ein ehrgeizigeres Ziel zu übernehmen sowie die Vorlage des ursprünglichen Vorschlags durch ein unabhängiges Forschungsinstitut, was eine transparente Diskussion der Vorschläge der einzelnen Staaten ermöglichte. Die Sicherstellung der Zielerreichung innerhalb der EU erfordert klare und abschreckende Sanktionen entweder finanzieller Art oder durch Verschärfung zukünftiger Emissionsbudgets. Eine weitere, bislang unterentwickelte Strategie zur Sicherstellung der Zielerreichung besteht in der Einbeziehung der osteuropäischen Staaten durch koordinierte Nutzung der Kyoto-Mechanismen und die Erweiterung der EU-Glocke in der zweiten Verpflichtungsperiode.

Die empirische Untersuchung der Klimapolitik ausgewählter Mitgliedstaaten hat die Hypothese von der Asymmetrie der Interessenvertretung bestätigt. Eine der Hauptursachen für die unzureichende Umsetzung der nationalen Klimaschutzziele ist die Dominanz wirtschaftlicher Interessen im Vergleich zu den Umweltverbänden. Allerdings ist diese Grundstruktur Erosionserscheinungen ausgesetzt, da wirtschaftliche Nutznießer des Klimaschutzes zunehmend an Einfluss gewinnen. Die Fragebogenstudie zeigt, dass die Präferenzen der verschiedenen Interessengruppen über Ländergrenzen hinweg ziemlich ähnlich sind und in vielen, aber nicht allen Fällen den Hypothesen der Theorie der Public Choice entsprechen.

Veröffentlichungen

Deutschsprachige Veröffentlichungen

Monographie

Böckem, Alexandra 2001, *Ökologische Steuersysteme aus der Sicht der neuen politischen Ökonomie*, Baden-Baden: Nomos-Verlagsgesellschaft.

Beiträge in Zeitschriften

Böckem, A. 2000: Die Umsetzung der deutschen Klimaschutzziele im Spannungsfeld gesellschaftlicher Interessen, in: *Zeitschrift für angewandte Umweltforschung* 13, Heft 1-2/00, 170-185. Auch veröffentlicht als: *Klimapolitik in Deutschland – Eine Problemanalyse aus Expertensicht*, HWWA Discussion Paper 91, Hamburg.

Böckem, A. 1999: Die Determinanten der Klimapolitik der Europäischen Union aus Sicht der Neuen Politischen Ökonomie, in: *Wirtschaftswissenschaftliches Studium* 28, Nr. 11/99, S. 620-621.

Böckem, A. 1999: Umweltabgaben und die Bedeutung der Aufkommensverwendung aus Sicht der Neuen Politischen Ökonomie, in: *Zeitschrift für Umweltpolitik und Umweltrecht* 22, Nr. 3/99, S. 413-432.

Michaelowa, A. 1998: Übertragung des Demokratiemodells der Neuen Politischen Ökonomie auf die Klimapolitik, in: *Zeitschrift für Umweltpolitik und Umweltrecht*, 21, 4, S. 463-491

Michaelowa, A. 2000: Klimapolitik in Großbritannien – Zufall oder gezieltes Handeln?, in: *Zeitschrift für Umweltpolitik und Umweltrecht* 23, Nr. 3/00, 441-460

Arbeitspapiere

Böckem, A. 1998: Die Bedeutung der EU-Institutionen in der Klimapolitik – eine Public Choice-Analyse, HWA Discussion Paper 66, Hamburg.

Böckem, A. 1999: Umsetzungsprobleme in der deutschen Klimapolitik: Eine empirische Überprüfung polit-ökonomischer Erklärungsansätze, in: HWWA-Report 189, Hamburg.

Michaelowa, A. 1998: Klimapolitik in Frankreich, HWWA Discussion Paper 71, Hamburg.

Fremdsprachige Veröffentlichungen

Beiträge in Zeitschriften

Betz, R./ Michaelowa, A. 2001: Implications of EU enlargement on the EU greenhouse gas „bubble“ and internal burden sharing, in: International Environmental Agreements: Politics, Law and Economics 2, Nr. 1/01, 267-297.

Blanke, A. 2002: Ecological tax reform in Germany and interest groups, in: International Review for Environmental Strategies, 3, 1, S. 81-95

Böckem, A. 1998: The political economy of climate policy-making in the European Union, in: Intereconomics 33, Nr. 6/98, 260-269.

Dessai, S./ Michaelowa, A. 2001: Burden sharing and cohesion countries in European climate policy – the Portugese example, in: Climate Policy 1, Nr. 3/01, 327-341. Auch veröffentlicht als HWWA Discussion Paper 89, Hamburg 2000.

Michaelowa, A. 2000: The relative strength of economic interests in shaping EU climate policy: a hypothesis, in: Energy & Environment 11, Nr. 3/00, 277-292.

Michaelowa, A. 1998: Impact of Interest Groups on EU Climate Policy, in: European Environment 8, Nr. 5/98, 152-160.

Michaelowa, A. 1998: Climate Policy and interest groups: a public choice analysis, in: Intereconomics 33, Nr. 6/98, 251-259.

Konferenzen bzw. workshops

17.12. 2001, EU Emissions Trading, ca. 40 Teilnehmer (Kooperationspartner: Emissions Marketing Association, e5)

26.6. 2001, Emissionshandels-Workshop, ca. 20 Teilnehmer (Kooperationspartner: Umweltbehörde)

Qualifikationsarbeiten

Böckem, Alexandra 2001, Ökologische Steuersysteme aus der Sicht der Neuen Politischen Ökonomie, Dissertation zur Erlangung des Grades eines Doktors der Wirtschaftswissenschaften an der Universität Heidelberg, HWWA Studien 65, Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft.

Die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) der Europäischen Union – Intergouvernementales Netzwerk oder kollektiver Akteur?

European Union's Common Foreign and Security Policy (CFSP) – Intergovernmental Network or Collective Actor?

Projektleiter:

Dr. Mathias Jopp, *Institut für Europäische Politik (IEP)*

Prof. Dr. Peter Schlotter, *Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK)*

Projektmitarbeiter:

Dr. Matthias Dembinski (HSFK)

Wolfgang Brauner, M.A. (HSFK), bis Mai 2002.

Alexandra Krause, M.A. (HSFK), extern finanziert

Alexander Reichwein, Dipl. Pol. (HSFK), Werkvertrag

Dr. Annegret Bendiek (HSFK), Werkvertrag

Dr. Elfriede Regelsberger (IEP)

Sammi Sandawi, M.A. (IEP)

Jan Reckmann, M.A. (IEP)

Holger Moroff, M.A. (IEP)

Laufzeit: 2000 – 2004 (1 Projekt mit Unterbrechungen)

Abstract

The project focused on the EU's Foreign Policy in the framework of which decisions are made and implemented even without a "European State". The project tried to answer the question whether, since Maastricht, the European Foreign Policy (in its broad sense encompassing all "pillars") is on its way towards a collective actor with common preferences and interests and a coherent or consistent policy, or whether the foreign policy does not go beyond an exclusive diplomatic-intergovernmental network whereby member states keep national options open and translate these into political practice in parallel to common policies.

These questions were analysed in the following research areas:

- the development of the treaty based system of common foreign and security policy making and the real use of the rule-set for policy making (quantitatively and qualitatively) in the second EU-pillar since Maastricht up to the present;
- the interaction links between government officials and representatives of the Brussels institutions, including possibilities of exercising influence on CFSP decisions by various non-governmental actors;
- the quality of the EU as an actor in selected cases:
 - the policy vis-à-vis Russia,
 - the policy in the Balkans,
 - the Euro-Mediterranean Partnership,
 - the policy towards Turkey,
 - crisis management in the Greater Lakes Region
 - the European Security and Defense Policy
 - the fight against international terrorism.

In theoretical terms, we come to the conclusion that in general EU's foreign policy can neither be conceptualized as a diplomatic network that shows low coherence nor as a collective actor. The more EU's policy has to do with the United States or regional powers the more can be seen a tendency to "national reflexes". The more, however, foreign policy is embedded in

strategies of “soft power” and “civilian power” the more we can find coherence and collective actorness. This is due to the special role of the EU Commission in day-to-day-politics (beneath the strategically relevant level). EU’s foreign policy can no more be explained by intergovernmentalism; a better approach seems to be neo-institutionalism which addresses institutional networks of norms and procedures.

Ergebnisse

Das Projekt handelt von der Frage, welche Akteursqualität die Außenpolitik der Europäischen Union aufweist und wie ihre verschiedenen Formen zu erklären sind. Bisher herrschte in der Literatur über die GASP vorwiegend die Einschätzung, dass es sich um einen EU-Politikbereich handelt, auf den am besten die Theorie des (liberalen) Intergouvernementalismus zutrefte. Dies unterscheidet die Außenpolitik vom EU-Binnenbereich, für den gegenwärtig Theorien – in ihren rationalistischen wie konstruktivistischen Versionen – des (neuen) Institutionalismus und der „Governance“ sowie Ansätze der Mehrebenenanalyse den höchsten Erklärungswert beanspruchen. In unserem Projekt wurde demgegenüber von der These ausgegangen, dass – abgesehen von Entscheidungssituationen bei außenpolitischen Weichenstellungen auf der Ebene der Regierungschefs – die konkrete Tagespolitik immer mehr im Rahmen „pfeilerübergreifender“ Mechanismen abläuft, die auch mit an der Binnendimension entwickelten Theorien erklärt werden können.

Analytischer Zugriff auf diese Fragestellung war das Problem der „Kohärenz“ der EU-Außenpolitik, d.h. die Frage nach einer zwischen den Mitgliedstaaten bzw. dem ER/Rat und der Kommission abgestimmten und inhaltlich möglichst widerspruchsfreien Außenpolitik.

Um Antworten auf diese Frage zu bekommen, haben wir folgende Politikbereiche untersucht:

- Formen des (außenpolitischen) Regierens,
- die Nutzung der Formen bzw. des Regelwerks,
- die Interaktionsstränge (einschließlich Netzwerke) und
- die Akteursqualität anhand von regionalen und funktionalen Fallstudien (Balkan, Mittelmeer, Türkei, Russland, Region der Großen Seen, Verteidigung/Krisenmanagement und Bekämpfung des internationalen Terrorismus).

Analytischer Ausgangspunkt unserer Arbeit war der akteurszentrierte Institutionalismus. Wir untersuchten

- Selbstverständnis und Legitimität des EU-Handelns
- gemeinsame Ordnungsvorstellungen und kollektive Präferenzen der EU und ihrer Mitgliedstaaten
- effiziente Verfahren der EU
- kohärentes Auftreten der EU-Institutionen und -Staaten vor Ort
- Einsatz unterschiedlicher Ressourcen
- EU-Reaktion auf unterschiedliche externe Herausforderungen.

Die Ergebnisse lassen sich wie folgt zusammenfassen: Die EU-Außenpolitik in ihrer gesamten Breite lässt sich generell weder als „diplomatisches Netzwerk“ mit geringer Kohärenz bezeichnen noch weist sie eine kollektive Akteursqualität auf. Je mehr die EU-Politik die Beziehungen zu Großmächten wie die USA oder (regional) Russland tangiert, desto eher besteht eine Tendenz zur Rückkehr zu „nationalen Reflexen“. Je mehr jedoch die Politik in langfristige Programme von „soft power“ und der Projektion ihres Charakters einer „Zivilmacht“ sowie „Friedensmacht“ eingebettet ist, desto größer ist ihre Kohärenz. Ein entscheidender institutioneller Grund hierfür liegt in der starken Stellung der Kommission, die

sie bei der Umsetzung dieser Programme einnimmt. In diesen Fällen der „day-to-day-politics“ unterhalb der strategisch relevanten Ebene werden die Politikverläufe denen der EU-Binnenpolitik immer ähnlicher.

Die „brüsselisierte“ Außenpolitik der EU ist inzwischen mehr durch die Suche nach einem allgemeinen Konsens, häufige Koordinierungsreflexe infolge einer im institutionellen Rahmen durchlaufenen Sozialisation sowie das beständige Anwachsen des gemeinsamen außenpolitischen Besitzstandes, des sog. „acquis politique“, geprägt und weniger durch das Beharren auf einem strikten Intergouvernementalismus. Wir kommen daher unter theoretischem Blickwinkel zu dem Ergebnis, dass die EU-Außenpolitik keineswegs mehr zureichend mit intergouvernementalistischen Ansätzen erklärt werden kann. Vielmehr sind neo-institutionalistische Theorien, die auf die Einbindung der Mitgliedstaaten in ein institutionelles Netzwerk von Normen und Verfahren unter Einbeziehung der Kommission abheben, geeigneter, um die Entwicklung der EU-Außenpolitik der letzten zehn Jahre zu erklären.

Veröffentlichungen

Deutschsprachige Veröffentlichungen

Monographien und Reports

Dembinski, Matthias/ Schumacher, Barbara 2005: Wie Europa dem Rüstungsexport Schranken setzt. Von der Zusammenarbeit europäischer Regierungen zum europäischen Regieren, HSFK-Report, Nr. 9, 2005.

Dembinski, Matthias 2002: Kein Abschied vom Leitbild „Zivilmacht“. Die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik und die Zukunft der Europäischen Außenpolitik, HSFK-Report 12/2002.

Dembinski, Matthias 2001: Bedingt handlungsfähig? Eine Studie zur Türkei politik der Europäischen Union, Frankfurt, HSFK-Report Nr. 5/ 2001.

Dembinski, Matthias 2000: Perspektiven der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik, HSFK-Report Nr. 11/2000, Frankfurt/M.

Jopp, Mathias/Schlotter, Peter (Hrsg.) i.V. 2006: Kollektive Außenpolitik – Die Europäische Union als internationaler Akteur, Frankfurt/M.: Campus (im Folgenden Jopp/Schlotter 2006).

Krause, Alexandra 2001: Mehr als ein Papiertiger? Die Konfliktbearbeitungspolitik in der GASP gegenüber Afrika, HSFK-Report 9/2001.

Reckmann, Jan 2004: Außenpolitische Reaktionen der Europäischen Union auf die Terroranschläge vom 11. September, LIT-Verlag, Münster.

Regelsberger, Elfriede 2004: Die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU (GASP) - Konstitutionelle Angebote im Praxistest 1993–2003. Europäische Schriften Bd. 80, Baden-Baden: Nomos.

Schlotter, Peter (Hrsg.) 2003: Europa – Macht – Frieden? Zur Politik der Zivilmacht Europa, Baden-Baden: Nomos

Beiträge in Sammelbänden

Bendiek, Annegret 2006: Stabilitätspakt für Südosteuropa und die Rolle der Europäischen Union, in: Jopp/Schlotter 2006.

Bendiek, Annegret 2004: Außenpolitische Handlungsfähigkeit durch institutionelle Ausdifferenzierung: Die Südosteuropapolitik der EU, in: Bauer, Patricia/ Voelzkow, Helmut (Hrsg.): Die Europäische Union - Marionette oder Regisseur? Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 273-286.

Brauner, Wolfgang/ Dembinski, Matthias 2001: Erweiterungsfähig, aber nicht handlungsfähiger: Die EU nach Nizza, in: Reinhard Mutz/ Bruno Schoch/ Ulrich Ratsch (Hrsg.): Friedensgutachten 2001, Münster: Lit-Verlag, S. 175-185.

Dembinski, Mathias 2006a: Netzwerke in der EU-Außenpolitik: Das Beispiel der Sicherheitspolitik, Jopp/Schlotter 2006.

Dembinski, Matthias 2006b: Die Türkei politik der Europäischen Union, in: Jopp/Schlotter 2006.

Dembinski, Matthias 2003a : Die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik: Abschied vom Leitbild „Zivilmacht Europa“? in: Peter Schlotter (Hrsg.): Europa – Macht – Frieden? Zur Politik der Zivilmacht Europa, Baden-Baden: Nomos, 2003, S. 72-100.

Dembinski, Matthias (zusammen mit Wolfgang Wagner und Sabine Mannitz) 2003b: Die EU auf der Flucht nach vorne: Chancen und Risiken eines türkischen Beitritts, in: Corinna Hauswedell et. al. (Hrsg.): Friedensgutachten 2003, Münster: Lit-Verlag, S. 157-165.

Dembinski, Matthias 2000: Die EU mit eigener Verteidigungsidentität - ein Beitrag zum Frieden?, in: Ulrich Ratsch/ Reinhard Mutz/ Bruno Schoch (Hrsg.): Friedensgutachten 2000, Münster: Lit-Verlag, S. 109-118.

Jopp, Mathias/ Diedrichs, Udo 2005: Die Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU nach dem Verfassungsvertrag: Innovationen, Experimente, Impulse, in: Jopp, Mathias/ Matl, Saskia (Hrsg.): Der Vertrag über eine Verfassung für Europa – Analysen zur Konstitutionalisierung der EU, Baden-Baden: Nomos, S. 343-366.

Jopp, Mathias/ Schlotter, Peter 2006: Die Europäische Union ein kollektiver außenpolitischer Akteur? – Theoretische Annäherung und Einführung, in: Jopp/Schlotter 2006.

Jopp, Mathias/ Schlotter, Peter 2006: Kollektive Außenpolitik – Die EU als internationaler Akteur, in: Jopp/Schlotter 2006.

Jopp, Mathias/ Sandawi, Sammi 2005: Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik, in: Werner Weidenfeld/ Wolfgang Wessels (Hrsg.): Jahrbuch der Europäischen Integration 2005, Baden-Baden: Nomos, S. 231-240.

Jopp, Mathias/ Sandawi, Sammi 2004: Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik, in: Weidenfeld, Werner/ Wessels, Wolfgang (Hrsg.): Jahrbuch der Europäischen Integration 2003/2004, Baden-Baden: Nomos, S. 229-238.

Krause, Alexandra 2006: Die EU als außen- und sicherheitspolitischer Akteur in Afrika: Das Beispiel Kongo-Kinshasa, in: Jopp/Schlotter 2006.

Krause, Alexandra 2004: Die Kommission als autonomer Akteur in der GASP: Die Politik der EU gegenüber dem subsaharischen Afrika, in: Patricia Bauer/ Helmut Voelzkow (Hrsg.): Die Europäische Union – Marionette oder Regisseur? Festschrift für Ingeborg Tömmel, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 313-331.

Krause, Alexandra 2003: Die EU als friedenspolitischer Akteur in Afrikas Region der Großen Seen - eine Bilanz, in: Corinna Hauswedell/ Christoph Weller/ Ulrich Ratsch/ Reinhard Mutz/ Bruno Schoch (Hrsg.): Friedensgutachten, Münster: (LIT Verlag) S. 166-169.

Lippert, Babara/ Jopp, Mathias/ Regelsberger, Elfriede 2005: Europäische Außen- und Sicherheitspolitik nach der Erweiterung – Politische und institutionelle Herausforderungen und Lösungsansätze, in: Mathias Jopp et al. (Hrsg.): Beiträge zur Entwicklung der Europäischen Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik. MES-Schriftenreihe, Frankfurt (Oder), S. 45-63.

Lippert, Babara/ Jopp, Mathias/ Regelsberger, Elfriede 2003: Europäische Außen- und Sicherheitspolitik der erweiterten Union – interne und externe Herausforderungen an Politik und Institutionen in GASP und ESVP, in: Chardon, Matthias/ Göth, Ursula/ Große Hüttmann, Martin/ Probst-Dobler, Christine (Hrsg.): Regieren unter neuen Herausforderungen: Deutschland und Europa im 21. Jahrhundert. Festschrift für Rudolf Hrbek. Baden-Baden: Nomos, S. 253-265.

Moroff, Holger 2006: Die Politik der EU gegenüber Russland: Kohärenz in der Vielfalt?, in: Jopp/Schlotter 2006.

Moroff, Holger 2004: Die EU als Akteur und Regisseur in ihren Beziehungen zu Russland, in: Patricia Bauer/ Helmut Voelzkow (Hrsg.): Die Europäische Union - Marionette oder Regisseur? Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 257-272.

Reckmann, Jan 2006: Reaktionen der Europäischen Union auf die Terroranschläge vom 11. September 2001, in: Jopp/Schlotter 2006.

Regelsberger, Elfriede 2006: Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, in: Werner Weidenfeld/ Wolfgang Wessels (Hrsg.): Europa von A bis Z. Taschenbuch der europäischen Integration, Baden-Baden: Nomos, S.265-271.

Regelsberger, Elfriede 2006: Die vertraglichen Grundlagen der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der EU – Angebotsvielfalt und Wachstumstrends 1993-2003, in: Jopp/Schlotter 2006.

Regelsberger, Elfriede 2006: Die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU – Das Regelwerk im Praxistest 1993 – 2003, in: Jopp/Schlotter 2006.

Regelsberger, Elfriede 2005: Mehr Sicherheit, Kohärenz und Effizienz für die GASP – Chancen und Risiken im Neuen Verfassungsvertrag, in: Mathias Jopp/ Saskia Matl (Hrsg.): Der Vertrag über eine Verfassung. Analysen zur Konstitutionalisierung der EU, Baden-Baden: Nomos, S. 323-342.

Regelsberger, Elfriede 2005: Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, in: Werner Weidenfeld/ Wolfgang Wessels (Hrsg.): Jahrbuch der Europäischen Integration 2005, Baden-Baden: Nomos, S. 241-248.

Regelsberger, Elfriede 2004: Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, in: Werner Weidenfeld/ Wolfgang Wessels (Hrsg.): Jahrbuch der Europäischen Integration 2003/ 2004, Baden-Baden: Nomos, S. 239-248.

Sandawi, Sammi 2006: Krisenmanagement der Europäischen Union im Rahmen der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik, in: Jopp/Schlotter 2006.

Schlotter, Peter/Reichwein, Alexander 2006: EU-Politik gegenüber der Krise in Mazedonien 1992 – 2003, in: Jopp/Schlotter 2006.

Schlotter, Peter 2006: Auf dem Weg zu einem außenpolitischen Akteur: Die Mittelmeerpolitik der Europäischen Union 1990 bis 2003, in: Jopp/Schlotter 2006.

Schlotter, Peter 2003: Die Europäische Union: Eine Zivilmacht?, in: Ders. (Hrsg.): Europa – Macht – Frieden? Zur Politik der Zivilmacht Europa, Baden-Baden: Nomos, 2003, S. 7-17.

Beiträge in Zeitschriften

Dembinski, Matthias/ Wagner, Wolfgang 2003: Europäische Kollateralschäden. Zur Zukunft der europäischen Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik nach dem Irak-Krieg, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 31-32, S. 31-38.

Jopp, Mathias/ Reckmann, Jan/ Regelsberger, Elfriede 2002: Ansatzpunkte und Optionen zur institutionellen Weiterentwicklung von GASP und ESVP, in: Integration 25:3, S. 230-237.

Jopp, Mathias/ Regelsberger, Elfriede 2003: GASP und ESVP im Verfassungsvertrag – eine neue Angebotsvielfalt mit Chancen und Mängeln, in: Integration 26:4, S. 550-563.

Krause, Alexandra 2002: Die EU als internationaler Akteur in Afrika, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 13-14/2002, S. 24-30.

Regelsberger, Elfriede 2001: Die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik nach ‚Nizza‘ – begrenzter Reformeifer und außervertragliche Dynamik, in: Integration 24:2, S. 156-166.

Schlotter, Peter 2005: Die Europäische Union als außenpolitischer Akteur? Zur Kohärenz der EU-Mittelmeerpolitik und zur Rolle der Kommission, in: Integration 28:4, S. 316-327.

Schlotter, Peter 2004: Europäische Ohnmacht oder europäische Zivilmacht, in: WeltTrends, Nr. 41, Winter 2003/2004, S. 59-65.

Fremdsprachige Veröffentlichungen

Beiträge in Sammelbänden

Regelsberger, Elfriede/ Wessels, Wolfgang 2005: The Evolution of the Common Foreign Security Policy: a Case of an Imperfect Ratchet Fusion, in: Amy Verdun/ Osvaldo Croci (Hrsg.): The European Union in the Wake of Eastern Enlargement, Manchester, S. 85-113.

Beiträge in Zeitschriften

Jopp, Mathias/ Diedrichs, Udo 2003: Flexible Modes of Governance in CFSP and ESDP: Making EU Foreign and Security Policy Work, in: International Spectator 38: 3, S. 15-30.

Krause, Alexandra 2003: The European Unions's Africa Policy: The Commission as Policy Entrepreneur in the CSFP, in: European Foreign Affairs Review 4:3, S. 221-237.

Governance of Complexity: Politische Steuerung im Mehrebenensystem der EU am Beispiel der Beschäftigungspolitik

(Governance of Complexity: Political governance within the EU's dynamic multi level system, seen at the example of employment policy)

Projektleiter:

Professor Dr. Josef Schmid, *Universität Tübingen*

Projektmitarbeiter:

Christian Roth

Laufzeit: 1999 - 2001

Abstract

The complexity of governance to be mastered within the multi-level system of the European Union in general, and within the realm of employment policy specifically, marked the project's analytical starting-point. Phenomena we defined as complex are those which are simultaneously characterized by "diversity and unity". In our case, approaches concerned the uniform steering of employment policy by the EU contrast with the policy's varying national structures. Not only did this result in the familiar problems of achieving consensual agreement within European decision-making procedures, but also – and this represents the primary focus of our project "Governance of Complexity" – in enormous problems when implementing the programs or respectively, in national variety concerned the specifically realized attempts. According to our thesis, the differently structured policy networks within the member states, defined vertically by inter-related political institutions and horizontally by the specific relations between the state and interest groups, are responsible for this result. In order to deal with this problem, we rely on the findings from three sub-disciplines: The material problem of a European employment policy results from EU integration theory; the methodical design of a quasi-experiment is founded upon the international comparison of state activities; Important analytical concepts such as policy profile, implementation networks and policy style originate from policy analysis. Concretely, our research focused on the implementation of the ADAPT program in Austria, Germany, Great Britain and the Netherlands. These selected cases represented different configurations of policy networks, and they vary above all along two dimensions: unitarism vs. federalism, and corporatism vs. pluralism. Next to the reconstruction of implementation structures and the comparison of their policy outputs (rather than outcomes; e.g. in the sense of unemployment) among the four countries as well as in relation to the common European program, our analysis also has investigated feedback and learning effects resulting from the tense relationship between integration on the one hand and national variation on the other.

Ergebnisse

Analytischer Ausgangspunkt des Projektes „Governance of Complexity“ war die Komplexität, die es allgemein beim Regieren im Mehrebenensystem und speziell im Bereich der Beschäftigungspolitik zu bewältigen gibt. Die Ansätze einer einheitlichen Steuerung der Beschäftigungspolitik durch die EU kontrastieren in diesem Fall mit den unterschiedlichen nationalen Strukturen in dem Politikfeld. Dies führt nicht nur zu den bekannten Problemen der Konsensfindung bei europäischen Entscheidungsprozessen, sondern auch zu erheblichen Problemen bei der Implementation von Programmen bzw. zu nationalen Varianzen in den jeweils realisierten Steuerungsversuchen. Dies wird durch die unterschiedlich strukturierten Politiknetzwerke in den Mitgliedstaaten verursacht. Sie umfassen in vertikaler Perspektive die verflochtenen politischen Institutionen im engeren Sinn und in horizontaler Perspektive die jeweils etablierten Staat-Verbände-Beziehungen. Konkret wurde die Implementation des

Programms ADAPT am Beispiel des Instrumentes Jobrotation in Deutschland, Österreich, Großbritannien und den Niederlanden untersucht, wobei die ausgewählten Fälle unterschiedliche Konfigurationen von Politiknetzwerken repräsentierten. Sie variieren vor allem entlang der Dimensionen Unitarismus versus Föderalismus und Korporatismus versus Pluralismus. Neben der Rekonstruktion von Implementationsstrukturen und dem Vergleich von Steuerungsergebnissen im Sinne von Policy-Outputs in Bezug auf andere Länder und das gemeinsame europäische Programm wurden Rückkopplungs- und Lerneffekte untersucht, die aus der Spannung von Integration und Variation folgen. Das Erkenntnisinteresse des Projektes konzentrierte sich auf folgende Leitfrage: Spielt die Struktur von Netzwerken eine entscheidende Rolle bei der Kooperation von Akteuren, der Koordination und Implementation politischer Strategien?

Kurz lässt sich das Ergebnis der Untersuchung wie folgt zusammenfassen: Betrachtet man die Bedingungen unter denen politische Steuerung bei der Umsetzung von Jobrotation erfolgt, kann konstatiert werden, dass das Ausmaß an Festlegung von Maßnahmen und Entscheidungsprozeduren in den von der EU, insbesondere der von der Kommission geförderten Programme – wie die Gemeinschaftsinitiative ADAPT – auf ein hohes Maß an Interventionsintensität und Programmierung durch die Kommission in der Phase der Agenda-Gestaltung und der Politikformulierung verweisen. Dies belegt die Möglichkeiten der Politiksteuerung, die der EU durch die entsprechende Ausrichtung ihrer Programme zur Verfügung stehen. Gleichzeitig eröffnen sich Handlungsspielräume für Implementeure und Adressaten auf bei der Durchführung der Maßnahmen, die ihre Ursachen im Ebenenwechsel und der Veränderung institutioneller Arrangements in der Implementationsphase hat. Es entsteht für die an der Durchführung von Jobrotation beteiligten Akteure eine „Win-Win“ *Situation*, die die Gefahr steuerungspolitischer Restriktionen bei der Anwendung von Jobrotation minimiert. Handlungsspielräume bei der Implementation von Jobrotation durch regionale und lokale Netzwerke werden zur Anpassung des Instrumentes an die spezifischen Bedingungen des nationalen Implementationsregimes und unterschiedlichen Problemlagen des Arbeitsmarktes genutzt. Jedoch zeigt die Implementation des Instrumentes Jobrotation in Deutschland, dass die Entwicklungen in den unterschiedlichen Ländern nicht immer konsequent implementiert und im hohen Maße auch pfadabhängig sind. Gleichzeitig sieht die Kommission die Zielkonformität von Jobrotation durch die Einbettung des Instrumentes in eine europäische Politikstrategie in der Phase der Agenda-Gestaltung und der Politikformulierung sowie durch die operative Offenheit und die flexible Handhabung des Konzeptes Jobrotation gewährleistet.

Veröffentlichungen

Deutschsprachige Veröffentlichungen

Monographien

Schmid, Josef 2002: Wohlfahrtsstaaten im Vergleich. Soziale Sicherung in Europa: Organisation, Finanzierung, Leistungen und Probleme, Opladen (zweite, überarbeitete Auflage).

Beiträge in Sammelbänden

Roth, Christian 2002: Beschäftigung und Arbeitslosigkeit in der Europäischen Union – Bestandsaufnahme und Lösungsansätze; in: Aktualitätendienst 2001. Gesellschaft – Politik – Wirtschaft, Stuttgart/ München/ Düsseldorf/ Leipzig.

Roth, Christian 1999: Perspektiven einer europäischen Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik zwischen Koordination und Redistribution; in: Arne Heise (Hrsg.): Perspektiven der Makropolitik zwischen Nationalstaat und Europäischer Union, Marburg, 209-232.

Roth, Christian 1998: Beschäftigung; in: Jan Bergmann/ Christofer Lenz (Hrsg.): Kommentar zum Vertrag von Amsterdam vom 2. Oktober 1997. Eine Besprechung der Amsterdamer Änderungen des Vertrags über die Europäische Union sowie des Vertrags zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft, Köln, 73-91.

Schmid, Josef / Roth, Christian 2001: Steuerungsprobleme in der europäischen Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik. Zur Dialektik von Mehrebenenpolitik, in: Hans-Peter Burth/ Axel Görlitz (Hrsg.): Politische Steuerung in Theorie und Praxis, Baden-Baden, 395-416.

Schmid, Josef/ Picot, Georg 2001: Welfare to Work bei Blair und Schröder: Ein Gedanke, zwei Realitäten, in: Roland Sturm (Hrsg.): New Labour, München.

Schmid, Josef/ Rehm, Philipp 2001: Arbeitslosigkeit und Beschäftigungspolitik in Europa. Modelle und Möglichkeiten aus international vergleichender Sicht, in: B. Krause u.a. (Hrsg.): Soziales und gerechtes Europa, Freiburg.

Schmid, Josef 2001: Differenzierung und Konvergenz in den Beschäftigungssystemen Europas. Eine politisch-ökonomische Mehrebenenanalyse, in: Ingeborg Tömmel (Hrsg.): Europäische Integration als Prozess von Angleichung und Differenzierung, Opladen.

Beiträge in Zeitschriften

Schmid; Josef 2000: Wie kann man von anderen Ländern lernen? Neuere Ansätze in der vergleichenden Arbeitsmarktpolitikforschung, in: IAW- Mitteilungen Nr. 3, Institut für angewandte Wirtschaftsforschung, Tübingen, 4-12.

Arbeitspapiere

Rehm, Philipp/ Schmid; Josef 2000: Die vier Welten der Beschäftigung. Eine explorative Analyse der arbeitsmarktpolitischen Performanz und politisch-ökonomischen Korrelaten in 10 Industrieländern 1980-2000. WiP Occasional Paper Nr. 13, Tübingen.

Roth, Christian/ Maier; Dirk/ Resch, Alexandra 2002: Jobrotation: Begrenzte Varianz im Mehrebenensystem der EU. Eine Untersuchung von vier europäischen Ländern. WiP Occasional Paper Nr. 16, Tübingen.

Fremdsprachige Veröffentlichungen

Beiträge in Sammelbänden

Schmid, Josef/ Roth, Christian 2000: European labour market policy and national regimes of implementation, in: Paul Klemmer, Paul/ Rüdiger Wink (Hrsg.): Preventing unemployment in europe – A new framework for labour market policy, Cheltenham/ Northampton, 210-231.

Beiträge in Zeitschriften

Roth, Christian/ Schmid, Josef 2000: Multi-level governance in the european employment and labour market policy. A conceptual outline and some empirical evidences, in: German Policy Studies/ Politikfeldanalyse 1/2000, 92-130.

Lokale Beschäftigungspakte im Mehrebenensystem der Europäischen Union: Weiche Steuerungsinstrumente auf lokaler Ebene

(Territorial employment pacts in the European multi-level system: Soft governance at the local level)

Projektleiter:

Professor Dr. Josef Schmid, *Universität Tübingen*

Projektmitarbeiter:

Christian Roth

Laufzeit: 2001-2003

Abstract

Im Zuge der Ausdifferenzierung der Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik der Europäischen Union ist ein Wechsel der Instrumente und Steuerungsstrategien erkennbar, der die spezifischen institutionellen Restriktionen und sachlichen Problemlagen dieses Politikfeldes reflektiert. Er lässt sich als Verschiebung von (bzw. als Ergänzung der) klassischen distributiven Steuerungsmodi auf weiche Formen der Selbst- und Kontextsteuerung interpretieren. Die lokalen Beschäftigungspakte, wie sie die EU seit 1996 initiiert und unterstützt hat, entsprechen dem in hohem Masse. Durch sie soll versucht werden, die Steuerungsdefizite (wie geringe finanzielle Ressourcen, politische Konsensdefizite und Implementationsprobleme) dadurch zu verringern, dass durch Dezentralisierung und Partnerschaft mit gesellschaftlichen Akteuren neue Steuerungspotentiale mobilisiert werden. Dabei kommt den lokalen Beschäftigungspakten eine zentrale Rolle zu, wobei sich hier vielfach Überschneidungen mit anderen Politikfeldern sowie zwischen staatlichen, marktlichen und informellen Trägern fördern. Gleichzeitig wird die Policy-Diffusion zwischen den Mitgliedstaaten gefördert und insgesamt der Ausbau solcher Politiken beschleunigt.

Die Untersuchung der lokalen Beschäftigungspakte schloss an die Analyse der Implementation des Programms ADAPT an, das Gegenstand des vorangegangenen Forschungsantrages war. Es diente zum einen als konzeptionelle Folie, vor deren Hintergrund die Steuerungsleistungen weicher Instrumente erfasst und erklärt werden sollten. Das vorangegangene Projekt diente ferner dem substantiellen Vergleich klassischer und neuer Steuerungsformen; zudem lieferte es wichtige Informationen über die europäischen und nationalen Rahmenbedingungen der lokalen Beschäftigungspakte. Aus diesem Grunde wurden dieselben vier Länder (Deutschland, Österreich, Großbritannien und den Niederlanden) untersucht und einige Analyseinstrumente wie Policy-Profil und Policy Netzwerk erneut angewendet. Ziel war es dabei a) die Effekte des Wechsels der Steuerungsform (d.h. von klassische zu weich), b) der Verschiebung der Ebene (von europäisch und nationale zu lokal) c) der Folgen der Anwendung des Partnerschaftsprinzips und der Öffnung für gesellschaftliche Akteure zu erfassen.

Ergebnisse

Kurz lässt sich das Ergebnis der Untersuchung wie folgt zusammenfassen. Im Mittelpunkt der Territorialen Beschäftigungspakte steht ein integrierter Politikansatz, bei dem einerseits arbeitsmarkt-, struktur- bzw. branchen- sowie sozialpolitische Maßnahmen koordiniert werden, andererseits die regionale/ lokale Politik ganz allgemein nachhaltig auf Beschäftigungsförderung ausgerichtet wird. Die Steuerungsstruktur verweist darauf, dass Organisationsform (regionaler/ lokaler Bezugspunkt der Pakte) und die Art und Weise der Koordinationsbeziehungen (prozessorientiert/ policyorientiert) den Modus politischer Steuerung (direkt/ indirekt) stark determiniert: Pakte, die auf Landesebene (z.B. in Österreich)

angesiedelt sind bzw. als regionaler Verbund (z.B. in den Niederlanden) existieren zeichnen sich durch eine mehrstufige Organisationsform aus. Die Paktkoordination findet auf Landesebene bzw. regionaler Ebene statt, während die Implementation von Projekten und Maßnahmen auf kommunaler Ebene erfolgt. Im Vordergrund steht hier die indirekte Steuerung des Problemlösungsverhaltens der Akteure vor Ort. Bei lokalen Beschäftigungspakten bei denen der räumliche Bezugspunkt die Kommune (z.B. Zeitz) darstellt ist die die Koordinations- und Implementationsebene in der Regel identisch. Politische Steuerung erfolgt unmittelbar direkt und soll die Problemlösungskapazität lokaler Politik (z.B. Integration in den Arbeitsmarkt, Beschäftigungsförderung oder soziale Inklusion) erhöhen.

Durch die Territorialen Beschäftigungspakte werden neue „weiche“ Steuerungsformen über eine initiiierende und/ bzw. koordinierende Funktion der Europäischen Union auf den Weg gebracht, während die eigentliche Politikformulierung und Implementation den Mitgliedstaaten überlassen bleibt. Mit dieser Vorgehensweise wird politisches Neuland betreten. Denn es entstehen Politiken, die, jenseits von regulativ und (re-) distributiv, Steuerungsleistungen erbringen. Charakteristisch ist eine Ergänzung von staatlicher Steuerung durch regionale Selbstorganisation. Durch die Entwicklung paralleler Kooperationsbeziehungen im europäischen Mehrebenensystem werden die Modalitäten der Steuerung nach Funktionen im Policy-Prozess horizontal und vertikal differenziert. Mit den Territorialen Beschäftigungspakten ist ein neues Instrument etabliert worden, welches als „weiche“ Steuerungsform charakterisiert wird. Kennzeichnend für dieses neue Steuerungsmodell ist die Verschmelzung der Steuerungsmedien Macht, Geld und Wissen. D. h. es gibt hier keine eindeutige Funktionsaufteilung zwischen öffentlichen und privaten Akteuren. Zwar leistete die Europäische Union „Starthilfe“ für die Territorialen Beschäftigungspakte, in dem sie einen allgemeinen rechtlichen Rahmen für dieses Instrument schaffte und Gelder für den formalen Aufbau der Pakte zur Verfügung stellte. Die Schaffung von konkreten Entscheidungs- und Implementationsstrukturen sowie die Mobilisierung finanzieller Mittel blieben den Akteuren vor Ort überlassen. Im Sinne des Modells der „Ressourcenzusammenlegung“ von Coleman findet hier erstens eine Bündelung der Handlungspotentiale öffentlicher und privater Akteure auf der Grundlage untereinander ausgehandelter Regelungen statt, zweitens eine Verschmelzung gesellschaftlicher Subsysteme unter den spezifischen Bedingungen der Regionalisierung, Prozeduralisierung und Kontextualisierung. Letztendlich produzieren „weiche“ Steuerungsformen in der EU neue fusionierte Steuerungsmedien. Dies bedeutet zugleich eine neue Relationierung der bekannten steuerungspolitischen Formen wie Regulation und (Re-) Distribution.

Veröffentlichungen

Deutschsprachige Veröffentlichungen

Monographien

Kodré, Petra/ Roth, Christian/ Roggenkamp, Martin/ Scheffelt, Elke 2005: Lokale Beschäftigungsbündnisse. Forschung aus der Hans-Böckler-Stiftung Bd. 58, Berlin: Edition Sigma.

Beiträge in Sammelbänden

Roth, Christian 2006: Mehrebenen-Governance in der EU: das Beispiel der Territorialen Beschäftigungspakte; in Klaus Busch (Hrsg.): Europäische Wohlfahrtsstaatlichkeit im Wandel. Tagungsband, Osnabrück (im Erscheinen)

Roth, Christian 2006: Perspektiven europäischer Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik jenseits von Regulation und Distribution am Beispiel Territorialer Beschäftigungspakte; in: Axel Sell (Hrsg.): Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik in der Globalisierung. Tagungsband der IX. Jahreswirtschaftstagung des Instituts für Weltwirtschaft und Internationales Management (IWIM), Bremen (im Erscheinen).

Roth, Christian 2005: Politische Steuerung; in: Marco Althaus/ Michael Geffken/ Markus Karp/ Sven Rawe (Hrsg.): Handlexikon Public Affairs. Public Affairs und Politikmanagement Band 1, Münster, S. 86-88.

Roth, Christian/ Maier, Dirk/ Schmid, Josef 2005: Europäische Steuerungsfähigkeit durch Territoriale Beschäftigungspakte, in: Petra Kodré/ Martin Roggenkamp/ Christian Roth/ Elke Scheffelt (Hrsg.): Lokale Beschäftigungsbündnisse. Forschung aus der Hans-Böckler-Stiftung Bd. 58, Berlin, 15-36.

Kodré, Petra/ Roggenkamp, Martin/ Roth, Christian/ Scheffelt, Elke 2005: Beschäftigungspolitische Potenziale und Erfolgsfaktoren regionaler Kooperationen, in: Petra Kodré/ Martin Roggenkamp/ Christian Roth/ Elke Scheffelt (Hrsg.): Lokale Beschäftigungsbündnisse. Forschung aus der Hans-Böckler-Stiftung Bd. 58, Berlin, 191-202.

Schmid, Josef/ Blancke, Susanne: Bilanz der Bundesregierung Schröder in der Arbeitsmarktpolitik 1998-2002, in: Ch. Egle u.a. (Hrsg.): Das rot-grüne Projekt, Wiesbaden 2003.

Beiträge in Zeitschriften

Schmid, Josef 2003: Wirtschafts- und Sozialpolitik: Lernen und Nicht-Lernen von den Nachbarn, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 18-19/2003.

Schmid, Josef 2002: Große Probleme und kleine Lösungen? Aktuelle Entwicklungen in der deutschen Arbeitsmarktpolitik, in: Deutschland Archiv 1/2002.

Blancke, Susanne/ Roth, Christian/ Schmid, Josef 2001: „Employability“ – Sicherung der eigenen Beschäftigungschancen? Skizze einer neuen Strategie der beruflichen Qualifizierung; in: SOWI 4/2001, S. 78-81.

Schmid, Josef 2001: Arbeitsmarktpolitik in Deutschland – Mittelweg oder Mittelmaß? (ins Italienische übersetzt), in: Nuovole 2/ 2001.

Arbeitspapiere

Roth, Christian 2004: Territoriale Beschäftigungspakte in der Europäischen Union. Empirische Befunde neuer Formen regionaler Selbstorganisation. Wirtschaft und Politik (WIP) Nr. 22/2004. Occasional Papers des Arbeitsbereichs Politische Wirtschaftslehre und

Vergleichende Politikfeldanalyse, Institut für Politikwissenschaft der Universität Tübingen, Tübingen.

Roth, Christian 2003: Regionale Selbstorganisation im Rahmen der Territorialen Beschäftigungspakte. Europäische Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik jenseits von Regulation und (Re-) Distribution. *Wirtschaft und Politik (WIP)* Nr. 20/2003. Occasional Papers des Arbeitsbereichs Politische Wirtschaftslehre und Vergleichende Politikfeldanalyse, Institut für Politikwissenschaft der Universität Tübingen, Tübingen.

Konferenzen bzw. Workshops

Workshop „Beschäftigungsbündnisse – Neue Problemlösungspotenziale auf regionaler und europäischer Ebene; veranstaltet vom Zentrum für Sozialpolitik der Universität Bremen und dem Institut für Politikwissenschaft der Universität Tübingen in Kooperation mit der Hans Böckler Stiftung, Bremen 04.04.03 (*Prof. Stephan Leibfried / Prof. Josef Schmid*).

Qualifikationsarbeiten

Maier, Dirk 2003: Die Aufnahme von Jobrotation als arbeitsmarktpolitisches Regelinstrument, Tübingen 2003. (Magisterarbeit)

Roth, Christian: Weiche Steuerungsformen in der Europäischen Union. Empirische Existenz und Konzeptualisierung am Beispiel der Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik (laufend).

Die Relevanz von Versprechen und Drohungen in EU Verhandlungen

(The relevance of promises and threats in EU negotiations)

Nationale Formulierungsprozesse zu europäischer Politik: Eine vergleichende Untersuchung der Konfliktlinien und Interessenvermittlungsstrukturen in vier Mitgliedstaaten der Europäischen Union

(EU Decisions at the National Level: A Comparative Analysis of Cleavages and Interest Intermediation in Four Member States of the European Union)

Projektleiter:

Prof. Dr. Gerald Schneider, *Universität Konstanz*

Prof. Dr. Thomas König, *Universität Konstanz; DHV, Speyer*

Projektmitarbeiter:

Dr. des Stefanie Bailer

Konstantin Baltz

Laufzeit: 1999 – 2001; 2002 – 2004

Abstract

The two interlinked research projects that were conducted at the University of Konstanz have relied on a set of common methodological tools – expert interviews and applied game theory – to resolve several puzzles in the theory of European integration. Our research helped us in establishing the following regularities:

- Interest intermediation in the domestic pre-negotiations follows an etatiste or, if a proposal is sufficiently controversial, a corporatist logic. The influence of the lead ministries in setting the agenda is large in all four member states that we compared (D, Fin, GB, NL).
- The conflict space at the domestic level is largely one-dimensional, pitting public and private interests against each other. The main cleavage in the Council of Ministers is between the net contributors and the net beneficiaries of the EU budget.
- Bargaining models predict decision making outcomes in the EU better than procedural models. Domestic restrictions do not play an important role in the EU legislative process.
- No clear winners in the legislative process in the old EU could be identified, showing that each member state occasionally profit from EU legislation. The Southern member states are the largest winners from the accession of the new member states. The decision making capacity of the organization has not decreased as dramatically as some other analyses let us expect.

Ergebnisse

Die zwei hier zusammengefassten, inhaltlich und methodisch miteinander verbundenen Projekte haben verschiedene Entscheidungsprozesse innerhalb der Europäischen Union untersucht. Die methodische Neuerung beider Forschungsvorhaben war, dass mit Hilfe von Experteninterviews die Präferenzen von Akteuren auf der nationalen und supranationalen Ebene für eine große Zahl von Entscheidungsfällen erfasst und systematisch ausgewertet wurden. Die Verwendung von verschiedensten statistischen Verfahren (Regressionsmodelle, Faktor-, Korrespondenzanalyse etc.) wie auch spieltheoretischer Modelle hat zu Erkenntnissen geführt:

- Die nationalen Vorverhandlungen zu EU-Gesetzgebungsvorhaben, die wir für vier Länder (D, Fin, NL, GB) anhand von 15 identischen Projekten untersucht haben, zeigen die

Dominanz von etatistischen und korporatistischen Verhandlungsmustern. Generell setzen sich in den Verhandlungsprozessen die federführenden Ministerien oder, wenn wichtige Interessen betroffen sind, spezialisierte Interessengruppen durch. Ferner bestätigt sich die These von Mancur Olson, wonach spezialisierte Interessen größere legislative Gewinne erzielen als allgemeine Interessen. Dies gilt besonders für Deutschland und die Niederlande.

- Der Konfliktraum bei den Vorverhandlungen ist zumeist eindimensional und durch die unterschiedlichen Interessen von Akteuren mit unterschiedlichem Repräsentationsgrad geprägt. Im Ministerrat der Europäischen Union ist die erste Konfliktdimension, die wir identifizieren können, durch den Status eines Landes als Nettozahler oder Nettobeitragsempfänger bestimmt; andere Erklärungen, die auf ideologische Konfliktlinien verweisen, besitzen keine Erklärungskraft für den Konfliktraum dieses Gremiums.
- Verhandlungsmodelle, wie sie etwa in Anlehnung an Nash, Rubinstein oder Coleman entwickelt wurden, sagen das Resultat der Entscheidungsprozesse auf supranationaler Ebene präziser vorher als räumliche Präferenzmodelle, welche den Status quo berücksichtigen und die legislativen Vorrechte einzelner Akteure mit in die Modellierung aufnehmen. Allerdings lässt sich die Gewinnmenge (win set) verwenden, um im Einzelfall die Reformbereitschaft der Organisation vorherzusagen zu können. Modelle, die auf den innenpolitischen Widerstand bei den legislativen Vorhaben verweisen, besitzen keine besondere Prognosegüte. Entgegen unserer ursprünglichen Annahmen sind explizite Drohungen in der supranationalen Arena selten. Als Forschungsdesiderat erweist sich die Entwicklung von Modellen, die Aspekte der Verhandlungstheorie und der räumlichen Modellierungstradition vereinen. Eine Vorarbeit dazu wurde im Rahmen dieser Forschungsprojekte geleistet.
- Unter den alten Mitgliedstaaten ließen sich über alle rund 65 legislativen Entscheidungsprozesse, die wir mit Kollegen in den Niederlanden, den USA und Finnland erforschten, keine klaren Gewinner erkennen. Deutlich ist aber beispielsweise der Informationsvorsprung, den die britische EU-Diplomatie gegenüber der deutschen aufweist. Von der EU-Erweiterung haben in der Gesetzgebung vor allem die südlichen Mitgliedstaaten profitiert. Die Aufnahme von zehn Mitgliedstaaten hat die eher protektionistisch orientierten Kräfte innerhalb des Ministerrates gestärkt. Die Auswirkungen auf die Entscheidungseffizienz der Erweiterung sind nicht so gravierend, wie es oft dargestellt wird.

Veröffentlichungen

Deutschsprachige Veröffentlichungen

Monographien

Bailer, Stefanie 2006, Nationale Interessen in der Europäischen Union: Macht und Verhandlungserfolg im Ministerrat, Frankfurt: Campus Verlag

Beiträge in Sammelbänden

Bailer, Stefanie/ Schneider, Gerald 2002: Macht und Einfluss in EU-Verhandlungen. Das Integrationsdilemma Deutschlands aus vergleichender Perspektive, in: Horst Hegmann/ Bernhard Neumärker (Hrsg.): Die Europäische Union aus polit-ökonomischer Perspektive, Metropolis-Verlag, 177-203.

Baltz, Konstantin/ König, Thomas/ Schneider, Gerald 2005: Immer noch ein étatistischer Kontinent: Die Formierung von Verhandlungspositionen in vier Mitgliedstaaten, in Rainer Eising/ Beate Kohler-Koch (Hrsg.): Interessenpolitik in Europa, Baden-Baden: Nomos, 283-363.

Beiträge in Zeitschriften

Schneider, Gerald/ Bailer, Stefanie 2002 Mächtig, aber wenig einflußreich: Ursachen und Konsequenzen des deutschen Integrationsdilemmas, in: Integration, 1 (2), S.49-60.

Schneider, Gerald/ Baltz, Konstantin 2003 Am Gängelband der Verbände: Zum Einfluss von Partikularinteressen auf die deutsche EU-Politik, in: Zeitschrift für Europa- und Staatswissenschaften 1 (2), S. 199-219.

Dobbins, Michael/ Drüner, Dietrich/ Schneider, Gerald 2004 Kopenhagener Konsequenzen: Auswirkungen der Erweiterung auf die Gesetzgebung der EU, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 35 (1), S. 51-67.

Arbeitspapiere

König, Thomas/ Junge, Dirk (im Erscheinen) Die räumliche Modellierung von EU Entscheidungssituationen. Akteure, Dimensionen, Interessen, Stimmengewichte und die Natur des Politikraums, in FÖV-Discussion Paper 25, Speyer.

Fremdsprachige Veröffentlichungen

Monographien

Schneider, Gerald/ Baltz, Konstantin, The Domestication of the European Union: Domestic Pre-Negotiations in Four Member States (in preparation)

Beiträge in Sammelbänden

Bailer, Stefanie/ Schneider, Gerald 2006: Nash versus Schelling? The Importance of Constraints in Legislative Bargaining, in: Robert Thomson/ Frans N. Stokman/ Thomas König/ Christopher Achen (Hrsg.): The European Union Decides, Political Economy of Institutions and Decisions, Cambridge: Cambridge University Press, pp.153-177

König, Thomas/ Proksch, Sven-Oliver 2006: A Procedural Exchange Model of EU Legislative Politics, in: Robert Thomson/ Frans N. Stokman/ Thomas König/ Christopher Achen (Hrsg.): The European Union Decides, Cambridge: Cambridge University Press, pp. 211-238

Schneider, Gerald/ Drüner, Dietrich/ Dobbins, Michael (2007 forthcoming): Legislation in an Ever-Widening European Union: Chaos, Gridlock, and Rentseeking?, in Herman W. Hoen/ Torsten Selck (Hrsg.), Enlargement-Induced Institutional Change of the EU. Theoretical Perspectives from International Political Economy, Leuven: Peeters Publishers

Schneider, Gerald/ Baltz, Konstantin 2004, Specialization Pays Off. Interest Group Influence in EU Pre-Negotiations in Four Member States, in: Andreas Warntjen/ Arndt Wonka (Hrsg.):

Governance in Europe - The Role of Interest Groups, Baden-Baden, Nomos, S. 130-147. (Republication of Schneider/ Baltz 2003)

Schneider, Gerald/ Steunenberg, Bernard 2006, Evidence *with* insight. What Models Contribute to EU Research, in: Robert Thomson/ Frans N. Stokman/ Thomas König/ Christopher Achen (Hrsg.): The European Union Decides: Political Economy of Institutions and Decisions, Cambridge:Cambridge University Press, pp.299-317

Sammelbände

Thomson, Robert/ Stokman, Frans N./König, Thomas/ Achen, Christopher (Hrsg.) 2006: The European Union Decides: Political Economy of Institutions and Decisions, Cambridge:Cambridge University Press.

Sonderhefte von Zeitschriften

Schneider, Gerald/ Verdier, Daniel (Hrsg.) 2003: Democratic Institutions for a New Europe. European Union Politics 4 (1).

Beiträge in Zeitschriften

Bailer, Stefanie 2006 The Dimensions of Power in the European Union, in: Comparative European Politics, 4(4). pp. 355-378

Bailer, Stefanie 2004 Bargaining Success in the European Union: The Impact of Exogenous and Endogenous Power Resources, in: European Union Politics 5 (1), S. 99-123.

Dobbins, Michael/ Drüner, Dietrich 2003: Legislative Alignments and Coalition Formation After EU Enlargement: A Preliminary Analysis, in: Central European Political Science Review 3

König, Thomas 2005: The Unit of Analysis and the Model Approach, Research Note, in: Journal of Theoretical Politics, 17 (3), S. 363-369.

König, Thomas/ Proksch, Sven-Oliver (im Erscheinen): Exchanging and Voting in the Council: Endogenizing the Spatial Model of Legislative Politics, in: Journal of European Public Policy, Oxford.

Schneider, Gerald/ Baltz, Konstantin 2003: The Power of Specialization: How Interest Groups Influence EU Legislation, in Rivista di Politica Economica 93, S. 253-283. Wiederabgedruckt 2004 in: Debora Di Gioacchino/ Sergio Ginebri/ Laura Sabani (Hrsg.): The Role of Organized Interest Groups in Policy Making, Houndsmill, Palgrave, 253-283.

Schneider, Gerald/ Baltz, Konstantin 2003: Specialization Pays Off. Interest Group Influence in EU Pre-Negotiations in Four Member States, in: Yearbook for New Political Economy/Jahrbuch für Neue Politische Ökonomie 22, S. 243-263. Wiederabgedruckt 2004 in: Andreas Warntjen/ Arndt Wonka (Hrsg.): Governance in Europe - The Role of Interest Groups, Baden-Baden, Nomos, S. 130-147.

Schneider, Gerald/ Baltz, Konstantin 2005: Domesticated Eurocrats: Bureaucratic Discretion in the Pre-Negotiations of the European Union, in: Acta Politica 40 (1), S. 1-27.

Schneider, Gerald 2005, Capacity and Concessions. Bargaining Power in Multilateral Negotiations, in: Millennium 33/3:665-690.

Zimmer, Christina/ Schneider, Gerald/ Dobbins, Michael 2005: The Contested Council: The Conflict Dimensions of an Intergovernmental EU Institution, in: Political Studies 53 (2), S. 403-422.

Arbeitspapiere

Drüner, Dietrich/ Mastenbroeck, Ellen/Schneider, Gerald/ Selck, Torsten 2006: The Core or the Winset: Predicting Policy Change and Decision Making Efficiency in the EU.

Junge, Dirk / König, Thomas 2005: What's Wrong with EU Spatial Analysis? Robustness and Predictive Power of Spatial Approaches, submitted to Journal of Theoretical Politic.

König, Thomas / Junge, Dirk 2005: The Art of Spatial Modelling. Robustness and Predictive Power of Spatial Approaches in the Study of EU Legislative Politics, Paper presented at the European Consortium for Political Research 2005, Budapest.

König, Thomas/ Pöter, Mirja 2005, Inter-ministerielle Koordination bei EU Gesetzesvorhaben eine Princpal-Agent-Analyse (unveröffentlicht, Speyer)

Pöter, Mirja 2004, The Domestic Dimension of European Union Decisionmaking, (Forschungsinsitut für Öffentliche Verwaltung (FÖV), Speyer)

Schneider, Gerald/ Finke, Daniel/Bailer, Stefanie 2005: Bargaining Power in the European Union: An Evaluation of Competing Game-Theoretic Model, under review.

Schneider, Gerald/ Finke, Daniel/ Baltz, Konstantin 2005: Paying the Piper, Calling the Tune: Patterns of Interest Intermediation in Domestic Prenegotiations of EU Legislative Proposals, wird im Rahmen einer Sondernummer des Journal of European Public Policy evaluiert; Erscheinungsdatum Dezember 2006.

Konferenzen bzw. workshops

1) Deutsch-Niederländische Vorbereitungskonferenz zum DFG-Projekt I, Universität Konstanz, Februar 2000.

2) Democratic Institutions for a New Europe, EUI Florenz, Dezember 2001.

Qualifikationsarbeiten

Promotionen

Bailer, Stefanie 2004: Macht und Erfolg im Ministerrat: Intergouvernementale Verhandlungen in der Europäischen Union. Dissertation an der Universität Konstanz.

Baltz, Konstantin, Lobbying in nationalen Verhandlungen zur EU-Politik: Erklärung der Ursachen und Konsequenzen mittels eines Modells strategischer Informationsübertragung

Drüner, Dietrich 2006: Legislative Decision Making in the European Union before and after Enlargement. Dissertation an der Universität Konstanz.

Pöter, Mirja, The domestic Dimension of European Union Decisionmaking (in Arbeit).

Diplom und Magisterarbeiten

Bey, Amelie 2002: Der Prozess der Implementation. Umsetzung von Maßnahmen der Europäischen Kommission. Der Fall BSE.

Buchczyk, Benno 2002: Die Aufnahme Polens in die Europäische Union – eine Analyse ausgewählter Verhandlungskapitel im Rahmen des Zwei-Ebenen-Ansatzes.

Finke, Daniel 2003: Time Preference in EU Decision Making.

Dobbins, Michael 2003: After Widening: Preference Constellations, Voting Power, and Institutional Change.

Dohrn, Stephan 2002: Informationsasymmetrie und Präferenzstruktur in der Komitologie: Können die Mitgliedstaaten der Europäischen Union den Handlungsspielraum der Kommission einschränken?

Drüner, Dietrich 2002: Koalitionsbildung im EU-Ministerrat: Wer sind Gewinner und Verlierer bei der Rechtsetzung in der Europäischen Union.

Keuchel, Harald 2003: Der Einfluss von Akteurspräferenzen auf die Effizienz der Entscheidungsfindung in der Europäischen Union.

Klöpper, Ursula 2002: EU Lobbying at National Level: The conflict between producer and consumer interests

Lenz, Hartmut 2002: Oversized Coalition Building in the EU Decision Making Process.

Negendanck, Anja 2002: Interessengruppeneinfluss auf nationale EU-Positionen. Untersuchungen für die Bundesrepublik Deutschland.

Neuberger, Franziska 2002: Die Koordination von EU-Politik in den Niederlanden.

Pöter, Mirja 2001: Examining the EU Legislative Process.

Proksch, Sven-Oliver 2002: Procedural Exchange in European Union Decision Making.

Warntjen, Andreas 2002: Interests and Resources: The Formation of National Positions Regarding EU-Policies.

Weltin, Michael 2001: Consensus from the top? The role of interest groups in Finnish European Union policy making.

Zimanky, Carl 2002: Etatismus oder Korporatismus – Ein Vergleich nationaler Interessenvermittlung zu Kommissionsvorschlägen in vier EU-Mitgliedstaaten.

Zimmer, Christina 2003: Die Dimensionalität von Entscheidungen im Ministerrat der Europäischen Union: Analyse der zugrundeliegenden Konfliktstruktur im Vergleich zu den Vorverhandlungen auf nationaler Ebene.

Die Kompetenz der Europäischen Union für Transeuropäische Netze eine fiskalföderalistische und institutionenökonomische Analyse

(The Responsibilities of the European Union for Trans-European Networks – an Analysis based on the Theory of Fiscal Federalism and the New Institutional Economics)

Projektleiter:

Prof. Dr. Rüdiger Soltwedel, *Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel*

Projektmitarbeiter:

Frank Bickenbach

Laufzeit: 1997 - 1999

Abstract

Since the 1980s, the EC has become an engine for liberalization and re-regulation in the network industries of the transport, energy and telecommunications sectors. Substantive changes in the European infrastructure and regulation policy (the liberalization of national markets, the re-regulation of network access, and the establishment and development of trans-European networks) have been accompanied by important institutional changes. These include changes in the allocation of competencies between the EC and its Member States as well as changes in the institutions and procedures of infrastructure and regulatory policy making. These institutional changes will be of utmost importance for the further development of the European network industries. The research project, thus, focused on developing normative criteria for an efficient allocation of regulatory competencies between the EC and its Member States and for the institutional design of regulatory policy making on the different vertical levels. Methodologically, the focus of research was on applying methods and insights from the New Institutional Economics (and on assessing the potential of the NIE for dealing with such questions). Traditional economic theories of federalism were complemented by contract theoretic and ‘transaction cost political’ approaches to discuss the incentive and commitment effects of alternative vertical allocations of regulatory competencies. With respect to the appropriate horizontal allocation of competencies (incomplete) contract theory was used to examine the efficiency implications of the establishment of ‘independent’ regulatory agencies and of the separation of regulatory competences between different regulatory agencies.

Ergebnisse

Das Forschungsprojekt widmete sich der Frage nach der angemessenen infrastruktur- und regulierungspolitischen Kompetenzverteilung im Bereich der Netzwerkindustrien (NI) in der EU sowie der Diskussion der für die Analyse alternativer wirtschaftspolitischer Kompetenzverteilungen und Institutionen wirtschaftspolitischer Aufgabenerfüllung verfügbaren ökonomischen (fiskalföderalistischen und institutionenökonomischen) Theorien.

Zunächst wurden (i) die faktische Entwicklung der Infrastruktur- und Regulierungspolitik für die NI in der EU sowie (ii) die spezifischen Transaktionskostenprobleme, die sich aus regulierungstheoretischer Sicht bei der Regulierung der NI ergeben, beschrieben: Seit den achtziger Jahren hat sich die EU zu einem Motor der Liberalisierung und der Re-Regulierung der europäischen NI entwickelt. Substantielle inhaltliche Politikänderungen (Liberalisierung, Re-Regulierung, Förderung transeuropäischer Netze) wurden von Änderungen der Kompetenzzuordnung zwischen der europäischen und der mitgliedstaatlichen Ebene sowie bei der institutionellen Ausgestaltung der Infrastruktur- und Regulierungspolitik begleitet. Diesen kommt aufgrund der Dynamik der Entwicklungen in den NI, sowie der Unsicherheiten und Meinungsunterschiede über die angemessene Politikgestaltung entscheidende Bedeutung

für die weitere Entwicklung der NI zu. Die Regulierungspolitik muss immer wieder an veränderte technologische und marktliche Bedingungen sowie an neue empirische oder theoretische Erkenntnisse der Regulierungsökonomik angepasst werden (können). Allerdings bedingen entsprechende Entscheidungsfreiräume Opportunismusgefahren, so dass ein Trade-off zwischen der potentiellen Effizienz und den Missbrauchsgefahren regulierungspolitischer Entscheidungsfreiräume besteht. Bei dessen Ausgestaltung kommt der vertikalen und horizontalen Allokation der Regulierungskompetenzen eine wichtige Rolle zu.

Im nächsten Untersuchungsschritt wurden Argumente der „Theorie des Fiskalföderalismus“ (sowie polit-ökonomische Argumente) herangezogen, um die Vor- und Nachteile alternativer Kompetenzzuordnungen zu diskutieren. Dabei wurden methodische Defizite deutlich, deren grundlegende Ursache der Verzicht auf eine explizite Modellierung von Informationsproblemen und Transaktionskosten und deren Bedeutung für die Bindungsprobleme der Politik ist. Anschließend wurde untersucht, inwieweit sich diese Defizite durch einen Rückgriff auf institutionenökonomische, speziell vertragstheoretische, Methoden beheben lassen. Der vertragstheoretische Ansatz impliziert eine neue ökonomische Sichtweise auf föderalistische und politisch-institutionelle Fragestellungen und stellt Methoden und Argumente bereit, die eine systematische Analyse der Informations- und Transaktionskostenprobleme (unvermeidbare „Vertragsunvollständigkeiten“ und dadurch bedingte Bindungs- und Glaubwürdigkeitsprobleme) im Verhältnis zwischen verschiedenen staatlichen und privaten Akteuren erlauben. Dies ermöglicht neue theoretische Einsichten, etwa hinsichtlich der Bedeutung, die der Komplexität politischer Regeln und der Informationsanforderungen bei ihrer Umsetzung und Kontrolle für die angemessene (föderale) Kompetenzzuordnung zukommen sowie hinsichtlich der Folgen der horizontalen Kompetenzzuordnung für die Anreize und die Möglichkeiten zur Kontrolle der regulierten Unternehmen und der Regulierer selbst.

Sowohl die Etablierung unabhängiger Regulierungsbehörden mit spezifischer Zielvorgabe als auch die Übertragung unterschiedlicher Regulierungskompetenzen auf mehr als eine Regulierungsbehörde können die Opportunismusprobleme der Regulierung im Bereich der NI reduzieren. Allerdings ist eine zu starke Aufsplitterung von Regulierungskompetenzen wegen der mit ihr verbundenen Kosten (Ressourcenaufwand, Kompetenzstreitigkeiten etc.) zu vermeiden. Die Frage nach der adäquaten horizontalen Kompetenzverteilung auf der Ebene der Mitgliedstaaten bzw. der EU kann auch deshalb nicht unabhängig von der jeweils anderen Ebene und von der vertikalen Kompetenzaufteilung zwischen den beiden Ebenen beantwortet werden.

Im Bereich der Liberalisierung und Regulierung der NI ist weder eine vollständige Kompetenzdezentralisierung noch eine vollständige Zentralisierung sinnvoll. Glaubwürdige Vereinbarungen der Mitgliedstaaten zur effektiven Öffnung der nationalen Märkte bzw. Netze sind ohne eine zumindest partielle Zentralisation der Kompetenzen zur Interpretation, Anpassung und Durchsetzung der vereinbarten Regelungen kaum möglich. Zugleich verfügen dezentrale Akteure tendenziell über bessere Anreize und Möglichkeiten die für konkrete Regulierungsentscheidungen erforderlichen detaillierten Informationen über lokale Bedingungen zu erwerben und zu nutzen. Entsprechend sollte sich die regulierungspolitische Kompetenzzuordnung in der EU im Bereich der NI (weiterhin) an einem System der „Zwei-Ebenen-Regulierung“ orientieren: Formulierung und Anpassung der grundlegenden Liberalisierungs- und Regulationsregeln und Überwachung ihrer Implementierung sollte überwiegend auf EU-Ebene erfolgen, Implementierung und Anwendung der Regeln selbst dagegen überwiegend auf Ebene der Mitgliedstaaten. Allerdings sollten die Gemeinschaftskompetenzen bei der Implementierung der Regulationsregeln für grenzüberschreitende Netzzugangs- und -zusammenschaltprobleme mit einer „europäischen Dimension“ relativ zum Status-quo gestärkt werden. Zwei Alternativen bieten sich hierbei an:

(1) die Etablierung einer unabhängigen Regulierungsinstanz auf EU-Ebene und (2) die stärkere „Regulierung“ der nationalen Regulierungsbehörden durch die EU.

Veröffentlichungen

Deutschsprachige Veröffentlichungen

Arbeitspapiere

Bickenbach, Frank 1999: Regulierung und Wettbewerb im Bereich der Netzinfrastrukturen: Begründung, Regeln und Institutionen. Kieler Arbeitspapiere 910. Kiel.

Bickenbach, Frank 1998: Auf dem Weg zu einer europäischen Wirtschaftsverfassung für Netzinfrastrukturen: Ausgangssituation, Veränderungen und offene Fragen. Kieler Arbeitspapiere 896. Kiel.

Fremdsprachige Veröffentlichungen

Arbeitspapiere

Bickenbach, Frank 2000: Regulation of Europe's Network Industries: The Perspective of the New Economic Theory of Federalism. Kiel Working Paper 970. Kiel

Budgetkoordinierung und Fiskaldisziplin in der EU

(Coordination of public budgets and fiscal discipline in the European Union)

Projektleiter:

Prof. Dr. Paul Bernd Spahn, *Universität Frankfurt am Main*

Projektmitarbeiter:

Föttinger, Wolfgang

Laufzeit: 1996 – 1999

Abstract

This research project was directed to examining how the future institutional framework regarding budgetary decisions of EU Member States should be designed. It did address the question of intergovernmental fiscal cooperation, coordination and control of budget systems in the specific federal system of the EU which basically grants budgetary independence to all layers of government (subsidiarity). A budget system consists of several institutional components covering accounting standards, the stages of the budget process (preparation, presentation, parliamentary approval, and implementation of the budget) as well as feedback control and sanctions given budgetary objectives. The interplay of budget institutions with respect to budgetary performance was in the center of analysis. The research project focused on one of the most prominent aspects of budget coordination: fiscal discipline. Fiscal discipline is to secure the fiscal capacity of public budgets permanently (long-run sustainability) in order to command appropriate financial resources for collectively agreed programs and policies. By reducing the complexity of revenue and spending items, it should be possible to develop an evaluation scheme that would make it possible to identify weaknesses of existing budget systems, coordination needs between national budgets, and proposals for prudent budget management.

Ergebnisse

Das Forschungsvorhaben ging der Frage nach, in welchem institutionellen Rahmen sich künftig Ausgabe- und Einnahmeentscheidungen öffentlicher Haushalte von Mitgliedsländern der EU vollziehen sollen. Dies ist gleichbedeutend mit der Frage nach supra- bzw. zwischennationaler fiskalischer Kooperation und der Koordination und Kontrolle von Budgetsystemen im spezifischen föderalen Modell der Europäischen Union, das grundsätzlich die Unabhängigkeit (Subsidiarität) der Mitgliedstaaten bei ihrer Budgetgestaltung beachtet. Ein Budgetsystem umfaßt jeweils eine Reihe verschiedener institutioneller Komponenten, die vom Rechnungslegungskonzept und der Präsentationsform des Haushaltsplans, über die Phasen des Budgetprozesses (Aufstellung, Beratung, Entscheidung, und Ausführung) bis hin zu den Regel- und Sanktionsmechanismen zur Gewährleistung vorgegebener Budgetziele reichen. Das Ziel der Untersuchung bestand vor allem darin, das Zusammenspiel verschiedener Budgetinstitutionen im Hinblick auf das Budgetergebnis zu erforschen. Die Untersuchung beschränkte sich auf einen Teilbereich der Budgetkoordinierung: die Fiskaldisziplin. Fiskalische Disziplin wird verstanden als Sicherung der politischen Handlungsfähigkeit durch die Stabilisierung öffentlicher Haushalte. Dies impliziert die dauerhafte Verfügbarmachung von öffentlichen Ressourcen für budgetär wirksame politische Programme und Leistungsgesetze (sustainability of the budget). Damit wurde es möglich, für ein-im Vergleich zum Gesamtkomplex aller Einzelelemente von öffentlichen Haushalten-relativ leicht abgrenzbares Zielsystem einen Anforderungskatalog für die Evaluierung von Budgetsystemen zu entwickeln. Dies diente dazu, Schwächen vorhandener Budgetsysteme zu

identifizieren sowie Koordinierungsbedarf zwischen nationalen Budgets aufzudecken und entsprechende Lösungsvorschläge zu entwickeln.

Veröffentlichungen

Deutschsprachige Veröffentlichungen:

Monographien

Föttinger, Wolfgang 1998, Fiskaldisziplin in der Wirtschafts- und Währungsunion, Europäische Hochschulschriften, Frankfurt : Verlag Peter Lang

Beiträge in Zeitschriften

Föttinger, Wolfgang/ Spahn, Paul 1998, Neuseelands Reform der öffentlichen Verwaltung. Radikalkur als Patentrezept?, in: Wirtschaftsdienst, Nr. 10 (78 Jg.), Hamburg, 609

Spahn, Paul 1998, Grenzen der Staatsverschuldung, Pro & Contra, Evangelisches Frankfurt, 22. Jg., Nr. 2 (März), S.4

Arbeitspapiere

Föttinger, Wolfgang/ Spahn, Paul 1998, Staat ohne Verwaltung? Neuseelands institutionelle Innovationen auf dem Weg zur fiskalischen Disziplin, in Frankfurter Volkswirtschaftliche Diskussionsbeiträge, Nr. 91, Universität Frankfurt/M

Fremdsprachige Veröffentlichungen

Beiträge in Sammelbänden

Spahn, Paul 1998, Decentralized Government and Macroeconomic Control, in: Horofumi Shibata and Toshihiro Ihuri (Eds.), The Welfare State, Public Investment, and Growth, Selected Papers from the 53rd Congress of the International Institute of Public Finance, Springer: Tokyo, 129-150

Arbeitspapiere

Spahn, Paul 1998, Policy Coordination and Control with Decentralized Government, in: Frankfurter Volkswirtschaftliche Diskussionsbeiträge, Nr.88, Universität Frankfurt/M

Spahn, Paul 1998, Decentralization and Municipal Creditworthiness. Institutional and Macroeconomic Aspects, ECA-Infrastructure Strategy Note, The World Bank, April/May 1998

**Integrierte Rechtsetzung zwischen EU und Bundesrepublik. Praxis,
rechtlicher Rahmen und Perspektiven**

*(Integrated law making between EU and the Federal Republic of Germany: practices, legal
framework and perspectives)*

Projektleiter:

Prof. Dr. Armin von Bogdandy, *Universität Frankfurt / Max-Planck-Institute für
ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht*

Projektmitarbeiter:

Felix Arndt

Dr. Jürgen Bast

Dr. Philipp Dann

Laufzeit: 1997 – 1998; 1999 - 2002

Abstract:

The project concerns „Integrated Law-making“ in the European Union. Its aim is to analyze how the different levels of this multilevel system of governance interact when jointly exercising the function of law-making. According to the original plan, the project was designed to concentrate on the issue of how the Member States within their legal order deal with the obligation to enact laws and regulations as required by the various pieces of EU legislation. This design was based on the assumption that the various legal instruments, which the EU is using in order to impose these obligations, are well-known and analyzed both in empirical and legal terms. It turned out, however, that in fact little is known about the structure of these instruments and the body of law they form. Thus, the project concentrated on collecting data about the empirical structure of the secondary Union and Community law in force, which should form the basis for further legal analyzes. This required recourse to methods of empirical social research. A random sample was taken from the “Directory of Community Law in force”, a periodical issued by the Office for Official Publications which contains an inventory of all legal acts in force at the date of issuance. This data has been analyzed according to various features, such as the rank within the legal order, the type of instrument employed, the acting institution, the substantive field of action, or the date of adoption. One of the surprising results is the extent to which institutions other than Council, Commission and European Parliament contribute to the European law in force, and the extent to which legal instruments other than those listed in Art. 249 EC Treaty are in force. On the hand, surprisingly clear structures come to the fall, reflecting settled institutional practices and routines in the choice of instruments. This does not correspond to the commonly held view of a chaotic situation and an unprincipled proliferation of legal instruments, which forms the basis of the current demand for their reform. According to our evaluation the structure of legal instruments does not reveal any systematic faults. The analyses of the legislation informed has shown a large degree of differentiation, but in most respects the current legal instruments provide a sound basis for developing and convincing system *de lege lata*. Another focal point of the project concerns the procedures of integrated law-making. One central issue in this respect is the legal framework for information flows between the various units of the European multilevel system of governance. A legal reconstruction demonstrated the central role of the European Commission for processing and distributing the data that Member States’ public administration need in order to implement Community law.

Supplementary research has been undertaken in order to provide an adequate conceptual framework for analyzing the constitutional system of the European Union. In the light of the innovations brought about by the Amsterdam Treaty, it is submitted that the European Union

should be regarded as a supra-national federation. Connected to this approach is the question whether, and if so, in which form the institutionally fragmented Union should be considered a single organization with a single legal system at all. Despite a high degree of incoherence and polycentricity, it is submitted that the EU is such a single organization, encompassing the former Communities. A further complex of research concerns the vertical order of competences, which forms the center-piece of the European system of governance. A systematic reconstruction of the current legal situation has been undertaken, and proposals for the reform of the competence order have been made. Finally, the European system was compared with international forms of collective problem-solving, the WTO in particular.

Several PhD projects have been conducted in the context of this research project, including the following: Philipp Dann's study "Parlamente in Exekutivföderalismus" deals with the position of the national parliaments and the European Parliament in the institutional system of the EU. He elaborates on the relationship of federalism and parliamentary democracy in the particular European context. Felix Arndt's work on "Die Repräsentation der Unionsbürger" concentrates on the European Parliament and analyzes from the prospective of the tension between necessary uniformity and maintenance of diversity its mode of creation, its internal organization and its various functions. Jürgen Bast's "Grundbegriffe der Handlungsformen der EU" provides basic principles of the EU's legal instruments. This conceptual framework is applied to the decision *sui generis*, one of the instruments most often used in practice but hardly analyzed so far.

Ergebnisse

1. Eigene Forschungen im Kernbereich des Antrags

a) Das Instrumentarium der integrierten Rechtsetzung

Das ursprüngliche Projekt war darauf ausgerichtet zu untersuchen, wie die nationalen Verfassungsordnungen die Rechtsetzungsaufträge der Europäischen Union verarbeiten. Bei Abfassung des Forschungsantrags wurde davon ausgegangen, dass die rechtlichen Instrumente, in denen die EU für die nationalen Regierungssysteme die Rechtsetzungsaufträge niederlegt, in empirischer und rechtlicher Hinsicht gut bekannt und durchleuchtet sind.

Im Verlauf der Studie zeigte sich jedoch recht schnell, dass über die tatsächliche Struktur der Instrumente und dieser Rechtsetzungsaufträge nur wenig bekannt ist. Es gibt vage Vermutungen über angeblich 40.000 Seiten geltenden Rechts und eine Reihe von theoretischen und dogmatischen Annahmen, die jedoch zur überwiegenden Zahl aus den sechziger Jahren stammen und die danach nur punktuell anhand der sich entwickelnden Rechtsetzungspraxis kontrolliert und fortgeschrieben wurden. Die heutigen Instrumente europäischer Rechtsetzung, so musste ich verblüfft feststellen, sind nur partiell durchdrungen, und konkrete empirische Kenntnisse liegen praktisch nicht vor.

Angesichts dieser Lage hat das Forschungsteam die tatsächliche Struktur des geltenden Sekundärrechts der EU erhoben. Das verlangte statistische Methoden, und das Projekt hat einige Zeit gebraucht, um einen sicheren Zugang zu gewinnen. Wir entschieden uns letztlich für eine statistische Auswertung des ‚Fundstellennachweis des geltenden Gemeinschaftsrechts‘. Aus diesem Fundstellennachweis haben wir eine Zufallsstichprobe gezogen. Die gefundenen Rechtsakten wurden unter einer Reihe von rechtlich und politisch relevanten Gesichtspunkten ausgewertet und dann mit dem Programm SPSS bearbeitet. Die Verkodung der einzelnen, mittels der Zufallsstichprobe ausgewählten Akte war überaus personalintensiv. Das Ergebnis der Studie rechtfertigt jedoch den Aufwand.

b) Verfahren der integrierten Rechtsetzung

Ein weiterer Forschungspfad im Kern des Projektes betrifft die Analyse der Willenbildungsstränge im europäischen Regierungssystem. Die diesbezügliche Studie zeichnet detailliert nach, wie der rechtliche Rahmen des europäischen Kommunikationsverbundes zwischen den involvierten hoheitlichen Stellen gestaltet ist und wie er genutzt wird.

2) Eigene ergänzende Forschungen im Kernbereich des Schwerpunktprogramms

Der Forschungsantrag wurde vor dem Amsterdamer Vertrag noch in einer Zeit konzipiert, in dem selbst der Maastrichter Vertrag wissenschaftlich kaum durchdrungen war. Eine erfolgreiche Bearbeitung des Projekts verlangte, so wurde mir sehr schnell klar und so zeigen auch die Studien zu 1), dass das Regierungs- und Verfassungssystem der EU zunächst adäquat begrifflich befasst werden muss.

Zu diesem Zweck habe ich eine Konzeption der EU, nämlich „Supranationaler Föderalismus als Gestaltidee“ in der Tradition der Staatslehre vorgelegt.

Eng hiermit verbunden sind meine Überlegungen, inwieweit und in welcher Form die institutionell zerklüftete Union überhaupt einen einheitlichen Herrschaftsträger darstellt und ein einheitliches Regierungssystem begründet.

Ein dritter Komplex von Überlegungen betrifft die europäische Kompetenzordnung, die – wie nicht zuletzt die Erklärung des Europäischen Rates von Laeken zeigt – das eigentliche Herzstück des europäischen Regierungssystems bildet. Hierzu habe ich eine theoretische Konzeption und Vorschläge zur Fortentwicklung entwickelt, die Aufnahme in die Arbeit des Verfassungskonvents gefunden haben.

Der letzte Schwerpunkt meiner einschlägigen Arbeiten betrifft einen Vergleich des europäischen Regierungssystems mit internationalen Formen kollektiver Problemlösung aus der Überzeugung heraus, dass ein begrifflich angeleiteter Vergleich erhebliche Erkenntnispotentiale für sämtliche involvierten Phänomene zeigt.

3. Dissertationen

a) *Philipp Dann: Parlamente im Exekutivföderalismus. Eine Studie zum Verhältnis von föderaler Ordnung und parlamentarischer Demokratie in der Europäischen Union*

Die Arbeit beschäftigt sich mit der Stellung der Parlamente im institutionellen System der Europäischen Union. Die Untersuchung der Bedingungen parlamentarischer Demokratie in der EU findet ihre Grundlage und ihren entscheidenden Ausgangspunkt in einer institutionentheoretischen Analyse der föderalen oder Mehrebenen-Struktur der Union. Es wird versucht zu zeigen, dass die besondere Struktur des auf Mediatisierung der gliedstaatlichen Parlamente angelegten Systems die Parlamente in ein Dilemma zwischen eigenem Kontrollanspruch und unionaler Effektivitätserwartung stürzen, dem durch Reformen des nationalen Verfassungs- oder Parlamentsrechts nur mangelhaft begegnet werden kann.

Das EP profitiert dagegen von der institutionellen Konstellation des Exekutivföderalismus. Diese These folgt im dritten Teil der Arbeit aus einem Vergleich des EP mit zwei Strukturtypen von Parlamenten, dem Rede- und dem Arbeitsparlament (am Beispiel von britischem Unterhaus bzw. US Kongress). In dem systematischen Vergleich des EP mit diesen beiden Typen tritt hervor, wie die exekutivföderale Struktur ein dualistisches Institutionensystem hervorbringt, welches insbesondere die Ähnlichkeit des EP mit dem amerikanischen Vorbild verdeutlicht. Als ein solches Arbeitsparlament fügt sich das EP selber als institutionell unabhängiger Akteur in die konsensuale Dynamik des Exekutivföderalismus ein.

b) Silke Sandmann: Die Umsetzungspraktik der Republik Italien im Hinblick auf die Rechtsetzungsakte der Europäischen Union – Das La Pergola-Gesetz als Lösung eines langjährigen Problems

Die Untersuchung widmet sich den Gründen, die den ständig wachsenden Umsetzungsrückstand Italiens verursacht haben und den von Italien unternommenen unterschiedlichen Versuchen, das Umsetzungsproblem zu lösen. Insbesondere wird die Funktionsfähigkeit des La Pergola-Gesetzes analysiert und geprüft, inwieweit die Zielsetzungen erreicht wurden und welche Probleme im Rahmen dieser Gemeinschaftsgesetze entstanden sind. In einem letzten Schritt unternimmt die Arbeit den Versuch, einen für die Übertragung des En-bloc-Umsetzungssystems nach deutschen staatsrechtlichen Bedürfnissen und Möglichkeiten ausgerichteten Ansatz zu entwickeln.

c) Felix Arndt: Die Repräsentation der Unionsbürger – Zur Rolle des Europäischen Parlaments in der supranationalen Föderation

Diese Arbeit untersucht die Leistungsfähigkeit des Europäischen Parlaments aus der Perspektive des Spannungsfeldes von notwendiger Einheitsbildung und Bewahrung von wünschenswerter Vielfalt. Es wird gezeigt, dass das Europäische Parlament auf dem heutigen Entwicklungsstand der Integration am überzeugendsten unter dem Leitbild einer Repräsentation der Unionsbürger, die in ein Gefüge dualer Legitimation eingebunden ist, untersucht werden kann. Auf dieser Folie analysiert und bewertet Herr Arndt in den weiteren drei Hauptkapiteln die Konstituierung, die Binnenorganisation und die Parlamentsfunktionen des Europäischen Parlaments.

d) Jürgen Bast: Der Beschluss als Handlungsform des Unionsrechts

Gegenstand der Untersuchung sind diejenigen Rechtsakte der Europäischen Union, die in der Praxis der Rechtsetzung als „Beschluss“ (engl. *decision*, franz. *décision*, niederl. *besluit*) bezeichnet werden. Diese Akte werden als Vertreter eines in den Unionsverträgen nicht vorgesehenen, in der Praxis gleichwohl häufig auftretenden Handlungstypus gedeutet. Die Dissertation entwickelt eine allgemeine Konzeption des Beschlusses, indem die charakteristischen Merkmale dieser Handlungsform ausgewiesen werden und gezeigt wird, dass sich mit der Qualifikation eines gemeinschaftsrechtlichen Organakts als Beschluss ein kohärentes Rechtsregime verbindet.

e) Astrid Bardelang: Das Programm im Recht der Europäischen Union

Dieses Dissertationsvorhaben beschäftigt sich mit einer wenig beachteten Handlungsformen des Unionsrechts: dem Programm. Anhand der Entwicklung unterschiedlicher Kategorien von Programmen soll danach festgestellt werden, bei welchen Programmen überhaupt von einer "Handlungsform" gesprochen werden kann, welche Rechtswirkungen die einzelnen Programme auf Unionsebene bzw. auf der Ebene der Mitgliedstaaten entfalten und ob sich im Unionsrecht neben den herkömmlichen Rechtsakten vielleicht sogar ein Rechtsakt "Programm" entwickelt hat. Dabei ist ein Vergleich mit der im deutschen Verwaltungsrecht gebräuchlichen Handlungsform des Plans interessant. Darüber hinaus werden die Programme auf ihre allgemeine Funktion im Gefüge der Rechts- und Politikgestaltung der Europäischen Union zu untersuchen.

Veröffentlichungen

Deutschsprachige Veröffentlichungen

Monographien

Bast, Jürgen 2006, Grundbegriffe der Handlungsformen der EU entwickelt am Beschluss als praxisgenerierter Handlungsform des Unions- und Gemeinschaftsrechts, in: Beiträge zum ausländischen öffentlichen Recht und Völkerrecht, Veröffentlichungen des Max-Planck-Instituts für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht, Band 184

Jürgen Bast 2006, Der Beschluss als Handlungsform des EU-Rechts, Berlin; Heidelberg; New York: Springer.

Dann, Philipp 2004, Parlamente im Exekutivföderalismus. Eine Studie zum Verhältnis von föderaler Ordnung und parlamentarischer Demokratie in der Europäischen Union
Parliaments in Executive Federalism. A Study of the Interplay between Federal Order and Parliamentary Democracy in the European Union, Beiträge zu ausländischen öffentlichen Recht und Völkerrecht, Band 166

Philipp Dann 2006, The unity of the European constitution, Berlin; Heidelberg; New York: Springer.

Von Alemann, Florian 2006, Die Handlungsform der interinstitutionellen Vereinbarung. Eine Untersuchung des Interorganverhältnisses der europäischen Verfassung. Beiträge zum ausländischen öffentlichen Recht und Völkerrecht, Berlin: Springer

von Bogdandy, Armin 2001, Grundrechtsgemeinschaft als Integrationsziel? Grundrechte und das Wesen der Europäischen Union, Schriftenreihe des Zentrums für Europäisches Wirtschaftsrecht der Rheinischen Friedrich-Wilhelm-Universität Bonn, Nr. 115

von Bogdandy, Armin 1999, Supranationaler Föderalismus als Idee und Wirklichkeit einer neuen Herrschaftsform. Zur Gestalt der Europäischen Union nach Amsterdam, Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft

Beiträge in Sammelbänden

von Bogdandy, Armin/ Arndt, Felix 2000, Die Zusammenarbeit der Finanzverwaltungen in der Europäischen Union, Europäisches Wirtschafts- und Steuerrecht, S. 1-6,

von Bogdandy, Armin 2000, Information und Kommunikation in der Europäischen Union: föderale Strukturen in supranationalem Umfeld in: Wolfgang Hoffmann-Riem/Eberhard Schmidt-Aßmann (Hrsg.), Verwaltungsrecht in der Informationsgesellschaft. Schriften zur Reform des Verwaltungsrecht Nr. 7 Nomos: Baden-Baden, S. 133 – 194

Beiträge in Zeitschriften

von Bogdandy, Armin 2001, Verfassungsrechtliche Dimensionen der Welthandelsorganisation. Entkopplung von Recht und Politik, Kritische Justiz, S. 264-281

von Bogdandy, Armin 2001, Verfassungsrechtliche Dimensionen der Welthandelsorganisation. Neue Wege globaler Demokratie, Kritische Justiz, S. 425-441

von Bogdandy, Armin 1998, Die Europäische Union als einheitlicher Verband, in: v. Bogdandy/Ehlermann (Hrsg.), Konsolidierung und Kohärenz des Primärrechts nach Amsterdam, Europarecht Beiheft (2), S. 165-183; auch veröffentlicht durch: Europäisches Parlament, Generaldirektion Wissenschaft, Konsolidierung und Kohärenz des Primärrechts der Europäischen Union nach Amsterdam, Reihe Rechtsfragen, Juri 102 DE, 7-1998

von Bogdandy, Armin/ Arndt, Bast 2002, Handlungsformen im Unionsrecht – Empirische Analysen und dogmatische Strukturen in einem vermeintlichen Dschungel, in: Zeitschrift für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht (ZaöRV), 62/1-2, Stuttgart: Verlag W. Kohlhammer, S. 77-161

von Bogdandy, Armin 2001, Die vertikale Kompetenzordnung der Europäischen Union. Rechtsdogmatischer Bestand und verfassungspolitische Reformperspektiven, zusammen mit Jürgen Bast, Europäische Grundrechte Zeitschrift, S. 441-458

von Bogdandy, Armin 2001, Beobachtungen zur Wissenschaft vom Europarecht (s. u.), Der Staat, S. 3-43

von Bogdandy, Armin/ Makatschm, Tilman 2000, Kollision, Koexistenz oder Kooperation? – Zum Verhältnis von WTO-Recht und europäischem Außenwirtschaftsrecht in neueren Entscheidungen, gemeinsam mit, Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht 9, S. 261-268

von Bogdandy, Armin 2000, Zweierlei Verfassungsrecht. Europäisierung als Gefährdung des gesellschaftlichen Grundkonsenses?, Der Staat 39 (2000), Heft 2, S. 163-184; gekürzt veröffentlicht als Europäisierung der nationalstaatlichen Verfassung: Erosion des gesellschaftlichen Grundkonsenses? In: Gunnar Folke Schuppert/Christian Bumke (Hrsg.), Bundesverfassungsgericht und gesellschaftlicher Grundkonsens, Studien zu Staat, Recht und Verwaltung, Bd. 1, Nomos-Verlag, Baden-Baden 2000, S. 243 – 261

von Bogdandy, Armin 2000, Das Leitbild der dualistischen Legitimation für die europäische Verfassungsentwicklung – Gängige Missverständnisse des Maastricht-Urteils und deren Gründe, Kritische Vierteljahresschrift, S. 284-297

von Bogdandy, Armin 1999, Die Europäische Union als supranationale Föderation, integration 2/99, S. 95-112

Fremdsprachige Veröffentlichungen

Beiträge in Sammelbänden

Bast, Jürgen 2006, Legal Instruments, in: von Bogdandy, Armin/ Bast Jürgen: Principles of European Constitutional Law, Oxford: Hart Publishing, S. 373-418

von Bogdandy, Armin/ Bast, Jürgen 2005, La loi européenne. Promise and Pretence, in: Curtin, Deidre/ Kellermann, Alfred/ Blockmans, St. (Hrsg.), The EU Constitution. The Best Way Forward?, The Hague: T.M.C. Asser Press, S. 171-179

von Bogdandy, Armin 2003, Links between National and Supra-national Institutions: A Legal View of a New Communicative Universe, in: Beate Kohler-Koch (Hrsg.), Linking EU and National Governance, New York: Oxford University Press, S. 24-52

von Bogdandy, Armin 2003, Legitimacy of International Economic Governance: Interpretative Approaches to WTO law and the Prospects of its Proceduralization, in: Stefan Griller (Hrsg.), International Economic Governance and Non-Economic Concerns, Schriftenreihe der Österreichischen Gesellschaft für Europaforschung (ECSA Austria) Band 5, Wien: Springer Verlag, S. 103-148

von Bogdandy, Armin 2001, Collision, Co-existence or Co-operation? Prospects for the Relationship between WTO Law and European Union Law, in: G. de Búrca/J. Scott (Eds.), The EU and the WTO, Oxford: Hart Publishing Ltd., S. 131-150

von Bogdandy, Armin 2000, Notas sobre la ciencia del Derecho Europeo. Contexto, debates y perspectivas de desarrollo de la teoría general del Derecho de la Unión Europea desde el punto de vista alemán. Teoría y Realidad Constitucional, No. 5, S. 203-237

von Bogdandy, Armin 2001, Organizational Proliferation and Centralization under the Treaty on European Union, in: N. Blokker and H. Schermers (eds.), Proliferation of International Organizations, Den Haag: Kluwer Law International, S. 177-217

von Bogdandy, Armin 2001, Comunità di diritti fondamentali come meta dell'integrazione? I diritti fondamentali e la natura dell'Unione europea, Diritto Pubblico, (3) S. 849-899

von Bogdandy, Armin 2002, El orden competencial vertical de la Unión Europea, in: Eduardo García de Enterría/Ricardo Alonso García (Eds.), La endrucijada constitucional de la Unión Europea, Verlag: Civitas Ediciones Madrid, S. 19-67

Beiträge in Zeitschriften

von Bogdandy, Armin 2000, The European Union as a Supranational Federation. A conceptual attempt in the light of the Amsterdam Treaty, The Columbia Journal of European Law, Vol. 6, No. 1, S.27-54

von Bogdandy, Armin 2004, Legal Instruments in European Union Law and their Reform. A Systematic Approach on an Empirical Basis, in: P. Eechhout and T. Tridimas (eds.), Yearbook of European Law (23), 2004, S. 91-136

von Bogdandy, Armin 2004, Tipología de los actores en el derecho de la Unión europea. Análisis empírico y estructuras dogmáticas en una presunta jungla, Revista de Estudios Políticos (Nueva Época), 123, S. 9-70

von Bogdandy, Armin/ Bast, Jürgen/ Arndt, Felix 2004, Tipología de los actos en el Derecho de la Unión Europea. Análisis empírico y estructuras dogmáticas en una presunta jungla in: Revista de Estudios Políticos, 123, S. 9-70

von Bogdandy, Armin/ Bast, Jürgen 2003, I poteri dell'Unione, una questione di competenza. L'ordine verticale delle competenze e proposte per la sua riforma in: Rivista italiana di diritto pubblico comunitario N. 2-3, 2003, S. 303-356

von Bogdandy, Armin 2002, The European Union's Vertical Order of Competences: The current law and Proposals for its reform. In: Common Market Law Review 39, Kluwer International Law, The Hague, S. 227-268

von Bogdandy, Armin 2001, Law and Politics in the WTO – Strategies to Cope with a Deficient Relationship, in: J. A. Frowein/R. Wolfrum (Eds.), Max Planck Yearbook of United Nations Law, Vol. 5, S. 609-674

von Bogdandy, Armin 2001, La Fusion des Communautés dans l'Union européenne, Un modèle juridique de pluralisme institutionnel dans un cadre institutionnel unique Revue du Droit de l'Union européenne (3) S. 617-654

von Bogdandy, Armin 2000, The European Union as a Supranational Federation: A conceptual attempt in the light of the Amsterdam Treaty, The Columbia Journal of European Law, Vol. 6, No. 1, S. 27-54

von Bogdandy, Armin 2000, A Bird's Eye View on the Science of European Law. Structures, Debates and Development Prospects of Basic Research on the Law of the European Union in a German Perspective, European Law Journal 3, S. 208-238

von Bogdandy, Armin 2000, The European Union as a Human Rights Organization? Human Rights and the Core of the European Union, Common Market Law Review 37, S. 1307-1338

von Bogdandy, Armin 1999, The legal case for unity: The European Union as a single organization with a single legal system, Common Market Law Review 36, S. 887-910

Qualifikationsarbeiten

Sandmann, Silke 2005, Die Umsetzungspraktik der Republik Italien in Bezug auf die Rechtssetzungsakte der Europäischen Union- Das La Pergola Gesetz als Lösung eines langjährigen Problems

Bardelang, Astrid 2003, Das „Programm“ im Recht der Europäischen Union – eine neue Handlungsform?

Dr. Jürgen Bast, 2005, Grundbegriffe der Handlungsformen der Europäischen Union entwickelt am Beschluss als praxisgenerierter Handlungsform des Unions- und Gemeinschaftsrechts

Arndt, Felix 2005, Die Repräsentation der Unionsbürger – das Europäische Parlament zwischen Einheit und Vielfalt in der supranationalen Förderung

Regieren in der Europäischen Union "nach" Maastricht. Die makropolitische Dynamik des Mehrebenensystems in einer empirischen Überprüfung.

(Governance in the European Union 'after' Maastricht. The macro-political dynamics of the European multi-level system in empirical perspective)

Projektleiter:

Prof. Dr. Wolfgang Wessels, *Universität zu Köln*

Projektmitarbeiter:

Andreas Maurer

Jürgen Mittag

Laufzeit: 1997 - 2000

Abstract

This research project aims to contribute to the formulation of a middle-range theory on governance in the EU. Its objective is to examine if, and to what extent the preparation, execution, implementation and control of binding decisions has changed since the Maastricht Treaty came into effect. Four theses have been developed to explain the institutional and procedural changes of the EU:

- the neofunctionalist thesis: linear growth
- the fusion thesis: cyclical growth
- the realist erosion thesis: reversal/decline
- the governance view: cyclical ups and downs

Expectations of governance within the EU after Maastricht will be analyzed from a macropolitical perspective and within a systematic framework that transcends policy fields and employs quantitative (i.e. use of EU-databases), as well as qualitative methods (especially in the form of interviews). This analysis will be performed on the Brussels level (in all three pillars), as well as on the national and regional levels, where it will deal with the constitutional, institutional, procedural and administrative adaptation and reaction processes.

Ergebnisse

Das Forschungsprojekt "Regieren in der EU 'nach' Maastricht" ging der Frage nach, ob und wie die Umsetzung und Anwendung des Vertrags über die Europäische Union die Vorbereitung, Herstellung, Durchführung und Kontrolle politischer, d.h. allgemein verbindlicher Entscheidungen über den Einsatz quasi-staatlicher Steuerungsinstrumente in der EG/EU und ihren Mitgliedstaaten verändert hat. Dabei konnten folgende Ergebnisse erzielt werden:

Entwicklungen auf der Brüsseler Ebene

Mit Blick auf die Zeitspanne zwischen dem Inkrafttreten der Montanunion und dem Amsterdamer Vertrag ist eine über die Zeit zunehmende Ausdehnung der in der EU behandelten Politikfelder festzustellen. Angesichts einer wachsenden Zahl und zunehmender Komplexität der Verfahren im Politikzyklus haben sich die mitgliedstaatlichen Akteure auf eine Vielzahl unterschiedlicher Regeln einzustellen.

Nationale Akteure haben mit einer zunehmenden Zahl von institutionellen Mitspielern im europäischen Mehrebenensystem zu rechnen, die in wachsendem Maße über direkte oder indirekte Mitgestaltungsmöglichkeiten verfügen oder diese offensiv beanspruchen. Nationale Politiker und Beamte haben sich ebenfalls auf eine zunehmende Zahl von nicht-gouvernementalen Mitspielern in Politiknetzwerken einzustellen, die sich in unterschiedlichen

Formen und Intensitäten in und um den EU-Politikzyklus gelegt haben. Diese Akteure beherrschen in der Regel ebenfalls das Mehrebenenspiel und operieren so in den Mitgliedsstaaten und in Brüssel.

Dynamische Entwicklungen

Die Nutzung der durch EG- und EU-Vertrag den willensbildungs- und entscheidungsberechtigten Akteuren zugestandene Handlungsermächtigungen deutet auf eine erhebliche Systemdynamik hin. Vor allem die dem Europäischen Parlament durch den Maastrichter Vertrag zugestandenen Mitwirkungsrechte haben zu einer verstärkten „de-facto-Parlamentarisierung“ der Brüsseler Entscheidungsläufe im Sinne klassischer, hochgradig spezialisierter, institutionell sektoralisierter und fragmentisierter Arbeitsparlamente geführt.

Kein „einheitliches“ europäisches Anpassungsmodell“

Auch wenn man mit der gewachsenen Aufmerksamkeit gegenüber der Brüsseler Ebene eine Gemeinsamkeit der 15 Mitgliedstaaten festhalten kann, so ergibt sich hieraus jedoch kein einheitliches Reaktionsmuster mit Blick auf die konstitutionellen, institutionellen und administrativen nationalstaatlichen Systeme. Die 15 Mitgliedstaaten der EU sind weder zu einem bestimmten Modelltypus verschmolzen noch zeichnet sich eine Entwicklung in diese Richtung ab – einige Beobachtungen deuten sogar vielmehr auf die Bestätigung oder Festigung traditioneller politisch-administrativer Problemverarbeitungsmuster hin. Der Umfang von Übernahmen an institutionellen oder prozeduralen Elementen anderer Mitgliedstaaten innerhalb der Europäischen Union ist begrenzt.

Kein „optimales Modell“

Ausgehend von Veränderungen auf europäischer Ebene und in den 15 Mitgliedstaaten sind nur vorsichtige Schlussfolgerungen über Gewinner und Verlierer möglich. Lange Zeit vertretene Positionen, wie etwa diejenige, dass zentralisierte, stark hierarchisch strukturierte Gebilde – wie etwa die Systeme Großbritanniens oder Frankreichs – erfolgreicher sind als föderale Systeme wie beispielsweise die BRD mit ihren pluralistischen, fragmentierten, dezentralisierten und nicht-hierarchischen Strukturen, erscheinen nur begrenzt tragfähig. Die „Wettbewerbsfähigkeit“ nationaler Positionen lässt sich weniger mit einer strikt hierarchischen Koordinierung als vielmehr mit einer weitverzweigten und intensiven Beteiligung von Akteuren erklären.

Keine einfachen „Exporte“ für die nächsten Erweiterungsrounden

Die Ergebnisse für die 15 Mitgliedstaaten lassen auch einen Ausblick auf die künftige Erweiterung der EU zu. Anstatt von einer „naiven“ Transformationsstrategie gegenüber den Staaten Mittel- und Osteuropas auszugehen, ist vielmehr sorgfältig auf die jeweiligen nationalen Rahmen- und Kontextbedingungen zu achten, gibt es doch nicht das eine, erfolgreiche Staats- und Anpassungsmodell, das als „Königsweg“ beschrieben werden kann.

Wettbewerb der Theorien: weitere Schritte zur Fusion?

Die Ergebnisse der Analyse der 15 Mitgliedstaaten lassen sich in einem letzten Schritt zurück auf die Ausgangsfrage des Projekts mit Blick auf die vier theoretischen Grundannahmen beziehen. Obgleich alle Modelle partielle Erklärungskraft für die hier gewonnenen Beobachtungen liefern, erweist sich die Fusionsthese als besonders aussagekräftig. Die Prozesse der Differenzierung und Europäisierung, die zunehmende institutionelle Zusammenarbeit und auch die begrenzte systemische Konvergenz zwischen den Mitgliedstaaten lassen sich mit den Grundannahmen und der Logik des Fusionsansatzes logischer erklären als mit anderen Theorieangeboten. Die intensive Europäisierung von Verwaltungen, Agenturen und intermediären Strukturen kann als zentrales Element der

Fusionsthese ausgemacht werden, der zur Folge nationale Akteure einen irreversiblen Prozess der Verschmelzung politischer Handlungsinstrumente einleiten. Schließlich betont die Fusionsthese auch die vielfach beobachtete Verschmelzung von nationalen und EU-Kompetenzen und die verteilte – mitunter bewusst verschleierte – Verantwortung für den Gebrauch staatlicher und staatsanalog konfigurierter Handlungsinstrumente. Eine eindeutige Zuordnung von Kompetenzen und Verantwortlichkeiten erscheint hingegen nicht angemessen und kann sich sogar als kontraproduktiv erweisen.

Veröffentlichungen

Deutschsprachige Veröffentlichungen

Beiträge in Sammelbänden

Bulmer, Simon/ Maurer, Andreas/ Paterson, William 2000: 'Das Entscheidungs- und Koordinationssystem deutscher Europapolitik: Hindernis für eine neue Politik?', in: Mathias Jopp/ Uwe Schmalz/ Heinrich Schneider (Hrsg.): Neue deutsche Europapolitik, Bonn: Europa Union Verlag.

Maurer, Andreas 2000: ‚Die institutionelle Ordnung einer größeren, divergenteren und handlungsfähigeren Europäischen Union‘, in: Barbara Lippert (Hrsg.): Die doppelte Reifeprüfung, Bonn: Europa Union Verlag.

Maurer, Andreas 1998: ‚Die institutionellen Reformen: Entscheidungseffizienz und Demokratie‘, in: Mathias Jopp/ Andreas Maurer/ Otto Schmuck (Hrsg.): Die Europäische Union nach Amsterdam. Analysen und Stellungnahmen zum neuen EU-Vertrag, Bonn.

Maurer, Andreas/ Mittag, Jürgen 1999: ‚Zur Reformnotwendigkeit der Europäischen Union - Neue Herausforderungen für die EU an der Schwelle zum 21. Jahrhundert‘, in: Wichard Woyke (Hrsg.): Internationale Organisationen in der Reform, Schwalbach.

Maurer, Andreas/ Monar, Jörg 1999: ‚Parlamentarische Kontrolle und Innere Sicherheit im Prozess der Europäisierung‘, in: Hans-Jürgen Lange (Hrsg.): Kontinuitäten und Brüche - Staat, Demokratie und Innere Sicherheit in Deutschland, Opladen 1999.

Wolfgang Wessels 1999: „Strukturen und Verfahren Bonner EU-Politik - eine administrativ-politische Mehrebenenfusion“, in: Ulrich Hans- Derlien/ Axel Murswieck (Hrsg.): Der Politikzyklus zwischen Bonn und Brüssel, Opladen, 5. 2 1-37.

Wessels, Wolfgang/ Hanny, Birgit 1998: „Wirtschafts- und Finanzausschuss und Euro-1 1-Gruppe“, in: Werner Weidenfeld/ Wolfgang Wessels (Hrsg.): Jahrbuch der Europäischen Integration 1998/ 1999, Bonn: Europa Union Verlag.

Beiträge in Zeitschriften

Maurer, Andreas 1998: ‚Regieren nach Maastricht: Die Bilanz des Europäischen Parlaments nach fünf Jahren Mitentscheidung‘, in: Integration, Nr. 4.

Maurer, Andreas/ Mittag, Jürgen 1998: ‚Die Europäische Union nach Amsterdam — Perspektiven und Herausforderungen der Integration‘, in: Die Friedenswarte, 73: 2, 137-156.

Maurer, Andreas/ Mittag, Jürgen/ Wessels, Wolfgang 1998: Regieren in der EU ‚nach‘

Maastricht: Die makropolitische Dynamik des Mehrebenensystems', in: Forschung in Köln, No. 1.

Wolfgang Wessels 1997: „Der Amsterdamer Vertrag - Durch Stückwerksreformen zu einer effizienteren, erweiterten und föderalen Union?“, in: Integration, Nr. 3, 117-135.

Fremdsprachige Veröffentlichungen

Monographien

Maurer, Andreas 2000: Le pouvoir renforcé du Parlement européen, Bruxelles/ New York/ Bern: Editions interuniversitaires - Lang Publishers.

Maurer, Andreas 1999: What next for the European Parliament? Future of European Parliamentary Democracy, London: Kogan Page.

Wessels, Wolfgang/ Maurer, Andreas/ Mittag, Jürgen 2003: Fifteen into One? The European Union and Its Member States, Manchester University Press.

Beiträge in Sammelbänden

Maurer, Andreas 2000: 'Germany — fragmented systems fitting into the Union', in: Wolfgang Wessels/ Andreas Maurer/ Jürgen Mittag (Hrsg.): Fifteen into One? The European Union and its Member States, Manchester: MUP.

Maurer, Andreas 2000: 'The European Parliament at Intergovernmental Conferences — A Passive or Active Actor in System development', in: Finn Laursen (Hrsg.): The Amsterdam Treaty: National Preference Formation, Interstate Bargaining, Outcome and Ratification, Odense: OUP.

Maurer, Andreas/ Wolfgang Wessels 2000: 'The co-evolution of the EU system: Structuring selfmade offers and demands for national actors and arenas', in: Wolfgang Wessels/ Andreas Maurer/ Jürgen Mittag (Hrsg.): Fifteen into One? The European Union and its Member States, Manchester, MLJP.

Maurer, Andreas/ Wessels, Wolfgang 2000: 'The German case. A key moderator in a competitive multi-level environment', in: Kassim/ Menon/ Peters/ Wright (Hrsg.): National Coordination in Brussels: The role of the Permanent Representations, Oxford: OUP.

Maurer, Andreas/ Wessels, Wolfgang 1999: 'The Interagency Process in the Federal Republic of Germany', in: Carl Lankowski (Hrsg.): German Issue Briefs, Nr. 11/1999, Online-Version: <http://www.aicgs.org/IssueBriefs/maurer.html>.

Mittag, Jürgen/ Maurer, Andreas/ Wessels, Wolfgang 1999: „Theoretical Perspectives on Administrative Interaction in the European Union“, in: Thomas Christiansen/ Emil Kirchner (Hrsg.): Administering the New Europe: Inter-Institutional Relations and Comitology in the European Union, Manchester.

Mittag, Jürgen/ Wessels, Wolfgang 2000: 'Conclusion Divergence and Convergence over time', in: Wolfgang Wessels/ Andreas Maurer/ Jürgen Mittag (Hrsg.): Fifteen into One? The European Union and its Member States, Manchester: MUP (i.E.)

Wessels, Wolfgang 1999: "Comitology as a Research Subject: A New Legitimacy Mix?", in: Christian Joerges/ Ellen Vos (Hrsg.): EU Committees: Social Regulation, Law and Politics, Oxford/ Portland: Hart Publishing, S. 259-269.

Wessels, Wolfgang 1997: „The Growth and Differentiation of Multi-Level Networks: A corporatist Mega-Bureaucracy or an Open City?“, in: Helen Wallace/ Alasdair R. Young (Hrsg.): Participation and Policy-Making in the European Union, Oxford, S. 17-41.

Wessels, Wolfgang/ Hanny, Birgit 1998: „The Monetary Committee of the European Communities: A significant though not typical case“, in: Rinus van Schendelen (Hrsg.): Do EU-Committees matter? Ashgate.

Beiträge in Zeitschriften

Maurer, Andreas 2000: 'The German Presidency', in: Journal of Common Market Studies: The European Union 1999/2000, Annual Review, London: Blackwell Publishers.

Maurer, Andreas/ Turnbull, Penny/ Bigo, Didier 2000: Justice and Home Affairs Cooperation and Democracy in the EU, in: Journal of Public Policy, Special Issue on Democracy in the EU's pillars, (4/2000).

Wessels, Wolfgang 1998: „Comitology: Fusion in Action, Trends in Politico-Administrative Transformations of the EU-System“, in: Journal of European Public Policy, 5:2 June 1998, pp. 209-234

Wessels, Wolfgang 1997: „An Ever Closer Fusion? A Dynamic Macro-political View on Integration Processes“, in: Journal of Common Market Studies, Vol. 35, Nr. 2, 267-299.

Arbeitspapiere

Maurer, Andreas 1999: (Co-)Governing after Maastricht: An Assessment of the European Parliament's institutional performance 1994 - 1999 - Lessons for the implementation of the Amsterdam Treaty, European Parliament, Working document: IV/ 99/ 23, Brussels/ Luxembourg 1999.

Qualifikationsarbeiten

Andreas Maurer 2002: Parlamentarische Demokratie in der Europäischen Union, Dissertation.

**Regieren in der Wirtschafts- und Währungsunion nach 1999 – Akteure,
Institutionen und Verfahren in der Realität eines neuartigen
Zweiebenensystems**

(Governance in the Economic and Monetary Union after 1999)

Projektleiter:

Prof. Dr. Wolfgang Wessels, *Universität zu Köln*

Projektmitarbeiter:

Susanne Hägele

Ingo Linsenmann

Andreas Maurer

Thorsten Müller

Laufzeit: 1999 – 2001; 2001 - 2002

Abstract

Since the beginning of the third phase Economic and Monetary Union (EMU) national and EC actors prepare, make, implement and monitor authoritative decisions in policy fields that before were considered central domains of national sovereignty. These decision-making processes are legally defined in detail, but lack practical experience.

This research project analyses the impact of Treaty revisions in central policy-areas of EMU on diverse „modes of governance“. Drawing on data from policy-field studies (monetary policy, Stability and Growth Pact, EMU external relations and exchange-rate policy) tendencies toward horizontal and vertical Fusion on the way to a “gouvernement économique” or – alternatively – to a policy-field- and level-related fragmentation are tested.

The project formulates three main expectations toward the behaviour of actors in and around treaty-based bodies (particularly the Council of the ECB and the ECOFIN Council). These theses describe institutional and procedural dynamics in a horizontal direction – between bodies in the policy fields – and vertically between the levels of governance. The first thesis assumes members of the ECB Council transform the same Council into an efficient body of monetary policy that may however be lacking legitimacy in the decision-making process. The second thesis is based on the supposition that the ECOFIN Council will be non-compliant and act inefficiently within the stability pact. The third thesis concerns the joint management of exchange-rate policy by the ECOFIN and the ECB Councils and assumes that the two organs will develop complex procedures and instruments with shared responsibility.

Ergebnisse

Das Forschungsprojekt „Regieren in der Wirtschafts- und Währungsunion nach 1999 – Akteure, Institutionen und Verfahren in der Realität eines neuartigen Zweiebenensystems“ umfasste einen Untersuchungszeitraum vom Beginn der 3. Stufe der WWU am 1. Januar 1999 bis zur Einführung der Eurobanknoten und -münzen Anfang des Jahres 2002.

Das Projekt ist ein Beitrag zur politikwissenschaftlichen Diskussion über das ‚Regieren in der EU, welches insbesondere im Bereich der sozio-ökonomischen Politikfelder durch die ‚Offene Methode der Koordinierung‘ an Relevanz gewonnen hat. Gleichzeitig hat sich insbesondere in den letzten Monaten die politische Debatte um die realen Wirkungen des WWU Regelwerks, vor allem hinsichtlich des Wachstums- und Stabilitätspaktes aber auch insgesamt im Europäischen Konvent, erneut intensiviert.

In der *Geldpolitik* hat sich die Europäische Zentralbank in den ersten drei Jahren der WWU als eigenständiger supranationaler Akteur etabliert, der die ihm zugewiesenen geldpolitischen Instrumente umfassend und intensiv eingesetzt hat. Die Konvergenz der Einstellungsmuster der beteiligten Zentralbankakteure führte zu einer hohen Verfahrenseffizienz und zu einer Fortsetzung der ‚vererbte‘ Stabilitätskultur, geprägt von einer europäischen Perspektive auch der beteiligten nationalen Akteure. Problematisch für die angestrebte Output-Legimitation der EZB waren im Laufe der ersten Jahre einerseits die in dieser Form nicht antizipierte Wechselkursschwäche des Euros, andererseits Vermittlungsprobleme der EZB gegenüber Finanzmarktakteure und der Medienöffentlichkeit. Hinsichtlich der interinstitutionellen Beziehungen mit anderen europäischen Institutionen haben sich stabile, über die vertraglich vorgegebenen Rechenschaftspflichten hinausgehende Interaktionsstränge herausgebildet, die von der EZB jedoch primär für die Vermittlung ihrer eigenen Positionen verwandt werden.

In der *Fiskalpolitik* ist es während der Untersuchungsperiode nicht zu den im Projektantrag erwarteten Anomalien hinsichtlich der Anwendung des Stabilitäts- und Wachstumspakts (Verfahren zu einem übermäßigen Defizit) gekommen. Aufgrund der allgemeinen Wachstumsphase in allen Mitgliedsländern bis 2001 sind die Vertragsverfahren in der fiskalpolitischen Koordinierung formal den Bestimmungen gemäß angewandt und partiell weiter entwickelt worden. Eine ‚kollektiven Identität‘ der (Eurozonen-)Finanzminister hat sich bisher jedoch nicht herausgebildet. Nationale Akteure versuchen weiterhin in einem Zweiebenenspiel einerseits den europäischen Vorgaben Rechnung zu tragen, andererseits ihre nationalen Handlungsspielräume zu bewahren. Dementsprechend hat sich bisher auch kein Konsens über eine Vertiefung der haushaltspolitischen Koordinierung insbesondere in der Euro-Zone herausgebildet. Auf nationaler Ebene haben die europäischen Verfahren nur bedingt zu Europäisierungstendenzen geführt, Diskurse auf nationaler Ebene bleiben weiterhin fragmentiert.

Im Beobachtungsfeld *WWU-Außenbeziehungen* sind die vertragsrechtlichen Vorgaben erst nach intensiven Debatten in komplizierte Regelungen umgesetzt worden, die die gespaltene und geteilte Verantwortung der mitgliedstaatlichen und europäischen wie auch der geldpolitischen und fiskalpolitischen Akteure unterstreichen. Eine antizipierte Konzentration auf zentrale Gremien wie der Euro-Gruppe oder der EZB hat nicht stattgefunden. Im Bereich der *Wechselkurspolitik* und Wechselkursregime wurden im Beobachtungszeitraum die vorgegebenen Verfahren nur gering genutzt, trotz anfänglicher Initiativen hinsichtlich internationaler Wechselkursvereinbarungen und des zeitweilig schwachen Euro-Wechselkurses.

Gleichzeitig haben die beteiligten politischen Akteure im Laufe der Untersuchungsperiode die zentralen Gremien (Euro-Gruppe, WFA, etc.) weiter institutionalisiert und das wirtschaftspolitische Regelwerk der EU durch die Etablierung weiterer Koordinierungsverfahren fortentwickelt, inklusiver neuer Formen wie der Offenen Methode der Koordinierung. In den Vordergrund rückte das Ziel der Etablierung eines etablierenden ‚policy-mixes‘ in diesen Gremien unter Einschluss der Bereiche Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik. Insgesamt wurde deutlich, dass die Entwicklung in den untersuchten Politikfeldern nicht einheitlich verlaufen ist und aufgrund der begrenzten Untersuchungsperiode Aussagen auf die Weiterentwicklung dieser zentralen Politikbereiche in einer Gesamtperspektive nur bedingt zu treffen sind. Eine horizontale und vertikale Fusion über die hier untersuchten Politikfelder hinweg kann jedoch bisher nicht konstatiert werden, auch hinsichtlich der Entwicklungen in den Mitgliedstaaten (Teilfalsifizierung einiger Erwartungen). Fragmentierungstendenzen, sowohl bezüglich der Politikfelder wie auch der europäischen und der nationalen Ebene, bleiben ausgeprägt.

Veröffentlichungen

Deutschsprachige Veröffentlichungen

Beiträge in Sammelbänden

Hanny, Birgit/ Wessels, Wolfgang 1999: Wirtschafts- und Finanzausschuss und Euro-11-Gruppe, in: Werner Weidenfeld/ Wolfgang Wessels (Hrsg.): Jahrbuch der Europäischen Integration 1998/99, Bonn: Europa Union Verlag, S. 111-116.

Hägele, Susanne/ Wessels, Wolfgang 2001: Eurogruppe und der Wirtschafts- und Finanzausschuss, in: Werner Weidenfeld/ Wolfgang Wessels (Hrsg.): Jahrbuch der Europäischen Integration 2000/2001, Bonn: Europa Union Verlag, S. 109-114.

Hägele, Susanne/ Wessels, Wolfgang 2000: Euro-Gruppe und Wirtschafts- und Finanzausschuss, in: Werner Weidenfeld/ Wolfgang Wessels (Hrsg.) 2000: Jahrbuch der Europäischen Integration 1999/2000, Bonn: Europa Union Verlag, S. 107-110.

Linsenmann, Ingo 2002: Europäische Zentralbank, in: Werner Weidenfeld/ Wolfgang Wessels (Hrsg.) 2002: Europa von A bis Z. Taschenbuch der europäischen Integration, 8. Aufl., Bonn: Europa Union Verlag, S. 176-178.

Linsenmann, Ingo/ Wessels, Wolfgang 2000: Europäische Zentralbank, in: Werner Weidenfeld/ Wolfgang Wessels (Hrsg.) 2000: Europa von A bis Z. Taschenbuch der europäischen Integration, 7. Aufl., Bonn: Europa Union Verlag, S. 172-175.

Wessels, Wolfgang 1998: Institutionen und Verfahren des WWU-Systems: Politikwissenschaftliche Spekulationen, in: Rolf Caesar/ Hans-Eckart Scharrer (Hrsg.): Die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion: regionale und globale Herausforderungen, Bonn: Europa Union Verlag, S. 395-418.

Beiträge in Zeitschriften

Linsenmann, Ingo/ Meyer, Christoph 2002: Dritter Weg, Übergang oder Teststrecke? Theoretische Konzeption und Praxis der offenen Politikkoordinierung, in: Integration, 25. Jg., 4/2002, S. 285-296.

Linsenmann, Ingo/ Wessels, Wolfgang 2002: Weiche Koordinierung oder härtere Regeln? Zu institutionellen und prozeduralen Reformoptionen des Stabilitätspakts, in: Wirtschaftsdienst. Zeitschrift für Wirtschaftspolitik, 3/2002, S. 130-133.

Arbeitspapiere

Begg, Ian/ Le Cacheux, Jacques/ Wessels, Wolfgang/ Linsenmann, Ingo 2002: Die Wirtschaftsaussichten 2002. Arbeitsdokument der Trans European Policy Studies Association (TEPSA), Europäisches Parlament, ECON 129 DE, 7/2002.

Fremdsprachige Veröffentlichungen

Beiträge in Sammelbänden

Hägele, Susanne/ Linsenmann, Ingo 2002: Germany, in: Jean-Victor Louis: The Euro in the National Context, London: The British Institute of International and Comparative Law, S. 105-170.

Linsenmann, Ingo/ Müller, Thorsten/ Wessels, Wolfgang/ Müller-Graff, Peter-Christian 1999: German Report, in: Euro Spectator: Implementing the Euro 1999. National Reports: French Report/ German Report, EUI Working Paper Law, Nr. 6/2000, Florenz: European University Institute, S. 57-109.

Linsenmann, Ingo/ Wessels, Wolfgang 2002: EMU's Impact on National Institutions: Fusion towards a ‚Gouvernance Économique‘ or Fragmentation?, in: Kenneth Dyson: European States and the Euro. Europeanization, Variation and Convergence, Oxford: Oxford University Press, S. 53-77.

Arbeitspapiere

Ingo Linsenmann 2002: Euro-Spectator German Report 2001, Köln, <http://www.iue.it/OnlineProjects/LAW/eurospectator/documents/2001GermanyLinsenmann.pdf>

Qualifikationsarbeiten

Linsenmann, Ingo: Die Entwicklung der Wirtschafts- und Währungsunion in der 3. Stufe aus institutionalistischer Perspektive (in Bearbeitung).

Politikfeldübergreifende Koppelgeschäfte zwischen EU-Kommission und großen Unternehmen: Interessenstrukturen, Entwicklung, Legitimität

(Package Deals between the European Commission and Large Firms – Preconditions, Strategies, Welfare Effects)

Projektleiter:

Prof. Dr. Ulrich Widmaier, *Ruhr-Universität Bochum*

PD Dr. Nils Bandelow, *Ruhr-Universität Bochum*

Projektmitarbeiter:

Dr. Diana Schumann

Jörg Rieksmeier

Laufzeit: 2000 – 2001; 2001 - 2003

Abstract

Within the institutional setting of the EU, package deals that involve different policy domains are increasingly likely to occur between private (firms) and EU public actors (European Commission). In both business sectors selected and analyzed by the research project – biotechnology and electrical energy – the preconditions for the emergence of package deals between the Commission and large firms involving different policy domains seemed likely to exist.

However, only in the energy sector the project was able to identify package deals as a special type of soft governance. Large firms have adopted strategies both in seeking influence on European regulations and in implementing these regulations within the context of their domestic regulatory regime. The examples of France and Germany illustrate that political strategies of electricity companies do not only differ on the national but also on the European level. While the French EDF can count on the support of the French government, German public and private industrial actors often hold divergent positions with regard to electricity policy. Thus, EDF tries to use the veto power of the French government in negotiations to put pressure on the European Commission, while the German electricity firms and the European Commission attempt to build coalitions to put pressure on the German federal government. Package deals between the European Commission and the German electricity suppliers, therefore, are useful concepts in explaining the specific outcomes in implementing the European single electricity market in Germany.

Ergebnisse

In diesem Projekt wurde untersucht, inwiefern und unter welchen Bedingungen Erfolge der Europäischen Kommission in Politikbereichen, in denen sie über keine oder schwache formalrechtliche Kompetenzen verfügt, auf dem Abschluss von politikfeldübergreifenden Koppelgeschäften mit großen Unternehmen beruhen. Diese Frage wurde zunächst anhand großer Biotechnologie- und Energieunternehmen untersucht.

Obwohl sowohl für den Elektrizitäts- als auch für den Biotechnologiesektor dokumentiert werden konnte, dass die EU-Kommission und große Unternehmen über Tauschpotentiale und Interessenstrukturen verfügen, die politikfeldübergreifende Koppelgeschäfte ermöglichen, und obwohl Politikergebnisse und Präferenzwandel der Akteure informelle Vereinbarungen vermuten lassen, konnte ein empirischer Nachweis von Koppelgeschäften nur für den Bereich der europäischen Elektrizitätspolitik geführt werden. Die spezifische Struktur des

Elektrizitätssektors, die mit einer politikprägenden Wirkung auf nationaler Ebene einhergeht, hat zur Folge, dass die Stromunternehmen als strategische Partner für die EU-Kommission von besonderem Interesse sind. Des Weiteren kann die EU-Kommission für die Regulierung des Marktverhaltens der Stromunternehmen die kartell- und wettbewerbsrechtlichen Bestimmungen in einem stärkeren Ausmaß als Drohpotential nutzen, um Zugeständnisse von Unternehmen zu erhalten, als dies für die Regulierung des Marktverhaltens von Biotechnologieunternehmen möglich ist.

Am Beispiel der europäischen Elektrizitätspolitik konnte gezeigt werden, dass sowohl die EDF als auch die großen deutschen Elektrizitätsunternehmen bei der Vermittlung ihrer Interessen über die nationalen politischen Entscheidungsträger spezifischen nationalen Pfaden folgen. Dies gilt auch für die Repräsentation ihrer Interessen über die nationalen und europäischen Branchenverbände und bei der direkten Vertretung ihrer Anliegen gegenüber der Europäischen Kommission. So konnte am Beispiel der Realisierung und Vollendung des Energiebinnenmarkts festgestellt werden, dass die EDF in allen Phasen der Strommarktöffnung intergouvernementale Strategien der Interessenvermittlung verfolgt hat, d.h. sie hat gemeinsam mit der französischen Regierung das nationale sektorielle Regime der Elektrizitätsversorgung auf der europäischen Ebene nachdrücklich verteidigt. Die großen deutschen Elektrizitätsunternehmen haben hingegen in den Fällen, in denen sie sich von einer Änderung des nationalen Status quo ökonomische Vorteile versprochen, entweder Interessenkoalitionen mit nationalen staatlichen Akteuren oder mit Akteuren der Europäischen Kommission gebildet, um dadurch über den europäischen Weg nationale Politikansätze zu unterlaufen. In den Fällen, in denen die Beibehaltung des Status quo ihren ökonomischen Interessen eher entgegenkam als seine Änderung, haben sie deshalb ähnlich wie die EDF gemeinsam mit den staatlichen Akteuren das geltende nationale sektorielle Regime der Elektrizitätsversorgung auf der europäischen Ebene verteidigt. Die nationalen institutionellen Arrangements lassen den großen deutschen Elektrizitätsunternehmen ausreichend Spielräume, um auf der europäischen Ebene sowohl intergouvernementale Strategien der Interessenvermittlung zu verfolgen als auch das europäische Mehrebenensystem im Sinne eines „two-level game“ zu nutzen. Die EDF ist hingegen aufgrund der nationalen institutionellen Arrangements bei der Bildung von Interessenkoalitionen auf der europäischen Ebene stark eingeschränkt.

Die Ergebnisse verdeutlichen, dass die Interessenvermittlung großer Unternehmen in hohem Maß durch die Einflüsse des institutionellen Kontextes, in dem sie agieren, geprägt wird. Intergouvernementale Strategien der Interessenvermittlung können beispielsweise die Rolle nationaler Branchenverbände unterminieren sowie die Position der großen Unternehmen gegenüber den nationalen staatlichen und sektoriellen Akteuren stärken, die nicht an den Interessenkoalitionen auf der europäischen Ebene beteiligt sind. Strategien eines „two-level-games“ und Koppelgeschäfte mit der Europäischen Kommission können dazu dienen, nationale politische Regelungen auszuhebeln. Gleichzeitig eröffnen sie für die Europäische Kommission bedeutsame Optionen, außerhalb formeller Entscheidungsprozesse gegen nationale Politikansätze zu steuern und somit parlamentarisch verantwortliche Politik zu unterlaufen. Sie können auf diese Weise den europäischen Integrationsstand ohne explizite Ermächtigung durch die Mitgliedstaaten und über die Interessen nationaler Akteure hinweg in Bereichen beeinflussen bzw. erhöhen, die entweder nicht in politischen Entscheidungsprozessen behandelt wurden oder zu denen sogar die staatlichen Akteure ihre Zustimmung verweigert haben.

Veröffentlichungen

Deutschsprachige Veröffentlichungen

Monographien

Schumann, Diana 2005: Interessenvermittlung im europäischen Mehrebenensystem. Strategien großer Elektrizitätsunternehmen im Vergleich. Wiesbaden: DUV.

Beiträge in Sammelbänden

Bandelow, Nils C./ Widmaier, Ulrich 2000: Ungenutzte Optionen – Perspektiven aktiver Politikgestaltung für deutsche Akteure, in: Michèle Knodt/ Beate Kohler-Koch (Hrsg.): Deutschland zwischen Europäisierung und Selbstbehauptung (Mannheimer Jahrbuch für Europäische Sozialforschung, Band 5). Frankfurt a. M./New York.

Schumann, Diana/ Bandelow, Nils C./ Widmaier, Ulrich 2004: Administrative Interessenvermittlung durch Koppelgeschäfte: Der Fall der europäischen Elektrizitätspolitik, in: Rainer Eising/ Beate Kohler-Koch (Hrsg.): Interessenpolitik in Europa, Baden-Baden: Nomos.

Schumann, Diana 2003: Ökonomische Interessen in der EU-Politik, in: Christiane Frantz/ Klaus Schubert (Hrsg.): Grundkurs I: Politikwissenschaft. Institutsausgabe des Instituts für Politikwissenschaft, Wilhelms-Universität Münster.

Beiträge in Zeitschriften

Bandelow, Nils C. 2000: Systeme der Zulassung und Überwachung riskanter Techniken: Machtverluste der diskursiven Verwaltung und Gegenstrategien, in: Martinsen, Renate/Saretzki, Thomas/Simonis, Georg (Hrsg.): Politik und Technik – Analysen zum Verhältnis von technologischem, politischem und staatlichem Wandel am Anfang des 21. Jahrhunderts (Politische Vierteljahresschrift, Sonderheft 31). Opladen.

Bandelow, Nils/ Widmaier, Ulrich 2006: Wer regiert Europa? Koppelgeschäfte stärken EU-Kompetenz, in: Rubin 16. Jg., Heft 1, 21-26.

Schumann, Diana 2003: Netzwerke und Koppelgeschäfte in der europäischen Elektrizitätswirtschaft, in: Politische Vierteljahresschrift, 44 Jg., Heft 3, 325-347.

Arbeitspapiere

Schumann, Diana, 2001: Netzwerke europäischer Elektrizitätspolitik und politikfeldübergreifende Koppelgeschäfte, Bochum. (Ruhr-Universität Bochum, Diskussionspapiere aus der Fakultät für Sozialwissenschaft Nr. 01-5).

Schumann, Diana, 2001: Die Bedeutung politikfeldübergreifender Koppelgeschäfte für die europäische Energiewirtschaft: Das Beispiel der Liberalisierung des Elektrizitätsbinnenmarktes, Bochum. (Ruhr-Universität Bochum, Diskussionspapiere aus der Fakultät für Sozialwissenschaft Nr. 01-2).

Rieksmeier, Jörg, 2000: Politikfeldübergreifende Koppelgeschäfte zwischen der Europäischen Kommission und großen Unternehmen im Bereich der Biotechnologie, Bochum. (Ruhr-Universität Bochum, Diskussionspapiere aus der Fakultät für Sozialwissenschaft Nr. 00-3).

Fremdsprachige Veröffentlichungen

Sonderhefte von Zeitschriften

Bandelow, Nils C./ Widmaier, Ulrich 2000 (Hrsg.): Symposium on Changing Patterns of European Governance. Special Issue of German Policy Studies/Politikfeldanalyse, Bd. 1, Nr. 1.

Beiträge in Zeitschriften

Bandelow, Nils C. 2000: Changing Patterns of European Governance: Introduction to the Symposium, in: German Policy Studies/Politikfeldanalyse, Bd. 1, Nr. 1.

Bandelow, Nils C./ Schumann, Diana/ Widmaier, Ulrich 2000: European Governance by the Emergence of a New Type of Package Deals, in: German Policy Studies/Politikfeldanalyse, Bd. 1, Nr. 1.

Schumann, Diana/ Widmaier, Ulrich 2003: Political strategies of large companies and their significance for the implementation of the European single electricity market: the examples of France and Germany, in: Journal of Public Affairs (JPA), Vol. 3., No. 3, August 2003, 260-272.

Arbeitspapiere

Bandelow, Nils C./ Schumann, Diana/ Widmaier, Ulrich 1999: European Governance by Package Deals between the European Commission and Large Firms – Preconditions, Strategies, Welfare Effects, Diskussionspapier aus der Fakultät für Sozialwissenschaft der Ruhr-Universität Bochum Nr. 99-3.

Qualifikationsarbeiten

Schumann, Diana 2004: Interessenvermittlung großer Elektrizitätsunternehmen im europäischen Mehrebenensystem: ein deutsch-französischer Vergleich, Dissertation, Ruhr-Universität Bochum.

Der rechtliche Zusammenhalt der Europäischen Union

(Legal Cohesion in the European Union)

Projektleiter:

Prof. Dr. Manfred Zuleeg, *Universität Frankfurt*

Projektmitarbeiter:

Timo Tohidipur

Marine Hamon

Laufzeit: 1999 - 2001

Abstract

In the Treaties establishing the European Community (EC) and the European Union (EU), the Member States show themselves resolved to continue in the process of creating an ever closer union among the peoples of Europe. Progress of European integration can only be successful if the EU is able to incite its Member States and their people to remain within the association and to comply with the duties and responsibilities linked with integration. The willingness to accept these disadvantages builds mainly on the law. Hence, it is necessary to illuminate the concept of legal cohesion. Its features should be analyzed, systemized and developed. I am confident that my project will facilitate governance in Europe, promote its effectiveness and improve the acceptance of sovereign powers of the EU. The project shall focus on the following subjects:

- a useful and clear division of sovereign powers by which conflicts are solved or at least diminished,
- the protection of individual rights,
- the prevention of regress to the traditional nation state,
- the contribution of constitutional principles like democracy and rule of law in achieving the consent of the peoples of the Member States to a European governance

Ergebnisse

The European Union is an authority that demands subordination from its Member States and the people living in these states. This claim requires legal cohesion.

The Principle of Loyal Cooperation

The principle of loyalty with the Union is part of the European legal order. Only the Member States are expressly mentioned in the Treaty. However, there is no doubt that the EU and the Member States among themselves also underlie this obligation. The principle of loyal cooperation is legally binding. There are almost no rights of individuals deriving from the principle of loyalty, but it may support existing legal relations. The legislation is affected as well as the administration and the judiciary. The European legal order is intertwined with the legal order of the Member States.

The Distribution of Competencies

Federal Unions need a distribution of competencies, otherwise there would be contradictions and gaps in the legal order. Therefore, the competencies of the EU must not be separated from those of the Member States. Competencies may be qualified as exclusive, concurrent, parallel and complementary. The Community watches over the correct application of the competencies. The European Union does not possess *Kompetenz-Kompetenz* which means autonomous creation of competences. In addition to the competencies, the Treaties include objectives that may justify a project. Actions beyond the objectives are excluded. Unwritten competencies exist, but their use must be very restricted. Only the European judicature is enabled to watch over the adequate partition of competencies.

Rules of Collision

European law may be in contradiction to the legal order of a Member State. Rules of collision are necessary. Community law precedes the law of the Member States, no matter of which sort and form. This priority does not lead to invalidity, but to non-application of the law of the Member State. Priority only comes into effect if Community law is directly applicable. Otherwise, the priority rule is indirect. In that case, the basic principles of law must be respected, especially the effectiveness of Community law. A collision can be avoided by consistent interpretation, judge-made law, reception, adaptation, cooperation, control and sanctions. The effectiveness and the unity of Community law as well as the protection of the rights of individuals aggravate the conflicts.

Constitutional Principles

Democracy in the European Union has developed step by step. Not only the member States and their public, but also the European Court of justice cleared the way to more democracy in Europe. Democracy is now mentioned in the foundation treaty of the European Union. The European democracy derives partly from the democracies of the Member States. Democracy, as it is practised in the Member States, cannot be adopted by the European Union. Gradually, a vivid democracy develops in Europe. A federal democracy allows to deviate from the principle of strict equality.

Rights and duties of individuals are of great importance in a community of law. The rights of individuals characterize the European Union. Rights not only give advantages to individuals, but also help to implement Community law. Rights of individuals may derive from all sorts of texts. They arise if Community law mentions them expressly. An act that clearly mentions a privilege of an individual without putting a limitation on it, may also result in rights of individuals, if neither the Community nor the Member States possess a margin of appreciation in implementing this act. Rights of individuals are open to everybody, if they are not expressly restricted.

Rights deriving from European law in principle bind the entire European Union. However, Member States and individuals may be bound as well. Basic liberties, fundamental rights and other rights are distinguished, but their effects are mostly the same. The European Union and the Member States must contribute to fully implement the rights of the individuals. The citizenship of the Union widens its scope. The great amount of rights leads to unclarity, but has positive effects as well. Duties of individuals must be enforced with emphasis.

Structural features of the European legal order are the effectiveness of European law, the unity of the European legal order, the principle of proportionality, legal certainty, the protection of confidence, the right to good administration and legal protection. The powers of the European Union are distributed to political and legal organs. In the field of politics, the subdivisions have a peculiar structure.

Solidarity in the European Union is intertwined with other principles of the European constitution. Horizontal solidarity takes place between the Member States. In the field of vertical solidarity, the enormous subsidies to the farmers are regrettable. The European Community is barely a social community. Social features evolve, but social rights are difficult to enforce. The social community and the citizenship of the Union merge. The market principle, the monetary union, the protection of consumers and public health are part of the living conditions.

Veröffentlichungen

Deutschsprachige Veröffentlichungen

Monographien

Zuleeg, Manfred: Der rechtliche Zusammenhalt der Europäischen Union, Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft, 2004.

Beiträge in Sammelbänden

Tohidipur, Timo: Deliberative Rechtstheorie, in: Buckel, Sonja/ Christensen, Ralf/ Fischer-Lescano, Andreas (Hrsg.): Neue Theorien des Rechts, Stuttgart: Lucius & Lucius, 2006.

Zuleeg, Manfred: Die Botschaft der europäischen Einigung, in: Zuleeg, Manfred/ Savat, Marjolaine/ Derosier, Jean-Philippe (Hrsg.): Eine Verfassung für ein Europa mit 25 Mitgliedstaaten: Vielfalt und Einheit zugleich, Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft, 2005, S. 25-38.

Zuleeg, Manfred: Die Vorzüge der Europäischen Verfassung, in: von Bogdandy, Armin (Hrsg.): Europäisches Verfassungsrecht. Theoretische und dogmatische Grundzüge, Berlin, Heidelberg, New York: Springer Verlag, 2003, S. 932-957 (zugleich III 111)

Zuleeg, Manfred: Der unvollendete Bundesstaat – Vision oder Realität?, in: Zuleeg, Manfred (Hrsg.): Der Beitrag Walter Hallsteins zur Zukunft Europas, Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft, 2003, S. 97-103.

Zuleeg, Manfred: Braucht Europa eine Verfassung?, in: Haedrich, Martina/ Eichenhofer, Eberhard (Hrsg.): Staatswissenschaften im Dialog, Schillerhausgespräche 2000/2001, Berliner Wissenschaftsverlag, 2003, S. 45-55.

Zuleeg, Manfred/ von der Groeben, Hans/ Schwarze, Jürgen (Hrsg.) Kommentar zum Vertrag über die Europäische Union und zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft (EU-/EG-Kommentar), 6. Aufl., Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft, 2003, Bd. 1, Erl. Zur Präambel, Art. 1, 2, 3, 5, 10, 12, 13, EG.

Zuleeg, Manfred: Die Wirksamkeit des Europarechts, in: Colneric, Ninon/ Edward, David/ Puissechet, Jean-Pierre/ Colomer, Dámaso Ruiz-Jarabo (Hrsg.): Une communauté de droit, Festschrift für Gil Carlos Rodríguez Iglesias, BWV Berliner Wissenschafts-Verlag, 2003, S. 221-233.

Zuleeg, Manfred: Die bestehende und die zukünftige Verfassung der Europäischen Union, in: Schirm, Magda (Hrsg.): Eine Verfassung für Europa?, Frankfurt a.M.: Verlag für Akademische Schriften, 2001, S. 22-27, 42-44, 51-55.

Zuleeg, Manfred: Supranationales Recht und supranationale Verfahren der Europäischen Union, in: Loth, Wilfried/ Wessels, Wolfgang (Hrsg.): Theorien europäischer Integration, Opladen, 2001, S. 205-217.

Zuleeg, Manfred: Öffentliches Kollisionsrecht tut Not, in: Geis, Max-Emanuel/ Lorenz, Dieter (Hrsg.): Staat Kirche Verwaltung, München: F.S. Hartmut Maurer, S. 1067-1075.

Zuleeg, Manfred: Beschränkung gerichtlicher Kontrollrechte durch das Gemeinschaftsrecht, in: Magiera, Siegfried/ Sommermann, Karl-Peter (Hrsg.): Verwaltung in der Europäischen Union, Schriften zum Europäischen Recht, Band 76, Berlin, 2001, S. 223-237.

Zuleeg, Manfred: Zum Verhältnis nationaler und europäischer Grundrechte – aus nationaler Sicht, in: Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung, Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Sozialrecht, Akademie der Diözese Rottenburg Stuttgart (Hrsg.): Soziale Grundrechte in der Europäischen Union, Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft, 2000/2001, S. 57-69.

Beiträge in Zeitschriften

Tohidipur, Timo: Islam und Menschenrechte revisited. Wider die dunkle Seite der Projektion, in: Kritische Justiz, 03/2004, S. 305ff.

Zuleeg, Manfred: Europäisches Aufenthaltsrecht, in: Informationsbrief Ausländerrecht, Luchterhand, 2004, S. 12-15.

Zuleeg, Manfred: Die Vorzüge der Europäischen Verfassung, in: Der Staat, 41. Bd, 2002, S. 359-384.

Zuleeg, Manfred: Öffentliches Recht und Privatrecht im Europarecht, in: Zeitschrift für Europäisches Privatrecht (ZEuP), Jg. 9, 2001, S. 533-547.

Zuleeg, Manfred: Die föderativen Grundsätze der Europäischen Union, in: NJW, 2000, S. 2846-2851.

Zuleeg, Manfred: Ausländer in Deutschland (BVerfGE 83, 37ff), in: Kritische Vierteljahresschrift für Gesetzgebung und Rechtswissenschaft (KritV), 83. Jg, 2000, S. 419-428.

Zuleeg, Manfred: Zum Verhältnis nationaler und europäischer Grundrechte, in: Europäische Grundrechte (EuGRZ), 2000, S. 511-517.

Fremdsprachige Veröffentlichungen

Beiträge in Sammelbänden

Zuleeg, Manfred: Criminal Sanctions to Be Imposed on Individuals As Enforcement Instruments in European Competition Law, in: Ehlermann, Claus-Dieter/ Atanasiu, Isabela (Hrsg.): European Competition Law Annual: 2001, Effective Private Enforcement of EC Antitrust Law, Oxford - Portland Oregon: Hart Publishing, 2003, S. 453-462.

Zuleeg, Manfred: The Evolution of Fundamental Rights and its Influence on the Drafting of Fundamental Rights Instruments; The Territorial and Personal Scope of Fundamental Rights; Concretization of and Limitations on Fundamental Rights, in: Weber, Albrecht (Hrsg.): Fundamental Rights in Europe and North America, Den Haag: Kluwer Law International, 2001, EC 7-11, 27-29, 31-36.

Zuleeg, Manfred: Federalization Through Law – An Evergreen, in: Baums, Theodor/ Hopt, Klaus J./ Horn, Norbert (Hrsg.): Corporations, Capital Markets and Business in the Law, Liber Amicorum Richard M. Buxbaum, Kluwer Law International, London/ Den Haag/ Boston 2000, S. 669-678.

Zuleeg, Manfred: Ordre juridique communautaire, in: Iliopoulos-Strangas, Julia (Hrsg.): La protection des droits sociaux fondamentaux dans les Etats membres de l'Union européenne, Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft, 2000, S. 27-46.

Beiträge in Zeitschriften

Tohidipur, Timo: The Emperor's New Clothes: The ECB and the New Institutional Concept, in: German Law Journal, Nr. 11 (1. November 2005)

Tohidipur, Timo: Genesis and Development of Legal Protection before Community Courts: A review of Eva Drewes, Entstehen und Entwicklung des Rechtsschutzes vor den Gerichten der Europäischen Gemeinschaften, in: German Law Journal, Nr. 6, (1. Juni 2004).

Tohidipur, Timo: The Appeal Procedure before the European Court of Justice Under the Looking Glass: A review of Corinna Bölhoff, The Appeal Procedure before the European Court of Justice, in: German Law Journal, Nr. 7, (1. Juli 2002).

Tohidipur, Timo: Expansion of Closer Cooperation as Contra-Indication to the Idea of European Integration: A Critique of Joschka Fischer's Speech and Giuliano Amato's Comment Thereon, in: German Law Journal, Nr. 14, (1. September 2001) – Special Edition.

Qualifikationsarbeiten

Tohidipur, Timo (2006): Europäische Gerichtsbarkeit und Institutionensystem der EU, Genese und Zustand justizieller Konstitutionalisierung